IWK

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

20. JAHRGANG, MÄRZ 1984, HEFT 1

WALTHER L. BERNECKER: In memoriam Augustin Souchy

HANS MOMMSEN: Friedrich Adler und die Tradition der österreichischen sozialdemokratischen Gesamtpartei

JEAN H. QUATAERT: Workers' reactions to social insurance: The case of homeweavers in Saxon Oberlausitz in the late nineteenth century

WERNER MÜLLER: Opposition und Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft im Alltag

JOHANNES TUCHEL: Jugend, Alltag und Gewaltverbrechen im Dritten Reich. Zu neueren Arbeiten und Wiederauflagen über den Nationalsozialismus

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONS-VORHABEN * NEUE LITERATUR

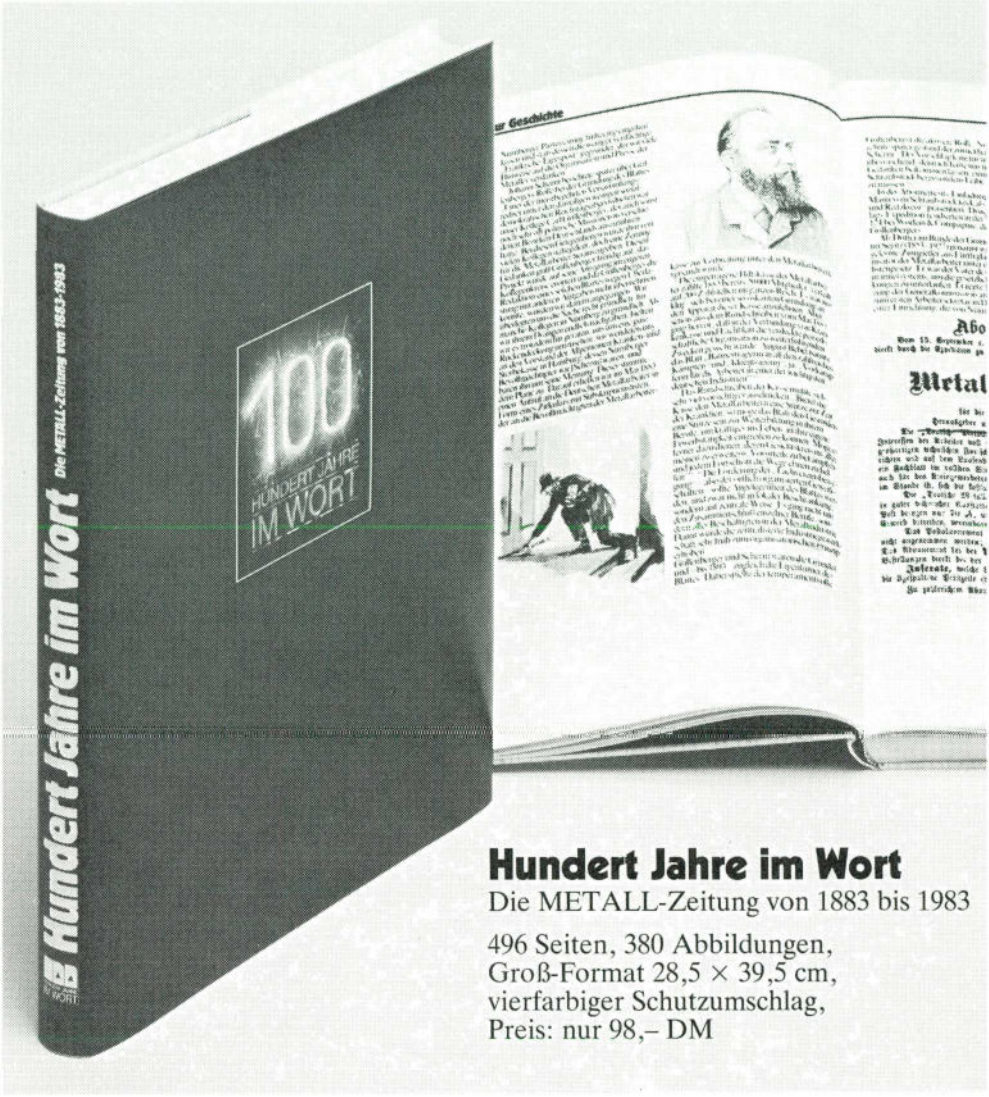
Ausschreibung

Der Hans-Böckler-Kreis, ein Gesprächskreis von Gewerkschaftern, Historikern und Politologen, wird erstmals 1984 einen Preis für eine wissenschaftliche Arbeit aus dem Bereich Gewerkschaftsgeschichte vergeben.

Die Arbeit muß folgende Bedingungen erfüllen:

1. Es muß sich um eine Dissertation/Habilitationsschrift oder eine wissenschaftliche Monographie handeln. Die Arbeit muß unveröffentlicht sein.
2. Sie muß sich mit einem Thema zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung befassen, bzw. mit Problemen, die Gegenstand gewerkschaftlichen Handelns (z.B. Tarifpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Betriebsverfassung, Rationalisierung) sind.
3. Internationale Aspekte können Gegenstand der Untersuchung sein, wenn sie sich in deutscher Gewerkschaftspolitik niederschlagen.
4. Die Arbeit muß in deutscher Sprache abgefaßt sein.
5 Der Preis ist mit DM 5000 dotiert. Außerdem wird die Drucklegung unterstützt.
6. Über die Preisvergabe entscheidet eine Jury, die sich aus Mitgliedern des Hans-Böckler-Kreises zusammensetzt.
7. Die Arbeiten sind bis zum 30. Juni 1984 zu senden an:

Hans-Böckler-Kreis
c/o Hans O. Hemmer/Ulrich Borsdorf
Hans-Böckler-Str. 39
D 4000 Düsseldorf 30



Hundert Jahre im Wort
Die METALL-Zeitung von 1883 bis 1983

496 Seiten, 380 Abbildungen,
Groß-Format 28,5 × 39,5 cm,
vierfarbiger Schutzumschlag,
Preis: nur 98,– DM

Ein Jahrhundert wird aufgeblättert

98 Mark – ist das nicht ein bißchen teuer? Fast 100 Mark erscheint uns viel Geld für ein Buch. Und doch ist es nur der reine Selbstkostenpreis. Aber rechnen wir mal nach: ein Essen mit der Familie im Restaurant, drei Karten für ein Pop-Konzert – 100 Mark sind schnell beisammen. Die 98 Mark für den Jubiläumsband von METALL „Hundert Jahre im Wort" dagegen sind sozusagen langfristig angelegt, ein Geschenk – für sich selbst oder andere –, von dem man lange zehren kann. Das befand auch der Hessische Rundfunk in einer Sendung über unser METALL-Buch.

Denn auf den rund 500 Seiten des Buches wird nicht nur die Geschichte der Metallarbeiter-Zeitung seit ihrem Entstehen unter dem Sozialistengesetz Bismarcks bis in die Gegenwart nachgezeichnet. Es wird die politische, wirtschaftliche und soziale Geschichte von 1883 bis 1983 aufgeblättert. Aber keine Angst vor trokkener Geschichte! „100 Jahre im Wort" ist ein lebendiges Geschichtsbuch, fast ein Bilderbuch. Dafür sorgen die rund 380 Abbildungen: zeitgenössische Illustrationen. Fotos aus METALL, zahlreiche Faksimiles ganzer Seiten aus der Zeitung. In die 100 Jahre bewegter Geschichte führt ein kenntnisreicher Aufsatz ein; zu jeder Epoche gibt es Erläuterungen, Kommentare, auch Anekdoten.

Verantwortlich für die Zusammenstellung ist der Historiker Gerhard Beier, in Fachkreisen nicht unbekannt als guter Kenner der Gewerkschaftsgeschichte. Für den METALL-Jubiläumsband hat er 50 000 Seiten unserer Zeitung durchgeforstet und ausgewertet, hat Archive in der Bundesrepublik und USA besucht und dabei manche Entdeckung gemacht. Für die grafische Aufbereitung sorgte Wilhelm Zimmermann, dem es zu danken ist, daß „100 Jahre im Wort" ein im besten Sinne lesbares Buch geworden ist: übersichtlich, locker, an jeder Stelle zum Schmökern einladend.

Die Bedeutung des Bandes ist dem Herausgeber und der METALL-Redaktion von vielen Seiten bestätigt worden: Presse und Funk berichteten ausführlich über diese „Fundgrube für Amateur-Historiker".

100 Mark für ein Buch? Bei näherem Hinsehen ein geringer Einsatz für ein Buch, das allen Metallern – und nicht nur ihnen – viele Stunden Lese-Abenteuer garantiert.

Bestellung

An die Union-Druckerei und Verlagsanstalt GmbH
Theodor-Heuss-Allee 90–98, 6000 Frankfurt am Main

Ich bestelle hiermit

_____ Stück „Hundert Jahre im Wort / Die METALL-Zeitung von 1883 bis 1983" (Stückpreis: 98 DM, inklusive Versandkosten).

☐ Ein Scheck über DM _____ liegt bei.

☐ Ich habe DM _____ auf das Konto der Union-Druckerei, Frankfurt am Main, Konto-Nr. 1000 725 200, bei der Bank für Gemeinwirtschaft (BLZ 500 101 11) überwiesen. Die Auslieferung erfolgt nach Eingang von Scheck oder Überweisung.

Name _____ Straße _____

Ort _____ Unterschrift _____

IWK

Bitte Bestell-Coupon ausschneiden und im frankierten Umschlag einsenden.

IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak
Wissenschaftlicher Beirat: Helga Grebing, Peter Lösche, Hans Mommsen, Hans-Josef Steinberg und Hermann Weber

Inhalt

WALTHER L. BERNECKER: In memoriam Augustin Souchy ..... S. 1

HANS MOMMSEN: Friedrich Adler und die Tradition der österreichischen sozialdemokratischen Gesamtpartei ..... S. 3

JEAN H. QUATAERT: Workers' reaction to social insurance: The case of homeweavers in the Saxon Oberlausitz in the late nineteenth century ..... S. 17

WERNER MÜLLER: Opposition und Widerstand gegen die nationalsozialistische Herrschaft im Alltag ..... S. 35

JOHANNES TUCHEL: Jugend und Gewaltverbrechen im Dritten Reich. Zu neueren Arbeiten und Wiederauflagen über den Nationalsozialismus ..... S. 44

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN
zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete (58). Bearbeitet von Franz Jean Frohn und Walter Momper ..... S. 49

NEUE LITERATUR
Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien. Bd. 2: 1849-1851. Hrsg. vom IML beim ZK der SED und vom IML beim ZK der KPdSU, Berlin 1982 (*Christiane Lattek*) ..... S. 82

Rosa Luxemburg, Gesammelte Briefe. Bde 1-3. Hrsg. vom IML beim ZK der SED, Berlin 1982 (*Sibylle Quack*) ..... S. 83

Ernst Toller, Justiz-Erlebnisse. Vollständige Neuausgabe, Berlin 1979;
Wolfgang Frühwald und John M. Spalek (Hrsg.), Der Fall Toller. Kommentar und Materialien, München und Wien 1979 (*Gabriele Jäger und Stephan Trudewind*) ..... S. 84

Paris 1935. Erster Internationaler Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur. Reden und Dokumente. Hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1982 (*Ursula Langkau-Alex*) ..... S. 85

Hans Peter Bleuel, Ferdinand Lassalle oder der Kampf wider die verdammte Bedürfnislosigkeit, Frankfurt/M. 1982 (*Shlomo Na'aman*) ..... S. 86

Franz Wirth, Johann Jakob Treichler und die soziale Bewegung im Kanton Zürich (1845/46), Basel und Frankfurt/M. 1981 (*Hannes Siegrist*) ..... S. 88

Holger Otte, Gustav Radbruchs Kieler Jahre 1919-1926, Frankfurt/M. und Bern 1982 (*Wolfgang Luthardt*) ..... S. 89

1/84
März

Rudolf Schenda unter Mitarbeit von Ruth Böckli (Hrsg.), Lebzeiten. Autobiographien der Pro Senectute-Aktion, Zürich, 1. Aufl. 1982, 3. Aufl. 1983 (*Hannes Siegrist*) ..... S. 90

Wolfgang Ruppert, Die Fabrik. Geschichte von Arbeit und Industrialisierung in Deutschland, München 1983 (*Gunnar Stollberg*) .... S. 91

Hartmut Zwahr (Hrsg.), Die Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse von den dreißiger bis zu den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts, Berlin 1981;
Lars Lambrecht (Hrsg.), Entstehung der Arbeiterbewegung, Berlin 1981 (*Andreas Gießinger*) ..... S. 92

Heidi Rosenbaum, Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, Frankfurt/M. 1982;
Klaus Saul, Jens Flemming, Dirk Stegmann und Peter-Christian Witt (Hrsg.), Arbeiterfamilien im Kaiserreich. Materialien zur Sozialgeschichte in Deutschland 1871-1914, Königstein/Ts. und Düsseldorf 1982 (*Ute Frevert*) ..... S. 94

Hermann-Josef Rupieper, Arbeiter und Angestellte im Zeitalter der Industrialisierung, Frankfurt/M. und New York 1982 (*Ulf Kadritzke*) ..... S. 95

Hae-Bon Chung, Das Krefelder Seidengewerbe im 19. Jahrhundert, Krefeld 1980 (*Jean H. Quataert*) ..... S. 97

Eberhard Fehrmann und Ulrike Metzner, Angestellte und Gewerkschaften. Ein historischer Abriß, Köln 1981 (*Ulf Kadritzke*) ..... S. 98

Gerlinde Hummel-Haasis (Hrsg.), Schwestern zerreißt eure Ketten. Zeugnisse zur Geschichte der Frauen in der Revolution von 1848/49, München 1982;
Ernest Borneman (Hrsg.), Arbeiterbewegung und Feminismus. Berichte aus vierzehn Ländern, Frankfurt/M., Berlin und Wien 1982;
Gertraude Kittler, Hausarbeit: Zur Geschichte einer "Natur-Ressource", München 1980;
Ursula Nienhaus, Berufsstand weiblich, 2 Bde, Berlin 1982 (*Jean H. Quataert*) ..... S. 100

Günther Grünthal, Parlamentarismus in Preußen 1848/49-1857/58, Düsseldorf 1982 (*Hermann-Josef Rupieper*) ..... S. 103

Wolfgang Renzsch, Handwerker und Lohnarbeiter in der frühen Arbeiterbewegung. Zur sozialen Basis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Reichsgründungsjahrzehnt, Göttingen 1980 (*Lothar Machtan*) ..... S. 104

Monika Wölk, Der preußische Volksschulabsolvent als Reichstagswähler 1871-1912. Ein Beitrag zur Historischen Wahlforschung in Deutschland, Berlin 1980;
Johannes Schenk, Klaus Pecher und Manfred Werler (Hrsg.), Dokumente zur Bildungspolitik und Pädagogik der deutschen Arbeiterbewegung. 1. Folge: Von den Anfängen bis zur Pariser Kommune, Berlin 1982;
Josef Olbrich (Hrsg.), Arbeiterbildung nach dem Fall des Sozialistengesetzes (1890-1914), Braunschweig 1982;
Elke Leonhard-Schmid, Zur Bewußtseinsbildung der frühen Sozialdemokratie (1863-1891), Frankfurt/M. und Bern 1982;
Wolfdietrich Jost, Gewerbliche Schulen und politische Macht. Zur Entwicklung des gewerblichen Schulwesens in Preußen in der Zeit von 1850-1880, Weinheim und Basel 1982 (*Hans-Günter Thien*) ..... S. 106

Frank Neumann, Sozialdemokratische Bildungspolitik im wilhelminischen Deutschland. Heinrich Schulz und die Entstehung der "Mannheimer Leitsätze", Bremen 1982 (*Claudia Albert und Uwe Hornauer*) ..... S. 109

Monika Breger, Die Haltung der industriellen Unternehmer zur staatlichen Sozialpolitik in den Jahren 1878-1891, Frankfurt/M. 1982 (*Rüdiger vom Bruch*) ..... S. 110

Georg Loewenstein, Kommunale Gesundheitsfürsorge und sozialistische Ärztepolitik zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, Bremen, 2. Aufl., 1980;
Kathleen M. Pearle, Preventive Medicine. The Refugee Physician and the New York Medical Community 1933-1945, Bremen [1981] (*Alfons Labisch*) ..... S. 112

Gerhard Friedrich, Proletarische Literatur und politische Organisation. Die Literaturpolitik der KPD in der Weimarer Republik und die proletarisch-revolutionäre Literatur, Frankfurt/M. 1981;
Manfred Lefèvre, Von der proletarisch-revolutionären zur sozialistisch-realistischen Literatur, Stuttgart 1980 (*Hans-Harald Müller*) ..... S. 113

Jan Striesow, Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918-1922, 2 Bde, Frankfurt/M. 1981;
Amrei Stupperich, Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität. Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei 1918-1933, Göttingen und Zürich 1982;
Heidrun Holzbach, Das "System Hugenberg". Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981 (*Klaus Schönhoven*) ..... S. 116

Lotte Zumpe, Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945, Vaduz/Liechtenstein 1980 (*Hermann-Josef Rupieper*) ..... S. 118

Reinhard Mann (Hrsg.), Die Nationalsozialisten. Analyse faschistischer Bewegungen, Stuttgart 1980 (*Armin Triebel*) ..... S. 119

Einheitsgewerkschaft. Quellen – Grundlagen – Probleme, Frankfurt/M. 1982;
Arnold Bettien, Arbeitskampf im kalten Krieg. Hessische Metallarbeiter gegen Lohndiktat und Restauration, Marburg 1983;
Horst Thum, Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften, Stuttgart 1983 (*Peter Rütters*) ..... S. 120

Jürgen Treulieb, Der Landesverratsprozeß gegen Viktor Agartz, 2 Teile, Münster 1982;
Hans Peter Riesche, Von der "Neuen Wirtschaftsdemokratie" zur "Expansiven Lohnpolitik". Ein Beitrag zur Biographie von Viktor Agartz, Hannover 1983 (*Hans Willi Weinzen*) ..... S. 123

Autorenkollektiv, Leitung: Heinz Deutschland, Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1982 (*Werner Müller*) .... S. 124

Jürgen Kocka (Hrsg.), Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert, Göttingen 1981 (*Ulf Kadritzke*) ..... S. 125

Politischer Streik. Hrsg. von Heinz-Gerhard Haupt et.al., Frankfurt/M. 1981 (*Hermann-Josef Rupieper*) ..... S. 128

KURZANZEIGEN UND LITERATURHINWEISE ..... S. 130

WISSENSCHAFTLICHE MITTEILUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION ..... S. 142

PROJEKTFRAGEBOGEN ..... S. 151

Autoren dieses Heftes:
Walther L. Bernecker, Dr. phil., Akademischer Rat am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg, Alter Postweg 120, D 8900 Augsburg.
Hans Mommsen, Dr. phil., Prof. am Lehrstuhl Neuere Geschichte II der Ruhr-Universität Bochum, z.Z. Mitglied des Wissenschaftskollegs zu Berlin, Wallotstr. 19, D 1000 Berlin 33.
Werner Müller, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte II der Universität Mannheim, A 5, D 6800 Mannheim 1.
Jean H. Quataert, Ph. D., Ass. Prof. am Dept. of History der University of Houston at Clear Lake City, 2700 Bay Area Boulevard, Houston, Texas 77058, USA.
Johannes Tuchel, Dipl. Pol., Fürbringerstr. 25, D 1000 Berlin 61.

ISSN 0046-8428
INTERNATIONALE WISSENSCHAFTLICHE KORRESPONDENZ ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG (Zitierweise: IWK)
Verleger im Sinne des Pressegesetzes: Historische Kommission zu Berlin, Kirchweg 33, D 1000 Berlin 38.

Redaktion: Gerhard Beier, Franz Jean Frohn, Gunter Krüschet (verantw.), Peter Lösche, Walter Momper, Dirk H. Müller.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: Kirchweg 33, D 1000 Berlin 38, Tel.: 030/803 10 61

Die mit dem Verfassernamen gekennzeichneten Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder. Die Verfasser sind verantwortlich für die Richtigkeit der in ihren Beiträgen mitgeteilten Tatbestände. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare übernimmt die Redaktion keinerlei Haftung. Für alle Beiträge behält sich die Historische Kommission alle Rechte vor, auch die Rechte des Nachdrucks, der Übersetzung in fremde Sprachen, der fotomechanischen Wiedergabe, sowie der Speicherung auf Datenträger. Gerichtsstand: Berlin(West)

Die IWK erscheint viermal jährlich (März, Juni, September, Dezember). Preise ab 1.1.1983: Einzelheft DM 20,–, Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 15,–, jeweils zuzüglich einer Pauschale für Porto und Verpackung von DM 1,50. Jahresabonnement DM 67,–, Studenten, andere Auszubildende und Arbeitslose DM 40,–, jeweils zuzüglich DM 5,– für Porto und Verpackung. Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 215515–105, beim Postscheckamt Berlin-West. Das Abonnement kann mit einer Frist von 6 Wochen zum Ende des Geschäftsjahres (IWK-Jahrgang) gekündigt werden. Andernfalls verlängert sich das Abonnement automatisch um ein weiteres Geschäftsjahr (IWK-Jahrgang). Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 5,7,8,13-19/20, und Jg. 10 (1974)-Jg. 13 (1977), Jg. 14 (1978), H. 1 und 4 und Jg. 15 (1979)ff. Ein Inhaltsverzeichnis der Hefte 1 (Dezember 1965) bis 19/20 (Dezember 1973) und der Jahrgänge 10 (1974) bis 12 (1976) wird gegen eine Schutzgebühr von DM 5,– abgegeben.

Redaktionsschluß: 10.2.1984

Gedruckt mit Unterstützung des Senators für Wissenschaft und Forschung, Berlin.

Gesamtherstellung: Union-Presse Hass + Co., Spanische Allee 92, D 1000 Berlin 38.

IN MEMORIAM AUGUSTIN SOUCHY

Als am Neujahrstag 1984 Augustin Souchy in München starb, endete das Leben eines Mannes, der sich stets mit Mut, Beharrlichkeit, auch Eigensinn für die Sache der Anarchie eingesetzt hatte, der im Laufe der Jahrzehnte viele seiner Ansichten zu Methoden des Kampfes oder zur revolutionären Betätigung geändert, bis zu seinem Tod jedoch unbeirrt an seiner Grundüberzeugung festgehalten hat, daß Anarchie das Fernziel der Menschheit sei. Anarchie verstand er als freiwillige Ordnung, Anarchismus als soziokulturelle Bewegung, als "Gesetz und Ordnung ohne Gewalt". Nie wurde er müde, die verbreitete Gleichsetzung von Anarchismus und Terrorismus anzuprangern, die Gewaltfreiheit als Wesensmerkmal des Anarchismus herauszustreichen. Würden Anarchisten sich mit Gewalt an die Macht putschen, dann resultierte daraus – so Souchy – eine erneute Diktatur. Der Bereich des Anarchismus sei nicht die Ausübung, sondern die Kritik von Herrschaft.

Das Thema, das ihn zeit seines Lebens gefesselt hat, war die Revolution; Revolutionen hat er beobachtet, beschrieben, mitgestaltet, letzteres allerdings nie mit der Waffe in der Hand. Sein Lebenslauf liest sich wie die dramatische Abfolge erlebter Geschichte eines Jahrhunderts, voller Brüche und Neuanfänge, und doch in seinen Zielen und Absichten die Stetigkeit dessen widerspiegelnd, der sich seiner Sache sicher ist: Der aus Ratibor gebürtige Oberschlesier, Sohn eines sozialdemokratischen Stadtverordneten, traf schon vor dem Ersten Weltkrieg auf Gustav Landauer, der ihm Freund und Lehrer wurde, in dessen "Sozialistischem Bund" er auch in Berlin tätig war. 1914 emigrierte der überzeugte Pazifist und radikale Antimilitarist nach Schweden, 1919 kehrte er nach Deutschland zurück, wo er in den 20er Jahren neben Rudolf Rocker einer der führenden Intellektuellen der anarchosyndikalistischen "Freien Arbeiter Union Deutschlands" (FAUD) war. Wegweisend für seine weitere Entwicklung wurden seine Erfahrungen in Rußland, wo er 1920 inoffiziell die deutschen Syndikalisten auf dem zweiten Kominternkongreß vertrat. Seine Gespräche mit Lenin bestärkten ihn in seiner Ablehnung des bolschewistischen Modells, sein Zusammentreffen mit Peter Kropotkin erhärtete in dem gerade Dreißigjährigen die Überzeugung von der Richtigkeit seiner anarchistischen Philosophie.

Hitlers Machtübernahme zwang Souchy 1933 erneut ins Exil, diesmal nach Frankreich. Von dort reiste er, kurz vor Ausbruch des Spanischen Bürgerkrieges, nach Barcelona, wo er 1936-1939 die Außeninformation der spanischen Anarchosyndikalisten leitete. Die sozialrevolutionären Experimente, die die spanischen Anarchisten während des Bürgerkrieges durchführten, die Selbstorganisation der Arbeiter und Bauern, die Kollektivierung der Landwirtschaft, die Veränderung des traditionellen Herrschaftssystems, der hierarchischen Sozialstruktur und des Landbesitzsystems in der republikanischen Zone – diese Erfahrungen wurden zum Schlüsselerlebnis von Augustin Souchy, zur wohl wichtigsten Station in seiner politischen Biographie. In seinen Memoiren "'Vorsicht: Anarchist!' Ein Leben für die Freiheit" (Darmstadt und Neuwied 1977) schreibt er: "Das war die Sozialrevolution, von der ich seit meiner Jugend geträumt hatte." Souchy hat diese "Soziale Revolution" der spanischen Anarchisten nicht nur beobachtet und mitgestaltet, sondern darüber hinaus oft beschrieben, in zahlreichen Vorträgen verteidigt und als Beispiel gelebter Anarchie dargestellt.

Nach der Niederlage der spanischen Republik mußte er erneut fliehen: zuerst nach Frankreich, von dort nach Mexiko, wo er jahrelang für die syndikalistische und anarchistische Bewegung tätig war. Von Mexiko aus beobachtete er die sozialen und politischen Umbrüche des lateinamerikanischen Subkontinents. In den 50er Jahren kehrte er nach Europa zurück und arbeitete im Auftrag des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften und des Internationalen Arbeitsamtes als Experte für Arbeiterbildung; in dieser Funktion bereiste er

zahlreiche Länder und führte monatelange Vortragsreisen durch. Selbst nachdem er sich, hochbetagt, Mitte der 60er Jahre endgültig in München als Publizist niedergelassen hatte, wurde er sowohl von akademischen wie von Arbeiterorganisationen um viele Gastvorträge gebeten; auch seine zunehmende Erblindung hielt ihn von seinen rastlosen Aktivitäten, von Vortragsreisen und Podiumsdiskussionen, Debatten und Interviews, Rundfunkbeiträgen und Rezensionen, nicht ab. Noch ein halbes Jahr vor seinem Tod (neunzigjährig!) reiste er, der "Revolutionär aus einer anderen Zeit", durch Katalonien und Aragonien, das "Reich des Kollektivismus" im Spanischen Bürgerkrieg.

Schon früh verdiente sich Souchy seinen Lebensunterhalt, der stets bescheiden blieb, mit Zeitschriften- und Zeitungsaufsätzen – die er übrigens in vielen Sprachen schrieb, deren Erlernung dem polyglotten Autodidakten keine sonderlichen Schwierigkeiten bereitete. Bald folgten längere Darstellungen: über Gustav Landauer, Sacco und Vanzetti, die russische Revolution, Erich Mühsam, den freiheitlichen Sozialismus. Einige der besten Augenzeugenberichte über die Kollektivierungsbewegung im Spanischen Bürgerkrieg stammen von ihm; auch über die israelischen Kibbuzim und die kubanische Revolution – diese beurteilte er zuletzt sehr skeptisch, ja ablehnend – konnte er aufgrund eigener Beobachtungen schreiben. Über 20 Titel weist die Liste seiner Monographien auf; viele davon sind in mehreren Auflagen und Übersetzungen erschienen.

Souchy, nach eigenem Bekunden "Student der Revolution", war kein Analytiker, kein Theoretiker der Revolution; er hat an revolutionären Bewegungen vielmehr beobachtend teilgenommen, sie beschrieben, mitgestaltet, selbst Hand angelegt. Sein Hauptinteresse galt stets der Landwirtschaft, da in diesem Wirkungsbereich seine Ideale von sozialer Gerechtigkeit, autonomer Selbstverwaltung und Selbstbestimmung des einzelnen, freiwilliger Gemeinschaftsarbeit, Selbständigkeit der Kommunen, kollektivistischer Produktion und Verfügungsrecht der Produzenten über ihre Erträge am besten realisiert werden konnten. Zwang lehnte er dabei stets ab. Sein Ziel blieb eine auf Mitbestimmung und Selbstorganisation beruhende wirtschaftspolitische Alternative zu Privat- und Staatskapitalismus. An die Stelle von Klassenbewußtsein als Veränderungsfaktor und Mittel zur Erreichung dieses Ziels setzte er das Selbstbewußtsein jedes einzelnen, das er als sichersten Garanten der Freiheit aller betrachtete. Das Volk müsse "sich selbst in die Hand nehmen". (Übrigens sah er in der Friedensbewegung diese Forderung ansatzweise realisiert.)

Souchy, der mehrere Revolutionen selbst erlebt hatte, glaubte lange Zeit an die Allmacht von Revolutionen, sprach zuletzt aber nur noch von ihren Grenzen und billigte der Evolution eine mitunter ebenso große Bedeutung zu. Dementsprechend sah er auch in Schweden das Land, das auf dem Weg zum Anarchismus am weitesten vorangeschritten war. Auch die Gewinnbeteiligung der Arbeiter eines Unternehmens sei ein Schritt in die richtige Richtung, auf den später die Übernahme der Betriebsleitung durch die Angestellten folgen müsse. Hatte Souchy in seiner Jugend noch in Zeiträumen von zehn Jahren gedacht, so dachte er im hohen Alter in Jahrhunderten. Das Ziel aber blieb unverrückbar; in seinen Memoiren kleidete er es in die Worte: "Mein herrschaftsfreies Streben galt stets der Errichtung einer gewaltlosen Ordnung an Stelle der organisierten Gewalt."

Augustin Souchy hat einmal die namhaftesten Anarchisten, die er fast alle kannte, als "persönlich meist sehr liebenswerte Menschen" bezeichnet, als "bescheiden, optimistisch, der Sache hingegeben". Damit hat er sich selbst charakterisiert. – Die libertäre Bewegung, die Sache der Freiheit hat in ihm einen großen Mann verloren.

Walther L. Bernecker

FRIEDRICH ADLER UND DIE TRADITION DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN GESAMTPARTEI

Von Hans Mommsen

Friedrich Adler (1879-1960), der Sohn des österreichischen Parteiführers Victor Adler, ist zeit seines Lebens ein Vorkämpfer des sozialistischen Internationalismus gewesen. Am bekanntesten war sein Entschluß, durch die Ermordung des österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh der Ausbreitung des Nationalismus in den Reihen der österreichischen Sozialdemokratie entgegenzutreten und ein Fanal gegen die Fortführung des Krieges zu setzen. Später hat er den Versuch gemacht, die sozialistische Internationale wieder zum Leben zu bringen und für eine Verständigung zwischen den Bolschewiki und dem kommunistischen Flügel der europäischen Arbeiterbewegung einerseits und den Parteien des demokratischen Sozialismus andererseits einzutreten. Das Scheitern der Zweieinhalbten Internationale konnte er nicht abwenden; er hat dann seine ganze Kraft in den Dienst der Sozialistischen Arbeiterinternationale gestellt und war einer der konsequentesten Vertreter der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse. Gegenüber dem Vater ist sein Ruhm in der Geschichte des mitteleuropäischen demokratischen Sozialismus stets ein wenig verdunkelt geblieben, und gewiß enthalten sein politisches Denken wie sein persönlicher Werdegang problematische Züge. Insofern gehört Friedrich Adler einer Zwischengeneration an, in deren Biographie sich sowohl der Strukturwandel wie die Strukturkrise der sozialistischen Arbeiterbewegung nach der Jahrhundertwende spiegeln.

In den vergangenen Jahren ist, auch nach Zugänglichwerdung des Nachlasses, von der Forschung einiges an neuen Materialien und Einsichten über Friedrich Adler bekanntgeworden. Zugleich hat sich die Psychohistorie mit ihm beschäftigt.[1] Es scheint inzwischen wünschenswert, den politischen Hintergrund einzubringen, der Friedrich Adlers unterschiedliche Entwicklungsphasen beleuchtet und der mit der Tradition der österreichischen Sozialdemokratie seit dem Parteitag von Hainfeld aufs vielfältigste zusammenhängt. Dies deutlich zu machen, ist die Absicht der nachfolgenden Darlegungen, die zugleich die Resultate verstreuter jüngerer Publikationen, die dem deutschen Publikum nicht immer erreichbar sind, aufnehmen und an sie anschließen.

An den Anfang sei eine persönliche Erinnerung gestellt, die das Interesse des Verfassers an Friedrich Adler zusätzlich begründet. Er erinnert sich lebhaft, als junger Doktorand Friedrich und Kathia Adler, wenige Jahre vor dessen Tode, in Zürich aufgesucht und ein langes Gespräch über die Politik der österreichischen Sozialdemokratie in der Habsburgischen Monarchie, über die Nationalitätenprobleme und über die politischen Grundsätze Victor Adlers geführt zu haben. Für den Außenstehenden war es überraschend, wie sehr Friedrich, der äußeren Erscheinung nach, der Vorstellung glich, die sich aus Photographien und Beschreibungen über seinen Vater erhalten hat. Das Gespräch lenkte unwillkürlich über zu dem persönlichen Verhältnis zwischen dem Vater und dem Sohn. Die starke Bindung, die Friedrich gegenüber dem Vater empfand, und die zeitweise scharfen Spannungen, die ihr entsprangen, bilden einen wichtigen Hintergrund zum Verständnis seiner beruflichen und politischen Laufbahn. Lebhaft steht dem Verfasser die Erzählung vor Augen, daß Victor Adler fast starrsinnig verhinderte, daß Fritz und Kathia im Gastgarten zu Basel, in dem die Honoratioren des Kongresses der Sozialistischen Internationale zusammentrafen, am Tisch von Rosa Luxemburg

1 Peter Loewenberg, Victor and Friedrich Adler. Revolutionary Politics and Generational Conflict in Austromarxism, (nicht publiziert).

Platz nahmen. Obwohl der Parteiführer sonst durch Toleranz gegenüber abweichenden Auffassungen hervortrat, lehnte er Rosa Luxemburg, der er verantwortungslosen Doktrinarismus vorwarf, aufs entschiedenste ab. Die beschriebene Geste dem dreiunddreißigjährigen Sohn gegenüber beleuchtet die Autorität, mit der der Vater Friedrich Adler gegenübertrat. Man wird daher ermessen können, wie belastet die politischen und institutionellen Beziehungen zwischen dem jüngeren Parteisekretär, der bald der deutschen Parteivertretung angehörte, und dem unbestrittenen Führer der sozialdemokratischen Partei gewesen sind. Die tiefe Bindung des Vaters wiederum und die Herzlichkeit des Umgangs, die ihm eigentümlich waren, überdeckten die intergenerative Spannung und ließen sie nicht zu einem rationalen Austrag gelangen. Dies und die in der Familiengeschichte wurzelnden psychologischen Bürden sind ein wichtiger Schlüssel für die Vielschichtigkeit, die die Persönlichkeit Friedrich Adlers einer einfachen Charakterisierung entzieht.[2]

Der teils latente, teils offene Vater-Sohn-Konflikt hat mit Sicherheit einen wesentlichen Anteil daran, daß Friedrich den Alleingang des Attentats gegen Ministerpräsident Grafen Stürgkh und, jedenfalls seiner eigenen Deutung nach, gegen die Partei, der er angehörte, un-

Denn die Protesthandlung des Attentats enthielt, so erscheint es im Rückblick, einen objektiven Kern, der freilich auch mit der beschriebenen Vaterbindung zusammenhing. Er bestand darin, daß der Führungsstil wie die taktische Ausrichtung der sozialdemokratischen Partei in Österreich, die ihr durch die bestimmende Persönlichkeit Victor Adlers aufgeprägt worden waren, unter den Bedingungen des Krieges ihre innere Überzeugungskraft verloren. Friedrich Adler ging es nicht darum, die Partei auf einen neuen revolutionären Kurs zu lenken. Vielmehr wollte er ein Zeichen setzen, das die Partei zu ihren früheren Prinzipien zurückführen sollte, die im Marasmus der inneren Auflösung des habsburgischen Vielvölkerstaats zunehmend unterhöhlt schienen.

Friedrich Adler kehrte von seinem halb wissenschaftlichen, halb politischen "Exil" in der Schweiz eben zu dem Zeitpunkt nach Österreich und in die aktive Parteiarbeit zurück, als sich – im Zusammenhang mit den Reichsratswahlen von 1911 – endgültig herausgestellt hatte, daß das allgemeine und gleiche Wahlrecht keine innenpolitische Entlastung bringen werde, daß die Abspaltung der tschechoslowakischen Partei – ganz wie Victor Adler befürchtet hatte – nicht rückgängig gemacht werden konnte und daß die zentralistische Bewegung der tschechischen Sozialisten trotz der Unterstützung durch die Gesamtpartei ein totgeborenes Kind war.[3] Vielmehr bedrohte der Nationalitätenkampf nun auch die Geschlossenheit der deutsch-österreichischen Partei, die angesichts des sterilen Klimas der nationalen Obstruktion nicht hoffen konnte, greifbare politische Erfolge zu erringen.

Der Parteiführer hatte den Sohn davor gewarnt, sich auf das unfruchtbare Feld der zisleithanischen Innenpolitik zu begeben. Aber er widersetzte sich auch nicht, als an ihn der Vorschlag herangetragen wurde, Friedrich in die Parteiführung zu holen, in der er teils organisa-

2 Vgl. Rudolf G. Ardelt, Friedrich Adler: Probleme der Identitätsbildung, in: Gerhard Botz, Hans Hautmann, Helmut Konrad und Josef Weidenholzer (Hrsg.), Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte, Wien 1978, S. 63-87; vgl. ferner Gerhard Botz, Der 21. Oktober 1916. Das Attentat Friedrich Adlers. Bewußte und unbewußte Beweggründe, in: Die Zukunft, Jg.20 (1976), S.14-19; Michael Siegert, Es war Vatermord. Friedrich Adlers Attentat vom 21. Oktober 1916, in: Neues Forum, Nr. 293/294 (Mai/Juni 1978), S.81-89.

3 Zur Lage der Partei vgl. Hans Mommsen, Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat, Wien 1963, S.420ff und S.444 f.; ders., Otto Bauer, Karl Renner und die sozialdemokratische Nationalitätenpolitik in Österreich, in: ders.: Arbeiterbewegung und Nationale Frage. Ausgewählte Aufsätze, Göttingen 1979, S.213ff.

torische, teils publizistische Aufgaben übernahm. Von außen kommend spürte Friedrich Adler stärker als andere die Gefahr der Stagnation einer Massenpartei, die ihr politisches Gewicht angesichts der chronischen Parlamentskrise allenfalls durch Einflußnahme auf die Bürokratie zur Geltung zu bringen vermochte. Die Artikel, die der frischgebackene Parteisekretär in den letzten Vorkriegsjahren verfaßte, spiegeln die latente Krise, in der sich die Partei infolge fehlender äußerer Entwicklungsbedingungen befand. Der "Wert des Parlamentarismus" wurde von Adler in Frage gestellt und doch wieder mit der wenig überzeugenden Erwägung gerechtfertigt, es sei besser, die parlamentarische Maschine liefe leer als "allein im Interesse der herrschenden Klassen". Adler wirft die Frage auf, ob mittels "direkter Aktion" eine Änderung bewirkt werden könne, lehnt aber gleichzeitig den Gedanken einer "permanenten Massenaktion" ab; statt dessen müsse man zu der Taktik des indirekten Drucks, die sich im Wahlrechtskampf bewährt hatte, zurückkehren.[4] Es ist deutlich erkennbar, daß Friedrich Adler bestrebt ist, Alternativen zu der parlamentarischen Taktik zu finden, die unter den gegebenen Umständen aussichtslos war.

Auch Friedrich Adlers polemische Abrechnung mit den tschechischen "Separatisten", die er in dem vielzitierten Aufsatz mit dem moralisierenden Titel "Minderwertig im Internationalismus" vollzog, spiegelt die Krise in der österreichischen Gesamtpartei. Adlers in mancher Hinsiht rechthaberisch anmutende Beschwörung des proletarischen Internationalismus implizierte eine Kritik an der Parteiführung selbst, von der er wohl wußte, daß sie auf nationale Strömungen in der eigenen Organisation Rücksicht zu nehmen hatte.[5] Der von ihm nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs erhobenen Forderung nach einer "Internationale der Tat" haftete ein ähnlich doktrinärer Zug an.[6] Dies hatte gewiß viel mit der individuellen Begabungsstruktur Friedrich Adlers zu tun wie mit seinen spezifisch theoretischen Interessen, die ihn dazu führten, sich der empiriokritischen Position Ernst Machs zu nähern.[7]

Indessen war das Bestreben, zu einer Revision der sozialistischen Programmatik zu gelangen und sich über die grundsätzlichen Ziele der Bewegung Klarheit zu verschaffen, nicht auf Friedrich Adler beschränkt. Dies traf für die gesamte Gruppe der Austromarxisten zu, der er, wenngleich mit einer gewissen Sonderstellung, zuzuordnen ist. Unter dem Einfluß des Neokantianismus waren sie, obwohl mit verschiedener richtungspolitischer Einstellung, um eine grundsätzliche Neuorientierung der in den Bahnen reformistischer Politik festgelaufenen Massenpartei bemüht. Gerade die Auswirkungen des imperialistischen Nationalismus, die den Parteiapparat und die Parteiorgane vor allem nach Kriegsbeginn nachhaltig beeinflußten, bewiesen die Notwendigkeit, die sozialen und die nationalen Zielsetzungen der sozialdemokratischen Politik in Zisleithanien grundsätzlich zu überprüfen.

Otto Bauer hatte bereits 1913 die Auffassung vertreten, daß die innenpolitische Stagnation des Habsburgerreichs die Partei dazu zwingen werde, sich der Forderung des Selbstbestimmungsrechts der Völker anzuschließen und für das großdeutsche Programm zu optieren; allerdings hielt er einen solchen Schritt damals noch für verfrüht und psychologisch nicht gangbar.[8] Hingegen glaubte Karl Renner, der am ehesten bereit war, sich den vorherrschenden

4 Friedrich Adler, Der Wert des Parlamentarismus, in: Der Kampf, Jg.4 (1910/11), S.413ff.
5 Friedrich Adler, Die Erneuerung der Internationale. Aufsätze aus der Kriegszeit. Hrsg. von Robert Danneberg, Wien 1918, S.159ff.
6 Friedrich Adler, a.a.O., S.31ff.
7 Vgl. Julius Braunthal, Victor und Friedrich Adler. Zwei Generationen Arbeiterbewegung, Wien 1965, S.191f.
8 Hans Mommsen, Nationalitätenfrage und Arbeiterbewegung in Mittel- und Osteuropa, in: ders., Arbeiterbewegung und Nationale Frage, S.100.

politischen Tendenzen anzupassen, in dem von Friedrich Naumann propagierten Mitteleuropagedanken eine Chance zur Verwirklichung eines nationalen Ausgleichs in Südostmitteleuropa und der Sicherung des kulturellen Führungsanspruches des Deutschtums erblicken zu können.[9] Es kam zu entsprechenden Verhandlungen zwischen der reichsdeutschen und der deutsch-österreichischen Parteiführung in den Jahren 1915 und 1916; allerdings wies der Parteivorstand Renner ausdrücklich darauf hin, keine Bindungen einzugehen und sich politisch zurückzuhalten.[10] Publizistisch setzte sich Renner nachdrücklich für eine mitteleuropäische Lösung ein, von der er die Illusion hegte, daß sie sozialistische Züge annehmen könne.

Demgegenüber entpuppte sich Friedrich Adler als entschlossener und unbeugsamer Befürworter der Tradition der *internationalen* sozialistischen Bewegung. Konsequent lehnte er den umstrittenen Leitartikel von Friedrich Austerlitz "Der Tag der deutschen Nation", den dieser unter dem Eindruck der Zustimmung der reichsdeutschen Sozialdemokratie zu den Kriegskrediten am 5. August 1914 in der "Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht hatte,[11] als Verrat gegenüber den Prinzipien der internationalen Sozialdemokratie ab. Er habe, so äußerte Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht, damals das Gefühl gehabt, daß seine ganzen Lebenspläne und Lebensaufgaben gescheitert seien.[12] Der latente Konflikt gegenüber dem Vater brach nun offen auf; in der Tat vermochte sich der Parteiführer dem Sog der deutschnationalen Welle, die die österreichische Öffentlichkeit erfaßte, nicht hinreichend zu entziehen. Schon am 8. August 1914 bot Friedrich Adler dem Parteivorstand den Rücktritt von seinen politischen Funktionen an; doch verblieb er in der Parteivertretung und nahm in der Regel an den wöchentlichen Sitzungen teil.[13] Unter dem Einfluß seiner Parteifreunde nahm er von Erwägungen, in die Schweiz zurückzukehren, Abstand. Als Mitherausgeber des "Kampf" oblag ihm die Betreuung des theoretischen Organs der Partei; dies ging nicht ohne Konflikte mit dem Mitherausgeber, Karl Renner, ab. Es ist bemerkenswert, daß Friedrich Adler trotz der mit zunehmender Schärfe geäußerten Kritik an dem politischen Kurs der Partei mehrheitlich toleriert wurde.

Die von Friedrich Adler eingenommene Position war durch einen konsequenten Internationalismus und die rücksichtslose Kritik an den inneren Zuständen der österreichischen Monarchie geprägt. Er schloß sich hier vielfach der vor 1914 betriebenen Agitation und Argumentationsweise an. Die Verurteilung des Neoabsolutismus und der Farce des zisleithanischen Parlaments verknüpfte sich bei ihm nicht mit der für die leninistische Linke bezeichnenden Polemik gegen den Imperialismus. In dem von Adler verfaßten "Manifest der Internationalen in Österreich an die Internationalen aller Länder" vom 3. Dezember 1915 war vielmehr vom "unbeugsamen Kampf für die demokratische Republik" die Rede. Die Anklage der "kapitalistischen Gesellschaft" erfolgte eher beiläufig. Es handelte sich um ein radikal demokratisches, pazifistisches und internationalistisches Programm.[14] In seinen publizistischen Stel-

9 Vgl. Karl Renner, Österreichs Erneuerung. Politisch-programmatische Aufsätze, Bd. 1-3, Wien 1915-16, insbes. Bd.1, S.145ff und S.158f.; ders., Marxismus, Krieg und Internationale, Stuttgart 1917; vgl. Robert A. Kann, Das Nationalitätenproblem der Habsburgermonarchie, 2 Bde, Bd.2: Ideen und Pläne zur Reichsreform, Graz 1964, S.257f.

10 Vgl. das Schreiben von Victor Adler an Karl Renner vom 29.12.1915, Adler-Archiv, Mappe 147, Verein für die Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien.

11 Vgl. Julius Braunthal (Hrsg.), Austerlitz spricht. Ausgewählte Aufsätze und Reden von Friedrich Austerlitz, Wien 1931, S.99ff.

12 Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht, Jena 1923, S.81; vgl. Michael Siegert, Es war Vatermord, S. 89.

13 Vgl. Julius Braunthal, Victor und Friedrich Adler, S.218f.; letzteres geht aus den Parteivorstandsprotokollen hervor.

14 Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht, S.80f.

lungnahmen bis Mitte 1916 rückte die Forderung nach Klassensolidarität und revolutionärem Vorgehen in den Hintergrund. Erst die wachsende Verzweiflung darüber, daß es offensichtlich unmöglich war, maßgeblichen Einfluß auf die Partei mit dem Ziel, deren Politik zu ändern, auszuüben, veranlaßte Adler zu der Erwägung, sich auf die "Selbstthätigkeit der Massen" zu stützen und deren Mobilisierung gegen den Krieg ins Auge zu fassen.[15] Adler hatte sich seit Mitte August bemüht, Gesinnungsgenossen um sich zu versammeln. Der von ihm im März 1916 reaktivierte Bildungsverein "Karl Marx" bildete jedoch kein wirksames Zentrum der innerparteilichen Opposition. Erst der Beitritt des Aktionskomitees der Linksradikalen unter Koritschoner gab dem Verein einen deutlich revolutionären Akzent. Dies galt insbesondere, nachdem dieser das Kienthaler Programm übernahm. Adler hatte von vornherein mit der Zimmerwalder Linken sympathisiert; indessen lehnten es die Bolschewiki ab, ihn zu dieser zu rechnen. Bezeichnenderweise nahm Koritschoner, nicht Adler als Delegierter an der Kienthaler Konferenz teil. Auch später distanzierte sich Lenin von der "Verzweiflungstat eines Kautskyaners ".[16]

Adlers eigener Aussage zufolge verschärfte sich der Konflikt mit der Partei über die Frage des Verkaufs der vor dem Bankrott stehenden parteieigenen Hammerbrotwerke.[17] Allerdings hatte der Gedanke eines spektakulären Attentats eine längere Vorgeschichte. Als die von den Parteien geforderte Wiedereinberufung des Abgeordnetenhauses am Widerstand des Ministerpräsidenten scheiterte, entschloß er sich, mit dem Attentat auf Stürgkh ein innenpolitisches Zeichen zu setzen. Im Prozeß hat Adler, ganz in Übereinstimmung mit den vorausliegenden theoretischen Äußerungen, die politische Funktion des Attentats dahingehend beschrieben, daß es ihm darum gegangen sei, "die psychologische Voraussetzung künftiger Massenaktionen in Österreich zu schaffen".[18] Im revolutionären Massenkampf erblickte er das einzig verbliebene Mittel, um zu einer grundlegenden Veränderung des politischen Systems zu gelangen. Schließlich beabsichtigte er zugleich, die von der offiziellen Propaganda geschürten Illusionen eines baldigen Kriegsendes zu zerstören und die problematischen innenpolitischen Folgen eines Sieges der Mittelmächte darzulegen.

Das gesinnungsethische Moment seines Handelns trat am eindrücklichsten in der vernichtenden Kritik an der sozialdemokratischen Partei hervor. In seiner Rechtfertigungsrede vor dem Ausnahmegericht scheute sich Friedrich Adler nicht, den Parteivorstand als "konterrevolutionäre Instanz" zu bezeichnen. Er warf der Partei in zugespitzter Form bürokratische Sterilität, kleinbürgerliche Mentalität und nationalistische Versumpfung vor.[19] In allem steckte ein richtiger Kern. Doch abstrahierte Adler von der Tatsache, daß rebus sic stantibus die Voraussetzungen für eine Massenbewegung gegen das neoabsolutistische System schwerlich gegeben waren. Wie die meisten Angehörigen des linken Flügels neigte Friedrich Adler dazu, die politische Potenz der reichsdeutschen Linksopposition zu überschätzen. Indessen vermochte die Unabhängige Sozialdemokratie, die nach dem Bruch der Mehrheit mit der unabhängigen Arbeitsgemeinschaft als selbständige Partei begründet wurde, nicht zu einer vorwärtsweisenden Strategie zu finden. Ihre Politik erschöpfte sich weitgehend in dem Festhalten an den Prinzipien des Erfurter Programms und dem Willen zu unbedingter Opposition. Mit Ausnahme des sich bald verselbständigenden Spartakus-Flügels hielten die Unabhängigen an der zentristi-

15 A.a.O., S.119.
16 Brief an Franz Koritschoner vom 25. Oktober 1916, in: Vladimir Il'ic Lenin, Werke, 40 Bde, 2 Reg.bde, Berlin 1956-1966, Bd. 31, S.22.
17 Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht, S.207f.; vgl. Michael Siegert, Es war Vatermord, S.88.
18 Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht, S.81.
19 A.a.O., S.62ff, S.78f. und S.98.

schen Perspektive fest, wonach die ersehnte revolutionäre Situation von selbst heranreifen würde.[20]

Friedrich Adler begrüßte die Bildung der USPD, ließ es aber offen, ob er die Parteispaltung auch in Österreich für unumgänglich hielt. Nach wie vor bestritt er mit Entschiedenheit, daß seine rücksichtslose Polemik gegen die Parteimehrheit, die auf der Reichskonferenz von 1916 zu erbitterten Auseinandersetzungen Anlaß gab, mit dem Parteiausschluß beantwortet werden könnte. Vor dem Ausnahmegericht wies er die nicht ganz unberechtigt erscheinende Unterstellung zurück, daß er nur seiner verwandschaftlichen Bindung mit dem Parteiführer wegen vom Parteiausschluß verschont worden sei, zurück. Dies stand im Zusammenhang mit dem vereinzelt erhobenen Vorwurf, Adler habe zum Mittel des Attentats gegriffen, um dem Ausschluß aus der Partei zuvorzukommen, was sicherlich nicht zutrifft.[21] Adler verkehrte dies Argument und betonte, der Parteivorstand habe "mit der Ideologie der Einigkeit" gearbeitet, was ohne Zweifel der Fall war. Es sei der Parteiführung aus politisch-psychologischen Erwägungen heraus unmöglich gewesen, gerade ihn, der auf dem Boden des Programms gestanden habe, "herauszuwerfen".[22]

Diese etwas gekünstelten Argumente beweisen, daß Friedrich Adler niemals ernsthaft den Gedanken gefaßt hat, eine Spaltung der Partei zu provozieren. Die oppositionelle Gruppierung, die sich im Verein "Karl Marx" zusammenfand, unterstützte zwar den Standpunkt der USPD, fühlte sich aber, mit Ausnahme der Koritschoner-Gruppe, als legitimer Bestandteil der Partei. Es gibt keinen Anhaltspunkt dafür, daß die scharfen persönlichen und politischen Attacken Adlers auf der Parteikonferenz, die dem Attentat vorausging, den Sinn gehabt hätten, einen Parteiausschluß zu provozieren. Friedrich Adler ist später – in seiner Rede vor dem Wiener Arbeiterrat am 6. November 1918, die eine Art Rechenschaftsbericht des wenige Tage zuvor aus der Haft Entlassenen darstellte – auf diese Frage eingegangen. Obwohl er jeden "Fetischismus der Einigkeit" um jeden Preis ablehnte, hob er doch hervor, daß für seinen Entschluß, das Attentat durchzuführen, nicht zuletzt die Erwägung bestimmend gewesen sei, "der Partei auf diese Weise die Einigkeit erhalten zu können". Denn die politische Funktion seines Schritts habe in der Herbeiführung einer politischen Wende bestanden, nach der es eine politische "Rechte" nicht mehr habe geben können. Sicherlich enthielt diese Rede angesichts der bedrohlichen innenpolitischen Situation des November 1918 eine gewisse Stilisierung. Gleichwohl ist Adler zuzustimmen, wenn er indirekt zu verstehen gab, daß das Attentat für ihn persönlich die politische Alternative zur Parteispaltung gewesen ist.[23] Andererseits wird man von Friedrich Adlers Rationalisierungen gewisse Abstriche machen und vielmehr den ethischen Rigorismus hervorheben, der ihn zu einem politisch wie moralisch äußerst fragwürdigen Mittel greifen ließ. Die psychiatrischen Gutachten haben diesen Charakterzug des Angeklagten eingehend geschildert. Zwischen Gesinnungstüchtigkeit und realitätsferner Abstraktion lag bei Friedrich Adler nicht viel. Sein 1915 veröffentlichter Artikel "Weltgeschichtliche Bewegung oder politisches Gewerbe",[24] in dem er die reichsdeutsche Sozialdemokratie scharf angriff, spiegelt seine Neigung, in ausschließlichen Gegensätzen zu denken. Zugleich spiegelt sich in diesem Beitrag die zur Realitätsblindheit tendierende Konsequenz eines bloßen Gesinnungsethikers, die Victor Adler, der dies immer wieder besorgt

20 Vgl. David W. Morgan, The Socialist Left and the German Revolution. A History of the German Independent Social Democratic Party, 1917-1922, Ithaka 1975, S.61f., S.82 und S.87f.

21 Siehe den Tenor der Anklageschrift, in: Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht, S.43f.; vgl. a.a.O., S.160.

22 A.a.O., S.111f.

23 Friedrich Adler, Nach zwei Jahren. Reden, gehalten im November 1918, Wien 1918, S.13.

24 In: Friedrich Adler, Die Erneuerung der Internationale, S.66ff.

beobachtete, einmal mit der Bemerkung vom "Götzendienst der Gradlinigkeit" umschrieb.[25]

In unserem Zusammenhang interessiert indessen vor allem die politische Position, die Friedrich Adler als konsequenter Kritiker seiner eigenen Partei eingenommen hat. In seiner Verteidigungsrede hielt sich der Angeklagte im Rahmen einer radikal-demokratischen Verurteilung des bestehenden Regierungssystems. Ausdrücklich berief er sich auf das Recht des Notstands angesichts der Ausschaltung aller verfassungsmäßigen Grundlagen und aller politischen Artikulationschancen der Bevölkerung. Adler erklärte zwar, Zeit seines Lebens ein Revolutionär gewesen zu sein. In deutlichem Anklang an entsprechende Wendungen des Vaters fügte er hinzu, daß er "immer die Tagespolitik als ein Mittel der Revolution und niemals die Revolution als eine Phrase der Tagespolitik" aufgefaßt habe.[26] Aber das war wenig mehr als eine Metapher. Adlers eigentliche Zielsetzung bestand darin, die Parteimehrheit auf den vor dem Ausbruch des Krieges eingenommenen "Standpunkt" zurückzuführen, zur "Moral der Internationale", die, wie er meinte, auch die "Moral der Demokratie" sei.[27]

Der Begriff der "Revolution" gewann in Adlers Darlegungen eine moralische Färbung, war der Gegenbegriff zu dem des Krieges. Die Hauptwirkung seiner Tat, betonte Adler in seinem Schlußwort vor dem Ausnahmegericht, bestünde darin, eine "historische Wendung", den Übergang zu einem "neuen Geist" herbeigeführt zu haben.[28] Das war gewiß nicht die Revolution im Sinne der Bolschewiki. Ein revolutionärer Umsturz als bewußt angezettelte, propagandistisch und organisatorisch vorbereitete gewaltsame Massenaktion spielte in Adlers Überlegungen keine Rolle. Hingegen war er von Rosa Luxemburgs Spontaneitätstheorie, die die revolutionären Hoffnungen vor allem auf die unorganisierten Massen setzte, nicht unbeeinflußt geblieben. Adler entpuppte sich in seiner Verteidigung, wie auch in seinen vorausgehenden publizistischen Äußerungen, als gelehriger Schüler des Kautskyschen Zentrismus. Es erscheint bemerkenswert, daß sich Karl Kautsky mit Friedrich Adler solidarisch verbunden fühlte und mit dem Attentat in gewisser Weise sympathisierte. Die enge menschliche, aber auch politische Beziehung fand in Kautskys Vorwort zu Adlers "Die Erneuerung der Internationale", das er im September 1917 abfaßte, einen eindrücklichen Niederschlag.[29] Indessen beschrieb Kautsky Friedrich Adler gerade nicht als "Propagandisten der Tat", wie dies von seiten der österreichischen Linken in Reminiszenz an die radikale Entwicklungsphase der Partei vor Hainfeld mitunter geschah, sondern als einen "Propagandisten der Idee". Wie erwähnt, distanzierte sich Lenin seinerseits ausdrücklich von Adler.

Es drängt sich nach alledem ein Vergleich mit der politischen Haltung Hugo Haases auf, dem sich Adler eng verbunden fühlte und der ihn in seiner oppositionellen Haltung während des Krieges bestärkte. Sicherlich lag ein deutlicher Unterschied der Generationen vor, und es war kennzeichnend, daß Friedrich Adler ziemlich unkritisch den gesinnungsethisch geprägten Radikalismus Karl Liebknechts feierte. Indessen stand im Vordergrund der Adlerschen politischen Überlegungen das Bestreben, die Kontinuität zu den sozialdemokratischen Prinzipien der Vorkriegszeit zu bewahren. In mancher Hinsicht schätzte dabei Adler die Verhältnisse der Zeit nach der Jahrhundertwende falsch ein; dies hing damit zusammen, daß er vergleichsweise spät nach Österreich zurückkehrte. Auch bei Hugo Haase überwog als Motiv für die Opposition gegen die Mehrheitspartei das Festhalten an den Grundsätzen des Erfurter Pro-

25 Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky. Hrsg. von Friedrich Adler, Wien 1954. Adler an Kautsky am 26.11.1914, S.602.
26 Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht, S.67.
27 A.a.O., S.71.
28 A.a.O., S.177.
29 Friedrich Adler, Die Erneuerung der Internationale, S.IXff.

gramms und ein gewisser moralischer Purismus, der gegen politische Kompromisse mit dem Klassengegner sprach. In der eigentlichen politischen Zielsetzung unterschied er sich nur graduell von dem parlamentarischen Programm der Mehrheit. Adler dachte ebensowenig daran, eine grundlegende Wendung in der Zielsetzung der Sozialdemokratie zu vollziehen. Als sein Verteidiger im Prozeß die Erwägung vorbrachte, daß das Attentat den Sinn gehabt hätte, die Massen zu revolutionieren, beantwortete Adler dies überraschend präzise mit dem Gedanken der von ihm stellvertretend zu vollziehenden Revolution.[30]

Wie immer man Adlers Verzweiflungsschritt moralisch bewerten will, so ist doch kein Zweifel daran, daß mindestens ein Teil der von ihm intendierten politischen Wirkung eingetreten ist. Dies war nicht nur die Folge des Attentats selbst, sondern auch seines mutigen und jede Beschönigung zurückdrängenden Auftretens vor dem Ausnahmegericht. Es ist menschlich begreiflich, daß Victor Adler bestrebt war, die psychische Verfassung Friedrichs, die den Attentatsentschluß mit bedingt hatte, in den Vordergrund zu stellen. Dies geschah nicht, weil er die persönliche Konfrontation mit den massiven politischen Vorwürfen des Sohnes scheute, sondern weil er sich der Hoffnung hingab, ein Todesurteil abwenden zu können. Nach der Urteilsverkündung brach Victor Adler zusammen; nicht ohne Mitgefühl wird man konstatieren, daß seine ohnehin angegriffene Gesundheit durch den Schock des Attentats und die Sorge um Friedrich schweren Belastungen ausgesetzt wurde.[31] Er hat jede Geste vermieden, die als eine Desavouierung des Sohnes hätte aufgefaßt werden können.

Seinerseits war Friedrich Adler bemüht, die politischen Motive in den Vordergrund zu rücken und sich gegen den Vorwurf eines psychopathologischen Fanatismus zur Wehr zu setzen. Er legte Wert darauf, daß die Mitglieder des Parteivorstands die psychiatrischen Gutachten kennenlernten, die zwar seine tiefe psychische Verkrampfung aufdeckten, aber zugleich die persönliche Verantwortlichkeit nicht leugneten.[32] Friedrich Adlers Auftreten vor dem Ausnahmegericht erwies sich als entscheidend für die Durchsetzung der politischen Dimension des Attentats. Selbst Friedrich Austerlitz, der am 22. Oktober das Attentat in der "Arbeiter-Zeitung" schärfstens verurteilt hatte, erkannte die Motivationen, die Friedrich Adler geleitet hatten, in einem wenigen Monate später im "Kampf" erschienenen Artikel ausdrücklich an und konstatierte, daß seine Rede im Gerichtssaal "wohl eine der stärksten, die jemals vor einem Gerichte gesprochen wurden", gewesen sei.[33] In der Tat blieb die persönliche Verbundenheit zu der Führungsgruppe der Partei erhalten, und es war kein Zweifel, daß Adler bei den Massen der Arbeiterschaft durch seine Tat eine ungewöhnliche Popularität gewann.[34]

Man wird die innenpolitischen Auswirkungen des Attentats gleichwohl nicht überschätzen dürfen. Es spricht vieles dafür, daß die Wende in der zisleithanischen Politik, die 1917 zur Wiedereinberufung des Parlaments führte, auch ohne die Ermordnung Stürgks eingetreten wäre, da sie mit der immer hoffnungsloser werdenden Kriegslage korrespondierte. Eine andere Frage ist, inwieweit das Attentat und Friedrich Adlers öffentliche Abrechnung mit der auf Anpassung ausgerichteten Politik der Partei dazu beigetragen haben, die Gefahr einer Spaltung von der österreichischen Arbeiterbewegung abzuwenden und die Parteiführung zu größerer Konzessionsbereitschaft gegenüber dem linken Flügel zu veranlassen.[35] Gewiß gab die Tat Adlers der Par-

30 Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht, S.109f.

31 Vgl. die Aufzeichnungen von Emma Adler, Adler-Archiv, Wien; ferner Julius Braunthal, Victor und Friedrich Adler, S.246f.

32 Vgl. Julius Braunthal, a.a.O., S.232f.

33 Julius Braunthal (Hrsg.), Austerlitz spricht, S.178.

34 Vgl. Otto Bauer, Die österreichische Revolution, Wien 1923, S.69; Gerhard Botz, Der 21. Oktober, S.19.

35 Vgl. Robert A. Kann, Am Beispiel Friedrich Adlers. Die Ermordung des Grafen Stürgkh am 21. Oktober 1916, in: Neues Forum, Nr.155/156 (Oktober/Dezember 1966), S.726.

teiopposition einen erheblichen Auftrieb, und sie wurde zugleich von den Bolschewiki wie den österreichischen Linksradikalen propagandistisch ausgenützt. Die Forderung, Friedrich Adler freizulassen, spielte, wie aus der grundlegenden Edition zur Geschichte der Jänner-Streiks durch Rudolf Neck hervorgeht,[36] in den Massenprotestbewegungen Anfang 1918 eine nicht zu unterschätzende Rolle. Die Parteiführung, die offiziell jede Identifizierung mit dem Attentat unterließ, wurde dadurch gelegentlich in heikle Situationen versetzt. Die Linksradikalen unter Koritschoner, aus denen 1918 die KPÖ hervorging, beriefen sich mit Vorliebe auf die politischen Losungen Friedrich Adlers.

Gleichwohl riß die Verbindung zwischen dem linken Flügel und den Linksradikalen gerade infolge des politischen Auftretens Adlers vor dem Ausnahmegericht und der starken Sympathien, die er innerhalb der Partei und bei ihrer Anhängerschaft genoß, weitgehend ab.[37] Indirekt erleichterte Adlers Kritik an der Parteiführung die Integration des linken Flügels in die Gesamtpartei, wobei insbesondere dem aus russischer Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Otto Bauer maßgebendes Gewicht zukam. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Partei die Verbindung zu den Massen nur unzureichend zu knüpfen vermochte und von der Jännerstreikbewegung weithin überrascht worden ist.[38] Nach seiner Freilassung Anfang November 1918 lehnte Friedrich Adler die Aufforderung Koritschoners, im Rahmen der kommunistischen Partei zu arbeiten, kategorisch ab. Bei aller Sympathie für die Linke und für die Oktoberrevolution war Friedrich Adler ein radikaler österreichischer Reformist geblieben, dessen Revolutionsverständnis wesentlich im Rechtsgedanken wurzelte.

Die Politik Friedrichs war in dieser Phase vor allem von der Erwägung bestimmt, die Einheit der Partei zu erhalten und den Spaltungstendenzen der Linksradikalen entgegenzutreten. Als Vorsitzender des Vollzugsausschusses der Reichskonferenz der Arbeiterräte hatte er für die Parteiführung unschätzbaren Wert, da seine Autorität bei den Massen der Industriearbeiterschaft eine beträchtliche stabilisierende Wirkung besaß. In seiner Rede vor dem Wiener Arbeiterrat am 6. November 1918 warnte er davor, die Kraft der Arbeiterschaft zu überschätzen, und er griff dabei zu Formulierungen, die an Wendungen anklingen, die Victor Adler im August 1914 gebraucht hatte, um die Passivität der Partei in der Kriegsfrage zu rechtfertigen: "Ich glaube, wir stehen in einer furchtbar schweren Zeit, [. . .] wo jede Stunde Gefahren über uns hinwegbrausen können in der Gestalt eines *Elementarereignisses*, das *unter dem Niveau der Politik* überhaupt ist, wo die Politik momentan überhaupt machtlos wird."[39]

Friedrich Adler entzog sich der Faszination, die in der revolutionären Mobilisierung von Teilen der Industriearbeiterschaft in der Umbruchphase vom November 1918 bis Ende 1919 lag. Er nahm gegenüber den linksradikalen Gruppierungen, die in der Illusion einer Übertragung der Oktoberrevolution auf die Mitte Europas lebten, eine konsequent ablehnende, allerdings taktisch flexible Haltung ein. Das betraf sowohl die von der Linken geforderte Solidarisierung mit der ungarischen Räterepublik im März 1919 wie die kritische innere Situation vom 17. April, in der ein Umsturzversuch der Kommunisten unterbunden werden konnte. Allerdings war auch Adler nicht in der Lage, den innerparteilichen Konflikt zu verhindern, der auf die wenig eindeutige Politik der Sozialdemokratie in dieser Phase zurückzuführen war und angesichts des Putschversuchs der KPDÖ vom 15. Juni 1919 offenkundig wurde. Die auf

36 Rudolf Neck, Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg, Bd.1, Wien 1964.

37 Vgl. Hans Hautmann, Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien 1971, S.33.

38 Vgl. Hans Hautmann, Die Anfänge der linksradikalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien 1970, S.13ff.

39 Friedrich Adler, Nach zwei Jahren, S.15.

Moskauer Quellenzeugnisse gestützte Vermutung Hautmanns, Friedrich Adler habe eine ambivalente Haltung eingenommen, findet sonst keine Bestätigung.[40]

Auf dem Parteitag der SAPDÖ vom November 1920 hat Adler über die kurz vorausliegenden Ereignisse ausführlich Rechenschaft abgelegt. Im Gegensatz zu den grundsätzlichen Meinungsdifferenzen während des Krieges handele es sich in der gegenwärtigen Situation nicht um "Konflikte des Prinzips". Über die revolutionäre Zielsetzung als solche bestünden zwischen Sozialisten und Kommunisten keine Meinungsverschiedenheiten; sie seien vielmehr durch die "revolutionäre Borniertheit" der letzteren und deren Vorstellung geschieden, daß alles, was geschehe, nur auf "revolutionärem Wege" vor sich gehen könne.[41] Diese die tatsächlichen Gegensätze harmonisierende Aussage ist nur vor dem Hintergrund der optimistischen Grundstimmung verständlich, daß, wie Adler formulierte, in Österreich alles auf die soziale Revolution und auf die Beseitigung des Kapitalismus dränge. Adler teilte diese Überschätzung der politischen Chancen der sozialistischen Bewegung in Österreich mit vielen seiner Parteigänger. Andererseits vollzog Adler in dieser Stellungnahme eine klare Abgrenzung von den Bolschewiki. Der Weg, den Lenin nach der Oktoberrevolution eingeschlagen habe, könne auf die industrialisierten Länder keine Anwendung finden. Sein Bekenntnis zum Prinzip des demokratischen Sozialismus verknüpfte sich mit der Ablehnung der putschistischen Taktik der Linksradikalen. Adler rechtfertigte ausdrücklich die Politik des Parteivorstandes hinsichtlich der Arbeiterräte. Das Eingehen auf die Rätebewegung und die vorübergehende Einbindung der kommunistischen Gruppen hatten zwar den offenen Konflikt nicht verhindern können, aber unbestreitbar die äußerste Linke politisch isoliert.[42] In der Sache stand Adler voll hinter der Parteiführung; er verteidigte deren grundsätzlich reformistische Position mit Argumenten, die der ihm gewohnten zentristischen Phraseologie entlehnt waren. Insoweit leistete auch Adler der terminologischen Verwirrung vorschub, die durch Otto Bauers Festhalten an dem Vokabular des zentristischen Marxismus entstand. Später – bei den Beratungen des Linzer Programms – rückte er von der mißverständlichen Verwendung des Diktaturbegriffs ab und wandte sich gegen die brillierende, aber mit Selbsttäuschungen versetzte Begriffsdialektik Max Adlers.[43]

Friedrich Adler richtete in den 20er und frühen 30er Jahren seine ganze Energie auf die Wiederherstellung der Sozialistischen Internationale. Sein Versuch, zwischen der Komintern und der Zweiten Internationale zu vermitteln und mit der 2 1/2 Internationale einen organisatorischen Kern zu schaffen, an den sich die konträren Internationalen hätten angliedern sollen, war, wie wir heute auf Grund der inzwischen verfügbaren Daten über die Politik der Bolschewiki wissen, zum Scheitern verurteilt. Es war gleichwohl bezeichnend, daß Adler, der sein Leben für die Rückkehr zum Geist der Internationale in die Schanze geworfen hatte, dieses schon damals kaum aussichtsreiche Unterfangen aufgriff, das in einer gewissen Parallele zu der Schaffung der kleinen österreichischen Internationale – der sozialdemokratischen Gesamtpartei – stand, die den Gedanken der Parteieinheit mit der Respektierung der Vielfalt von Interessen verknüpft hatte. Als es indessen offenkundig wurde, daß auch eine lockere Arbeitsgemeinschaft zwischen Komintern und Sozialistischer Arbeiterinternationale unmöglich

40 Hans Hautmann, Die verlorene Räterepublik, S.151.

41 Protokoll der Verhandlungen des Parteitags der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs in Wien vom 5. bis 7. November 1920, Wien 1920, S.178f.

42 Vgl. Hans Hautmann, Die verlorene Räterepublik, S.134ff.

43 Protokoll des sozialdemokratischen Parteitags 1926. Abgehalten in Linz vom 30. Oktober bis 3. November 1926, Wien 1926, S.298; vgl. Friedrich Adler, Unvollkommenheiten des Programmentwurfs, in: Der Kampf, Jg.19 (1926), S.461-470; ders., Definition der Demokratie, a.a.O., S.518ff.

war, stellte sich Adler in den Dienst der letzteren und lenkte als deren Sekretär siebzehn Jahre hindurch deren Organisation.

Es würde den Rahmen dieser Betrachtungen sprengen, die äußere und innere Problematik des Verhältnisses der SAI zur Komintern im einzelnen zu erörtern.[44] Julius Braunthal, der Adlers Leistungen für die SAI eingehend gewürdigt hat, ist auch auf den denkwürdigen Konflikt eingegangen, der zwischen Friedrich Adler und Karl Kautsky über die Frage aufbrach, welche Haltung die SAI gegenüber der Sowjetunion einnehmen sollte, nachdem der stalinistische Kurs Anfang der 30er Jahre nicht mehr als Episode und Übergangserscheinung, sondern als mittelfristig festliegende Strategie betrachtet werden mußte.[45] Der Konflikt über diese Frage mit Kautsky, mit dem Adler stets auf das engste verbunden gewesen war, beleuchtet manches der grundsätzlichen Haltung, die er nicht zuletzt unter dem Eindruck der persönlichen Erfahrungen während des Ersten Weltkrieges einnahm.

Friedrich Adlers Stellungnahme zu Kautsky dezidierter Kritik an den russischen Verhältnissen spiegelt das Dilemma, in dem sich die SAI angesichts der drohenden Machtübernahme des Nationalsozialismus befand, die notwendigerweise auf ihr Verhältnis zur Sowjetunion einwirkte und das Problem einer Neuorientierung zur Komintern aufwarf. Adler konnte und wollte nicht der Konsequenz Kautskys seine Zustimmung geben, daß es "keinen anderen Weg zum Sozialismus gibt als den der Demokratie".[46] Er widersprach Kautsky nicht deshalb, weil er die terroristische Politik des Stalinismus zu beschönigen bereit war. Vielmehr hatte er in zahlreichen Stellungnahmen dagegen entschieden Front gemacht. Adler vermochte den von Kautsky geforderten Sturz der bolschewistischen Diktatur nicht als realistische Perspektive anzuerkennen. Er verlangte das Zugeständnis, "daß es nicht ausgeschlossen ist", daß sich Sowjetrußland auch ohne die Rückkehr zum Privatkapitalismus zum Sozialismus entwickeln könne. Umgekehrt müßten die Bolschewiki einräumen, "daß der demokratische Weg zum Sozialismus zumindest in gewissen Ländern" möglich sei. Man könne die Entwicklung nicht auf die Ausgangslage von 1917 zurückschrauben.[47]

Adler machte die Kriegspolitik der deutschen Sozialdemokratie in gleicher Weise für die Spaltung der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung verantwortlich wie die "Machtergreifung der Bolschewiki". Beide Vorgänge hätten die "gleiche Größenordnung". Kautskys Standpunkt, meinte Adler, bedeute den Verzicht auf jedwede Einigungsmöglichkeit. Die SAI stünde hingegen auf dem Standpunkt der pflichtgemäßen Erhaltung und Förderung der Sowjetunion, auch wenn darin für die Zukunft ein großes Opfer der SAI liegen könne. Ein Bürgerkrieg in der Sowjetunion, wie ihn Kautsky befürworte, werde nur zur Wiederaufrichtung einer konterrevolutionären Diktatur führen.[48] Gerade angesichts der faschistischen Bedrohung müsse die SAI bei der Frage der "Neuschaffung der Front der Internationale" sich von vornherein darüber im klaren sein, "daß es sich nicht um *einen* Weg zur Macht handelt, den wir als allein seligmachenden dem Proletariat zur Darstellung zu bringen haben." Es gebe vielmehr "mehrere Wege zur Macht, entsprechend den politischen und ökonomischen Bedingungen, unter denen das Proletariat in den verschiedenen Ländern lebt."[49]

44 Vgl. Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, 3 Bde, Berlin 1974², Bd.2, S.352ff und S.410ff.; Raimund Löw, Otto Bauer und die russische Revolution, Wien 1980, S.107ff.

45 Julius Braunthal, Victor und Friedrich Adler, S.304ff.

46 Friedrich Adler, Zur Diskussion über Sowjetrußland. Ein Briefwechsel mit Karl Kautsky, in: Der Kampf, Jg.26 (1933), S.62.

47 Protokoll der Internationalen Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Paris vom 21. bis 25.August 1933, Paris 1933,S.10; vgl. Friedrich Adler, Das Stalinsche Experiment und der Sozialismus, in: Der Kampf, Jg.25 (1932), S.4-16.

48 Friedrich Adler, Zur Diskussion über Sowjetrußland, a.a.O., S.68.

49 Protokoll der Internationalen Konferenz der SAI 1933, S.11.

Äußerungen dieser Art machen deutlich, daß Friedrich Adler die grundlegende Veränderung der politischen Entwicklungschancen der sozialistischen Arbeiterbewegung, die mit der Durchsetzung der faschistischen Herrschaft in Mitteleuropa eingetreten war, nur begrenzt realisierte. Er hielt an der Perspektive der Verwirklichung des Sozialismus im internationalen Maßstab fest. Zwar kritisierte er den Entwicklungsfatalismus, der in der Faschismusanalyse der Komintern enthalten war, und lehnte er es ab, den Faschismus als notwendige Durchgangsstufe zum Sozialismus anzusehen. Demgegenüber hielt er am Prinzip der Verteidigung des demokratischen Systems fest, räumte jedoch ein, daß der Kapitalismus in "eine Phase eingetreten ist, wo Bedingungen des Kampfes entstehen können, die keineswegs die Bedingungen des besten Weges, für den wir immer den Weg der Demokratie gehalten haben und weiter halten werden, erfüllen". In den Ländern, in denen der Faschismus gesiegt habe, sei der Weg der Demokratie ungangbar geworden. Daher könne die "Revolution gegen das Hitlertum nur eine sozialistische Revolution" sein.[50]

Im Lichte der tatsächlich eintretenden Ereignisse war diese Analyse ungenügend, obwohl Adler darin Zustimmung verdient, daß angesichts der nationalsozialistischen Gewaltpolitik eine Revision der Haltung zu Sowjetrußland sowohl im Lager der SAI wie bei den demokratischen Staaten des Westens überfällig war. Wenn die Westmächte sich frühzeitiger für die Option zugunsten der Sowjetunion entschlossen hätten und diese nicht durch Stalins antiimperialistische und national-russische Strategie zurückgehalten worden wäre, hätte die europäische Entwicklung durchaus einen anderen Verlauf nehmen können. Indessen war die politische Gesamtkonstellation in keiner Weise geeignet, der internationalen sozialistischen Bewegung das Gesetz des Handelns zurückzugeben und sie der Durchsetzung der sozialistischen Revolution auch nur einen Schritt näher zu bringen. Für Friedrich Adlers Haltung war es bezeichnend, daß er die europäische Krise, die sich mit der nationalsozialistischen Machtergreifung abzeichnete, in die Perspektive der innen- und außenpolitischen Abläufe des Ersten Weltkrieges rückte. Es sei die vorrangige Aufgabe, argumentierte er gegenüber Kautsky, sich an "der Feststellung der Voraussetzung eines Verständigungsfriedens in der Arbeiterklasse" zu beteiligen.[51]

Diese Einstellung bekräftigte Adler in dem Vorwort zu der von Otto Bauer, Theodor Dan und Jean Syromski verfaßten Broschüre "Die Internationale und der Krieg", die 1935 in Wien veröffentlicht wurde. Adler forderte darin Klarheit über die Haltung der SAI im Falle eines europäischen Krieges. Die Debatte über die "Kriegsthesen" sollte indessen zu einem unüberbrückbaren Dissens der Mitgliedsparteien der SAI führen.[52] Adler identifizierte sich weitgehend mit dem Inhalt der Broschüre. Er gab sich, ähnlich wie Otto Bauer, immer noch der widerspruchsvollen Hoffnung hin, daß im Zuge des wirtschaftlichen Fortschreitens die bolschewistische Diktatur allmählich abgebaut werden könne und einer sozialistischen Demokratie Platz machen würde. Ein stärkerer "Drang nach Selbstbestimmung", hieß es dort mit werbendem Blick nach Moskau, werde "der Welt das Vorbild einer sozialistischen Gesellschaftsordnung schaffen und damit die Werbekraft der Ideen des Sozialismus in der ganzen Welt gewaltig stärken".[53]

Friedrich Adler stand mit derartigen Illusionen nicht allein. Es war vor allem Otto Bauer, der sich nach der Katastrophe des Februar 1934 in illusionäre Hoffnungen wiegte und in der SAI das Instrument einer Rückkehr zur Einheit der Arbeiterbewegung erblickte, was rebus sic

50 Protokoll der Internationalen Konferenz der SAI 1933, S.12.
51 Friedrich Adler, Zur Diskussion über Sowjetrußland, a.a.O., S.65.
52 Vgl. Raimund Löw, Otto Bauer, S.208ff.
53 Otto Bauer, Theodor Dan, Jean Zyromski, Die Internationale und der Krieg, Wien 1935, S.5f.

stantibus ausgeschlossen war und nur die inneren Gegensätze zwischen den Gliedparteien verschärfte. Bauers Vision eines "integralen Sozialismus", die er 1936 in "Zwischen zwei Weltkriegen" vorlegte[54] und die von der künftigen Einheit der reformistischen und kommunistischen Arbeiterbewegung träumte, war ein zweifelhafter Reflex der Erfahrung der faschistischen Massenmobilisierung, deren simulative Elemente die Öffentlichkeit weithin übersah. Trotz der Zurückweisung der Einheitsfrontofferten der Komintern hoffte auch Friedrich Adler, zu einer einheitlichen Linie der SAI in der Kriegsfrage gelangen zu können und unterstützte die auf Betreiben von Theodor Dan und Otto Bauer 1935 eingesetzte "Kommission zum Studium der Haltung der der SAI angeschlossenen Parteien im Kriegsfall". Er mußte jedoch erkennen, daß die Voraussetzungen für eine gemeinsame außenpolitische Linie der SAI wegen der divergierenden Haltung zur Sowjetunion nicht mehr vorhanden waren. In einem für die Junisitzung der Exekutive der SAI 1939 verfaßten Memorandum konstatierte er, daß die SAI, im Gegensatz zu den 1923 in Hamburg beschlossenen Statuten, für den Kriegsfall nicht handlungsfähig sein werde. "Es besteht kein Zweifel", schloß er seinen Bericht, "daß der Versuch der Erneuerung der Internationale, dem ich meine Arbeit widmete, vorläufig gescheitert ist, daß die Tendenzen, die 1914 die schwerste Niederlage der internationalen Arbeiterbewegung hervorriefen, neuerlich drohend in Erscheinung treten."[55]

Die Situation von 1939 war indessen weit komplexer als die des August 1914. Damals war der Kampf gegen den Krieg, den Friedrich Adler nicht zuletzt mit pazifistischen Argumenten führte, identisch mit der Selbstbehauptung der sozialistischen Internationale. Angesichts der sich abzeichnenden Hegemonialpolitik der faschistischen Mittelmächte war eher der Appell an die Kriegsbereitschaft der westlichen Demokratien geboten; das Dilemma, das darin bestand, zur Verteidigung der Freiheit gegenüber faschistischer Aggression einen Ausgleich mit der Sowjetunion zu suchen, die durch die Moskauer Schauprozesse und die rückhaltlos terroristische Unterdrückung jedweder Opposition einhellige Ablehnung herausforderte, galt für die Parteien der SAI wie die westeuropäische Diplomatie. Auch Friedrich Adler konnte sich dieser Ambivalenz nicht entziehen.[56]

Das Vermächtnis Friedrich Adlers ist zum wenigsten in seiner theoretischen und literarischen Tätigkeit zu erblicken. Wie sein Vater sah er nicht hierin, jedenfalls nachdem er seine physikalischen Studien aufgegeben hatte, sondern in der praktischen Arbeit für die österreichische Partei und später für die Internationale seine eigentliche Lebensaufgabe. Das hohe persönliche und politische Ansehen, das er in beiden Stadien seiner Funktionärskarriere erworben hat, beruhte nicht zuletzt auf der Fähigkeit, die Wirkungskraft der Idee durch einfache Menschlichkeit und absolute persönliche Integrität unter Beweis zu stellen, und hierin glich er, wie in vielem sonst, dem Vater. Der Wille zum Ausgleich und die Bereitschaft, selbst im Hintergrund zu bleiben, befähigten ihn dazu, das undankbare Geschäft des Sekretärs der Sozialistischen Arbeiterinternationale durch viele Jahre hindurch zu betreiben. Die Verknüpfung von Vermittlungsbereitschaft mit persönlicher Strenge des Prinzips fordert von den Nachlebenden ebenso Respekt wie der politisch und moralisch problematisch erscheinende Entschluß vom Oktober 1916, die Wende in Österreich durch einen persönlichen Akt der Gewalt zu erreichen, der dialektisch der Beseitigung der Gewalt in der Zukunft dienen sollte.

54 Vgl. Raimund Löw, Otto Bauer, S.297f.; Otto Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus, Bratislava 1936.

55 Zitiert nach Raimund Löw, Otto Bauer, S.100.

56 Vgl. Julius Braunthal, Victor und Friedrich Adler, S.301ff.

Die innere Geschlossenheit der politischen Positionen, die Friedrich Adler in seiner wechselhaften Parteilaufbahn eingenommen hat, veranlaßte Norbert Leser zu der Deutung, dessen persönliche Tragödie sei die "des 'Austromarxismus', ja des durch Selbstberauschung realitätsblind gewordenen Internationalismus überhaupt" gewesen.[57] Folgerichtig stellt Leser das Attentat von 1916 in eine Linie mit dem Februaraufstand von 1934. Man wird ihm darin zustimmen, daß Friedrich Adler in vieler Hinsicht das repräsentierte, was das Wesen des Austromarxismus ausgemacht hat: den Glauben an die Kraft der sozialistischen Idee, die Überzeugung, daß sich die Einheit der Arbeiterklasse von unten her gegen erstarrte Funktionärsbürokratien wiederherstellen werde, an die diesem Zusammenhang entspringende Einheit von Demokratie und Sozialismus. Der starre Internationalismus, den Leser der austromarxistischen Schule allgemein unterstellt, war indessen nur bei Friedrich Adler und bei Max Adler wirklich präsent.

Die Schwäche der Position Friedrich Adlers lag nicht zuletzt in der Bindung an das zentristische Marxismus-Verständnis der Vorkriegsepoche. Gerade in dieser Beziehung war es symptomatisch, daß sich zwischen Karl Kautsky, der unentbehrlicher Lehrmeister der Austromarxisten gewesen war, und Friedrich Adler in der Frage der letztendlichen Demokratiefähigkeit der Sowjetunion ein unüberbrückbarer Gegensatz auftat. Nur sollte nicht übersehen werden, daß sich auch Kautsky mit der Hoffnung, es sei möglich, antistalinistische Bestrebungen in der Sowjetunion zu unterstützten, politischen Illusionen hingab. Überhaupt erscheint es problematisch, die Politik der österreichischen Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit wie der SAI der Realitätsblindheit zu zeihen. Gewiß überschätzten beide die Möglichkeiten, die Stellung des Sozialismus in einer Phase auszubauen, die von wirtschaftlicher Stagnation und einer beträchtlichen Stärkung des organisierten Kapitalismus geprägt war. Das Festhalten an Prinzipien, deren Verwirklichung in der Gegenwart chancenlos erscheint, wird man jedoch nicht als Flucht vor der Realität denunzieren können, will man nicht in der Konsequenz den faschistischen und autoritären Diktatoren der Zwischenkriegszeit das Attribut der Realitätsnähe zuerkennen.

57 Vgl. Norbert Leser, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Austromarxismus als Theorie und Praxis, Wien 1968, S.279; vgl. S.494ff.

WORKERS' REACTIONS TO SOCIAL INSURANCE: THE CASE OF HOMEWEAVERS IN THE SAXON OBERLAUSITZ IN THE LATE NINETEENTH CENTURY*

By Jean H. Quataert

Contemporary observers and later historians have recognized the pioneering role of Imperial Germany in the field of social welfare legislation. Germany was the first industrializing country to adopt national pension plans for wage earners. Factory workers obtained health insurance in 1883 and accident insurance in 1884; five years later, the old age pension scheme was passed. Advocates called the experiment "bold" and praised the "simplicity" and "economy" of the whole system. The United States consul for one was greatly impressed and wrote in awe of the "gigantic dimensions" of the plans and the "enormous apparatus" that would be needed to enforce them.[1] By contrast, some critics predicted devastating financial burdens that would reduce industry's competitiveness and hinder national progress. Other spoke dourly of breeding apathy among workers and weakening their sense of personal responsibility. The more radical among them pointed to the limits of a reform that failed to address the root causes of poverty and promised only to shift wealth around slightly.[2] By 1911, however, it was clear to social observers that the dire prognoses had not materialized. The German example actually was influencing passage of similar legislation in other European countries.[3] By then, all agreed that the venture had inaugurated a new phase of state activism and involvement in the lives of labor.

The specific political motive for the German commitment to social welfare in the 1880s has been well-documented by historians. Bismarck was quite explicit in expressing the hope to wean workers from socialism through welfare capitalism.[4] But the legislation also reflected broader social concerns. Imperial officials were seeking to improve labor conditions in the factories and workshops of the newly emerging industrial world. The ruling coalition of agrarians and industrialists which Bismarck had forged by his tariff policy rejected *laissez-faire* capitalism and substituted a program of state paternalism through industrial codes and detailed protective laws. Already in 1878, they had refashioned a Factory Inspectorate with

* I delivered the main ideas of this article at the First Research Conference of Japanese and American Historians of Europe held in Tokyo and Kyoto March 28 - April 3, 1983. I wish to thank the American Historical Association for including me in the American delegation. I am also grateful to the National Endowment for the Humanities which supported my research in 1980-1981; and the American Council of Learned Societies and the German Academic Exchange Service (DAAD) whose summer stipends made possible additional research in 1982. Dr. Hartstock, the Director of the Staatsarchiv Dresden, Außenstelle Bautzen and his Assistant, Mr. Niepraschk, facilitated my research in numerous, important ways; it would not be as far along, were it not for their thoughtful assistance. A different version of this article will appear as a chapter in the forthcoming German Women in the Nineteenth Century. A Social History, edited by John C. Fout and it appears here by kind permission of Holmes & Meier Publishers, New York.

1 United States Government, Consular Reports, Bd. 89 (February 1888), Washington 1888, S. 613.

2 For the various responses see Henry E. Sigerist, From Bismarck to Beveridge. Developments and Trends in Social Security Legislation, in: Bulletin of the History of Medicine, Jg. 13 (April 1943), H. 4, S. 373-376; Dr. Zacher, German Workingmen's Insurance and Foreign Countries, in: American Journal of Sociology, Jg. 17 (1911), S. 177-180; Ursula Hermann, Bebels politisch-ideologische Argumentation gegenüber der Bismarckschen Sozialgesetzgebung im Ringen um Masseneinfluß, in: Jenaer Beiträge zur Parteiengeschichte, Nr. 41 (1977), S. 78-89. See also, Gordon A. Craig, Germany 1866-1914, New York and Oxford 1978, S. 150-152; Hajo Holborn, A History of Modern Germany, 1840-1945, New York 1969, S. 291-293.

3 Zacher, German Workingmen's Insurance, S. 179-181.

4 Sidney B. Fay, Bismarck's Welfare State, in: Current History, Jg. 18 (January 1955), S. 2-3. This interpretation is the commonly accepted one in the literature on Bismarck.

powers to watch over and enforce the new labor legislation. Germany's ruler expected tangible benefits. Supervising the extent and character of women's and children's factory labor, for example, would secure working-class family life (and still guarantee a pool of cheap labor for German competitive edge); values learned on the job such as sobriety and moral rectitude would find their way back into working-class homes;[5] and a pension scheme, too, would insure poorer families against some of life's hard knocks and moderate social discontent. Such broad, regulatory policies essentially were designed to promote socially integrative and conservative sentiments. In short, social insurance and state regulation of work were twin pillars of Imperial Germany's social policy.

In 1894, the German *Bundesrat* extended disability and old age insurance to the self-employed in homeweaving. Passage of this amendment elicited no special commentary at the time; it seemed to fit an emerging pattern of expanding insurance coverage. In reality, however, the decision to include homeweavers represented something new. Both the original insurance plans and the protective laws had been geared to laborers in factories and larger workshops. To be sure, homeweaver apprentices and assistants *(hausindustrielle Gehilfen)* who worked for wages were insurable under the initial health plan; these work relationships were easily identifiable. But the 1894 law was one of the first – and the most important until 1914 – to extend insurance into the home of the self-employed, the socalled *Hausgewerbetreibende*, a work category that confounded even judicial experts in Imperial Germany.[6] In essence, these workers depended on distributors and factory owners for raw materials and/or assignments, yet were in control of their work schedules and personnel. At times, they were on their own and realized an "entrepreneurial" profit or loss. Significantly, in mandating insurance for this category of worker, the law generated a collision of two worlds. The one was the new world of the factory; the insurance schemes were attuned to its elements of an identifiable employer and workforce, place and length of work, and method of payment. The second was the time-honored family work community, with its own traditions, work rhythm and worker relations. In the case of weavers, this type of "home" or "domestic" industry extended back centuries. When the two worlds met, the ambiguities centered around the issue of assessing women's work or, in the law's parlance, the work of socalled family members. How was the state to comprehend the case of the wife who wove *(Weberin)* or wound the warp spools *(Treiberin)*, watched the goats and tended the vegetables, and took primary care of running the home? Which labor was insurable and thus seen as "real" work? What about the husband and wife who both wove – on one loom or on two looms? Much of women's wage work in industrial capitalism actually did center in the home. Recent research has established a typical sequence of female employment in factory and domestic work.[7] Women's work-life in factories tended to follow life-and-family-cycle patterns. As single women,

5 I develop this argument in an article entitled A Source Analysis in German Women's History. Factory Inspectors' Reports and the Shaping of Working-Class Lives, to appear in: Central European History in 1984. At a time when ideological notions began to define family life as "private", unconnected to the busy, competitive world of work, inspectors knew better. Their campaign to enforce strict morality at work was designed to raise the moral standards *at home* and *at play*.

6 In December 1891, old age and disability insurance had been extended to the self-employed in the tobacco industry. Deutsches Reichs-Gesetzbuch für Industrie, Handel, Gewerbe, Berlin 1903, S. 1491-1493 (hereafter: Gesetzbuch). It was not until 1914 that health insurance was extended to other self-employed workers. See, Staatsarchiv Dresden, Außenstelle Bautzen (hereafter B), Amtshauptmannschaft Zittau (hereafter AZ), Nr. 8083, Bl. 1-18: documents on extension of insurance, 5 December 1913.

7 See, among others, Louise Tilly and Joan Scott, Women, Work, and Family, New York 1978; also, Robyn Dasey, Women's Work and the Family. Women Garment Workers in Berlin and Hamburg Before the First World War, in: Richard J. Evans and W. R. Lee (Hrsg.), The German Family, London 1981, S. 221-255.

they took on factory work. After marriage and children, however, they swelled the ranks of home industry labor in consumer goods production. By extending insurance to work done in the home, as was envisioned in 1894, the German state might have begun to offer women the benefits of insurance, which they relinquished when they left the factory for the hearth.
By the mid-1890s, mechanization of textile production in Europe had proceeded sufficiently to undercut the future of handweaving. But German industrialization had its own pace. Some areas were so thoroughly mechanized that only remnants of hand production existed while in other, more remote regions, a significant proportion of the population still made its livelihood in handicrafts. This was true of Saxony, one of the first German states to industrialize and the one associated in popular consciousness with wrenching mechanization and urbanization as well as worker militancy. Yet real handweavers continued to eke out a marginal existence well into the 20th century in the mountainous regions of Saxony such as the Erzgebirge or the South Oberlausitz.
Furthermore, by the late 19th century, handweavers had been transformed into symbols of an older age and way of life that was disappearing in the new industrial world of factory labor. The plight of handweavers figured prominently in the corpus of social commentary written by middle-class critics of industrial capitalism. The self-employed among them were a factor in conservative political calculations as well. The guilds had been radically weakened in the industrial era and conservatives were worried about the decline in the numbers of a group that they felt played a vital role in society.[8] Weavers, too, had been active in history; memories of the Silesian revolt of 1844 lived on in the lithographs of Käthe Kollwitz and in the naturalist theater of Gerhard Hauptmann. Understandably, then, handweavers exercised a strong fascination on German thinking. Appropriately, they were singled out by the *Bundesrat* among the many preindustrial work categories fighting a losing battle for survival. Passage of the insurance law changed in dramatic ways the lives of weaving families in the South Oberlausitz, an area of mixed factory and hand textile production at the end of the 19th century.
The Oberlausitz is little known in the historic literature.[9] Yet for historians of work and family life it offers an instructive and fascinating case study of rural textile manufacturing extending over centuries. It was a border land between Saxony and Bohemia and today demarcates the south-eastern extension of the German Democratic Republic on both the Polish and Czechoslovak borders. Despite shifting political fortunes, the area's ties to weaving have been long and continuous. Rural homeweaving emerged during the Thirty Years' War when the urban guilds lost their monopoly over textile production. Weaving spread rapidly,

8 Among two typical works by middle-class critics, see, Robert Wilbrandt, Die Weber in der Gegenwart. Sozialpolitische Wanderungen durch die Hausweberei und die Webfabrik, Jena 1906, and by the same author, Die Frauenarbeit. Ein Problem des Kapitalismus, Leipzig 1906. Conservative judges deciding insurance claims at the end of the 19th century saw the self-employed as bulwarks against proletarianization. See, particularly, Zentrales Staatsarchiv Potsdam (hereafter ZStA), RMdI, Nr. 121, Bl. 9-11: Court of Arbitration (15 October 1891).

9 The area is known best as the land of the Wends, a Slavic minority that lived in German territory. The Wends were peasants and lived in the northern part of the province; German migrants had settled the southern districts (Zittau and Löbau) and they undertook weaving. For a general introduction to the area see, among others, Edmund Gröllich, Die Baumwollweberei der sächsischen Oberlausitz und ihre Entwicklung zum Großbetrieb, Leipzig 1911; Heinrich Gebauer, Die Volkswirtschaft im Königreiche Sachsen, Bd. 2-3, Dresden 1893; Johann Köhler, Bilder aus der Oberlausitz als ein Beitrag zur Vaterlandskunde, Boudissin (Bautzen) 1855; and Rudolf Lehmann, Niederlausitz und Oberlausitz in vergleichender geschichtlicher Betrachtung, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands, Jg. 7 (1958), S. 93-139.

offering peasants alternative employment in the hilly and only moderately fertile province. By the early 19th century, the South Oberlausitz had one of the densest populations in all of central Europe. Production was spread in a highly decentralized fashion over thousands of homes where weavers lived, but the process was organized by commercial entrepreneurs who furnished the weavers with materials and specified the kinds and quantities of finished products they wanted (the *Verlagssystem).* The Oberlausitz, in short, had become a classic example of protoindustrialism: a rural area manufacturing for a distant market.[10] Yet unlike other areas in Germany such as Berlin that also had been important preindustrial textile regions but later developed other specialties, the Oberlausitz after 1900 became a leading producer of machine-made cloth for the national market. And, today, it is a center of terry-cloth and cotton goods production in the German Democratic Republic.

Industrialization had come late to the Oberlausitz, in part due to the tardy introduction of a railroad network. The first line to connect Löbau and Bautzen with Dresden opened only in 1846; several years later the two major south Oberlausitz cities, Löbau and Zittau, were linked but construction of subsidiary lines connecting the various weaver valleys continued into the 1890s. The railroad expanded market opportunities and spurred mechanization. So did the discovery of lignite near Zittau, and soon the factories, with their large chimneys and saw-shaped roofs for natural light control, intruded into the landscape. But handtextiles played a surprisingly important role in these early industrial enterprises and they existed side by side with them. Factory owners continued to employ handweavers into the 20th century in rather significant numbers for linen and colored cotton cloth. Such employment offered flexibility in meeting sudden shifts in market demand. In addition, much of the preparatory work in weaving – winding the warp spools and the bobbins – was done in workers' homes. Also, the first factories used both hand and mechanical looms, so handweaving skills were kept alive. A major survey of work completed in 1885 documents concretely the continued importance of handweaving as a source of family livelihood.[11] In the administrative district of Zittau, comprising 61 municipalities (but excluding the urban center of Zittau itself), handweaving represented the occupation of 12 percent of a total population of 73,750. The percentage does not include family members supported by the occupation nor those engaged in textile-related handicrafts. In some villages, the number far surpassed the average: in Middle and Lower Oderwitz, for example, 28 percent and 35,3 percent, respectively, of each total population worked in handweaving. The comparative backwardness of the South Oberlausitz, then, can be used to good advantage by the historian. Clearly handweavers accounted for a significant part of South Oberlausitz people when the *Bundesrat* passed the old age insurance adden-

10 Recently, historians have shown considerable interest in preindustrial rural production of goods for the international market. In today's literature, it is called "protoindustrialism," although earlier Marx, for example, had recognized the importance of bringing the countryside into the market economy; he called it the period of *Manufaktur.* Historians see it as a major transition phase of feudal, agrarian society and they have analyzed it in terms of economic development but also population growth and density, fertility strategies, household formation, and family labor. See, for example, Peter Kriedte, Hans Medick und Jürgen Schlumbohm, Industralisierung vor der Industrialisierung. Gewerbliche Warenproduktion auf dem Land in der Formationsperiode des Kapitalismus, Göttingen 1977; also David Levine, Family Formation in the Age of Nascent Capitalism, New York 1977; too, the interesting study of ribbon-makers in the West Lausitz by Bernd Schöne, Kultur und Lebensweise Lausitzer Bandweber 1750-1850, Berlin 1977; and the classic work by Rudolf Braun, Industrialisierung und Volksleben. Die Veränderungen der Lebensformen in einem Industriegebiet vor 1800, Zürich 1960.

11 Richard von Schlieben, Untersuchungen über das Einkommen und die Lebenshaltung des Handwebers im Bezirke der Amtshauptmannschaft in Zittau, in: Zeitschrift des K. Sächsischen Statistischen Bureaus, Jg. 31 (1885), S. 156-190.

dum. Furthermore, archival evidence for the district is extraordinarily rich and unique in content. The archives contain personal records and court cases of weaver families affected by the legislation over several decades.[12] This permits reconstruction of a pattern of response over-time, not just a description of a moment-in-time.

Taken together, the history of the South Oberlausitz at the end of the 19th century offers a fascinating study of the impact of social insurance on one category of worker. To be sure, homeweaving as an occupation was dying out. But it was the workers themselves who connected the old era of home production to the new, triumphant factory world. The Oberlausitz textile factory recruited its work force almost exclusively from former home industry weavers, and these weavers and their daughters and sons brought into the factory the values and attitudes towards work that had been fashioned in the preceding decades. In addition, the materials open up a new vista on the influence of public policy. While labor historians long have been concerned with the effect of factory jobs on labor consciousness, they have neglected to analyze the ways in which labor and social legislation fundamentally affected work and family life in the modern era.[13] Often, the very rules of the factory have been shaped by public officials. For example, in the 1880s, factory inspectors in Germany engaged in a major campaign to insure compliance with Par. 120 of the Industrial Code, a clause that enjoined employers to safeguard the "health and morals" of young people. Inspectors used the general charge to impose their own understanding of morality *(Sittlichkeit)* on the workforce. The result was real intrusion not only into the world of work but also into the collective behavior of lower-class males and females. Germany here was by no means unique. Historians of England and America, for example, have described similar efforts to create new labor patterns and discipline in industrial capitalism.[14] In the Oberlausitz example, the Inspectors repeatedly used their authority over building permits to require that weavers tending the long rows of looms have their backs up against weavers of the *same sex only*. Time spent flirting did not translate into profits! For each new building code or expansion permit they also required, among other health and safety measures, separate bathrooms, washrooms, changing rooms, and if possible, dining halls for the sexes. These provisions have become so much a part of our industrial world or are to some so self-evident that we easily

12 The insurance reports are in the following collection. B, AZ, Nr. 8208-8241, Invaliditäts- und Alters-Versicherung der Hausgewerbetreibenden der Textilindustrie in . . . 1895-1914. The documents are of 31 weaver municipalities in the District of Zittau.

13 Labor historians have concentrated on the effect of factory jobs on workers' consciousness and the extent of adaptation to the new factory world. They have focused on such issues as living standards, wage levels, and forms of protest. Considerable attention, too, has been given workers' organizations both union and party history. Further, a recent historiographical trend has merged labor and social history. Here, historians are concerned with the daily lives of workers on and off the job. For an overview and critique of new trends in the writing of labor history see Tony Judt, Minerva's Owl and Other Birds of Prey. Reflections on the Condition of Labor History in Europe, in: International Labor and Working Class History, Jg. 16 (Fall 1979), S. 18-28. In the late 19th century, the industrial work world was also shaped by labor laws, and definitions and understanding of work have been affected by social insurance. Yet most historians of the emerging welfare state are concerned with the politics surrounding passage of such legislation and the financial and other details of the program. This is true of a series of conferences recently organized in the Federal Republic of Germany that discussed the history of social insurance in the last 100 years and contrasted welfare policies in five countries. See, Peter H. Köhler and Hans F. Zacher (Hrsg.), The Evolution of Social Insurance 1881-1981, London and New York 1982.

14 Edward P. Thompson, Time, Work-Discipline, and Industrial Capitalism, in: Past and Present, Jg. 38 (December 1967), S. 56-97; also, Tamara K. Hareven, Familiy Time and Industrial Time. Family and Work in a Planned Corporation Town, 1900-1924, in: Journal of Urban History, Jg. 1 (May 1975), H. 3, S. 365-389.

overlook the human effort that went into enforcing them. Mandating these facilities was an essential part of the inspectors' morality campaign since such space allocations meant added expense for employers.[15] In short, inspectors were a new public force that helped determine the social context in which labor was performed. As we will see, social insurance affected the very definition of labor. The influence was not simply unidirectional, however; workers actively participated in shaping their world. The Oberlausitz case is a telling example. Worker resistance to social insurance was immediate and dogged; the handweavers successfully frustrated state intentions. Amidst the controversy, however, it was women's work that was manipulated and the crucial role of women in the labor force was downplayed.

* * *

Social commentators in late 19th century Germany loved to contrast the "traditional" and "new" domestic industries.[16] By this they meant the composition of the workforce, not home industry's inherent association with capitalism. In their conception women – especially wives and mothers in urban areas – dominated the new form; in contrast, family men – the true heads of households – were central figures in the traditional mode, although they relied on the periodic assistance of family members. These same observers would have been amazed at the extent of women's steady and important involvement in the older form of home industry production. An historian in the 1970s, Hans Medick, has noted correctly that work life in traditional home industry relied heavily on female labor and it broke the bonds of sex role divisions.[17] But such a pattern of labor can be reconstructed only with archival materials since the published studies at the end of the 19th century seriously misrepresent the role of women in home industry households. Archival documents for the Oberlausitz are unambiguous and affirm Medick's claim. To develop this intricate labor pattern in full detail, however, would require a separate study. Only a general examination of the evidence is offered here; it shows clearly that many productive tasks were shared by males and females and that work labels simply associating certain operations with gender, such as male weaver and female warp-winder, are misleading. And remember, it was this household structure characterized by a relative absence of labor assignment by sex that the German government chose for its first efforts to extend social insurance.

15 B, AZ, Nr. 5089: Bl. 6-7, 12: on the Kloss mechanical mill in Cunewalde; Nr. 5951: documents on Friedrich Wilhelm Kreutziger's mill in Hainewalde; Nr. 5952: building of the Jute spinning mill in Ostritz, 1883; also, Amtliche Mitteilungen aus den Jahres-Berichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten, Berlin 1880-1881, S. 18, S. 45, S. 420, and S. 620.

16 Considerable attention was given home industry in the literature sponsored by the historical school of economics and other middle-class reform organizations in late 19th century Germany. The historical economists were interested in home industry as a form of economic organization. The authors generally distinguished old from new domestic industries. In their conception, the old were the households of weavers, spinners, nailmakers, clogmakers and other preindustrial "Masters" who worked in their home. In contrast, the new home industry was urban, female-dominated, and a product of mass consumption in industrial capitalism. The authors meant particularly the ready-made garment industry that emerged in Germany's larger cities after the mid-19th century. See the series Hausindustrie und Heimarbeit in Deutschland und Österreich (= Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Bd. 1-4), Leipzig 1899; also, Heimarbeit und Hausindustrie in Deutschland Hrsg. im Zusammenhange mit der Deutschen Heimarbeit-Ausstellung 1906 in Berlin vom Bureau für Sozialpolitik, Berlin 1906. And, ZStA, Reichslandsbund Pressearchiv, Nr. 8458 (Heimarbeiter und Hausindustrie), Bl. 22: clipping of Vorwärts (22 February 1906).

17 Haushalts- und Familienstruktur als Momente des Produktions- und Reproduktionsprozesses, in: Heidi Rosenbaum, Familie und Gesellschaftsstruktur, Frankfurt/M. 1978, S. 295-296.

Rural home weaving was work activity outside guild control. This independence offered distinct advantages to women: guilds restricted female labor, and it appears that organized training in general discriminates against women.[18] For well over two centuries, in raw and bleached linen weaving and in the cotton cloth goods industry that began to encroach on indigenous linen production after 1800, any "lad or girl" could learn the trade. The verb *erlernen,* or training through practice, was applied equally to men and women. A girl would take a short apprenticeship with a weaver and then return home to "work as" *(agiren)* a "Master." The new weaver, in turn, would teach others, including family members. In the main, these work skills were survival tools, passed on in the home from generation to generation.[19]

Other documents establish work patterns in the home. In the early 19th century, the Oberlausitz homeweavers had received special rights to hawk their wares. The weaver had to petition for permission and the Saxon government issued official passes. In these requests, family members described their living and work relationships. This unique glimpse into weavers' homes shows a pattern of shared "team work." Husbands were given passes; so were wives and daughters. Roles were exchangeable and not defined by sex. The documents, in fact, affirm the crucial importance of role sharing, ironically in part by reverse example.

A few cases exist (although they are by no means typical) in which a survivor petitioned the Saxon government to assume the peddling rights of a wife who had died unexpectedly. Johann Scholze from Haynewalde was such an individual. In his petition of 1850 he described sex division of labor in his home: he "finished the goods and [his] wife alone undertook the selling and hawking." While the municipal officials supported Scholze's request, they predicted the family's imminent downfall. Due to rigid sex role divisions, Scholze was ill-informed about customers along the hawking circuit and was unable to maintain the household.[20] Role sharing, then, was a matter of practical necessity in this era of high mortality and economic deprivation.

The pattern of shared work roles continued throughout the century and was rooted partially in technology. Typically, weavers picked up the warp spools already wound and chained off; so, too, the bobbins. Much of the socalled "preparatory work" in weaving was done elsewhere, in other homes geared to the textile industry.[21] Thus, role divisions by age and sex were less likely to materialize among weavers; but even where these jobs were done in one home, the tasks were not assigned exclusively by gender. Municipal officials in the late 19th

18 For examination of the position of the guilds towards women's work see, particularly, Rudolf Wissell, Des Alten Handwerks Recht und Gewohnheit. Hrsg. von Ernst Schraepler, Bd. 2, Berlin 1974, S. 439-445. In 1881, the Saxon government, by then concerned over the precipitous decline of handweaving, sought to introduce the newest handloom technology and retool weaving skills in the Oberlausitz; several weaving schools were opened. But women were explicitly excluded from most of these experiments. See, B, Kreishauptmannschaft Bautzen (hereafter KB), Nr. 13820, Chamber of Commerce reports, 1881 and 1884. Also, B, AZ, Nr. 1491: the weaving school in Weigsdorf, 1881-1882 and Nr. 1481-1482: the weaving and commercial school in Seifhennersdorf, 1881-1914.

19 Praktische Darstellung der Oberlausitzer Leinwand-Fabrikation nebst ihren Mängeln, zum Beweis daß verschiedene Abhülfe und Verbesserungen dabei höchst nöthig sind, sowie wo dieselben anzuwenden. Von einem Fabrikanten, Herrnhut 1837. Archival documents on hawking use the verb "erlernen" in describing both male and female weavers. For example, Staatsarchiv Dresden (hereafter StAD), Nr. 6257: the hawking trade among Oberlausitz, Sebnitz, and Zwönitzer weavers, 1840.

20 Materials on hawking are in both the Dresden and Bautzen archives: StAD, Nr. 6257, Bl. 41-43, 120-122; and 274-277: reports by the Bautzen district officials, 1842, 1844, and 1848; Nr. 6258: hawking, 1850-1853; Nr. 6259: hawking, 1855-1862. Also, B, KB, Nr. 11236: hawking passes, 1810-1843; Nr. 11237: hawking passes, 1846-1852 and, in particular, Bl. 171-175, for Scholze's case.

21 This was true first in cotton weaving and it became typical with the spread of the warping frame in the area. Edmund Gröllich, Die Baumwollweberei . . ., S. 19 and S. 76.

century, confounded by what they saw in the home, painstakingly sought to piece together the fluidity of jobs in homeweaving households. At times, adult male weavers wound the bobbin (socalled children's work); at other times, they commissioned an adult neighbor. True, wives might prepare the warp; so would husbands and often husband and wife wove one piece alternately. Furthermore, insurance records late in the century document an amazing relationship that appeared in the later stages of a family cycle. This evidence turns stereotypes totally upside down. Among the elderly, men who tended to age earlier prepared the warp and wound the bobbins (to save money) for their more healthy wives who continued to weave![22] Despite the myriad patterns, one stands out most clearly: among homeweavers in the Oberlausitz, as in other cases of "traditional" home industry, women were highly productive participants in the joint family venture throughout their and the family's life cycle.

To leave the impression, however, that life remained pretty much the same for weavers during the 19th century would be erroneous. The joint family enterprise was subjected to new and constraining pressures by the late 19th century. In the first place it had become much more intricately entwined in the money economy. Taxes had to be paid; the church required support; but more important, there were new levies, for schools as of 1873, expenditures for school clothing, and in the next decade even insurance premium deductions. Furthermore, coal, wood and oil cost dearly at a time when handweavers' incomes went plummeting. Mechanization not only took jobs away; goods could be produced more cheaply and in greater quantities. To remain competitive, handweaving reduced wages to the point of impoverishment. Wage-earning handweavers in the Oberlausitz were so poor that they had been exempted from health insurance because their daily wage was far below the average in their locality. One inquiry concluded that weavers rarely made even 350 Marks per year.[23] The figure alone is not revealing. Wage levels varied greatly, depending on the quality of labor and the hours worked; for a meaningful picture, gross income from handweaving must be related to family size, other sources of income, and expenditures. But no doubt ramained that these handweavers survived in good measure because they owned homes with small amounts of land to grow vegetables and potatoes and keep goats and chickens or they rented small agricultural plots. Those who did not own homes had been the first to migrate to the emerging factory towns and comprise the early factory workforce.

The alternative job opportunities as in the new factories were the second major change in homeweavers' experiences. In the early 19th century the whole family worked in weaving. Traveler and municipal accounts are unambiguous on that score.[24] Over time it became increasingly possible for family members to work in different occupations. The process of job differentiation had begun in the mid-19th century and it accelerated with the spread of factories in the area. Poverty induced weaver families to diversify, although the change from domestic to other work initially was easier for men than women. Government sponsored public works such as railroad construction, road building, and maintenance opened up sea-

22 B, AZ, Nr. 8082, Bl. 70-76: report on work life among handweavers, 21 April 1902; also, Nr. 8225: Niederoderwitz insurance records.

23 B, AZ, Nr. 5513, Bl. 89: determining the yearly income of the self-employed in textiles, 1900-1914. Also, Carl von Rechenberg, Die Ernährung der Handweber in der Amtshauptmannschaft Zittau, Leipzig 1890, S. 3. In contrast, a miner in the district in 1896 made on average 656 Marks yearly. For further comparison: that year a metalworker (mechanic) made 16 Marks per week; a male weaver in a mill, 9 Marks per week; and a male handweaver, 3,50 Marks per week. See, Edmund Fischer, Die Lage der Arbeiter in der Sächsischen Oberlausitz, Zittau 1898, S.10, S.15, S.29, and S.31.

24 Christian Pescheck, Geschichte der Industrie und des Handels in der Obelausitz, in: Neues Lausitzisches Magazin, Jg. 29 (1852), S. 8; StAD, Nr. 6257, Bl. 274-277: detailed report on conditions among Oberlausitz weavers, 1848; Fritz Hauptmann, Woher wir Kommen. Ein Buch von Heimat und Vorfahren, Privatdruck Marburg 1970, Bd. 1, S. 138; Bd. 2, S. 117 and 167.

sonal jobs – for men. So did the flurry of urban building in the province in the second half of the 19th century. In the 1870s, construction workers in the summer made two-to-three times more per week than handweavers.[25] Such alternative opportunities simply did not exist for women before the spread of textile factories that relied so heavily on female hands. Agriculture was weak and the local towns were and remained socially working-class communities, unable to support domestic service. The few women who moved for work to Dresden or Berlin were exceptions. Thus, the women of the area remained at home in weaving while many of their husbands and brothers took on seasonal work in the summer and returned only in winter to weave. This had become a familiar pattern by the time the insurance officials made their detailed study of handweaving in the 1890s.

The deepening poverty and the handweavers' actual dependence on other employers persuaded the *Bundesrat* to make disability and old age insurance compulsory. Homeweavers were not given a choice, as in the case of health insurance. The decision to make protection mandatory reflected still another condition: an increasingly aged workforce in a dying industry. In the last several decades of the 19th century, young people tended to look for other jobs but, confounding sterotypes again, some young people did choose handweaving, and these were the most vehemently opposed to insurance. According to the district school inspectors, the number of continuing education students (*Fortbildungsschüler*) in handweaving actually rose steadily between 1875 and 1880; in 1883, eleven percent of 1241 graduates went into handweaving. But older home workers, as the government anticipated, could be persuaded to accept the notion of pension benefits. They had trouble finding other jobs; employers preferred younger workers while many of the laborers refused to make the transition to unfamiliar und threatening factory jobs. Already in 1895 the administrative district of Bautzen *(Kreishauptmannschaft)* had the highest percentage of disability and old age pensioners in Saxony, although they represented, and continued to represent, but a small fraction of potential recipients.[26] But given the rising proportion of older homeweavers, the insurance money was designed to prevent these workers from becoming public charges.

The statute of 1894 consisted of thirteen rather straight-forward paragraphs. Considering the novelty of the plan and its clientele the legislation was remarkable sketchy, perhaps reflecting the German government's lack of experience in regulating home industry. The category itself only had been added to the national census in 1882. The Industrial Code of 1869, which became the basis for labor regulation in the new unified *Reich*, made no explicit mention of home industry or its workforce. Just one paragraph spoke of persons who manufactured goods for entrepreneurs outside the businessman's place of work. This phrase, then, became the foundation for incorporating home industry into national legislation, but the extension occurred in judicial commentary and by interpretation, which varied greatly. Thus, considerable ambiguity existed over the legal position of home industry in Imperial Germany.

The Industrial Code had defined three types of manufacturing: socalled permanent *(stehende)* businesses (the typical form of modern enterprise) but also those oriented toward peddling *(Hausieren)* as well as those involved in selling at markets *(Marktverkehr)*. Home-industry enterprises were seen to fall under the first and third type (and the latter explicity applied to linen yarn and cloth produced by peasants as supplemental agricultural activity). As such, the business had to register with the municipality and the general provisions in the national

25 B, AZ, Nr. 3643: survey of living standards and work, 1877.

26 For reports of the school officials, Richard von Schlieben, Untersuchungen . . . , S. 158; Jahres-Bericht der Handels- und Gewerbekammer zu Zittau, Zittau 1896, S. XXVI.

labor code regulating work relations – Sunday rest, continuing education for youths, the illegality of the truck system, freedom of contract – applied to its workforce. This left undetermined if the self-employed home worker was to be considered "independent" or dependent (a *gewerblicher Arbeiter).* Laws regulating the trade courts as well as the growing protective legislation applied only to the latter. The implementing ordinances of 1869 and 1893, however, qualified the applicability of labor regulation more explicity. They exempted from *all* regulation two kinds of workers. The first were those engaged in the female domestic arts of spinning, knitting, needlework, and washing and ironing, not because of their ties to home-industry but rather because the legislators tied them to housework. Supplemental wage work done not as a permanent occupation but next to everyday housework was not considered labor. The second exempted group consisted of assistants of the self-employed homeworkers who were family members. Family members did not qualify as industrial labor assistants (*gewerbliche Hilfspersonen*) unless they had a separate work contract that stipulated wages.[27] Thus, in the transition to welfare capitalism, legal definitions ignored the economic cooperation among family members and did not acknowledge the family as a work unit, beyond rewarding the member of the family identified as the producer.

These regulations, then, comprised the legal setting for the extension of social insurance into weavers' homes. As seen, the Industrial Code did not recognize joint family work. To qualify for insurance, furthermore, workers had to be engaged in activity recognized as real work by the Code. Yet, critically, there existed no guidance on the thorny question of family members' *wage* work in family enterprises. And it was precisely these small, semi-independent family weaving businesses that the insurance law of 1894 had incorporated. Thus, in order to implement the law in the South Oberlausitz, municipal officials had to determine four major issues. The first concerned the characteristics of work. What were the attributes that the law recognized as work? Second, would the law differentiate between husband's and wife's work? Third, how would premium deductions be determined – by output or hours of work? The fourth issue concerned employers. The old age and disability insurance required a one-third contribution by employers, a one-third by the insured, and for the first time it provided for public assistance (a fixed contribution by the state). If homeweavers worked for several firms, how was the employer's contribution determined? Among those affected by the new law, the first issue involving the very definition of work provoked no open or explicit controversy. As will be seen shortly, the law simply exempted activities that might truly have qualified for labor. Over the other three issues at stake, however, implementation induced serious confrontation, direct protest, and successful resistance. Reconstruction of these pattern of response is possible because municipal officials in 1895 undertook a detailed, systematic survey of homeweavers in the province, asking about work, family relationships, wages, hours, and employers. In addition, they kept records on problems that arose over the next several decades.

The insurance law defined work unambiguously; it was *paid* labor, the „free economic exchange of labor and wage."[28] Insurable work had to be characterized by receipt of a wage or salary *(Lohn* or *Gehalt)*, including payment in kind. Laboring for "room and board" did not qualify for work except in the case of apprentices who were considered wage earners. This

27 Gesetzbuch, S. 1493-1496; W. Kähler, Materialien zur Beurteilung der rechtlichen Stellung der Hausindustrie in Deutschland, in: Heimarbeit und Hausindustrie in Deutschland, S. 2, S. 5 and S. 11-12. Also, ZStA, RMdI, Nr. 6731, Bl. 75-77: clipping of Reichs-Arbeitsblatt (1906).

28 Gesetzbuch, S. 1392, S. 1428-1429, and S. 1458.

definition implicitly affected countless members of the surviving family work unit in the Oberlausitz. The survey of 1895 omitted young people in the family who worked in weaving but received no wage. Their work officially was discounted; they neither appear in the statistics (and are therefore lost from the record) nor could they accumulate time to apply for a future pension. Some surfaced in history only because an official got wind of their labor and made a formal inquiry. Thus, their cases exist among the documents accumulated after 1895. In October, 1898, Wilhelm Döring in Mittelweigsdorf, for example, testified before the insurance office that his daughter (unnamed) helped him weave but received no cash, merely maintenance. The Dresden executive ruled in November that she was not self-employed but a "helper to her father" and since she received only room and board she need not be insured. The same applied to Karl Bayer from Oberweigsdorf, a self proclaimed *Hauskind* who wove periodically and did the agricultural work as well and received no cash wage. This was also the case of Karl Ernst Steudtner in Niederoderwitz. Auguste Kohler in Spitzkunnersdorf described her family work relations more fully. Her father and one sister worked in the mill; two brothers were construction workers and wove at home in the winter. To be sure, she helped her brothers wind the bobbins, but she worked the fields and gardens and never received cash for "this employment."[29] But someone did; money had been earned by the textile labor of these young people but the cash became part of the communal, family pool. One connot help wondering how these family work relationships might have been described if the outcome had not been a new financial burden on the already hard-pressed weavers. In light of the next dispute over the wage work of wives, this becomes a highly intriguing question.

The Oberlausitz families employed an understandable and in the short run clever strategem in the question of husband's and wife's labor. The survey of 1895 records the wives of male homeweavers as "mere assistants of their husbands" *(bloß Gehilfin des Mannes)*. In Spitzkunnersdorf, for example, a village barely touched by the factory mills, one survey counted 342 handweavers. The list included males in weaving, weaving families whose men, however, worked in the factory, in construction, or as day laborers, and 112 houseweaving couples. In 110 cases the wife was listed as the husband's assistant. In one example, the pollster's scribbles indicated that August und Friederike Böhm, both handweavers, worked together. Yet officially she appeared on the list as bobbin winder *(Spulerin)* and assistant *(Gehilfin)*. In Wittgendorf, another rather isolated and backward village, in all cases the wife was her husband's helpmate. In Oberweigsdorf, the picture varied slightly: among handweaving couples, 18 recognized the wife, too, as an independent weaver (three of whom were remarried widows), and 15 recorded the wife's labor as just supplemental. Three husbands wove only in the winter and their wives were recognized as fulltime weavers but, more typically throughout the survey, a wife whose husband wove only in the winter became his helpmate, even if she wove alone the rest of the year. In Mittelweigsdorf, 32.5 percent of the families in handweaving used the labor of both husband and wife but in a variety of combinations. Most typically and in 62 percent of the cases (38 in number), responses indicated that the wife assisted the husband, although in 19 examples her occupation was acknowledged as handweaver. In three cases, she was the weaver and he wound the warp spools, several couples shared these preparatory stages, and in two cases the wife appeared as full-time weaver and her husband as part-time.[30]

29 B, AZ, Nr. 8223, Bl. 97-98: Mittel-Weigsdorf; Nr. 8228, Bl. 89: Oberweigsdorf, 1896; Nr. 8225, Bl. 5-12: Niederoderwitz, 1898; and Nr. 8238, Bl. 127-128: Spitzkunnersdorf, 1896.

30 B, AZ, Nr. 8238, Bl. 6-54: survey of Spitzkunnersdorf, 1895; Nr. 8241, Bl. 92-102: survey of Wittgendorf; Nr. 8228, Bl. 17-28: survey of Oberweigsdorf; Nr. 8222, Bl. 3-27: survey of Mittelweigsdorf.

The details of the survey could be multiplied but the pattern remains the same: women tended to appear as men's helpers. This picture, of course, corresponds to the portrait of traditional home industry given by contemporary social analysts. It reflects, more generally, a specific definition of the family that was spreading in the new industrial world: a residential unit comprised of husband – head and chief breadwinner – and his dependents whose labor, particularly in the lower class, was needed to help ends meet. The insurance survey itself assumed such a relationship quite explicitly. Several questions were directed especially to wives. One openly asked whether a husband worked in home industry *so that* the wife provided just supplemental labor *(so daß die Ehefrau nur Gehilfin ist);* another questioned how much time *she* spent in housework (and many surveyors wrote in the column a similar description as that given of Auguste Heinze's husband: "The guy is in construction and does the housework *for his wife,* "who was a fulltime weaver at home.)[31] The law excused "assistants" from the insurance requirement and also those who worked "irregularly" or whose work was insufficient to provide a livelihood. In short, the law itself made it much simpler for a wife to be exempted; if she claimed status as an independent wage earner she had to provide substantial proof.

The insurance legislation, then, clearly embodied middle class assumptions about proper sex roles, family relationships, and women's labor that were crystallizing in late 19th century Germany. The norms had developed out of the bourgeois social world in the previous century.[32] They reflected material change in family life (the breakdown of the extended household) as well as growing professionalization of bureaucratic and university careers. In these educated families, the wife's role was supportive at home; the husband's was productive outside. This description, however, became prescriptive and part of industrial ideology. In the 19th century, such beliefs increasingly spread throughout society and one mechanism was the promulgation of social legislation.

The insurance law affirmed, in principle, that no distinction would be made on the basis of sex or marital position. But its implementing instructions qualified this ideal so heavily as to destroy its spirit. The legislators explicitly argued that the traditional *(herkömmliche)* position of the female sex in economic life or the housewife in the family made her labor *(ausgeübte Tätigkeit)* distinct from superficially similar employment by men. In other words, because women were held responsible for running the home, their wage labor was to be judged differently from man's. Furthermore, the legal guidelines essentially denied the possibility of a work realtionship existing between two persons in a family (defined here as a conjugal and kin unit only).[33] The net result, as the survey had proven, was a prevailing depiction of the woman's labor as merely supplemental; many subsequent analyses failed to mention her work at all.

The outcome of disputed insurance claims in the Oberlausitz reflected these assumptions about sex roles. Three types of cases came before insurance officials in the two decades after

31 My underlining. These were columns 13 and 14 of the survey. For the remarks of Heinze, Nr. 8223, Mittelweigsdorf, 97 on the survey. The pollster clearly had internalized notions of "proper roles" and assumed that women were responsible for the housework, so a man was doing it "for his wife."

32 Karin Hausen, Family and Role Divisions. The Polarisation of Sexual Stereotypes of Work and Family Life, in: Richard J., Evans and W.R. Lee, The German Family, S. 51-83; Birgit Panke, Bürgerliches Frauenbild und Geschlechtsrollenzuweisung in der literarischen und brieflichen Produktion des 18. Jahrhunderts, in: Frauengeschichte (= Zur feministischen Theorie und Praxis, Beiträge 5) Munich 1981, S. 6-11.

33 Gesetzbuch, S. 1425. Also, B, AZ, Nr. 8238: copy of an appeal decision on the labor of wives in Spitzkunnersdorf.

promulgation of the law. The first concerned weaving families with one loom: only the husband's labor was seen as real and insurable. The second involved those couples in which the wife essentially wove throughout the year for the businessman. If the husband worked summers in agriculture or construction but wove *on the same loom* in winter, then she was judged helping him (more realistically, of course, he was helping her) and his work alone was acknowledged by eventual receipt of a pension. The final case dealt with families with at least two looms.[34] If the husband and wife worked for one employer and shared an account, he – but not she – was required to join the insurance plan. The legal guidelines required that direct contact between worker and boss be present for any acknowledged work relationship. The trend in the last decades of the 19th century had been to give women their own separate accounts but this had not yet become universal practice. Historically, joint family employment had been organized under one account and it was most typically in the husband's name. This method of payment reflected the pooled labor of all members of the family. Now this traditional custom was used to dismiss the serious nature of women's labor. And it led, although not necessarily logically, to the notion, as an employer by the name of C.A. Frenzel put it, that because of one account the man was "responsible for everything."[35] A market economy in effect atomizes its workers, each is independent of the other, and paid separately. It does not recognize joint labor and society elevates the status of the one who is given the money. The final issue ruled on by officials concerned earnings. If the woman on her own loom made very little money (less than 1/3 the average daily wage) she automatically was exempted from the insurance requirement.

A crucial element of the transformation of women's work remains to be explained. The weaver families themselves had colluded in the designation of women as labor aids. To be sure, the very assumptions in the law of women's merely supplemental labor roles had prejudiced the outcome. The municipal officials taking the survey, too, shared these notions. But men and women in the homeweaving family sought to have the wife rather than the husband labeled assistant. They knew that state officials would more readily accept such a designation. Karl Köhler summed it up beautifully, "my wife is a mere helpmate, as it says in the Imperial law."[36] The motive is clear; the implications are much more clouded. These families were dirt-poor, barely surviving in the developing industrial world. As one group from Weigsdorf plaintively protested, "how could we possibly pay deductions when they may be for two or three family members?" The municipality in Oberweigsdorf, recognizing dire poverty, actually paid some women's financial contributions out of poor-law monies.[37] Thus, it was *economic necessity* that encouraged these families to engage in the verbal deception. By publicly downplaying women's work roles, they tried to get out of paying the weekly insurance premium that cut deeply into their meagre incomes. They were willing to manipulate the public account of women's labor, so it appears to insure the family's survival. Their designation, however, was a subterfuge and it became a central part of the home industry family's resistance to the encroachment of state capitalism. The reality continued to be one of shared work roles. The proof rests not only in the historic evidence offered earlier in this article. Weavers often referred to other families' deceptions when they were trying to justify

34 Specifically, see the following document: B, AZ, Nr. 8208: measures to implement extension of disability insurance to the self-employed, 1894-1902, particularly the decision by local Zittau officials of 9 July 1896.

35 For Frenzel's remarks, B, AZ, Nr. 8223, Bl. 67, 19 June 1897 memo from the Hirschfelde-based firm.

36 B, AZ, Nr. 8238, Bl. 109: petition of August and Pauline Köhler, 16 July 1896.

37 B, AZ, Nr. 8223, Bl. 54: report from local Mittelweigsdorf officials to the Zittau district in March 1897.

their own exemptions. Even more telling are the numerous cases argued before the insurance board by women who, later on in life, sought designation as independent weaver so as to qualify for a pension. As they aged, they had come to realize the advantages of insurance. They argued their case and, more importantly, they won it. Among the most naturally eloquent and persuasive was Marie Louise Endert from Spitzkunnersdorf who had appeared on the survey of 1895 as mere *Gehilfin* to her husband because, as it later came out, she earned very little money. Two years later, by then 60 years old, she set out to prove her inherent worth and the crucial meaning of her labor for the family. Her own life history is worth recording because such personal testimony is relatively rare for lower-class people.[38] Her case, too, mirrors that of other women who also sought to challenge narrow interpretation of the law.

Frau Endert had worked as a handweaver from the time she left school; this added up to about forty-six years in continuous employment. For the last fifteen years, she had been working for Ernst Bortsch in Neu-Eibau under her own account. Her husband was also a home weaver (the couple was childless) who had found work in Gross-Schönau for over twenty-five years. Four years before the case came to court his employer, the Brothers Föhrmann, opened a factory and he lost his job; his wife's employer, Bortsch, offered him work. Both now wove on two separate looms for the same employer. Each had an independent account "although previously my wage book *(Lohnbuch)* was in my husband's name. This was the commonly accepted practice." Endert offered an intriguing explanation for the custom. Employers, she said, sought to safeguard their property rights by holding males responsible for the amount of yarn distributed. Weavers notoriously skimped, wove the saved material, and sold it for extra money. The distributor apparently could hold a husband legally accountable but not a wife whom the court did not consider a responsible adult. She admitted that couples typically helped one another out. "It could happen that my husband would work on my loom or I on his if a piece had to be delivered quickly." But this was exceptional she maintained, and stated in no uncertain terms that she "is to be seen as an independent weaver for Bartsch" *(selbständige Weberin)* and "I am still independent of my husband." Then she turned to the question of her earnings: she made roughly 60-70 Marks per year:

"I weave the whole year through. In the summer, though,
I work less because I'm caring for our garden and hay harvest
and I also tend our little potato patch. This keeps me busy for
about six weeks but I always have the loom dressed and weave on
it now and then and particularly in poor weather."

Her earnings were skimpy, she admitted, but with the decline in wages it was hard to earn much in handweaving anyway. Nonetheless, her wage contribution was crucial. "Our needs are simple. Except for one pound of beef we buy for Sundays, we subsist on our grain and potatoes." "It is self-evident," she stressed carefully, "that in such conditions the earnings of the wife – even if as in my case they are 65 Marks per year – play a very important role [eine große Rolle spielt]. These 65 Marks are necessary to live on." What if her husband became ill or died? Many widows must get by on such low earnings. And here Endert was not

38 B, AZ, Nr. 8238, Bl. 135: February-November 1897 for Endert's case. Also, Nr. 8222, petition of Frank Lischoff, Mittelweigsdorf, 12 July 1896.

alone. Other women who described their lives to insurance officials, too, stressed the value of their work: it "paid the rent," "gave the children milk," "went for clothing."[39] In the family work community operating at near subsistence level, all wages paid in cash were critical to survival even it they appeared ludicrously small to the more privileged outsider. These women could describe exactly how important their wages were in their own lives. Endert ended her case by stressing, again, the difficulty of earning more given the low wages, and by mentioning housekeeping tasks. These she described in the passive, so as not to make them gender-specific. "Housework must be done, too, in homeweaving, which takes around 3-4 hours per day. This does not make weaving secondary. On the contrary, one cannot live from housework alone." In short, Marie Endert felt that her life entitled her to the full benefits of the old age pension. The court agreed.

Frau Endert had brought up a very important point. To the extent that home industry families were embroiled in a cash not subsistence economy they were conscious of the differences in paid und unpaid work. Even homeweavers in earlier periods, in protoindustrialism, had thought of "time-as-money" and were fully cognizant of the time that generated cash and time that did not.[40] Clearly, as money had become more important for survival, the distinction became more real. Housework, while necessary, was private, unpaid labor (and as such not even recognized as real work). And Marie Endert's casual remarks help clarify how lower-class families perceived the differences, although this says nothing about how these families valued housework. While housework was not as clearly "women's sphere" in these families as the dominant ideology on proper roles would have it, nonetheless during the insurance controversy the issue of time assessment emerged as a woman's issue. Remember, the question of time was the third point of controversy in implementing the law and women were the protagonists. They defended their interests collectively and effectively and their arguments simply were one more reason why the Oberlausitz families resisted being drawn into the insurance plan. If the deductions were geared to time it took to produce a product, as the law stipulated, then those persons doing other work as well – housework, child care, tending gardens – would be disadvantaged. So would old people who worked more slowly. Numerous protests were lodged immediately and in one case forty-one wives in Wittgendorf appeared before the municipal insurance office with a joint petition.[41] They correctly complained that the reality of their lives as wage workers, mothers, and housewives required reassessment of the planned deduction scheme. They hoped to be fully exempted but, barring such a decision, sought a more equitable levying policy. Employers, however, sought to turn the reality of housework to their advantage. Again, due to complaints by weavers themselves, the Löbau district officials began an inquiry, for example, on the factory owner Hoffmann. They ruled he was paying a terribly small contribution for cotton cloth woven *by females.*[42] Hoffmann refused to take into consideration the question of actual time, arguing that women's work day was taken up anyway by housework and by summer field chores

39 For the various petitions by women: Nr. 8233, Johanna Apelt, 1901, Reichenau and Bl. 101-102: collective protest by warp-winders, July 1896; Nr. 8225, Bl. 118, 1-16: Niederoderwitz, petition by Johanna Schneider, 19 December 1897; Nr. 8235, Bl. 117: interview with Johanna Röthig and Bl. 130: interview with Ernestine Lehmann, Seifhennersdorf; Nr. 8210, Bl. 46: Marie Amalie Hamann and Bl. 49: Anna Hauptmann, Berthsdorf; Nr. 8214, report by the local health officials on the Tannert Family, Gross-Schönau, 1904; Nr. 8217, interview with weaver Anna Engler, 1906, in Jonsdorf.

40 Heidi Rosenbaum, Familie und Gesellschaftsstruktur, S. 43, discusses the implications of these distinctions.

41 B, AZ, Nr. 8241, Bl. 1-34: September 1894.

42 B, AZ, Nr. 8208, Bl. 54-57: correspondence between municipal officials in Alt-Eibau in Löbau and those in the province, November 1895.

and the employer had no responsibility for this labor whatsoever. He only paid his homeworkers a predetermined amount of time – "uninterrupted" timed-labor of the factory world – that he said was neccessary to produce a product. But the municipality agreed that he had set his contribution far too low.
The conflict over time never was solved satisfactorily because no "normal" work day could be agreed on. The two positions on time assessment were at loggerheads. The Zittau Chamber of Commerce, as late as 1904, favored establishing a piece rate for both employers and weavers. But by then the issue was moot. In the Lausitz, employers were not voluntarily paying their share, as the regional insurance bureau admitted in a memo in June 1914.[43] Extension of insurance to homeweavers had included a modification of the original insurance law. It made weavers responsible for paying employer contributions, and they were to be reimbursed. The law hoped in this fashion to facilitate identification of employers which was more problematic in home industries than factories. Village homeweavers in the Oberlausitz typically worked for more than one person, as the survey definitely had established. This offered whatever flexibility these poor people might have but in added to the burdens of implementation. Many weavers worked for separate employers simultaneously on two or more looms because work contracts came in so infrequently, others alternated, and all sought to keep their actual work relations obscured, for financial reasons. But placing the burden of registration and deduction squarely on homeweavers, who were powerless to compel their employers to contribute, reinforced worker resistance. In 1902, the treasurer of the insurance bureau admitted serious difficulties *(bedeutende Schwierigkeiten)* due to poverty.[44] Younger weavers had simply failed to register, despite repeated enjoinders by local officials. When asked about it, he noted with some alarm that they actually had responded "scornfully" or stated "we don't earn anything." No threats or coercion could produce results. Only those who were becoming disabled looked favorably on the program, but then they had to contribute retroactively and employers only matched the figure when the weavers had paid in full. Clearly, the welfare state and homeweavers had reached a stalemate. Over time, the conflict lost its intensity and faded into the background as the number of homeweavers continued its inexorable decline.

Conclusion

When the officials of Imperial Germany decided to extend social insurance to self-employed handweavers, they opened up a Pandora's Box. Social insurance was designed for, and relatively simple to apply to, modern industry with a labor force attached to one employer and working a given number of hours under a factory roof. The insurance plan brought enormous complications when it was extended to a work force composed of family members toiling irregular hours at home for an undetermined and varying number of employers.
As illustrated by the reactions of homeweavers in the Oberlausitz, the plan drew fierce opposition from its intended beneficiaries, evasive tactics, and attempts to hide the real and indeed very complex work relationships among family members. There were serious problems of compliance with the law. Local officials had neither the personnel nor the will for strict enforcement. The weavers were deeply suspicious of the newfangled notion of "state pensions" they were called on to finance through deductions from their earnings.
Their fears were not without foundation. Social insurance brought these families under close government supervision and control. They previously had been relatively unaffected by the

43 B, AZ, Nr. 5531, Bl. 96-108.
44 B, AZ, Nr. 8082, Bl. 70-76: report on insurance in the area, 21 April 1902.

growing state regulation of labor. Now their income, employers, and work-time were to be recorded, each week. Furthermore, the required contributions to funding the plan cost these homeweavers precious pennies of their meager income. Perhaps most important, the burden of industry contributions encouraged employers in the Oberlausitz to mechanize their operations, with the result of further job losses and reduced incomes for handweavers. As many workers feared, employers responded to the demand for payment by buying machines instead.[45] Objectively, handweavers could not remain competitive (even without the added costs of social insurance coverage). But extension of insurance served to poison the social climate in the Oberlausitz and accelerate the inexorable decline of the group.

The 1894 addendum was significant for other workers as well. German industrialization, after all, had produced new groups of artisans, small businessmen, and other self-employed people who became permanent elements in the industrial economy. Originally, these modern artisan-types had been omitted from the national pension plans. After the turn of the century, their spokesmen clamored for admittance. When the government examined the issue of expansion, it used the 1894 law as the basis for discussion. In turn, in preparing their recommendations, local officials were tempered by the whole experience and made more aware of the social implications of state welfare policy.[46]

One of the most controversial problems arising from the extension of social insurance to homeweavers was the treatment of women's work. The insurance legislation called for fundamentally different assessment of women's and men's employment. Since the lawmakers viewed women as homemakers, they considered women's wage work as secondary only. From the beginning, too, the statute failed to recognize the significance of family work for weavers marginally subsisting in the encroaching industrial order. In practice, this meant the devaluation of women's wage labor in the family (and the labor of other family members who did not explicitly receive cash). The law admitted at best that women provided supplemental labor, but judged that work insufficient to qualify for a pension, unless a woman fought the ruling. In the early 20th cuntury, insurance officials in the Oberlausitz were openly unsympathetic to the growing number of requests for pension rights by wives. They discouraged wives from applying, and only the most persistent among the women such as Marie Endert took their cases all the way to court. Officials predicted dire consequences if family members were recognized as beneficiaries; the insurance fund would be overburdened or depleted.[47] To judge from the materials on the Oberlausitz, it appears that the economic health of national insurance required downplaying women's work in the family just as the national economy itself rested on the unpaid labor of women. The major prewar extension of welfare benefits to the homes of workers failed to acknowledge women's productive contribution as a basis for the right of a pension.

45 For example, the employer Richter and Goldberg in Gross-Schönau gave up warping the yarn by hand for good in 1896. This occurred, too, in Giessmanndorf, Reibersdorf, Seifhennersdorf, and Alt-Eibau. See, B, AZ, Nr. 8214, Bl. 80: Gross-Schönau; Nr. 8212, Fragebogen, Giessmannsdorf; Nr. 8231, Bl. 1-2: Reibersdorf; and Nr. 8208, Bl. 58: calculations by mill-owner Carl Bürger concerning insurance deductions in relations to the cost of buying machines, 17 March 1896.

46 This is true of the response of municipal officials in Zittau to the question of making health insurance mandatory for homeweavers. Their detailed reports considered both the competitive position of the industry and the insurance needs of workers. See, particularly, B, AZ, Nr. 8208, Bl. 1-5: response to proposed legislation, April 1903. Also, ZStA, RMdI, Nr. 954: materials from Bavaria, Palatinate, Saxony concerning the health insurance of the self-employed, 1899-1905.

47 B, AZ, Nr. 8202, Bl. 70-76: report on insurance in the area, 21 April 1902; also Amtshauptmannschaft Löbau, Nr. 2260, Bl. 110-116: annual report for 1903, specifically on the insurance controversy.

These sentiments were not isolated. They informed the government's position during the prewar discussion of expanding welfare to other self-employed workers. It was not that decision-makers failed to recognize work done *at home;* for example, shoemaker, capmaker, and tailor apprentices who worked in their master's homes accrued time for pensions. These were men's jobs. But this was not true of women who spun, wove, washed, knitted or ironed in their homes for other people. Furthermore, when the government opened discussion on the feasibility of extending old age insurance to the self-employed in the garment industry, national officials directed attention solely to shoemakers and tailors – the only male work categories in the industry. Petitions by women failed to alter official opinion. In 1901, hundreds of seamstresses in Berlin called on the *Bundesrat* to extend insurance to them.[48] But the government balked at committing time, energy, and resources to benefit the masses of females whose work at home easily was dismissed as simply housework-related activity.
Officials could act in this fashion with impunity. Women were disenfranchised from all major decision-making bodies in Imperial Germany, including election of old age insurance officers.[49] Recent studies of welfare policies in America and Britain during the interwar years demonstrate clearly that welfare favored the politically-mobilized (i.e., unemployment benefits) and did not address other real needs, as those among the low-wage poor or female-headed households.[50] In the public arena of Germany, there were no advocates of women's work at home. On both the left and the right its expected champions defaulted, for quite different reasons. Socialists who generally represented working-class interests opposed domestic industry and called for its abolition. Otherwise publicly sympathetic to women's work, they were not well attuned to the importance of domestic wage work in the lives of female, mostly married workers; in turn, when the women organized, they preferred bourgeois feminist not the socialist-related Free Trade unions. The potential spokesmen for domestic industry, the Conservatives, extolled the glories of the home and favored homework over factory employment for women. But they believed deeply in proper sex roles that held men responsible for women; thus, they regarded women's work as secondary and not worthy of a pension.

If in the emerging welfare state, no one spoke out for the interests of women, even within the family their labor had been manipulated. At least this was true of the public accounting of women's jobs that appeared in surveys of the Oberlausitz. For economic reasons, weaver families played down women's productive contributions in contact with officials. The label assistant was adopted – so it appears – because the description furthered collective family interests. Can a label become reality? For many, such as Frau Endert, it did not correspond to the real world. But the answer is in the affirmative when the weavers' family was asked to describe each member's wage contribution in specific arithmetic terms (the husband contri-

48 In 1896, an official in the Stralsund Old Age and Disability Insurance Office protested the fact that men's and women's jobs were defined differently for insurance purposes. See, ZStA, MRdI, Nr. 121, Bl. 68-69: documents of the question of extending insurance to the self-employed and small businessmen; also Bl. 103-131 for the petitions. The government's position is most clearly expressed in Nr. 131, Bl. 64-69: documents on extending old age insurance to the self-employed in the garment industry, 1895.

49 Gesetzbuch, S. 1418. Women's exclusion from decision-making in the Old Age Insurance Bureaucracy actually represented a setback for them in the emerging welfare state. They were allowed to vote and serve in municipal and factory health insurance offices.

50 This finding comes from papers and discussion at the panel The Left and Social Welfare, 1920-1945, at the 1982 American Historical Association Meeting in Washington, D.C., particularly the remarks by James T. Patterson, British and American Welfare, 1929-1945: A Comparison.

buted two-thirds and the wife one-third, for example). The requested precision must have had an upsetting impact on family relations. It certainly drew attention to time not paid and to society's principle of recognizing only paid labor. Granting the husband a pension but not the wife when both had work experience spanning many years elevated his status. And once others argued that a man had total "responsibility for everything" because he received the joints wages, such abstract claim might, of course, be translated into reality. Besides, classification of the woman as "assistant" and her labor merely supplemental was used to cut wages paid to women. The practice, in effect, ended up creating a real breadwinner and supplemental-earner relationship, a dichotomy that could not help affect non-monetary relationships between husbands and wives.

OPPOSITION UND WIDERSTAND GEGEN DIE NATIONALSOZIALISTISCHE HERRSCHAFT IM ALLTAG*

Von Werner Müller

Die alltäglichen Lebensverhältnisse der Bevölkerung in Deutschland unter der terroristischen Herrschaft der Jahre 1933-1945 sind erst in den letzten Jahren vermehrt in das Blickfeld der wissenschaftlichen wie publizistischen Öffentlichkeit getreten. Damit wurde aber nicht nur die Frage nach dem Grad der Akzeptanz der Diktatur, sondern auch die nach Handlungschancen und -alternativen gegenüber dem nationalsozialistischen Herrschaftsanspruch neu – und durchaus schlüssiger – gestellt. Sie überwand zugleich eine in der Erforschung des Widerstandes der Arbeiterbewegung gar nicht seltene "problematische Verengung mit der Tendenz zur unkritischen Kanonisierung bestimmter Formen und Figuren des Widerstandes" (Martin Broszat).

*Sammelrezension von:
Bayern in der NS-Zeit, Bd. III und IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, B und C. Hrsg. von Martin BROSZAT, Elke FRÖHLICH und Anton GROSSMANN. – München: R. Oldenbourg Verlag 1981. XXV, 761 S. und XVI, 730 S.
Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unter dem Nationalsozialismus. Hrsg. von Detlev PEUKERT und Jürgen REULECKE und Mitarbeit von Adelheid Gräfin zu CASTELL RÜDENHAUSEN. – Wuppertal: Peter Hammer Verlag 1981. 464 S.
Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung 1933-1945. Grundlagen und Materialien. Mit Beiträgen von Manfred GEIS, Margrit GRUBMÜLLER, Ulrich HENKE, Susanne MILLER, Detlef PEUKERT, Horst SCHMIDT, Klaus SCHÖNHOVEN und Ulrich SCHÜREN. – Bonn: Verlag Neue Gesellschaft 1982. 768 S.
WENKE, Bettina: Interviews mit Überlebenden. Verfolgung und Widerstand in Südwestdeutschland. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. – Stuttgart: Konrad Theiss Verlag 1980. 273 S.
Terror und Hoffnung in Deutschland 1933-1945. Leben im Faschismus. Hrsg. von Johannes BECK, Heiner BOEHNCKE, Werner HEINZ und Gerhard VINNAI. – Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag 1980. 527 S.
FOCKE, Harald und Uwe REIMER: Alltag der Entrechteten. Wie die Nazis mit ihren Gegnern umgingen. "Alltag unterm Hakenkreuz", Bd.2. – Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag 1980. 254 S.
BURKHARDT, Bernd: Eine Stadt wird braun. Die nationalsozialistische Machtergreifung in der schwäbischen Provinz. Mit einem Geleitwort von Heinrich August Winkler. – Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag 1980. 160 S.
CASPARY, Eugen: Bürgermeister Adam Graef. Bau-Gewerkschafter und Sozialdemokrat.* 1882 Niederselters † 1945 KZ Bergen-Belsen (= Schriftenfolge Goldener Grund, Nr. 19). – Camberg: Camberger Verlag Ulrich Lange 1982. 101 S.
KIERSCH, Gerhard, Rainer KLAUS, Wolfgang KRAMER und Elisabeth REICHARDT-KIRSCH: Berliner Alltag im Dritten Reich. – Düsseldorf: Droste Verlag 1981. 180 S.

Die hier vorzustellenden Arbeiten, überwiegend Sammelbde, die z.T. schon frühere Veröffentlichungen umfassen, richten sich an höchst unterschiedliche Zielgruppen. Neben wissenschaftlich außerordentlich ertragreichen und methodisch Neuland beschreitenden Arbeiten reicht das Spektrum über recht anschauliche Lokal- und Einzelstudien bis zu Textwerken für die politische Bildung, einschließlich pädagogisch-didaktischer Ausrichtung und auch zuletzt die damaligen Lebensverhältnisse recht anschaulich illustrierenden Bildbden. – Deutlich wird aber aus einer Reihe von Beiträgen, daß der traditionelle Begriff von Widerstand nur unzureichnd die Arbeit vieler Gegner des NS-Herrschaftssystems umfaßt. Eine herausragende Leistung in dieser Hinsicht bilden insbesondere die vier vom Institut für Zeitgeschichte herausgegebenen Bde "Bayern in der NS-Zeit". Während sich die beiden ersten, die hier unberücksichtigt bleiben, dem Problem "Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt" in vornehmlich agrarischen Gebieten und den davon geprägten Sozialverhältnissen widmen, steht in den folgenden das Handeln und Verhalten der vornehmlich industriellen Arbeiterschaft im Mittelpunkt. Eine – zu Recht – eindruckvolle Zwischenbilanz des Gesamtprojektes zieht Martin Broszat am Schluß des vierten Bdes: Zunächst einmal war beabsichtigt, "neben dem kämpferischen, konspirativen Widerstand, der Leib und Leben aufs Spiel setzte, die vielen 'kleinen' Formen des zivilen Mutes, der jedem Zeitgenossen des Dritten Reiches zuzumuten war – im Kontrast zum Hauptstrom ängstlicher Anpassung oder enthusiastischer Regimebejahung –, in vollem Maße in die Betrachtung einzubeziehen" (Bd.4, S.693). Das bedeutete zunächst, die "großen Linien" der Politik und der Parteipolitik zu überschreiten, die Ebene der Strategien und Konzeptionen durch eine Analyse der Bedingungen und Handlungen "vor Ort", im kleinen Raum, in vielfach durch traditionelle Bindungen und Verhaltensweisen geprägter Umgebung, zu ergänzen. So ergibt sich ein weiter gefaßter Begriff des Widerstandes; dieser schließt "die konkrete, situationsgebundene und naturgemäß immer nur partielle Erfahrungswelt sozialer und lokaler Gruppen" (ebd.) mit ein. Das soll nicht etwa der quantitativen oder qualitativen Ausweitung des historisch zu verzeichnenden Widerstandes gegen die Diktatur dienen, sondern entspringt dem Bedürfnis, dem breiten Spektrum nicht-angepaßten und oppositionellen politisch-gesellschaftlichen Handelns gerecht zu werden. Widerstand hätte somit auf der einen Seite die politische Fundamentalopposition bis hin zur illegalen Untergrundarbeit und die "vielfältigen ad-hoc-Widerstände [. . .], die das NS-Regime im Laufe seiner Geschichte durch einzelne seiner Maßnahmen selbst produzierte" (ebd.), auf der anderen Seite abzudecken.

Diesem Widerstandsbegriff liegt eine Orientierung an der Rolle gesellschaftlicher Konflikte zwischen einem extrem gesteigerten Herrschaftsinteresse auf der einen und organisierten oder gesellschaftlich relevanten Gegenkräften auf der anderen Seite zugrunde. Dieser Konflikt-Ansatz, der auch schon im Untertitel der Veröffentlichungs-Reihe angedeutet worden war, weist auf die Analyse eines Widerstands-Potentials, dessen "Rückhalt und ein Widerlager in noch zeitweilig oder teilweise stabilen vor- und außernationalsozialistischen Normen, Traditionen oder Organisationen" bestehen konnte (Bd.4, S.694). Aus Konfliktlagen und -strukturen folgt für Broszat ferner die Frage nach der Wirkungsgeschichte von Opposition und Widerstand. Hier führt er den Begriff der "Resistenz" ein, um die Vielfalt und die Fülle jener Verhaltensformen zu erfassen, die dem NS-Herrschaftsanspruch entgegenstanden. Dieser Begriff umfaßt für Broszat alle Formen von der intransigenten Opposition bis zur Abwehr und Eindämmung des Machtanspruchs von Staat und Partei, ungeachtet ihrer weltanschaulichen Motive oder ihres konkreten Macht- und Organisationspotentials. "Resistenz" sollte nicht nur gegenüber dem Terminus "Opposition" auch sprachlich neutral, sondern auch der historischen Realität eher angemessen sein. Da der aktive Widerstand fast überall erfolglos

geblieben sei, aber in vielen politischen und gesellschaftlichen Lebensbereichen auch für längere Zeit mehr oder weniger nachhaltig ein Eigenleben und originäre Anschauungen und Traditionen erhalten blieben, die damit das Signifikante der Opposition gegen den Nationalsozialismus darstellten, sei ein Nachdenken über den Widerstandsbegriff durchaus am Platze (Bd.4, S.698).

Der Begriff "Resistenz" blieb nicht unwidersprochen, unter anderem, weil er unübersetzbar ist, während der methodische Ansatz und die Ergebnisse, die Broszat vortrug, außerordentlich positiv aufgenommen wurden. So hat Richard Löwenthal für diesen Sektor des Widerstandes die Bezeichnung "gesellschaftliche Verweigerung" vorgeschlagen, die, neben der politischen Opposition noch von der weltanschaulichen (oder auch kulturellen) Dissidenz unterschieden wird. Diese drei Felder sollen den Gesamtbereich des Widerstandes erfassen (vgl.: Richard Löwenthal und Patrik von zur Mühlen (Hrsg.): "Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945", Berlin und Bonn 1982, S.14ff.

Zu den Beiträgen in "Bayern in der NS-Zeit" im einzelnen: Der Bd. 3 beginnt mit einer der beiden herausragenden Studien zum Widerstand der Arbeiterbewegung, nämlich Gerhard Hetzers Arbeit über Augsburg. Sie wird eingeleitet von einem Abriß der industriellen und sozialen Entwicklung der Stadt seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, damit werden die lokalen Traditionen der sozialistischen wie der katholischen Arbeiterbewegung und ihre "Milieus", ihre Organisationen und ihre politische Kultur verdeutlicht. In den folgenden Kapiteln werden auf recht breiter Quellenbasis die Prozesse der nationalsozialistischen Machtübernahme in Augsburg analysiert: die Ausschaltung von SPD und BVP aus dem Stadtrat, vor allem aber die folgende "Säuberung" und "Gleichschaltung" der städtischen Verwaltung. Immerhin war noch von den verbliebenen SPD-Stadtverordneten im März 1933 ein vorsichtiger Versuch der Anpassung an die "neuen Verhältnisse" unternommen worden (Bd.3, S.79), was aber den Prozeß der Ausschaltung nicht einmal verlangsamte. Der personelle Umbruch in den städtischen Betrieben in der Folge der "Machtergreifung" führte hier interessanterweise zu einer anteilsmäßigen Berücksichtigung der Un- und Angelernten in den nun von der NSBO dominierten Betriebsvertretungen (Bd.3, S.90). Die Zerschlagung der freien und christlichen Gewerkschaften und deren Eingliederung in die DAF war auch durch eine wachsende Distanzierung der jeweiligen Organisationen von SPD bzw. BVP begünstigt, lediglich Valentin Baur war als einziger führender Gewerkschafter noch bereit, nach dem März 1933 für die SPD zum Stadtrat zu kandidieren; die RGO, freilich recht einflußlos, hatte für die im März fälligen Betriebsratswahlen eine breite Propaganda für die Aufstellung von Einheitslisten betrieben.

Dem engeren Thema, dem Spannungsverhältnis zwischen Widerstand und Anpassung, wird mehrschichtig nachgegangen. Zunächst werden Konflikte zwischen Unternehmensleitungen und nationalsozialistischen Betriebsvertretungen analysiert, zum ersten für die traditionsreiche Maschinenbaufirma MAN, in der sich in den ersten Jahren nach 1933 ein recht breites Potential von Unmut bis hin zur Obstruktion zeigte, zum zweiten für die für die Kriegs- und Rüstungsindustrie wichtige Firma Messerschmidt, in der sich nach großer Expansion bis zum Beginn des Krieges etwa vom Jahre 1942 an vermehrt Probleme der Arbeitsdisziplin einstellten, zum dritten in den – ebenfalls traditionsreichen – Betrieben der Textilindustrie. Der Unmut der Arbeiter richtete sich hier vornehmlich gegen die unzulängliche soziale Situation, zu geringe Löhne und die Korruption der DAF-Funktionäre (Bd.3, S.106ff). Die zweite Konfliktebene umfaßt Unmuts- und Oppositionsäußerungen anläßlich von Wahlen und Abstimmungen, ferner Heimtückefälle und Denunziationen (Bd.3, S.137).

Den zu Recht breitesten Raum nimmt die dritte Ebene ein, der Widerstand und die Verfolgung der organisierten sozialistischen und katholischen Arbeiterbewegung. Wie überall in

Deutschland, wurden auch in Augsburg die Kommunisten als erste Opfer des nationalsozialistischen Terrors. Aber auch hier waren sie genauso wenig auf den Übergang in die Illegalität vorbereitet wie auf Reichsebene. Die erste Verhaftungs- und Verfolgungswelle nach dem Reichstagsbrand traf das Funktionärkorps der Partei schwer; die KPD versuchte zugleich, einen opfer- und verlustreichen "Massenwiderstand" aufzubauen. Das System zentraler Leitung zerriß schnell und konnte zu Ende des Jahres 1933 nur unvollständig rekonstruiert werden. Auch die kommunistischen Nebenorganisationen konnten recht kurzfristig zerschlagen werden. Nach 1938 gab es keinen organisierten kommunistischen Widerstand mehr; es verblieb der Widerstand vereinzelter Kommunisten. Auch ein Wiederaufleben der illegalen Arbeit nach 1941 war hier nicht zu verzeichnen – im Gegensatz zu vielen Industriezentren in Deutschland.

Auch die Ausschaltung der Sozialdemokratie zeigte deutliche Parallelen zur Auflösung der Gesamtpartei. Auseinandersetzungen um den Kurs der Partei zwischen vorsichtiger Anpassung und aktiver Opposition kennzeichneten ihre Augsburger Führung. Durch Verhaftungen und Emigration führender Funktionäre verlagerte sich die sozialdemokratische Aktivität in die "gesellschaftliche Verweigerung" auf der einen Seite, dadurch, daß trotz "Gleichschaltung" der Zusammenhalt einiger sozialdemokratischer Nebenorganisationen erhalten werden konnte, und aktive Opposition auf der anderen Seite, der vorwiegend von Angehörigen sozialistischer Splittergruppen getragen wurde. Immerhin gab es in den ersten Jahren enge Kontakte zur Auslandsleitung der SPD, vornehmlich über das Schweizer Grenzsekretariat unter Valentin Baur. Bis weit in die Kriegszeit hinein wirkten Widerstandsgruppen aus Vertretern der SAP, der Revolutionären Sozialisten, später in Kooperation mit ihren österreichischen Gesinnungsfreunden und des ISK. Erst 1942/43 gelang es der Gestapo, die letzten organisierten Gruppen zu zerschlagen. – Auch in Augsburg bestimmte ein starkter Zug zur Anpassung an die gewandelten Herrschaftsverhältnisse bei Versuchen zur Bewahrung weltanschaulicher Eigenständigkeiten die Haltung der katholischen Amtskirche. Opposition war auch hier die Sache Einzelner. Die katholische Arbeiterbewegung, durch die nahezu widerstandslose Auflösung des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften irritiert, war bemüht, das katholische Vereinswesen "am Rande der Legalität" am Leben zu erhalten; ein Vorgehen, das nach und nach ihre Substanz aufzuzehren drohte. Als die Vereine dann im Jahre 1939 zwangsweise aufgelöst wurden, war es ihnen dennoch gelungen, einen Teil des katholischen "Milieus" zusammenzuhalten.

Neben dieser Studie, die wegen ihrer methodischen Besonderheit der Verknüpfung sozialer Traditionen, gesellschaftlich geprägter alltäglicher Verhaltensweisen und der Analyse organisatorischer Strukturen hier breiter referiert wurde, berühren einige weitere Beiträge dieses Bdes die soziale Lage und Verhaltensmuster der Arbeiterschaft unter dem Nationalsozialismus. Dazu zählt eine Abhandlung über die Auseinandersetzungen um die Einführung der Gemeinschaftsschule, ferner eine zur Kommunalpolitik in München bis zum Jahre 1935 (Bd. 3, S.329ff). Der Prozeß der "Machtergreifung" im Stadtrat zwischen März und Juli 1933 zeigte das Dilemma vornehmlich der SPD, in geringerem Maße auch der BVP, zwischen Legalitätsdruck, Terror und Selbstbehauptungswillen lavieren zu müssen. Darüber hinaus zeigt die Untersuchung der "Gleichschaltung" der Verwaltung nach dem April 1933 detailliert den Prozeß der Verdrängung zunächst der kommunistischen, dann der sozialdemokratischen und anderen oppositionellen Bediensteten aus den Diensten der Stadt München. Eine größere Dokumentation mit umfangreicher Einleitung zur Lage der Frauen in der Kriegsindustrie (Bd.3, S.569ff) schließt den Bd. ab. Sie weist auf ein bislang wenig beachtetes Gebiet: Schlechte Arbeitsbedingungen, geringe Entlohnung und extreme Belastungen in Beruf, Familie und Gesellschaft schufen ein Konfliktpotential, das in den Berichten von Partei- und

Staatsführung stetig wiederkehrte. Es äußerte sich recht häufig in spontanem Unmut und Arbeitsverweigerung.

Rund die Hälfte des 4. Bdes nimmt Klaus Tenfeldes Untersuchung zur Geschichte der Bergarbeiterstadt Penzberg in Oberbayern ein. Das ist mehr als gerechtfertigt, liegt hier doch eine in mehrfacher Beziehung außergewöhnliche Studie vor: zum ersten durch das Untersuchungsfeld, eine in vielem von den großen Industriezentren abweichende Arbeiterstadt mit isolierter Entwicklung; zum zweiten durch Fragestellung und methodische Anlage der Analyse, die auf die Verkettung der Besonderheiten von (bergbaulicher) Industrialisierung, politischer Radikalisierung und Herausbildung einer Disposition zu Widerstand und Opposition gegen die Diktatur zielte; zum dritten durch die Dichte der Darstellung und die Geschlossenheit der Analyse auch der Wechselbeziehungen von Arbeits- und Lebensverhältnissen, sozioökonomischen Strukturen, Traditionen und politischen Organisationen.

Recht breit werden die Entstehungsbedingungen der Penzberger Industrie und ihrer organisierten Arbeiterbewegung bis zum Ende des Ersten Weltkrieges beschrieben. Erst in dessen Folge wurde die Arbeiterbewegung dort zum politisch dominierenden Faktor; ferner führte die Umbruchssituation von 1918/19 zum ersten, nachhaltig wirkenden Radikalisierungsschub: Nachdem sich die an die Revolution in München geknüpften Hoffnungen nicht erfüllt hatten, beschleunigte sich der Spaltungsprozeß der Sozialdemokratie und hat "die Autorität der Mehrheitssozialdemokratie im Ort auf die Dauer untergraben" (Bd.4, S.97). Die Radikalisierung hat aber in den Jahren nach 1918 die Einheit des sozialdemokratisch geprägten "Milieus" nicht gefährden können. In der seit 1919 sozialdemokratisch dominierten Gemeinde gab es 1924 den letzten größeren Arbeitskampf, Auseinandersetzungen zwischen freien und christlichen Gewerkschaften gab es kaum – bei eindeutigem Übergewicht des "Alten Verbandes", in Umkehrung der Penzberger Konfessionsstruktur. Zugleich konnte die KPD nur allmählich Fuß fassen, erst ab 1923 war ein kontinuierliches Organisationsleben zu verzeichnen. Aber schon seit dieser Zeit besaß sie eine nicht unbeträchtliche Anhängerschaft, aber zugleich einen recht geringen Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung.

Der zweite und entscheidende Radikalisierungsschub in der Penzberger Arbeiterschaft war die Folge der sich seit 1930 verstärkt auswirkenden Wirtschaftskrise. In der Wählerschaft überflügelte die KPD bei weitem die SPD, sie erreichte im Juli 1932 44,1% der Stimmen, die SPD 28,6%. Die NSDAP blieb auch noch in den Märzwahlen 1933 recht erfolglos. Anders als zu Beginn der Republik tangierten die parteipolitischen Auseinandersetzungen nun die Einheit des örtlichen Arbeitervereins- und -verbandswesens; SPD und KPD standen sich zunehmend in erbitterter Gegnerschaft gegenüber. Deren Ursachen waren freilich überregionaler Natur; die KPD sah ihren Hauptgegner in den "sozialfaschistischen" SPD-Funktionären, weniger in deren Massenanhang. Die zwischen zwei Fronten stehende SPD richtete ebenfalls ihre Hauptpropaganda gegen die KPD. Immerhin unterstützte die KPD noch im November 1932 einen – nach der bayerischen Kommunalverfassung möglichen – Volksentscheid zur Auflösung des Gemeindeparlaments, der, auch von der NSDAP unterstützt, nur knapp scheiterte. Einen fruchtbaren Boden für eine "Aktionseinheit" konnte es unter diesen Auspizien nicht geben. – Seit 1932 hatte die KPD aber in Fortführung des verbotenen RFB bewaffnete Untergrundformationen aufgestellt, die im Kontakt mit der südbayerischen Bezirksleitung der KPD operierten. Sie umfaßten Anfang 1933 etwa 30 Personen. Ihre Aktivitäten sollten einem geplanten revolutionären Umsturz dienen. Immerhin rief die Penzberger KPD noch Anfang März 1933 zum politischen Massenstreik auf (Bd.4, S.242f.) und demonstrierte einen offensiven Kampfgeist. Indes wartete man in Penzberg vergebens auf ein Signal.

Die Machtübernahme der NSDAP in der "roten Kommune" verlief ohne große Gegenwehr der Linken. Nachdem deren Vertreter bis zu den Märzwahlen noch relativ frei agieren konnten, wurde eine Reihe von örtlichen SPD- und KPD-Funktionären nach dem 12. März verhaftet, dem folgte ein Verbot aller "marxistischen Organisationen". Ebenfalls ohne große Mühe konnten Gewerkschaften und katholische Arbeitervereine "gleichgeschaltet" werden. Dazu genügte ein SA-Trupp. Zwei Besonderheiten kennzeichneten den frühen Widerstand: die kommunistischen Aufstandsvorbereitungen, die freilich unter den Bedingungen der sich festigenden Diktatur, wie Tenfelde hervorhebt, zunehmend gegenstandslos wurden, und das "Straßenparlament". Beides konnte noch im Jahre 1933 zerschlagen werden, die KPD-Untergrundfunktionäre wurden z.T. zu hohen Haftstrafen verurteilt.
Die "braune Herrschaft" im "roten Penzberg" mußte fraglos von vielfältigen Konflikten geprägt sein. Tenfeldes Schluß: "Die Herrschaftsstrategie der Unterdrückung und Verfolgung, der Drohung, Denunziation und Disziplinierung fand sich freilich weitaus stärker ausgeprägt als ihr Korrelat, die Strategie der Befriedigung durch Entgegenkommen, Anbiederung und Versöhnungsgerede" (Bd.4, S.258) deutet die Folgerungen an. Alle Formen gesellschaftlicher Verweigerung erwiesen sich als besonders effektiv, zumal die ungebrochene Kontinuität der Arbeits- und Sozialbeziehungen wie die traditioneller gewerkschaftlicher Solidarität den Nationalsozialisten kaum einen Ansatzpunkt für die Verankerung ihrer "Volks"- und "Betriebsgemeinschafts"-Ideologie bot. Wahlen und Abstimmungen, vor allem die "Vertrauensrats"-Wahlen der Jahre 1934 und 1935 konnten so zum Ausdruck oppositionellen Verhaltens werden (Bd.4, S.320ff). Nach 1937 stieg die Arbeitsverweigerung deutlich an; im Sommer 1939 kam es sogar zu einer Arbeitsniederlegung, an der sich 350 Bergleute beteiligten. Insgesamt blieb auch im Krieg der Nationalsozialismus ein "Oberflächenphänomen" (Bd.4, S.370), in erster Linie, weil "die Gewaltherrschaft an den Existenzbedingungen und Daseinsformen der Bergarbeiterkommune im Kern nichts zu ändern vermochte" (ebd.). Zuletzt kam es auch hier noch zu einem Versuch, Ende April 1945 durch einen Aufstand, getragen von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam, den Krieg für Penzberg zu beenden. Die braunen Machthaber nahmen noch in letzter Minute blutige Rache, 16 Menschen wurden hingerichtet.
Neben dieser für die "kleinen Formen" des Widerstandes bahnbrechenden Studie enthält der Bd. eine Untersuchung der vor dem Sondergericht München in den Jahren bis 1939 verhandelten "Heimtücke"-Fälle. Diese mehr als 4500 Fälle zeigen nur vereinzelt aktiven Widerstand, aber häufig nicht-angepaßtes Verhalten, Unmut und auch Kritik aus Enttäuschung. Zudem trafen sie überproportional häufig Randgruppen der Gesellschaft. Insgesamt zeigt aber die große Zahl der Verfahren, wie sehr das Regime bemüht war, jede tatsächliche und vermeintliche Opposition schon im Keim zu ersticken. Ein für die Konfliktstrukturen in der NS-Gesellschaft sehr aufschlußreiches, aber für die im Kern politische Opposition nur einen Randbereich bildendes Problem wird mit dem Jugendprotest im "Dritten Reich" recht instruktiv und auf breiter Quellenbasis behandelt (Bd.4, S.527ff). Auch das Schicksal der Ernsten Bibelforscher in Augsburg (Bd.4, S. 621ff) verdeutlicht, in welchen Anschauungen und Handlungsweisen das Regime seinen Herrschaftsanspruch berührt sah. Eine Untersuchung der vielfältigen lokalen Aktionen zur Beendigung des Krieges zwischen März und Mai 1945 (Bd.4, S.645ff) schließt den Bd. ab. Auch das ist zu Recht unter die politische Opposition einzuordnen. Dem selbstgestellten Anspruch, Opposition und Widerstand "vor Ort" und im Kontext lokaler Beziehungen und sozialer Traditionen weitergehend zu untersuchen, werden diese beiden Bde voll und ganz gerecht.
Das breite Spektrum der "Alltagserfahrungen" unter der nationalsozialistischen Diktatur über die traditionellen Ansätze der Erforschung der Intentionen der Herrschenden einerseits

und der Strukturen des Herrschaftssystems andererseits hinaus verdeutlicht in einer Reihe von Beiträgen der von Peukert und Reulecke herausgegebene Sammelbd. Alltagsgeschichte wird hier als eine "Fragerichtung, eine Perspektive" verstanden, "die die verschiedenen Bereiche der Lebensweisen und sozialen Wirklichkeiten unter dem Blickwinkel der Erfahrung angeht. Sie befaßt sich also mit den Wahrnehmungsweisen und Verhaltensformen von Einzelnen und Gruppen, ihrem Betroffensein durch Auswirkungen des allgemeinen sozialen und politischen Systems und ihrem – hemmenden oder befördernden – Einfluß auf die in der Gesellschaft und im Staat ablaufenden Prozesse" (Peukert/Reulecke, S.15). Unter diesem weitgefaßten Ansatz werden unter anderem die Erwartungen "Alter Kämpfer" vor und nach 1933, die lokalen Erscheinungsformen der Diktatur, die "Dramaturgie" der NS-Politik und nicht zuletzt die "Ausmerzung" bestimmter Bevölkerungsgruppen behandelt. Das Material für die einzelnen Fallstudien wurde gelegentlich auch mit den Methoden der "oral history" gewonnen. Die Beiträge sind, so die Intentionen der Herausgeber, auch für einen über die Fachwissenschaft hinausgehenden Leserkreis angelegt.

Das Thema "Opposition und Widerstand" wird auf mehrfache Weise berührt. Ein eigenes Kapitel dazu enthält einen Beitrag Ian Kershaws, der der tatsächlichen Volksmeinung der Deutschen jenseits der zeitgenössischen Propagandafloskeln nachgeht (S.273ff). Entsprechend früheren Veröffentlichungen konstatiert er einen Gegensatz zwischen wachsender Unzufriedenheit und einem ungebrochenen Hitler-Mythos. Timothy Mason unterscheidet dann die "Arbeiteropposition" vom politischen Widerstand (S.293ff). Diese wird als "neue Form des Klassenkampfes" interpretiert, als "unregulierter und tendenziell endloser Grabenkrieg [. . .] mit den wenigen Waffen", die der Arbeiterklasse "noch verblieben waren" (S. 310). Deren wichtigste war die Arbeitsverweigerung. Ein knappes Manuskript mit den Erinnerungen Fritz Eberhards zur Widerstandstätigkeit des ISK in Deutschland sowie zu der Zusammenarbeit mit der Emigration bis zum Jahre 1937 (S.315ff) schließt dieses Kapitel ab.

Die "gesellschaftliche Verweigerung" im lokalen Rahmen wird mit dem Verhalten der Bevölkerung in einem Bergarbeiter-Vorort am Nordrand des Ruhrgebietes dargestellt (S.65ff). Auch hier erwiesen sich traditionelle soziale Bindungen und gewerkschaftliche Solidarität als dauerhaftes Bollwerk gegen das Eindringen der Nazi-Ideologie. Den offenen Terror als Methode, in einer "roten Kommune" der nationalsozialistischen Herrschaft eine Basis zu verschaffen, schildert ein Beitrag zum SA-Terror gegenüber der Bevölkerung in Wuppertal bis zum Jahre 1934 (S.45ff). Hier hatte die SA zudem ein "wildes" KZ eingerichtet, in das sie eine große Zahl lokaler, ihr aus den Auseinandersetzungen der Jahre vor 1933 besonders verhaßter Funktionäre sperrte. Dieser Beitrag beleuchtet zugleich die Differenzen innerhalb der SA in einem Mikrokosmos, die nach 1934 enttäuschten "revolutionären" Erwartungen eines Teils der SA. Insgesamt liefert der Bd. durchaus mehr als nur "einzelne Mosaiksteine" (S.17) einer noch zu erstellenden Sozialgeschichte des "Dritten Reiches".

Diesen drei vorwiegend wissenschaftlichen Fragestellungen nachgehenden Bden steht eine Anzahl von Titeln gegenüber, die sich vom Anspruch, pädagogisch-didaktischer Anlage und dem Fehlen eines wissenschaftlichen "Apparates" her zur Verwendung in der politischen Bildung anbieten. Unter den hier anzuzeigenden Werken nimmt das von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebene Curriculum "Widerstand und Exil der deutschen Arbeiterbewegung" zweifellos eine Sonderstellung ein. Von der Form her sticht es von den übrigen Titeln ab: Es ist als Lern- und Arbeitsbuch konzipiert und enthält daher vor jedem Einzelkapitel eine Übersicht über die angestrebten "Lernziele" und die daraus folgenden Grundprobleme. Tatsächlich wird aber weit mehr geboten. Näher besehen, handelt es sich um eine recht sorgfältig erstellte kommentierte Dokumentation, die in einzelne "Bausteine" untergliedert ist.

Der erste Teil behandelt die Ausgangssituation, die Krise der Weimarer Republik und vor allem auch das Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten zu jener Zeit (bearbeitet von Klaus Schönhoven). Dem folgt ein Abschnitt (von Ulrich Schüren) zu den Rahmenbedingungen des Widerstandes. Behandelt werden hier nicht nur Terror und Verfolgung, sondern auch Anpassungszwang und "Gleichschaltungs"-Druck, die Veränderungen der sozialen Lage der Arbeiterschaft und die unterschiedlichen Formen der Stabilisierung des nationalsozialistischen Regimes. Der dritte Teil (bearbeitet von Detlev Peukert) widmet sich dem zentralen Thema, den Formen und Wirkungsmöglichkeiten des Arbeiterwiderstandes, ergänzt (von Margrit Grubmüller) durch ein Kapitel zum Widerstand in den Konzentrationslagern. Mit den Beiträgen von Susanne Miller zu den Bedingungen politischer Arbeit im Exil und von Manfred Geis zur Anleitung des Widerstands aus dem Exil wird der thematische Rahmen dieser Besprechung, des Widerstandes "von unten", überschritten. Aber eine sinnvolle Grenze ist zum einen kaum zu ziehen, zum anderen enthalten diese beiden Kapitel eine große Zahl von Wiedergaben unveröffentlichter Dokumente, so daß hier auch ein beträchtlicher Informationswert zu verzeichnen ist. Abgeschlossen wird der Bd. mit einem für die politische Bildung wichtigen Thema, nämlich der Rezeption des Widerstandes in der Bundesrepublik. Nicht zuletzt auch wegen des großen Umfanges (mehr als 750 Seiten) ist dieses Curriculum geeignet, in notwendiger Breite die wichtigen Aspekte des Themas zu behandeln, eben auch die Verschränkung des zentralen Widerstandes, koordiniert durch die "Emigration", und der lokalen und regionalen, oft spontanen "Opposition".

Ein Quellenwerk besonderer Art stellt der von Bettina Wenke erstellte Bd. "Interviews mit Überlebenden" dar. Hervorgegangen aus einer Rundfunk-Sendereihe, werden hier in insgesamt 15 ausführlich wiedergegebenen Gesprächen Persönlichkeiten aus jenen Gruppen vorgestellt, die "in den zwölf Jahren der Hitlerdiktatur den Hauptteil unter den Verfolgten stellten: politische Gegner des Naziregimes und Juden" (S.12). Eine irgendwie geartete "repräsentative" Auswahl war naturgemäß nicht möglich, vertreten sind indes Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Christen als politisch Verfolgte, Juden als "rassisch" Verfolgte und zuletzt einige Luxemburger für die Vielzahl der "Ausländer". In einer zweiten Sicht war Repräsentativität nicht erreichbar: Der Aspekt der "Verfolgung" ist gegenüber dem "Widerstand" deutlich überbetont. Die auf Anschaulichkeit orientierten Einzelinterviews dokumentieren in erster Linie die (Über-)Lebensbedingungen in den frühen südwestdeutschen Konzentrationslagern Osthofen, Heuberg, Kuhberg, Welzheim, aber auch in Dachau und Buchenwald. Einige Beiträge verdeutlichen aber auch Motive und Formen der Opposition auf lokaler Ebene: so die illegalen Aktivitäten des Kommunisten Ernst Rohleder in Mannheim (S.91ff), des Reutlinger Sozialdemokraten Georg Bayer (S.72ff), des Gewerkschafters Willi Bleicher in Stuttgart, die sich immerhin bis in das Jahr 1936 erstreckten (S. 98ff), des Christen Alfred Leikam, der im Jahre 1938 in Korb im Remstal Opfer politischer Verfolgung wurde. Allen Interviews gemeinsam ist eine politische Konsequenz: die Sorge über neonazistische Aktivitäten in der Bundesrepublik. Nicht zuletzt der nüchterne Berichtstil der Interviews macht sie für die Forschung zu einer beachtenswerten Quelle.

Zwei Taschenbücher enthalten eine Reihe von Beiträgen zum Alltag unter dem Nationalsozialismus und den dortigen Widerstandsformen. Beide dienen in erster Linie der Beschreibung, weniger der Analyse von Aspekten der damaligen Wirklichkeit, damit einer am Exemplarischen orientierten politischen Bildung. Doch zu den Titeln im einzelnen: Der recht umfangreiche Bd. "Terror und Hoffnung in Deutschland" vereint 28 höchst unterschiedliche Beiträge, die insgesamt ein "Lesebuch" darstellen sollten, das nur "Facetten" der "schillernden Wirklichkeit" (S.11) des Nationalsozialismus beschreibt. In der Tat findet man lo-

kale Fallstudien, Interviews, aber auch (banale) Beschreibungen alltäglicher Episoden, deren Stellenwert und Aussagekraft unerklärt bleibt. Da ein "roter Faden" nicht sichtbar ist, verbleibt dem Leser ein Bild unverbindlicher Impressionen, obwohl einzelne Beiträge durchaus informativ sind. Dazu zählt ein Bericht über ein württembergisches Dorf, hier verschlüsselt "Dellingen" genannt. Erläutert werden die "Machtergreifung" und die Bildung einer neuen braunen dörflichen Elite vor dem Hintergrund katholisch-bäuerlicher Traditionen, einer festgefügten Sozialstruktur und einer in der Weimarer Republik konstanten übergroßen Zentrums-Wählermehrheit (S.111ff). Ferner geht in diese Richtung ein knapper Abriß zur Jugendopposition gegen die Reglementierung durch HJ und Staat (S.435). Mehr noch Materialcharakter tragen die Berichte von fünf Bremer Widerstandskämpfern aus der KPD, der SPD/SAP und dem ISK (S.221ff). Dokumentiert wird hier illegale Betriebsarbeit, die Versuche, auf dieser Ebene Gruppen zu bilden einschließlich der Kontakte von Widerständlern unterschiedlicher Herkunft untereinander. Die Grenzen einer solchen Kooperation werden aber schon in den Ausführungen des KPD-Funktionärs und früheren Bremer Bürgerschafts-Abgeordneten Hermann Prüser deutlich, wenn er anführt, daß die Kommunisten die Verteilung eines SAP-Flugblattes zum Hitler-Stalin-Pakt wegen dessen "antisowjetischen" Charakters kurzerhand unterbanden (S.227f.). Wie weit aber informelle Strukturen in der Arbeiterbewegung intakt blieben, zeigte sich nicht zuletzt in der Virulenz der Bremer "Kampfgemeinschaft gegen den Faschismus" in den ersten beiden Nachkriegsjahren. – Neben der erwähnten Heterogenität der einzelnen Beiträge stört die große Häufung psychologischer und sozialpsychologischer Ansätze und Deutungen in diesem Buch.

Systematischer ist der von Harald Focke und Uwe Reimer herausgegebene Bd. "Alltag der Entrechteten" angelegt. In vier Abschnitten werden der Widerstand, die Judenverfolgung, die Konzentrationslager und die Auswirkungen der deutschen Besatzung in den Nachbarländern beleuchtet. Im Kapitel "Widerstand" sind ebenfalls recht breit Erfahrungsberichte wiedergegeben, die allerdings knapp – und recht problematisch – eingeleitet sind. Die Ausführungen zur Politik von KPD und SPD greifen einige alte Legenden wieder auf und lassen neuere Forschungen unberücksichtigt. Instruktiv sind allerdings die Berichte aus der Hamburger KPD und der niederrheinischen SPD, während der Bericht Fritz Eberhards zum ISK gegenüber der Veröffentlichung bei Peukert/Reulecke erheblich gekürzt ist. Beide Taschenbücher hinterlassen – aus unterschiedlichen Gründen – einen zwiespältigen Eindruck. – Anders allerdings zwei kleinere Arbeiten, die hier noch vorzustellen sind, eine Fallstudie und eine biographische Skizze. Bernd Burkhardts mit vielen Dokumentenauszügen und Faksimiles angereicherte Darstellung des Umbruches in der schwäbischen Kleinstadt Mühlacker im Jahre 1933 ist ebenfalls aus einer Rundfunksendung hervorgegangen. Hier ist aber nach Archiv- und Zeitungsstudien sowie einer Reihe von Interviews ein sehr plastisches und zugleich dichtes Bild örtlicher Entwicklungen in einem übergreifenden Rahmen entstanden. Einbezogen werden politische und soziale Traditionen, der Prozeß der Radikalisierung nach 1930 – der zu einem deutlichen Übergewicht der KPD gegenüber der SPD in Mühlacker führte – sowie die unmittelbaren Folgen der "Machtergreifung". Damit liegt eine für die politische Bildung sehr instruktive Fallstudie vor. Ähnliches gilt für die knappe Biographie des Sozialdemokraten und Gewerkschafters Adam Graef, der in der Weimarer Republik Bürgermeister der Taunusgemeinde Niederselters war, im März 1933 "amtsenthoben" wurde, in den folgenden Jahren in materieller Not lebte, aber zugleich Kontakte zu Gleichgesinnten wahrte, nach der Verhaftung 1940 dann 1945 bei der Evakuierung des KZ Bergen-Belsen durch die Nazis umkam. Die Biographie illustriert zugleich das sozialdemokratische Milieu der Weimarer Zeit abseits der "Hochburgen" der Partei sowie Formen, aber auch Grenzen der Aktivität unter nationalsozialistischer Diktatur.

Ein besonderes Werk zum Thema "Alltag" bleibt noch anzuzeigen. Der "Berliner Alltag im Dritten Reich" wird durch eine Reihe von Fotos und Faksimile-Wiedergaben von Dokumenten und Zeitungsausschnitten und sorgfältiger Kommentierung verdeutlicht. Die wichtigsten Lebensbereiche werden dokumentiert, so die "Machtergreifung" selbst, die NS-Pläne für Berlin, Widerstand und Terror, die Situation im Krieg und auch die Folgen des nationalsozialistischen Regimes. Die "alltägliche Opposition" ist auf diese Weise kaum wiederzugeben, das schmälert aber den Wert des Bdes auch für diesen Themenbereich nicht. Insgesamt liegt damit ein hervorragendes Hilfsmittel für die politische Bildung vor.
Ein knappes Fazit zu ziehen, verbietet sich angesichts der Heterogenität der hier vorgestellten Literatur. Wünschenswert erschienen dem Rezensenten vor allem weitere größere monographische Untersuchungen regionaler und lokaler Art zu den größeren Industriezentren in Deutschland, die sozialgeschichtliche Ansätze mit einbeziehen, ferner kleinere geschlossene Fallstudien wie die über Mühlacker und vor allem biographische Arbeiten zu Personen des Widerstandes, vor allem auf regionaler Ebene. In der vielfältigen Regionalliteratur der DDR zur Geschichte der Arbeiterbewegung ist gerade das letztere – freilich unter den Kautelen marxistisch-leninistischer Historiographie – häufig geschehen. Eine ähnliche Arbeit erschiene durchaus sinnvoll.

JUGEND, ALLTAG UND GEWALTVERBRECHEN IM DRITTEN REICH. ZU NEUEREN ARBEITEN UND WIEDERAUFLAGEN ÜBER DEN NATIONALSOZIALISMUS*

Von Johannes Tuchel

Nach einer langen Periode der Nichtbeachtung ist die Hitlerjugend wieder mehr in das wissenschaftliche und publizistische Interesse gerückt. So trafen sich z.B. Ende 1980 in Vlotho an der Weser ehemalige Mitglieder der Jugendbewegung, HJ-Funktionäre und Wissenschaftler zu einem Gedankenaustausch, der auf den Archivtagungen des Archivs der Deutschen Jugendbewegung in Burg Ludwigstein fortgesetzt wurde. Hierbei sollten vor allem die Beziehungen zwischen HJ und den Jugendbewegungen der Weimarer Zeit aufgearbeitet wer-

* Sammelrezension von:
BRANDENBURG, Hans-Christian: Die Geschichte der HJ. Wege und Irrwege einer Generation. – Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, 2., durchges. Aufl., 1982. 348 S.
KOCH, Hannsjoachim W.: Hitlerjugend. – München: Moewig-Verlag 1981. 190 S.
HUBER, Karl-Heinz: Jugend unterm Hakenkreuz. – Berlin, Frankfurt/M. und Wien: Ullstein 1982. 326 S.
BOBERACH, Heinz: Jugend unter Hitler (= Fotografierte Zeitgeschichte). – Düsseldorf: Droste Verlag 1982. 174 S.
SCHOENBAUM, David: Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches. – Köln: Kiepenheuer & Witsch, veränd. Aufl. 1980. 407 S.
PEUKERT, Detlev: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus. – Köln: Bund Verlag 1982. 332 S.
GOSSWEILER, Kurt: Kapital, Reichswehr und NSDAP (= Kleine Bibliothek, 236). – Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1982. 616 S., 36 Abb.
PÄTZOLD, Kurt und Manfred WEISSBECKER: Geschichte der NSDAP (= Kleine Bibliothek, 232). – Köln: Pahl-Rugenstein Verlag 1981. 429 S. mit 52 Abb. und 1 Karte.
JÄGER, Herbert: Verbrechen unter totalitärer Herrschaft. Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität. Mit einem Nachwort zur Neuaufl. von Adalbert Rückerl (= Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 388). – Frankfurt/M.: Suhrkamp Verlag 1982. 410 S.

den. Neben dieser eher internen Diskussion[1] liegen jetzt einige neue Arbeiten über die Jugend im Nationalsozialismus vor: Die zuerst 1968 erschienene "Geschichte der HJ" von Brandenburg ist in einer zweiten, durchgesehenen Auflage 1982 vorgelegt worden. Es zeigt sich, daß hier – auch fünfzehn Jahre nach der ersten Auflage – immer noch die material- und kenntnisreichste Monographie über die HJ vorliegt. Doch mit dem Beiwort "durchgesehen" täuscht der Verlag eine nicht mehr vorhandene Aktualität vor. Brandenburgs Kompendium der HJ-Geschichte, chronologisch angelegt, hat weder die Diskussion noch die Literatur des vergangenen Jahrzehnts verarbeitet. Weder die informativen – wenn auch in Teilen umstrittenen – Arbeiten Michael H. Katers[2] noch die neueren Arbeiten zur Geschichte des jugendlichen Widerstands[3] haben hier Eingang gefunden. Scharf trennt Brandenburg in seinem Vorwort drei Organisationen unter dem Oberbegriff "Hitlerjugend": "a) die national- bzw. sozialrevolutionäre Kampfjugend der Jahre 1926-1932; b) die NS-Staatsjugend der Jahre 1933 bis 1945 und c) das berufsmäßige Führerkorps der unter b) genannten Staatsjugend".[4] Doch diese Typologie verwischt eher, als daß eine neue Analyse der HJ greifbar wird. Den sicherlich bei kleineren Teilen der HJ in der Anfangsphase vorhandenen sozialrevolutionären Impetus kann Brandenburg nicht durchgängig zeigen. Für die Partei war die HJ – spätestens ab 1928 – ein reines Wahlkampf- und Agitationsreservoir. Eine Rolle, die die HJ auch akzeptierte. Ähnlich verhält es sich mit der Definition der durchgängigen Staatsjugend von 1933 bis 1945. Brandenburg relativiert hier selbst, wenn er die schwache Stellung von Schirachs oder die Probleme um das "Gesetz über die Hitlerjugend" von 1936 schildert. Immerhin dauerte es bis 1939, drei Jahre zu den entscheidenden Durchführungsverordnungen, die dann erst "Stamm-HJ" und "Pflicht-HJ" endgültig einführten – eine lange Zeit für die Einführung einer disziplinierenden Maßnahme im Dritten Reich, die aber die Bedeutung der HJ in den richtigen Rahmen stellt. Nicht mehr auf dem Stand der Forschung ist B.s Kapitel "Jugendliche Banden und Cliquen", in dem z.B. das "Jugendschutzlager Moringen" immer noch als "Jugendstraflager in Morungen" erscheint.[5] Dennoch ist diese Arbeit bis zum Vorliegen einer neuen Monographie, die den heutigen Forschungsstand aufarbeitet, grundlegende Lektüre über die HJ.

Hansjoachim W. Koch hat ein überflüssiges und legendenbildendes Buch geschrieben. In der Kurzfassung seiner 1975 erschienenen Arbeit über die HJ[6] verzichtet er nicht nur auf jede Analyse, auf Belege und Anmerkungen, sondern verfällt in platte Apologie. Hitler ist für ihn immer noch "der einfache Gefreite, der im Schützengraben gekämpft hatte, anstatt im Reichstag zu debattieren".[7] Besonders auffällig ist K.s engste Anlehnung an das Konzept und be-

1 Vgl. hierzu z.B. Wilhelm Zilius, Bücher über die Hitler-Jugend. Ein Bericht unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen Hitler-Jugend und Jugendbewegung, in: Jahrbuch des Archivs der deutschen Jugendbewegung, Bd. 13 (1981), S.221ff.

2 So z.B. Michael H. Kater, Hitlerjugend und Schule im Dritten Reich, in: HZ, Bd.228 (1979), S.572ff sowie ders., Bürgerliche Jugendbewegung und Hitlerjugend in Deutschland von 1926 bis 1939, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 17 (1977), S.127ff.

3 So z.B. Detlev Peukert, Die Edelweißpiraten. Protestbewegung jugendlicher Arbeiter im Dritten Reich. Eine Dokumentation, Köln 1980; Matthias von Hellfeld, Edelweißpiraten in Köln. Jugendrebellion gegen das 3. Reich, Köln 1981; Neuerdings auch: Heinrich Muth, Jugendopposition im Dritten Reich, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 30 (1982), S.370ff.

4 Hans-Christian Brandenburg, Geschichte der HJ, S.10.

5 A.a.O., S.210.

6 Hannsjoachim W. Koch, Geschichte der Hitlerjugend. Ihre Ursprünge und Entwicklung 1922-1945, Percha 1976.

7 Hannsjoachim W. Koch, Hitlerjugend, München 1981, S.20.

sonders an die Formulierungen Brandenburgs.[8] Seine Arbeit bringt keine neuen Erkenntnisse, sie mythologisiert unkritisch die HJ-Entwicklung.

Einen anderen Weg ist Karl-Heinz Huber gegangen. Mit einem Dokumentarbericht will er ein anschauliches Bild von der Lage der deutschen Jugend geben. Durch die Einflechtung von vielen alltäglichen Informationen, die dem heutigen Jugendlichen, der wohl Adressat dieses Bandes sein soll, nicht mehr bekannt sind, gelingt ihm dies. Huber arbeitet in seiner chronologisch-systematisch angelegten Dokumentation (die aber oft zeitverwirrende Sprünge besitzt) mit vielen auszugsweise abgedruckten Dokumenten, allerdings immer ohne Quellen- und Belegangabe. Diese Arbeit führt ihn an einigen Stellen zu Fehlern. So legt er das "Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" vom 14. Juli 1933 in die Nähe des katholischen Hirtenbriefes vom 26. Januar 1936.[9] Seine bildhafte Sprache wird an einigen Stellen zu plakativ, so bei der Beschreibung des Mordes am Hitlerjungen Norkus.[10] Die Frage nach Hintergründen und Ursachen tritt oft vollkommen hinter die "spannende" Erzählung zurück. Huber will ein Bild vermitteln, nicht es analysieren.

Eine hervorragende Ergänzung zu Brandenburg ist die Arbeit Heinz Boberachs, die sorgfältig edierte Fotos mit einem differenziert urteilenden Text verbindet. Die Jugend im Nationalsozialismus ist hier sowohl in den Übergängen von der Weimarer Republik als auch in den verschiedenen gesellschaftlichen Bezügen des Dritten Reiches (Elternhaus, Arbeitsplatz, Reichsberufswettkampf, Kriegseinsatz) zu sehen. Ein Kapitel befaßt sich mit den Jugendlichen im Widerstand und in den Konzentrationslagern. Diese Einteilung zeigt die unterschiedlichen Räume, in denen "Jugend" im Dritten Reich vorhanden war und wird ihr in der besonderen Verbindung von Text und Bild auch gerecht. Dennoch ist Heinz Boberach vollkommen zuzustimmen, daß seine Quellen "auch nicht eine wissenschaftliche Darstellung der Geschichte der deutschen Jugend unter der Herrschaft des Nationalsozialismus ersetzen. Eine solche Darstellung gibt es noch nicht, lediglich Versuche und Ansätze dazu."[11] Diese Forschungslücke, die auch in dieser Besprechung deutlich wird, sollte zur Verhinderung von Mythen und Apologien, wie sie in den Arbeiten Kochs bereits erkennbar sind, bald beseitigt werden. Die von Brandenburg behauptete relative Autonomie der Hitlerjugend im Staatsapparat des Dritten Reiches muß dabei in ihrem Umfang ebenso untersucht werden wie die These Katers, daß "die in ihren Grundzügen bereits vorgeformte faschistoide Lebens- und Staatsphilosophie der bündischen Gruppen" dem totalitären Regime weitgehend entgegen[kam]".[12]

Die Alltagsgeschichte des Dritten Reiches ist – nicht zuletzt auch durch die Wettbewerbe des Bundespräsidenten – in die wissenschaftliche Auseinandersetzung geraten. Nicht mehr nur administrativ-organisatorische Entscheidungsfindungsprozesse werden untersucht, zunehmend auch der Durchschnittsalltag des einzelnen im Nationalsozialismus. David Schoenbaums "braune Revolution" ist seit ihrem Erscheinen 1967 (deutsch 1968) zum ersten "Klassiker" der Sozialgeschichte des Dritten Reichs geworden. Zur gleichen Zeit wie Dahrendorf betonte Sch. die – eher unfreiwillige – Modernisierungsfunktion für die deutsche Gesellschaft und zeigte

8 Hans-Christian Brandenburg, Geschichte der HJ, 1968, S.25: "Kurt Gruber war der typische Vertreter jener entwurzelten Nachkriegsgeneration, die in der Idee eines nationalen Sozialismus Aufgabe und Lebensinhalt gefunden zu haben glaubte". Hansjoachim W. Koch, Hitlerjugend, 1980, S.31: "Ihr Führer, der 1904 geborene Kurt Gruber war ein typischer Vertreter der deutschen Nachkriegsgeneration, die sich Deutschlands Zukunft und Wiederaufstieg nur im Rahmen einer nationalsozialistischen Ordnung vorstellen konnte." Derartige Textähnlichkeiten lassen sich durchgängig im Text von Koch finden.

9 Karl-Heinz Huber, Jugend unterm Hakenkreuz, S.134 f.

10 A.a.O., S.12ff.

11 Heinz Boberach, Jugend unter Hitler, S.6.

12 Michael H. Kater, Bürgerliche Jugendbewegung und Hitlerjugend in Deutschland, a.a.O., S.172ff.

die massenhafte Nachfolgebereitschaft gegenüber dem Nationalsozialismus. Die 1980 erschienene überarbeitete Ausgabe stellt sich, mit Ausnahme einzelner Teile,[13] neben die Arbeiten von Mason[14] und die neueren Arbeiten der deutschen Forschung.[15] Schoenbaums Schluß gilt in seinen Grundzügen noch heute: "Bei dem Zusammenstoß der ideologischen mit der industriellen Revolution brach die überkommene Klassenstruktur und mit ihr die überkommene Struktur politischen Handelns zusammen. Es ging keiner Gesellschaftsgruppe gut im Dritten Reich, aber es ging auch keiner schlecht, oder so schlecht, daß ihre Unzufriedenheit nicht durch die Befriedigung einer anderen Gruppe ausgeglichen worden wäre."[16]
Eine wichtige Ergänzung zu Schoenbaum ist Detlev Peukerts Arbeit "Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde". Peukert bestätitgt Schoenbaum in vielem, stellt sich aber gegen dessen Begriff der "braunen Revolution": "Was immer der Historiker aus dem widersprüchlichen Ideengemisch Hitlers als dessen Gesellschaftskonzept herausdestillieren möchte, so müßte er doch feststellen, daß die konkurrierenden Instanzen des Nationalsozialismus an der Macht bei allen Anläufen zu größeren sozialen Neugestaltungen lange vor dem Ziel gestolpert sind, sich im unübersichtlichen Gelände der Polykratie verlaufen haben oder die Erreichung des Ziels auf die Zeit nach dem 'Endsieg' vertagt hatten."[17] P. befaßt sich mit dem "Alltag im Ausnahmezustand", den Widersprüchen und Spannungen zwischen "Volksgemeinschaft" und "Volksopposition" sowie mit der Ausgrenzung von "Gemeinschaftsfremden" als einem Beispiel nationalsozialistischer Herrschaftspolitik. Dabei schlägt er "eine Deutung des Nationalsozialismus als Symptom der Krise der industriellen Klassengesellschaft im Deutschland der Zwischenkriegszeit vor, wobei sich die Pathologien und Verwerfungen der Moderne besonders artikulierten."[18] Den aufkommenden Nationalsozialismus sieht er als Ergebnis einer komplexen Krisenerfahrung vor allem bei den desorientierten Mittelschichten und der eklektischen Zusammenstellung von kulturpessimistischen, sozialbiologischen und modernitätskritischen Dimensionen in der nationalsozialistischen Ideologie und Propaganda. Als eine Weiterführung Schoenbaums versucht er die Folgebereitschaft und die Opposition etwas mehr zu quantifizieren und stellt "Konfliktfelder im Dritten Reich" dar, so die Verfolgung und die Wahrnehmung der Verfolgung. Die Spannung zwischen "Sonderweg" und "Modernisierung" wägt er in seinen Schlußthesen ab: "In zielloser Rebellion gegen die krisenhaft geschürzten Modernisierungsschübe der zwanziger Jahre entstanden, sog der Faschismus an der Macht die Techniken und Trends der Moderne in sich auf. Im Terror gegen die 'Gemeinschaftsfremden' wie in der Hervorbringung einer atomisierten, zwanghaft normalisierten Gesellschaft demonstrierte der Nationalsozialismus mit überdeutlicher Schärfe und in mörderischer Konsequenz die Pathologien und Verwerfungen des modernen Zivilisationsprozesses. So wenig die Deutung des Nationalsozialismus als Konsequenz des 'Deutschen Sonderweges' unbedingt bei der These enden muß, die Barbarei läge im deutschen National-

13 So ist z.B. das Kapitel über Frauen durch die Arbeiten von Dörte Winkler, Frauenarbeit im Dritten Reich, Hamburg 1977 und der Frauengruppe Faschismusforschung (Hrsg.), Mutterkreuz und Arbeitsbuch. Zur Geschichte der Frauen in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1981, teilweise überholt. Unrichtig ist z.B. auch Schoenbaums Behauptung auf S.15, daß im April 1939 300 000 Deutsche in den Konzentrationslagern waren; tatsächlich betrug diese Zahl weniger als 25 000.

14 Timothy W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen, 2. Aufl., 1978; sowie ders., Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936 bis 1939, Opladen 1975.

15 U.a. die unten beschriebene Arbeit von Detlev Peukert, aber auch: Die Reihen fast geschlossen. Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus. Hrsg. von Detlev Peukert und Jürgen Reulecke unter Mitarbeit von Adelheid Gräfin zu Castell-Rüdinghausen, Wuppertal 1981.

16 David Schoenbaum, Die braune Revolution, S.345.

17 Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, S.217f.

18 A.a.O., S.9.

charakter begründet, so wenig kann aus der Deutung des Nationalsozialismus als einer der pathologischen Entwicklungsformen der Moderne geschlossen werden, die Barbarei wäre das folgerichtige Endziel der Modernisierung."[19]

Aus der DDR liegen zwei neue beachtenswerte Arbeiten vor. Gossweilers Studie "Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919 bis 1924" läßt die Frühgeschichte der NSDAP oft in neuem Licht erscheinen. Nach einer kritischen Auseinandersetzung mit anderen Arbeiten über die NS-Frühentwicklung (S.24ff) befaßt er sich – immer noch von Dimitroffs Faschismus-Interpretation von 1935 ausgehend – mit Typen und Entwicklungstypen des Faschismus. Hierbei bezieht er Ergebnisse der neueren russischen und bulgarischen Faschismustypologisierung mit ein. Der nationalsozialistischen Politik wird auch in dieser Arbeit keine eigenständige Handlungsweise zugeschrieben. "Der nach außen hin in seiner Macht unbeschränkte Diktator blieb in Wahrheit doch immer nur der Geschäftsführer der Firma 'Deutscher Imperialismus', dessen Ziele lange vor ihm abgesteckt worden waren."[20] Von dieser methodischen Einschränkung ausgehend untersucht er dann mit großer Faktendetailliertheit die zuerst allein bayerische Ausrichtung der NSDAP und ihre Entstehung in der "Ordnungszelle Bayern" ebenso wie die Beziehungen zwischen der bayerischen Reichswehrführung und der NSDAP. Die Übernahme der Parteiführung durch Hitler wird dann allerdings auch von ihm als "außerordentlich wichtige Zäsur in der Entwicklung des deutschen Faschismus bezeichnet; indem die NSDAP als erste faschistische Gruppierung ihre alldeutsch-völkischen Eierschalen abstreifte und – den scharf akzentuierten Bedürfnissen ihrer Protektoren entsprechend – sich eine Struktur gab und Kampfmethoden entwickelte, die sich an den neuen politischen Bedingungen orientierten und auf stärkste Massenwirkungen ausgingen, schuf sie die Voraussetzungen dafür, unter den faschistischen und rechten Kräften in Bayern eine führende Position zu erringen."[21] Er sieht die anfängliche Unterstützung konservativer und reaktionärer Kreise Bayerns für die NSDAP als Teil der "Beseitigung der Weimarer Republik im Schnellverfahren". Die Definition des Verhältnisses zwischen diesen Kräften und der NSDAP *nach* dem gescheiterten Putsch vom 9.11.23 jedoch war nicht mehr Teil seiner Überlegungen und hätte in dieser Klarheit auch nicht mehr dargestellt werden können. Künftige Arbeiten über die NS-Frühzeit werden an diesen Gedanken (bis zum Hitlerputsch) nicht vorbeigehen können.

Pätzold und Weißbecker versuchen auf 429 Seiten einen Grundriß der NSDAP-Geschichte zu liefern. Der Titel "Hakenkreuz und Totenkopf. Die Partei des Verbrechens" wurde in der bundesrepublikanischen Lizenzausgabe fallengelassen, obwohl er die Intentionen der Verf. deutlich spiegelt. Ihre Fragen "wie sich monopolkapitalistische Interessen in nazifaschistische Politik umsetzten und durch sie realisierten, wie es dem Faschismus gelang, Millionen Deutsche, Angehörige aller Klassen und Schichten, für seine verbrecherischen Ziele zu mobilisieren und damit gegen deren eigene Lebensinteressen agieren zu lassen, wie das faschistische Führer-Gefolgschafts-Prinzip bis in die Agonie dieses imperialistischen Herrschaftssystems aufrechterhalten werden konnte und welche Rolle in all ihren Belangen die NSDAP, ihre Politiker und Organisationen spielten" wollen die Verfasser "in einer er-

19 A.a.O., S.296.

20 Kurt Gossweiler, Kapital, Reichswehr und NSDAP 1919-1924, S.21. Dem Buch von Gossweiler wäre eine bessere Druckerei und ein besseres Lektorat zu wünschen gewesen, da eine Unzahl von teilweise sinnentstellenden Druckfehlern das Lesen unnötig erschwert. Ein Datum wie der "32. April 1945" (S.210) sollte selbst bei flüchtiger Korrektur ins Auge fallen. Die beigefügte Errata-Liste erfaßt nur einen Bruchteil der Fehler.

21 Kurt Gossweiler, a.a.O., S.261.

sten zusammenfassenden marxistischen Abhandlung"[22] beantworten. Die chronologisch angelegte Arbeit wird immer wieder mit systematischen Einsprengseln über NS-Organisationen unterbrochen. Eine kurze Information zu wesentlichen Stichpunkten ist so nicht möglich, ebenso die zeitliche Erfassung von NS-Organisationen. Die NSDAP wird dabei als ein Teil des "faschistischen Organisationssystems"[23] gesehen. Widersprüche innerhalb der NS-Organisationen, die Tendenzen zu einer möglichen Polykratie und Zielkonflikte innerhalb des NS werden nicht angesprochen. Ebenso wird die westliche Diskussion zwischen "Intentionalisten" und "Strukturalisten" nicht aufgegriffen. Hitler und die NSDAP sind immer noch eine einheitliche Organisation, handelnd nach dem Willen der Monopolbourgeoisie. An diesen Punkten treten Pätzold und Weißbecker hinter den heutigen Forschungsstand zurück, wenn sie auch an vielen Stellen wesentlich differenzierter urteilen als die bisherige DDR-Geschichtsschreibung über die NSDAP. Ihr Ziel, eine grundlegende marxistische Abhandlung über die NSDAP zu schreiben haben sie erreicht und mit deutlicher Stringenz durchgehalten.

Abschließend sei auf die wiederaufgelegte Arbeit von Herbert Jäger über "Verbrechen unter totalitärer Herrschaft" verwiesen. Seine grundlegende Studie steht neben der – leider noch nicht wieder aufgelegten – Monographie von Reinhard Henkys[24] und wird durch die 1981 publizierte Arbeit von Peter Steinbach[25] sinnvoll ergänzt. Die Tatbeteiligungstheorie, die Auseinandersetzung mit dem Befehlsnotstand und die wichtige Erörterung über das Unrechtsbewußtsein totalitärer Gewaltverbrecher haben nichts von ihrer Gültigkeit und Bedeutung verloren. In Seminaren über nationalsozialistische Gewaltverbrechen oder über die Ursachen der Judenvernichtung sollte diese wegweisende kriminologische Auseinandersetzung immer als grundsätzliche Pflichtlektüre dienen. So kann die Bedeutung des einzelnen und seines Handelns in der agierenden Diktatur in sinnvollen Zusammenhängen erklärt werden.

22 Kurt Pätzold und Manfred Weißbecker, Geschichte der NSDAP, S.12.
23 A.a.O., S.303.
24 Reinhard Henkys, Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen. Geschichte und Gericht, Stuttgart und Berlin 1964.
25 Peter Steinbach, Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945 (= Beiträge zur Zeitgeschichte, Bd. 5), Berlin 1981.

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE (58)

Bearbeitet von Franz Jean Frohn und Walter Momper

Die IWK versucht, systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In der Rubrik "Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiet" werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht, sofern diese Arbeiten noch nicht publiziert worden sind. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter einschlägiger Projekte – die in Frage kommenden Themenbereiche sind nachstehend erläutert – um Ergänzung und Rücksendung des Fragebogens, der in jedem Heft als Anhang abgedruckt ist. Auf Wunsch werden Ihnen weitere Fragebogen von der Redaktion übersandt. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter – unter Angabe von deren Anschrift – ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur nach Vorlage des Fragebogens bei dem Bearbeiter erfolgt.

Die Kriterien für die Aufnahme in das Projektverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationale und zur Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmen- und Wirtschaftsgeschichte befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.
Die uns übermittelten Daten werden in der IWK veröffentlicht, um anderen Wissenschaftlern eine erste Information über das Projekt zu vermitteln und eine direkte und schnelle Kontaktaufnahme mit dem Bearbeiter zu ermöglichen. Die Speicherung erfolgt in Form einer Projektkartei. Die Ergebnisse der Erhebung werden außerdem an das Informationszentrum Sozialwissenschaft, Bonn, zur Speicherung und Auswertung für deren wissenschaftliche Zwecke und gegebenenfalls zur Aufnahme des Projekts in das jedes Jahr vom Informationszentrum publizierte Verzeichnis der "Forschungsarbeiten in den Sozialwissenschaften" weitergegeben.
Sofern Projekte aus anderen Publikationen übernommen oder der Redaktion von Institutionen mitgeteilt worden sind, wird das am Ende der Projektmeldung vermerkt. Im übrigen beruhen die Meldungen und insbesondere die Nachträge auf den uns vom jeweiligen Bearbeiter übermittelten Daten. Die Richtigkeit der mitgeteilten Angaben, insbesondere die Genauigkeit von bibliographischen Angaben, kann die Redaktion aus Gründen der Arbeitsökonomie nicht überprüfen.

Die Angaben zu den einzelnen Projekten sind jeweils nach dem folgenden Schema geordnet:

0 Laufende Nummer des Projekts (in der IWK)
1 Institution(en), in deren Rahmen die Forschungsarbeit durchgeführt wird
2.1 Bearbeiter, Vor- und Zuname, Anschrift (Leiter unterstrichen)
2.2 Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades: Name des Betreuers
4 Stand der Forschungsarbeit
5 Laufzeit des Projekts
6 Art der Arbeit
7 Auftraggeber der Forschungsarbeit
8 Kostenträger
9 (Arbeits-)Titel der Forschungsarbeit (ggf. Untertitel)
10.1 Zeitraum, auf den sich die Forschungsarbeit bezieht
10.2 Geographischer Raum, auf den sich die Forschungsarbeit bezieht
11.1 Inhaltliche Ziele der Arbeit
11.2 Schlagwörter zum Inhalt als Suchbegriffe für Register
12 (Teil-)Veröffentlichungen der Arbeit bzw. deren Planung
13 Nichtveröffentlichte (Zwischen-)Berichte, Manuskripte, Arbeitspapiere usw.
14 Methodische Anlage (Vorgehensweise, Untersuchungsart, theoretischer Ansatz, Interview, schriftliche Befragung, Auswertung von Massendaten)
16 Benutzte Unterlagen (Quellenbasis: Archive, Archivalien, statistische Materialien, Zeitungen)
19 Hinweis auf Fundstelle oder mitteilende Institution

Eine dringende Bitte an unsere Leser:

Um die Berichterstattung über den Fortgang der gemeldeten Forschungs- und Publikationsvorhaben jeweils auf dem neuesten Stand zu halten, bittet die Redaktion dringend darum, ihr auch Mitteilungen über den Stand von bereits angezeigten Projekten zukommen zu lassen. Insbesondere wenn Arbeiten abgeschlossen, publiziert, Titel oder Gegenstand geändert oder aufgegeben wurden, bitten wir um Nachricht. Nur so können wir vermeiden, daß das Verzeichnis der Forschungs- und Publikationsvorhaben der IWK zu einem sogenannten Projektfriedhof ohne tatsächlichen Wert als Hilfsmittel für die Forschung wird. Bitte verwenden Sie die Rückseite des Projekt-Fragebogens am Schluß dieses Heftes und füllen Sie diesen bitte möglichst vollständig und genau aus.

Redaktionsschluß: 20.2.1984

Abkürzungen und Verzeichnis der ausgewerteten Zeitschriften

AdsD Archiv der sozialen Demokratie
Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
D-5300 Bonn 2

AfK Archiv für Kommunalwissenschaften
Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-1000 Berlin 12

BzG Beiträge zur Geschichte
der Arbeiterbewegung
Hrsg.: Institut für Marxismus-Leninismus
beim Zentralkomitee der SED
Wilhelm-Pieck-Str. 1
DDR-1054 Berlin

DN Deutsche Nationalbibliographie
Hrsg.: Deutsche Bücherei
Deutscher Platz 1
DDR-701 Leipzig

FES Friedrich-Ebert-Stiftung
Godesberger Allee 149
D-5300 Bonn 2

Info informationen projektteam
geschichte der arbeiterbewegung
Albertgasse 23
A-1080 Wien

IMS Informationen zur
modernen Stadtgeschichte
Deutsches Institut für Urbanistik
Straße des 17. Juni 112
D-1000 Berlin 12

KUN Katholieke Universiteit Nijmegen
Vakgroep Nieuwste Geschiedenis
Erasmusplein 1
Postbus 9103
NL-6500 HD Nijmegen

MAAB Meddelande från Arbetarrörelsens
Arkiv och Bibliotek
Upplandsgatan 5
S-111 81 Stockholm

MFAH Meddelelser om Forskning i
Arbejderbevægelsens Historie
Hrsg.: Selskabet til forskning i
arbejderbevægelsens Historie
Arbejderbevægelsens Bibliotek og Arkiv
Rejsbygade 1
DK-1759 København V

MiCo Mitteilungen/Communications
Schweizerische und Deutsche
Dissertationszentrale
Jupiterstr. 15, Postfach 277
CH-3000 Bern 15

Mitt Mitteilungen
Dokumentationsarchiv des
Österreichischen Widerstandes
Altes Rathaus, Wipplingerstr. 8
A-1010 Wien

TFAH Tidskrift For
Arbeiderbevegelsens Historie
Gøteborggt. 8
N-Oslo 5

ZfG Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
Glinkastr. 13-15
DDR-108 Berlin

I PROJEKTVERZEICHNIS

Bearbeitet von Franz Jean Frohn

A. GESCHICHTSWISSENSCHAFT, HILFSMITTEL

0 84-001
1 Univ. Hannover, Philologisch-historischer FB, Historisches Seminar, Schneiderberg 50, 3000 Hannover; Tel. 0511/7624430
2.1 SALDERN, Adelheid von, Prof. Dr.; c/o Univ. Hannover
4 Laufend
6 Aufsatz
8 Bearb.
9 **Zum politischen Profil der sozialdemokratischen Parteibasis im Deutschen Kaiserreich. Methodisch-inhaltliche Bemerkungen zu Vergleichsstudien**
10.1 1870-1914
10.2 Deutschland
11.1 Methodisch-inhaltliche Bemerkungen zu Möglichkeiten und Grenzen von Vergleichsstudien; sozialdemokratische Parteibasis; Arbeiterradikalismus und -reformismus
12 Veröffentlichung vorgesehen 1984 in: IWK, Jg. 20 (1984)
14 Vergleich einiger lokalgeschichtlicher Analyseergebnisse

0 84-002
2.1 LUTHARDT, Wolfgang; c/o FU Berlin, FB 15, WE 3, Ihnestr. 21, 1000 Berlin 33
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz
8 Bearb.

12 **Luthardt, Wolfgang: Neuere Literatur zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik**, in: Tenfelde, Klaus (Hrsg.): Die internationale Forschung zur Geschichte der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung (= Historische Zeitschrift, Beih. 1984). München: Oldenbourg 1984

0 84-003
1 Institut für Sozialgeschichte Braunschweig-Bonn, Dreizehnmorgenweg 10, 5300 Bonn 2; Tel. 378061-62
2.1 DOWE, Dieter, Dr.; Marienburgstr. 24, 5205 St. Augustin 1;
5 Ende: 3/84
6 Eigenprojekt des Bearb.
8 Bearb.
9 **Führer zu den Archiven, Bibliotheken und Forschungsstätten zur Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung**
10.1 Von den Anfängen bis heute
10.2 Europa bis zum Ural
11.1 Informationen: Adresse; Gründungsjahr; Träger; Forschungsschwerpunkte; von der Institution hrsg. Schriftenreihen und Zeitschriften; veranstaltete Konferenzen; Kooperation mit ausländischen Instituten; Mitgliedschaft in internationalen Vereinigungen zur Arbeiterbewegungshistoriographie; Bibliotheksschwerpunkte; Zahl der Bücher, Broschüren und Periodika; wichtige Archivbestände; Literatur über die Institution
12 Veröffentlichung 1984 in der Reihe: Archiv für Sozialgeschichte, Beih. 11
14 Tabellarische Anordnung

0 84-004
1 Friedrich-Ebert-Stiftung, Godesberger Allee 149, 5300 Bonn 2
2.1 BÄRHAUSEN, Anne; BISKUP, Marianne; BOCIONEK, Gisela; HÖPFNER, Hans-Paul; LOEHR, Antje; LÖSKEN, Vera; MEIKL, Gisela; REETZ, Renate; ZIMMERMANN, Rüdiger, Dr.; c/o FES
5 Ende: 4/84
6 Dokumentation
8 FES
9 **Quellen zur Gewerkschaftsgeschichte der Nahrungs-, Genußmittelarbeiter und Gastwirtsgehilfen. Ein Bestandsverzeichnis der Vorläuferorganisationen der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten**
11.1 Standortgebundene Erschließung des Altbestandes der NGG und Mikrofilme der FES; Schließung einer Dokumentationslücke Arbeiterbewegung; Hilfsmittel für die überregionale Literaturversorgung
12 Geplant: Veröffentlichung als Eigendruck der FES
14 Dokumentation der Primärquellen der Vorläuferorganisationen der NGG

0 84-005
1 Berliner Geschichtswerkstatt e.V., Goltzstr. 49, 1000 Berlin 30; Tel. 2154450
2.1 Arbeitsgruppe "33-Dokumentation"; KH. BREIDT und A. LUDWIG, c/o Berliner Geschichtswerkstatt e.V.
5 Beginn: 6/83, Ende: 9/84
6 Auftragsforschung, geförderte Forschung, Eigenprojekt der Berliner Geschichtswerkstatt e.V.; Broschüre
7 Teilweise: Landeszentrale für politische Bildung, Berlin
8 Berliner Geschichtswerkstatt e.V.; Landeszentrale für politische Bildung, Berlin
9 **Dokumentation der lokalgeschichtlichen Projekte in der BRD und Berlin (West) anläßlich des 50. Jahrestages der Machtübergabe an die Nationalsozialisten**
10.1 1933-1945; 1983
10.2 BRD und Berlin (West)
11.1 Darstellung der Vielfalt der Forschungs- und Verbreitungsarten zu einem historischen Thema im Zusammenhang mit politischer Bildungsarbeit; Arbeitshilfen
14 Schriftliche Befragung (qualitative Sozialforschung); Archivierung von schriftlichen Arbeitsergebnissen; Aufbau eines Informationssystems

B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

0 84-006
2.1 OFFERMANN, Toni, Dr.; Lückeratherstr. 8, 5370 Kall-Wallenthal
5 Beginn: 6/82, Ende: 11/82
6 Eigenprojekt des Bearb., Edition, Aufsatz
8 Bearb.
9 **Aus der Frühgeschichte der Würzburger Arbeiterbewegung. Briefe des Arbeitervereins an das Zentralkomitee der 'Allgemeinen deutschen Arbeiterverbrüderung' in Leipzig 1849/50**
10.1 1849-1850
10.2 Würzburg (Unterfranken)
11.1 Edition von 5 Briefen des AV Würzburg mit einer Einleitung zur Rolle des AV in der bayerischen AV-Bewegung
12 Veröffentlichung 1984 in: Mainfränkische Jahrbücher
14 Edition
16 StadtA München, polizeiliche Briefabschriften; Zeitungen

0 84-007
2.1 BIRETT, Herbert; Veldenerstr. 28, 8000 München 21; Tel. 089/565551
5 Beginn: 1/82, Ende: ca. 99
6 Eigenprojekt des Bearb., Edition
8 Bearb.; z.T. Topos Verlag, Vaduz/Liechtenstein

9 **Verbotene Druckschriften in Deutschland. 1870-1932.** Bd. 1: Die Sozialistengesetze. 1878-1918 (Weitere Bände: Sachsen, Erster Weltkrieg, Weimarer Republik, Polnische Literatur, Sonstiges)
10.1 1870-1932 (Bd. 1: 1878-1918)
10.1 Deutschland
11.1 Verzeichnis von und Zensurergebnisse über (verbotene) Druckschriften: Bücher, Zeitschriften, Flugblätter u.ä.; Postkarten und andere Abbildungen; vereinzelt sonstige "publizistische" Gegenstände. Bd. 1: Sozialistengesetz; politische Zensur sozialistischer und anarchistischer Literatur
12 Veröffentlichung von Bd. 1 1984 im Topos-Verlag, Vaduz/Liechtenstein
13 **Tagungsbericht auf dem Bibliothekarstag 1984;** Mikrofilme und Xerokopien der Akten bzw. Veröffentlichungen der Zensur
14 Die Zensurergebnisse werden normiert und mit ausführlichen Registern erschlossen; jeweils eine kürzere Einleitung führt in das vorliegende Material ein

0 84-008
1 Univ. Regensburg, Philosophische Fak. 3, Institut für Geschichte, LS Prof. Dr. D. Albrecht, Postfach 397, Gebäude PT, 8400 Regensburg 1
2.1 BAUER, Franz, Dr.; c/o Univ. Regensburg, Institut für Geschichte, Universitätsstr. 31, 8400 Regensburg
5 Ende: 9/84
6 Eigenprojekt der Univ. Regensburg, Edition
8 Parlamentarismus-Kommission, Bonn
9 **Die Ministerratsprotokolle der Regierung Eisner 1918/19**
10.1 Nov. 1918-Feb. 1919
10.2 Bayern
14 Edition mit wissenschaftlichem Kommentar

0 84-009
1 Univ. Mannheim, Fak. für Sozialwissenschaften, LS für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte 2, A 5 6800 Mannheim
2.1 LÜBBE, Peter, Dr.; Moniberg 87, 8300 Landshut
5 Beginn: 7/83, Ende: 12/85
6 Auftragsforschung, Edition
7 Fritz Thyssen Stiftung, Am Römerturm 3, 5000 Köln 1
8 Fritz Thyssen Stiftung
9 **Ruth Fischer – Arkadi Maslow: Briefwechsel und Manuskripte**
10.1 1933-1961
11.1 Herausgabe der aufschlußreichsten Teile der Korrespondenz und der wichtigsten nachgelassenen Manuskripte von Ruth Fischer (1895-1961) und Arkadi Maslow (1891-1941)
16 Nachlaß Ruth Fischer und Arkadi Maslow, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., USA

0 84-010
1 Stadtarchiv Mannheim, Rathaus E 5, 6800 Mannheim
2.1 MARUM-LUNAU, Elizabeth; 226 East 29th Street, New York, USA; SCHADT, Jörg, Dr.; c/o Stadtarchiv Mannheim
5 Ende: 3/84
6 Edition
8 StadtA Mannheim, Stadt Karlsruhe
9 **Edition der Briefe des badischen Sozialdemokraten Ludwig Marum aus der "Schutzhaft" 1933/34**
10.1 1933/34
10.2 Nordbaden; hauptsächlich Karlsruhe und Konzentrationslager Kislau (heute Bad Schönborn)
14 Edition mit ausführlicher Kommentierung durch Anmerkungen

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER, BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

0 84-011
1 Univ. Freiburg, Philosophische Fak. 4, Seminar für Wissenschaftliche Politik, Werthmannplatz, Kolleg-Gebäude I, 7800 Freiburg
2.1 WEBER, Petra; Stephanienstr. 9, 7800 Freiburg
2.2 Prof. Dr. Wilhelm Hennis
5 Beginn: 11/83, Ende: 12/85
6 Diss.
8 Bearb.
9 **Assoziation als Gesellschaftsideal im Frühsozialismus und Anarchismus**
10.1 19. Jahrhundert
11.1 Spannungsfeld zwischen konservativem und radikalem Denken als Dilemma des Frühsozialismus und Anarchismus
13 **Weber, Petra: Emanzipationskrise und Assoziation. Saint-Simonismus, Fourier, Weitling und Tocqueville.** Ex., o.O., o.J.
14 Kombination von ideengeschichtlichem und sozialgeschichtlichem Ansatz
16 V.a. Auswertung und Analyse der Primärschriften

0 84-012
1 Univ. Marburg, FB 6, Geschichtswissenschaften, FG Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Wilhelm-Roepke-Str. 6, Block C, 3550 Marburg
2.1 ENGBRING-ROMANG, Udo; Am Rain 12, 3550 Marburg
2.2 Prof. Dr. Ingomar Bog
5 Ende: 7/84
6 Diss.
8 Stipendium FES
9 **Zur Sozialismus-Konzeption von Karl Rodbertus(-Jagetzow), 1805-1875**
11.1 Neben der Erarbeitung der Sozialismus-Konzeption soll auch auf die sozialpolitische Tätigkeit von Rodbertus (Verknüpfung von sozialer mit nationaler Frage) eingegangen werden
16 Nachlaß Rodbertus u.a. Archivalien; Zeitungen; Werkeausgabe

0 84-013
1 FU Berlin, FB 15, Politische Wissenschaft, Ihnestr. 21, 1000 Berlin 33
2.1 PARK, Ho-Seong; Spindelmühler Weg 23, 1000 Berlin 45; Tel. 030/8116178
2.2 Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr
5 Beginn: 1/82, Ende: 4/85
6 Diss.
8 Stipendium KAAD
9 **Die Einstellung der deutschen Sozialdemokratie zur Nation und nationalen Frage vor 1914. Ein theoretischer und historischer Beitrag zu einer Klärung des Zusammenhangs zwischen Sozialismus und Nationalismus**
10.1 1848-1914
10.2 Deutschland
11.1 Untersuchung über die theoretischen Ansätze von Marx, Engels, Lassalle, Bernstein, Kautsky und Luxemburg zur Nation und nationalen Frage im historischen Zusammenhang; die Einstellung der deutschen Sozialdemokratie zu Krieg und Imperialismus
13 **Park, Ho-Seong: Die Einstellung der deutschen Sozialdemokratie zur nationalen Frage bis 1914 unter besonderer Berücksichtigung der theoretischen Beiträge von Bernstein, Kautsky und Rosa Luxemburg.** Dipl., FU Berlin, FB 15, 1981
14 Literaturanalyse

0 84-014
1 Univ. Salzburg, Geisteswissenschaftliche Fak., Institut für Geschichte, Mirabellplatz 2, A-5020 Salzburg
2.1 GNADLINGER, Max; Sparkassenstr. 6/38, A-5020 Salzburg
2.2 Prof. Dr. Gerhard Botz
4 Laufend
6 Ex.
9 **Die gesellschaftliche Bedeutung und Funktion der Zwischenschichten bei Otto Bauer**
19 Info, 8. Jg. (1983), Nr. 28

0 84-015
1 TH Aachen
2.1 BLASCZYK, Ulrich; Danziger Str. 19, 5787 Olsberg 1
5 Ende: 84
6 Diss.
9 **Die Rezeption der Sozialphilosophie Leonhard Nelsons in der sozialwissenschaftlichen Theorie und politischen Doktrinbildung**
19 MiCo, 1. Jg. (1982), H. 1

0 84-016
1 FU Berlin, FB Politische Wissenschaft, Institut für Innenpolitik und Komparatistik, WE 3, Ihnestr. 21, 1000 Berlin 33
2.1 LUTHARDT, Wolfgang; Schlüterstr. 28, 1000 Berlin 12
4 Abgeschlossen
6 Eigenprojekt des Bearb., Aufsatz
8 Bearb.
10.1 1920-1933
10.2 Deutschland
11.1 Kritische Beschäftigung mit Thesen von Franz L. Neumann, die dieser nach 1933 gegenüber seiner eigenen Position während der Weimarer Republik formuliert hat
12 **Luthardt, Wolfgang: Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Kritische Bemerkungen zu Franz L. Neumanns Interpretation nach 1933,** in: Perels, Joachim (Hrsg.): Recht, Demokratie und Kapitalismus. Baden-Baden: Nomos 1984

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

0 84-017
1 Univ. Wien, Geisteswissenschaftliche Fak., Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Berggasse 17/32, A-1090 Wien; Tel. 315303
2.1 HOCHREINER, Franz; c/o Univ. Wien
2.2 Prof. Dr. Richard Georg Plaschka, Dr. Suppan
4 Laufend
6 Ex.
9 **Der Prozeß Friedrich Adler**
19 Info, 8. Jg. (1983), Nr. 28

0 84-018
1 Univ. Köln, Philosophische Fak., Historisches Seminar, Albertus-Magnus-Platz, 5000 Köln 41
2.1 ESSER, Albert; Vitalisstr. 420, 5000 Köln 41
5 Beginn: 11/83, Ende: 3/84
6 Staatsex.
8 Bearb.
9 **Wilhelm Elfes und die Katholische Arbeiterbewegung 1904-1927**
10.1 1904-1927
10.2 Deutschland
11.1 Verhältnis von Arbeiterinteressen und konfessioneller Bindung im Erfahren, Denken und Handeln eines führenden katholischen Arbeitervertreters
14 Analyse von Artikeln und Reden
16 'Westdeutsche Arbeiter-Zeitung'

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

I. Allgemeine Darstellungen Darstellungen über größere Zeiträume

0 84-019
1 Univ. Bielefeld, Fak. für Soziologie, Postfach 8640, 4800 Bielefeld
2.1 STOLLBERG, Gunnar, Priv.-Doz., Dr.; c/o Univ. Bielefeld
5 Ende: 12/84
6 Eigenprojekt des Bearb., Aufsatz
8 Univ. Bielefeld
9 **Geschichte der Naturheilvereine**
10.1 1860-1914
10.2 Deutschland

11.1 Die Geschichte der Naturheilvereine soll als soziale Protestbewegung gegen die Medikalisierung der Arbeiter insbesondere thematisiert werden
14 Gedrucktes Material; Akten sächsicher Ae

0 84-020
1 Univ. München, Fak. für Geschichts- und Kunstwissenschaften, Institut für Neuere Geschichte, Franz-Joseph-Str. 10, 8000 München 40; Tel. 089/21802960
2.1 RITTER, Gerhard A., Prof. Dr.; TENFELDE, Klaus, Priv.-Doz. Dr.; c/o Univ. München
5 Ende: 10/84
9 **Lohnarbeit, Arbeiterleben und sozialer Konflikt 1871 bis 1914. Arbeiter und Arbeiterbewegung im Kaiserreich I**
10.1 1871-1914
10.2 Deutschland
12 Veröffentlichung 1985 im Rahmen des Projekts: Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts, hrsg. von Gerhard A. Ritter im Verlag Dietz, Bonn

0 84-021
1 Univ. München, Fak. für Geschichts- und Kunstwissenschaften, Institut für Neuere Geschichte, Franz-Joseph-Str. 10, 8000 München 40; Tel. 089/21802960
2.1 RITTER, Gerhard A., Prof. Dr.; TENFELDE, Klaus, Priv.-Doz. Dr.; c/o Univ. München
4 Laufend
9 **Der Durchbruch zur Massenbewegung 1875 bis 1905. Arbeiter und Arbeiterbewegung im Kaiserreich II**
10.1 1875-1905
10.2 Deutschland
12 Veröffentlichung 1986 im Rahmen des Projekts: Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts, hrsg. von Gerhard A. Ritter im Verlag Dietz, Bonn

0 84-022
1 Univ. Münster, FB 10, Geschichte, Historisches Seminar, Abt. für osteuropäische Geschichte, Domplatz 20-22, 4400 Münster
2.1 LEHNERT, Katharina; Schurzelterstr. 561, 5100 Aachen
2.2 Prof. Dr. Erwin Oberländer
5 Beginn: 12/83, Ende: 3/86
6 Diss.
8 Bearb.
9 **"Arbeiterwohl". Verband katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde. 1880-1904**
10.1 1880-1904
10.2 Deutschland
11.1 Entstehungsbedingungen: Reichstagswahlen 1878, Schutzzollgesetzgebung, Abwehr der Sozialdemokratie; Entwicklung, Organisation und Tätigkeit des Verbandes: Mitgliederstruktur, Verbindungen zum Zentrum (Hitze, Windhorst), Beziehungen zu Volksverein, Gewerkschaften und Staat; Arbeitgeberverband oder gemeinnütziger Verein?; Bedingungen für die modifizierte Zielsetzung des Verbandes 1904
14 Auswertung der Verbandszeitschrift und -Veröffentlichungen
16 StadtA Mönchengladbach; Protokolle der Katholikentage etc.

0 84-023
1 Univ. München, Fak. für Geschichts- und Kunstwissenschaften, Institut für Neuere Geschichte, Franz-Joseph-Str. 10, 8000 München 40; Tel. 089/21802960
2.1 TENFELDE, Klaus, Priv.-Doz. Dr.; c/o Univ. München
4 Laufend
9 **Zwischen Integration und Klassenkampf 1905 bis 1918. Arbeiter und Arbeiterbewegung im Kaiserreich III**
10.1 1905-1918
10.2 Deutschland
12 Veröffentlichung 1987 im Rahmen des Projekts: Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit beginn des 19. Jahrhunderts, hrsg. von Gerhard A. Ritter im Verlag Dietz, Bonn

0 84-024
2.1 BUSCHAK, Willy, Dr.; Eulenbaumstr. 291, 4630 Bochum 1
5 Ende: 6/84
6 Eigenprojekt des Bearb., Aufsatz
8 Bearb.
9 **Gewerkschaftlicher Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten**
10.1 1930-1939
11.1 Bedingungen für Entwicklung und Verlaufsformen von Widerstand in einem kleinen Verband; Zusammenhang von Widerstand und Opposition in Betrieben
13 **Buschak, Willy: Gewerkschaftlicher Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Der Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten.** O.O., 1983
16 Archivalien; Interviews

0 84-025
2.1 LANGKAU-ALEX, Ursula, Dr.; H. Cleyndertweg 436, NL-1025 EN Amsterdam; Tel. 367632
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz
9 **Zur Genesis des Begriffs "Volksfront", 1932 bis 1934/35**
10.1 1932-1934/35
10.2 Deutschland, Frankreich, Saargebiet
11.1 Entstehung des Begriffs "Volksfront" in der Abwehr des Nationalsozialismus auf liberal-demokratischer bis konservativer

und christlicher Seite 1932; Übernahme des Begriffs durch die Kommunisten 1934, einmal für Innerdeutschland, zum anderen – und davon bündnispolitisch wie programmatisch unterschieden – im Saarkampf; Vergleich zur Entwicklung des Terminus "front populaire", seiner inhaltlichen Füllung bzw. Wandlung

12 Veröffentlichung 1984 in: Jahrbuch Arbeiterbewegung

14 Chronologisch vorgehende Auswertung von Aufrufen, Programmen usw. sowie Analyse ihres aktuellen politischen und/oder ideologischen Hintergrunds; Widerlegung der These von der Kontinuität kommunistischer Politik einerseits, derjenigen vom Durchbruch einer neuen Rechtstaktik andererseits mit dem – hier zentral gestellten – Aufruf des ZK der KPD vom November 1934 an die "christlichen Werktätigen Deutschlands"

II. Darstellungen in zeitlicher Folge

a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes

–

b) 1890-1914

0 84-026

2.1 NEUHAUS, Rolf; Friedbergstr. 17, 1000 Berlin 19; Tel. 3235311

5 Beginn: 7/83, Ende: 10/83

6 Eigenprojekt des Bearb., Aufsatz

8 Bearb.

9 **Zum Arbeitskampferfolg der Gewerkschaften vor dem Ersten Weltkrieg. Streik und Aussperrung auf den Werften 1910**

10.1 1909-1913

10.2 Deutschland

11.1 Überprüfung der These vom abnehmenden Arbeitskampferfolg der Gewerkschaften vor 1914

12 Veröffentlichung vorgesehen 1984 in: IWK, Jg. 20 (1984)

14 Darstellung eines Arbeitskampfes und der Bedeutung seiner Ergebnisse

16 Arbeitgeber- und Gewerkschaftspresse

c) Weltkrieg und Revolution

–

d) Weimarer Republik

0 84-027

2.1 WINKLER, Heinrich August, Prof. Dr.; c/o Univ. Freiburg, Historisches Seminar, Mittlere und Neuere Geschichte, Werthmannplatz, 7800 Freiburg i.B.

4 Laufend

9 **Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik**

10.1 1918-1933

10.2 Deutschland

11.1 Angelegt auf 3 Bde

12 **Winkler, Heinrich August: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik. Bd I. 1918-1924** (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts, hrsg. von Gerhard A. Ritter). Bonn: Verlag Dietz 1984

19 Verlag Dietz, Bonn

0 84-028

1 Univ. Kopenhagen, Institut für Zeitgeschichte, Njalsgade 102, DK-2300 Kopenhagen S

2.1 LAMMERS, Karl Christian; Kuhlausgade 43, DK-2100 Kopenhagen Ö

5 Beginn: 83, Ende: 85

6 Eigenprojekt der Univ. Kopenhagen; Eigenprojekt des Bearb.; Monographie

8 Univ. Kopenhagen

9 **Politik der SPD gegenüber Faschismus und Nationalsozialismus zwischen 1920 und 1933**

10.1 1920-1933

10.2 Deutschland

11.1 Untersuchung der Analyse und der Politik der SPD gegenüber dem Faschismus und Nationalsozialismus 1920-1933; u.a. unter Berücksichtigung der Erfahrungen der italienischen Sozialisten für die antifaschistische Politik der SPD nach 1929/30

12 **Lammers, Karl Christian: Antifascismen i SPD** (Antifaschismus in der SPD), in: Löe, H. (Hrsg.): Kritisk fascismeforskning (Kritische Faschismusforschung). Aalborg 1982, S.313-344

16 SPD-Ae und Nachlässe; Zeitungen, Zeitschriften

0 84-029

1 TH Aachen, Philosophische Fak., Institut für Politische Wissenschaft, Templergraben 55, 5100 Aachen

2.1 DUBOIS, Wilfried; Gerlachstr. 20, 5100 Aachen; Tel. 0241/33771

2.2 Prof. Dr. Kurt Lenk

5 Beginn: 12/83, Ende:5/84

6 M.A.

8 Bearb.

9 **Die 'Marxistische Tribüne für Politik und Wirtschaft' (1931/32). Ein Beitrag zum Selbstverständnis der Linken in der deutschen Sozialdemokratie**

10.1 Ende 1930 bis Mitte 1932

10.2 Deutschland

11.1 Differenzen in der "'Klassenkampf'-Gruppe"; Spaltung der SPD-Linken 1931; Auseinandersetzung der "Rest-Linken" in der SPD mit der SAPD

14 Inhaltsanalyse der 'Marxistischen Tribüne'

16 'Marxistische Tribüne'; zeitgenössische Broschüren, andere Zeitschriftenbeiträge von Autoren der 'Marxistischen Tribüne'

e) 1933-1945

f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

0 84-030
1 Univ. Freiburg i.Br.
2.1 BOEHMER, Gerd; Ferdinand-Weiss-Str. 96, 7800 Freiburg
5 Ende: 84
6 Diss.
9 **Der Faschismus und der Wiederbeginn nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in den Hörspielen von 1945-1955**
19 MiCo, 1. Jg. (1982), H. 2

g) B R D

–

h) D D R

0 84-031
1 Univ. Hamburg, FB Geschichtswissenschaft, Historisches Seminar, Von-Melle-Park 6, IX, 2000 Hamburg 13
2.1 KLUSSMANN, Uwe; Schauenburger Str. 29, 2080 Pinneberg
2.2 Prof. Dr. Arnold Sywottek
4 Geplant
5 Beginn: 1/85, Ende: 12/85
6 M.A.
8 Bearb.
9 **Die Politik der SED von Juni 1953 bis ca. April 1954 ("Neuer Kurs")**
10.1 1953-1954
10.2 Deutsche Demokratische Republik
11.1 Entwicklung von Agitation und Propaganda sowie deren Rolle bei der Stabilisierung der Verhältnisse nach den Ereignissen des 17. Juni 1953
16 Neues Deutschland; Einheit; Neuer Weg; Protokoll des IV. Parteitages der SED; Literatur der BRD- und DDR-Geschichtsschreibung

0 84-032
2.1 WEINZEN, Hans Willi, Dr.; Friedrich-Wilhelm-Str. 93, 1000 Berlin 42; Tel. 030/7525748; URBAN, Detlef, Dipl. Pol.
5 Beginn: 12/82, Ende: 12/83
6 Edition, Monographie
8 Bearb.
9 **Jugend ohne Bekenntnis? Jugendweihe und Konfirmation in der Deutschen Demokratischen Republik 1954-1984**
10.1 1954-1984
10.2 DDR
11.1 Entwicklung der Elemente und Funktion der Jugendweihe; Veränderungen der Konfirmation durch Jugendweihe-Konflikt etc.
12 Veröffentlichung mit einem Vorwort von R. Henkys 1984 im Wichern Verlag, Berlin
13 Ms.
14 Quellenedition mit durchgehendem monographischem Text
16 Gedruckte und ungedruckte Quellen

III. Regionale und lokale Darstellungen

0 84-033
2.1 MÜHLDORFER, Friedbert; Wilhelm-Herz-Str. 14a, 8000 München 40; Tel. 089/3614313
5 Beginn: 2/83, Ende: 86
6 Diss.
8 Bearb.
9 **Organisation und Politik der KPD in München von 1945 bis 1956**
10.1 1945-1956
10.2 Schwerpunkt München; Bezirk Südbayern bzw. Bayern
11.1 U.a. Organisationsgeschichte, parlamentarische Arbeit, Bündnispolitik
16 OMGUS-Akten; staatliche, städtische und private Ae; Zeitungen; Nachlässe, Interviews

a) Regional

0 84-034
1 Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB (WSI), Hans-Böckler-Str. 39, Postfach 300215, 4000 Düsseldorf 30
2.1 PERNER, Detlef; c/o WSI
5 Beginn: 12/83, Ende: ca. 2/84
6 Eigenprojekt des Bearb.; Aufsatz
8 WSI
9 **Zur "Reorganisierung" der Selbstverwaltung des Handwerks in der britischen Zone**
10.1 1945-1947 (1949)
10.2 Britische Besatzungszone
11.1 Entstehung der Verordnung über den Aufbau des Handwerks vom 6.12.1946 – als Ergebnis einer Zusammenarbeit des organisierten selbständigen Handwerks und der staatlichen Wirtschaftsverwaltung (ZAW), wobei unterschiedliche Interessen in unterschiedlicher Absicht zusammenwirken; "Handwerk" zur Sicherung der "eigenen" Organisation; ZAW zur Sicherung einer künftigen indikativen Marktwirtschaft
12 **Perner, Detlef: Mitbestimmung im Handwerk?** Köln 1983
13 Vgl. Literaturverzeichnis zu 12
16 Festschriften; Protokolle der Vereinigung der Handwerkskammern in der britischen Zone resp. des Handwerkkammertags der britischen Zone; weitere Dokumente

0 84-035
2.1 SEIBERT, Hubertus, M.A.; Oberheckerweg 7, 5420 Lahnstein
5 Beginn: 8/83, Ende: 4/84
6 Eigenprojekt des Bearb., Aufsatz
8 Bearb.
9 **Geschichte der Arbeiterbewegung im Großraum Koblenz 1918-1933**
10.1 1918-1933
10.2 Reg. Bez. Koblenz (Kreis Neuwied, Unterlahn etc.)
11.1 Darstellung der Parteiorganisationen; welche Berücksichtigung findet die Ar-

beiterbewegung, ihre Parteien und Aktionen, in der Presse; Kampf der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus
12 Geplant: Veröffentlichung 1984 in: Jahrbuch für Westdeutsche Landesgeschichte
14 Zeitungsauswertung; Interviews
16 BA Koblenz, LHA Koblenz, HStA Wiesbaden, StadtAe; 'Rheinische Warte', 'Volksstimme', 'Sozialistische Republik'

0 84-036
1 Univ. Mainz, FB 16, Geschichtswissenschaft, Historisches Seminar, Abt. 4, Saarstr. 21, 6500 Mainz
2.1 FUCHS, Konrad, Prof. Dr.; c/o Univ. Mainz
4 Ms. abgeschlossen
6 Auftragsforschung, Aufsatz
7 Nassauischer Verein für Nassauische Naturkunde, Wiesbaden
8 Nassauischer Verein für Nassauische Naturkunde, Wiesbaden
9 **Die wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung im Herzogtum Nassau 1815-1866**
10.1 1815-1866
10.2 Herzogtum Nassau
11.1 Lage der nassauischen Wirtschaft und die durch sie bedingte soziale Situation der nassauischen Arbeiterschaft; Absatz- und Arbeitsverhältnisse
16 Primär- und Sekundärmaterial

0 84-037
1 Univ. Innsbruck
2.1 WERTH, Walther; Müllerstr. 47, A-6020 Innsbruck
5 Ende: 85
6 Diss.
9 **Die französische Revolution im Spiegel der Zeitschriften norddeutscher Jakobiner**
10.2 Norddeutschland
19 MiCo, 1. Jg. (1982), H. 2

0 84-038
1 Historische Kommission zu Berlin (HiKozB), Sektion Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Kirchweg 33, 1000 Berlin 38; Tel. 030/8031061
2.1 WÖLK, Monika, Dr.; c/o HiKozB
4 Abgeschlossen
6 Geförderte Forschung, Monographie
7 Prof. Dr. Otto Büsch, HiKozB
8 HiKozB, DFG
9 **Wählergenerationen in Preußen zwischen Kaiserreich und Republik. Ein Beitrag zu einem Kontinuitätsproblem der preußisch-deutschen Geschichte im Ausschnitt preußischer Regierungsbezirke**
10.1 1871-1933
10.2 Preußen
11.1 Die Arbeit ist eine zeitliche Fortführung der Diss. der Bearb. über den "preußischen Volksschulabsolventen als Reichstagswähler" [s. Proj.-Nr. 2444 (1/75) und Nachtrag (4/79)]; Grundfrage: Gibt es ein generationsbedingtes Wahlverhalten in der deutschen Geschichte in der Kontinuität über 1918/19 hinaus?
12 Veröffentlichung geplant. – **Wölk, Monika: Der preußische Volksschulabsolvent als Reichstagswähler 1871-1912. Ein Beitrag zur Historischen Wahlforschung in Deutschland** (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 28). Berlin: Colloquium 1980
13 Ms.
16 Amtliche Statistiken

0 84-039
1 Historische Kommission zu Berlin (HiKozB), Kirchweg 33, 1000 Berlin 38; Tel. 030/8031061
2.1 NÖCKER, Horst; c/o HiKozB
5 Beginn: 7/82, Ende: 12/83
6 Geförderte Forschung, Eigenprojekt der HiKozB
8 HiKozB, DFG
9 **Der preußische Reichstagswähler in Kaiserreich und Republik. Analyse, Interpretation, Dokumentation. Ein historisch-statistischer Beitrag zum Problem eines epocheübergreifenden Wählerverhaltens**
10.1 1912-1924
10.2 Preußen in den Grenzen von 1925
11.1 Quantifizierende Klärung des Verhältnisses von struktureller Gebundenheit und epocheübergreifender Kontinuität des Wählerverhaltens in Preußen 1912-1924
13 Ms.
14 Korrelationsanalyse von Wahl- und sozioökonomischen Eckdaten bearbeiteter amtlicher Statistik auf der Basis von 277 Erhebungseinheiten

0 84-040
1 Univ. Wuppertal, FB Sozialwissenschaften
2.1 NELLES, Dieter; Marienstr. 101, 5600 Wuppertal 1
2.2 Prof. Dr. Gerhard Deimling
5 Beginn: 4/83, Ende: 4/84
6 Dipl.
8 Bearb.
9 **Zur Soziologie und Geschichte des Anarcho-Syndikalismus im rheinisch-bergischen Raum unter besonderer Berücksichtigung des Wuppertals**
10.1 1918-1945
10.2 Rheinisch-bergischer Raum
11.1 Historische Darstellung der FAUD; Klassenstruktur der FAUD
16 HStA Düsseldorf; IISG Amsterdam; DGB-A Düsseldorf; StadtA Wuppertal; BA Koblenz; Organisationszeitungen; Tagespresse; Oral History

0 84-041
1 Univ. Heidelberg, Wirtschaftswissenschaftliche Fak., Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, LS Prof. Dr. Volker Sellin, Grabenstr. 14, 6900 Heidelberg

2.1 ZIMMERMANN, Clemens, Dr.; Kastellweg 10, 6900 Heidelberg
4 Geplant
5 Beginn: 7/84, Ende: 6/86
6 Eigenprojekt des Bearb., Monographie
8 Univ. Heidelberg, Bearb.
9 **Ländliche Tabakarbeiter 1880-1930**
10.1 1880-1930
10.2 Rhein-Neckar-Region
11.1 Arbeits- und Lebensverhältnisse ländlicher Tabakarbeiter im dörflichen Sozialzusammenhang; Organisationspresse
14 Interviews; Akten- und Inhaltsanalyse; deskriptive Statistik
16 GLA Karlsruhe; Firmen-, Kirchen-, Gemeinde- und Privat-Ae

0 84-042
1 Univ. Hagen
2.1 VONDE, Detlef
2.2 Prof. Dr. Lutz Niethammer
4 Laufend
6 Diss.
9 **Industrialisierung und Urbanisierung**
10.1 1856-1918
10.2 Ruhrgebiet
11.1 Probleme der Stadterhebung von Industriegemeinden im Ruhrgebiet 1856-1918
19 IMS, H. 2/1983

0 84-043
1 Univ. Duisburg, Forschungsschwerpunkt: Geschichte und Religion des Judentums, Bürgerstr. 15, 4100 Duisburg 1
2.1 HEID, Ludger, Dr.; Schillerplatz 3, 4100 Duisburg 1; Tel. 0203/340816
5 Beginn: 12/83, Ende: 3/84
6 Eigenprojekt der Univ. Duisburg, Aufsatz
7 Leo Baeck Institut, London
8 Bearb.
9 **East-European Jewish Workers in the Ruhr 1915-1922**
10.1 1915-1922
10.2 Ruhrgebiet
11.1 Zwischenergebnisse der gleichnamigen Habil. des Bearb.: Ostjuden als Arbeiter in der deutschen Rüstungsindustrie des Ersten Weltkrieges und im Bergbau (s. Proj.-Nr. 83-237); ostjüdische Zu- und Weiterwanderung zu Beginn der Weimarer Zeit; Verhältnis Sozialdemokratie und Antisemitismus; kultureller Aspekt; Vereinstätigkeit etc. der Ostjuden
12 **Heid, Ludger: Das ostjüdische Proletariat in Duisburg 1914-1922**, in: Duisburger Forschungen, Bd. 33. Duisburg: Walter Braun Verlag 1984
13 **Heid, Ludger:** Unveröffentlichte Berichte
16 Städtische RuhrgebietsAe; StAe Münster, Düsseldorf; WerksAe; Leo Baeck Institut, London; Zionistisches ZentralA, Jerusalem; Interviews

0 84-044
1 Univ. Bochum, Abt. für Geschichtswissenschaft, LS für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 2, Postfach 102148, 4630 Bochum
2.1 JÄGER, Wolfgang; Friedlandstr. 2, 4630 Bochum 6
2.2 Prof. Dr. Dietmar Petzina
5 Ende: 86/87
6 Diss.
9 **Soziale Lage und politisches Verhalten der Ruhrarbeiterschaft in der Weimarer Republik**
10.1 1918-1933
10.2 Ruhrgebiet
16 StAe Münster, Düsseldorf; StadtAe; UnternehmensAe

0 84-045
1 Univ. Münster, FB Geschichte, Schloßplatz 1, 4400 Münster
2.1 PUDLICH, Ina; Akazienstr. 44, 4600 Dortmund 1; Tel. 0231/596356
2.2 Prof. Dr. Manfred Botzenhart
4 Laufend
6 Diss.
8 Bearb.
9 **Die Kommunalpolitik der SPD in der Weimarer Republik am Beispiel ausgewählter Städte des Ruhrgebiets**
10.1 1918-1933
10.2 Ruhrgebiet
11.1 Darstellung der sozialdemokratischen Arbeit auf dem Gebiet der Kommunalpolitik
16 Archivmaterialien; Zeitungen; Protokollbücher; Interviews mit zeitgenössischen sozialdemokratischen Kommunalpolitikern

0 84-046
1 Univ. Oldenburg, FB 3, Ammerländer Heerstr. 65-99, 2900 Oldenburg
2.1 HENZE, Jochen; Ziegelstr. 8, 3000 Hannover 81
2.2 Prof. Dr. Erhard Lucas-Busemann
5 Ende: 10/84
6 Diss.
9 **Die Bewegung für die Sechsstundenschicht im Ruhrbergbau 1918-1920. Ursachen und Verlauf eines Arbeitszeitkonfliktes**
10.1 1918-1920
10.2 Ruhrgebiet
11.1 Arbeitszeitproblematik im Ruhrbergbau; Zeiterfahrung und -bewußtsein von Ruhrbergarbeitern
13 **Henze, Jochen: Untersuchungen zu den Auseinandersetzungen um die Sechsstundenschicht im Ruhrbergbau.** Staatsex., Univ. Göttingen 1979. – **Henze, Jochen: Bergarbeiterbewegung in Oberhausen.** Bremen 1983
16 Staats-, Stadt- und WirtschaftsAe; Zeitungen

0 84-047
1 Univ. Bochum, Abt. für Sozialwissenschaft, Zentrales Sozialwissenschaftliches Seminar, LS SWG II, Postfach 102148, 4630 Bochum 1

2.1 MOLLENHAUER, Holger; Dammannstr. 59, 4300 Essen 1
2.2 Prof. Dr. Dietmar Petzina
5 Beginn: 1/83, Ende: 12/84
6 Diss.
8 Stipendium Hans-Böckler-Stiftung
9 **Soziale und materielle Lage der Industriearbeiterschaft in den Städten des Ruhrgebietes. 1945-1949/50**
10.1 1945-1949/50
10.2 Ruhrgebiet
11.1 Veränderungen der sozialstrukturellen Zusammensetzung der Industriearbeiterschaft in der Nachkriegszeit; Spezifika kriegs- und nachkriegsbedingter Mobilisierungen und Veränderungen der materiellen Lage; soziales Protestverhalten am Beispiel der Lebensmittelunruhen und der Demontage; Rolle der Bewirtschaftung für die materielle Lage
13 Exposé
14 StadtAe; amtliche Statistiken; Zeitungen; gewerkschaftliche Quellen

0 84-048
1 Univ. Mainz, FB 16, Geschichtswissenschaft, Historisches Seminar, Abt. 4, Saarstr. 21, 6500 Mainz
2.1 FUCHS, Konrad, Prof. Dr.; c/o Univ. Mainz
4 Im Druck
6 Eigenprojekt der Univ. Mainz, Aufsatz
7 Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, Wiesbaden
8 Verein für Nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung, Wiesbaden
9 **Bemerkungen zur Gastarbeiterfrage im 19. Jahrhundert**
10.1 19. Jahrhundert
10.2 Westdeutschland
11.1 Darstellung der sozialen Situation; Arbeits- sowie Wohn- und Lebensverhältnisse
16 Archivalien

0 84-049
1 Univ. Bielefeld, Fak. für Geschichtswissenschaft und Philosophie, Abt. Geschichtswissenschaft; Universitätsstr. 25, Postfach 8640, 4800 Bielefeld 1
2.1 KREY, Ursula; Siegfriedstr. 32, 4930 Detmold
2.2 Prof. Dr. Reinhart Koselleck
5 Beginn: 7/83, Ende: 3/85
6 Eigenprojekt der Bearb., Diss.
8 Bearb.
9 **Vereinsbestrebungen und Vereine zum Wohle der arbeitenden Klassen in der Provinz Westfalen**
10.1 Bis ca. 1850
10.2 Provinz Westfalen
11.1 Stellenwert von Bildung und Forschritt innerhalb der Vereinsbestrebungen; die Initiatoren und die Adressaten; Grad der Politisierung
13 **Krey, Ursula: Arbeiterbildung und Fortschritt vor 1848.** Thesenpapier, Münster 1983
14 Auswertung der Quellen im Hinblick auf Informationen; quellenkritische Interpretation mit begriffsgeschichtlichem Ansatz
16 StAe Münster und Detmold, StadtAe: Akten der Politischen Polizei, des Oberpräsidiums und der Regierungen (Minden, Arnsberg, Münster) sowie der einzelnen Landratsämter zum Vereinswesen; zeitgenössische gedruckte Quellen: Broschüren, Flugblätter

0 84-050
2.1 BUSCHAK, Willy, Dr.; Eulenbaumstr. 291, 4630 Bochum 1
5 Ende: 6/84
6 Eigenprojekt des Bearb., Aufsatz
8 Bearb.
9 **Die westfälische Zigarrenarbeiteraussperrung 1911**
10.1 1911
10.2 Westfalen
11.1 Streikverhalten der Zigarrenarbeiter; Zusammenarbeit christlicher und freier Gewerkschaften; Unternehmerstrategien
16 Archivalien, Periodika

b) Lokal

0 84-051
1 Univ. Hamburg, FB 8, Geschichtswissenschaft, Historisches Seminar, Von-Melle-Park 6, IX, 2000 Hamburg 13
2.1 WYRWA, Ulrich; Wohlers-Allee 8 a, 2000 Hamburg 50
2.2 Prof. Dr. Arno Herzig
5 Beginn: 3/83, Ende: 85/86
6 Diss.
8 Bearb.
9 **Der Alkohol und die Industrielle Revolution. Die Trinksitten der Arbeiter Berlins und Hamburgs im 19. Jahrhundert**
10.1 19. Jahrhundert
10.2 Berlin, Hamburg
11.1 Darstellung des Wandels des Trinkverhaltens unter dem Einfluß der Industrialisierung nach den Quellen und Erklärungen in dem Zusammenhang der sich bildenden Arbeiterkultur; Untersuchung der Bedeutung der Kneipe und der Trink-Rituale für die Umgangsformen der Arbeiter
12 **Wyrwa, Ulrich: Der Alkoholgenuß der Hamburgischen Unterschichten (1750-1850),** in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 7 (1984), Kramer Verlag, Berlin
13 **Wyrwa, Ulrich: Alkoholgenuß und Arbeitsdisziplin der Hamburger Unterschichten (1750-1850).** Ex., Univ. Hamburg 1981 [s. Proj.-Nr. 82-126]

0 84-052
1 Historische Kommission zu Berlin (HiKozB), Kirchweg 33, 1000 Berlin 38; Tel. 030/8031061
2.1 WILDE, Alexander; Suttner Str. 16, 1000 Berlin 42; Tel. 030/7538973

2.2 Prof. Dr. Otto Büsch
5 Beginn: 83, Ende: 12/86
6 Auftragsforschung, Diss.
7 HiKozB
8 HiKozB, Bearb.
9 **Berliner Wahlen in der Spätphase der Weimarer Republik**
10.1 1928-1933
10.2 Berlin
11.1 Darstellung und Analyse der Berliner Reichstags-, Landtags- und Kommunalwahlen auf der Grundlage vorwiegend archivalischen Materials, die sowohl das Ringen der einzelnen Parteien um die Wähler als auch deren von wachsender Radikalisierung gekennzeichnetes Verhalten vor dem Hintergrund der politisch-sozialen Situation beinhalten, sollen zu einer Beantwortung der Frage nach Ursachen, Formen und Stadien des Zerfalls der Weimarer Demokratie in dieser Stadt beitragen
16 Flugblätter, Plakate, Broschüren, Zeitungen; parteiinterne Protokolle und Schriftwechsel; Memoiren; statistisches Material

0 84-053
1 Univ. of Oxford, St. Antony's College, GB
2.1 MOSS, Timothy; Berlin
2.2 Dr. I.R.C. Wright
5 Ende: 7/84
6 Diss.
9 **Politische Parteien und Selbstverwaltung. Das Berliner Stadtparlament**
10.1 1929-1931
10.2 Berlin
16 Protokolle der Berliner Stadtverordnetenversammlung und des Preußischen Landtags; Berliner Tageszeitungen
19 IMS, H. 2/1983

0 84-054
1 FU Berlin, ZI für sozialwissenschaftliche Forschung, Babelsberger Str. 14-16, 1000 Berlin 31
2.1 HURWITZ, Harold, Prof. Dr.; SÜHL, Klaus; c/o FU Berlin
4 Laufend; teilweise abgeschlossen
6 Geförderte Forschung
8 DFG; Stiftung VWW
9 **Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945**
10.1 Nach 1945
10.2 Berlin
12 **Hurwitz, Harold: Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn konservativer Politik** (= Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 1). Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1983
13 **Hurwitz, Harold: Autoritäre Tradierung und Demokratiepotential in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung** (= Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 2). – **Hurwitz, Harold: Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945-1946** (= Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 3). – **Hurwitz, Harold: Der Kampf um Selbstbehauptung, Einheit und Freiheit** (= Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 4)
14 Verbindung quantifizierender und qualitativer Analysemethoden; Dateien
16 AdsD, Bonn; Akten der amerikanischen und britischen Militärregierungen; diverse Akten und Materialien aus Berliner Aen und aus Privatbesitz; eigene Dateien: Lebenslaufdaten von Sozialdemokraten, Berichterstattung der Berliner Presse

0 84-055
2.1 BRANDT, Peter, Dr.; c/o TU Berlin, Institut für Geschichtswissenschaft, FG Neuere Geschichte, Ernst-Reuter-Platz 7, 1000 Berlin 10; Tel. 3143253-54
4 Abgeschlossen
8 Aufsatz
8 Bearb.
9 **Betriebsräte, Neuordnungsdiskussion und betriebliche Mitbestimmung in Bremen 1945-1948**
10.1 1945-1948
10.2 Bremen
11.1 Darstellung und Analyse der Auseinandersetzung über die betriebliche Mitbestimmung nach 1945 als paradigmatisch für die gesellschaftspolitischen Konflikte in den Westzonen Deutschlands
12 Veröffentlichung vorgesehen 1984 in: IWK, Jg. 20 (1984)
14 Historische Lokalstudie im Bereich der politischen Sozialgeschichte
16 Staatliche Ae, v.a. StA Bremen einschließlich der Akten der US-Militärregierung; Organisations- und Privat-Ae; Interviews

0 84-056
2.1 STÜBLING, Rainer, Dr.; Kastellstr. 24, 6000 Frankfurt/M.
5 Beginn: 12/83, Ende: 6/84
6 Eigenprojekt des Bearb.
8 Bearb.
9 **Die Sozialdemokratie in Frankfurt am Main 1918-1933**
10.1 1918-1933
10.2 Frankfurt/M.
11.1 Grundriß der Geschichte der Frankfurter SPD; die Rolle des Parteisekretärs Konrad Broßwitz; die Rolle von Toni Sender
13 **Stübling, Rainer:** Unveröffentlichte Berichte
16 Etwa 60 Leitartikel von Konrad Broßwitz; Berichte aus Mitgliederversammlungen der Frankfurter SPD (Zeitungsberichte aus der 'Volksstimme')

0 84-057
1 Univ. Erlangen-Nürnberg, Philosophische Fak. 1, Institut für Geschichte

2.1 WILL, Peter
2.2 Prof. Dr. Rudolf Endres
4 Laufend
6 Ex.
9 **Die Revolution 1918/19 in Fürth**
10.1 1918/19
10.2 Fürth
19 IMS, H. 2/1983

0 84-058
1 Univ. Hamburg, FB Geschichtswissenschaft, Moorweidenstr. 9, 2000 Hamburg 13
2.1 KAISER, Ralf; Zimmerstr. 1, 2000 Hamburg 76
2.2 Prof. Dr. Arno Herzig
5 Ende: 5/84
6 M.A.
8 Bearb.
9 **Die Unruhen der Hamburger Handwerkergesellen von 1791 bis in die 1840er Jahre. Konflikte und Organisationsformen vor der Entstehung der Arbeiterbewegung**
10.1 1791-1848
10.2 Hamburg
11.1 Untersuchung der Streiks und Unruhen der Gesellen; Organisation anfangs zünftig, Konflikte werden traditionell erlebt; ab 1830 gewerkschaftliche Ansätze, die die Grenzen der Zunft überbrücken; erste Arbeiterorganisation der Arbeiter-Bildungs-Verein von 1845
14 Regionalgeschichtlicher Ansatz
16 StA Hamburg: Senatsprotokolle, Amtsbücher, Polizeiakten, Flugschriften

0 84-059
1 Univ. Hamburg, FB 8, Geschichtswissenschaft, Historisches Seminar, Von-Melle-Park 6, 2000 Hamburg 13
2.1 MEYER-LENZ, Johanna; Wrangelstr. 18, 2000 Hamburg 20; Tel. 040/4201373
2.2 Prof. Dr. Klaus Saul
5 Beginn: 8/81, Ende: 8/85
6 Diss.
8 Bearb.
9 **Werftarbeiter in Hamburg 1870-1902. Zur Problematik der Berufsvielfalt der Werftarbeiter für die Gewerkschaftsorganisation und Interessenartikulation in der Frühphase der Hamburger Eisenschiffbauindustrie**
10.1 1870-1902
10.2 Hamburg
11.1 Differenzierung des Begriffs 'Werftarbeiter'; Genese der unterschiedlichen Beschäftigtengruppen und des darin liegenden Konfliktpotentials; Beschreibung der inneren Kohäsion der Werftarbeiterorganisationen; soziale und materielle Situation der Mitglieder und Funktionäre sowie der subsidiären Organisationen (Krankenkassen) und ihre Rolle für die Kohäsion der Gewerkschaften; Untersuchung der Hamburger Werftindustrie; Konflikte 1890 und 1900 und ihre Auswirkungen
12 **Meyer-Lenz, Johanna: Schiffszimmerer – Eisenschiffbauer – Werftarbeiter. Zu Fragen der Organisationen und Streiks des Hamburger Werftarbeiterproletariats 1880-1890,** in: Herzig, Arno, Dieter Langewiesche und Arnold Sywottek (Hrsg.): Arbeiter in Hamburg. Hamburg: Verlag Erziehung und Wissenschaft 1983. S.215-228
16 StA Hamburg, Bestände der Politischen Polizei, Aufsicht über Versicherungen, Senatsakten; Firmen Ae; Berufs- und Gewerbestatistiken; Jahresberichte der Gewerkschaften

0 84-060
1 Univ. Hamburg, FB 7, Sprachwissenschaften, Literaturwissenschaftliches Seminar, Von-Melle-Park 6, IV, 2000 Hamburg 13
2.1 HEMPEL-KÜTER, Christa; Wördenmoorweg 67, 2000 Hamburg 62
2.1 Prof. Dr. Hans-Harald Müller
5 Beginn: 6/82, Ende: 6/85
6 Diss.
8 Bearb., Stipendium Studienstiftung des deutschen Volkes
9 **Die 'Hamburger Volkszeitung' und die Arbeiterkorrespondentenbewegung. Eine Lokalstudie als Beitrag zur Darstellung der kommunistischen Pressepolitik 1919-1933**
10.1 1918/19-1933
10.2 Hamburg
11.1 Monographie der 'Hamburger Volkszeitung' und der Arbeiterkorrespondentenbewegung; Auswirkungen der 'Bolschewisierung' bzw. 'Stalinisierung' der KPD auf die Presse; Strategien proletarischer Gegenöffentlichkeit; staatliche Reaktionen und Sanktionen
13 **Hempel-Küter: Die Arbeiterkorrespondentenbewegung. Ein Vergleich ihrer Darstellung in ausgewählten Literaturwissenschaftlichen Texten mit eigenen Untersuchungen am Beispiel der 'Hamburger Vorlkszeitung'.** M.A., Univ. Hamburg 1982
16 Zeitungen; Archivalien; parteiinterne Publizistik

0 84-061
1 KZ-Gedenkstätte Neuengamme; Neuengammer Heerweg, 2050 Hamburg 80
2.1 EIBER, Ludwig, Dr.; c/o KZ-Gedenkstätte Neuengamme
5 Beginn: 83, Ende: 85/86
6 Eigenprojekt der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Eigenprojekt des Bearb., Monographie
8 KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Bearb.
9 **Konzentrationslager Neuengamme 1938-1945**
10.1 1938-1945
10.2 Hamburg

11.1 Darstellung der Geschichte des KZs und seiner Häftlinge; Rüstungsproduktion und KZ; Vernichtung; Besatzungspolitik und KZ;
12 **Eiber, Ludwig: Arbeitssklaven für SS und Kriegswirtschaft. Häftlingsarbeit im KZ Neuengamme 1940-1945**, in: Herzig, Arno, Dieter Langewiesche und Arnold Sywottek (Hrsg.): Arbeiter in Hamburg. Hamburg: Verlag Erziehung und Wissenschaft 1983. S.559-568
16 Interview; schriftliche Befragung; Auswertung von Massendaten

0 84-062
1 Univ. Hamburg, FB Geschichtswissenschaft, Historisches Seminar, Von-Melle-Park 6, IX, 2000 Hamburg 13
2.1 KLUSSMANN, Uwe; Schauenburger Str. 29, 2080 Pinneberg
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz, Hauptseminarreferat
8 Bearb.
9 **Die Kommunistische Partei Deutschlands im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf 1953**
10.1 1953
10.2 Hamburg
11.1 Untersuchung der Frage, inwieweit die Propaganda und die Programmatik der KPD neben dem Anti-Kommunismus und den repressiven staatlichen Maßnahmen sowie der 5%-Klausel das schlechte Wahlergebnis der Partei verursacht haben
12 Veröffentlichung vorgesehen 1984 in: IWK, Jg. 20 (1984)
14 Ideologiekritische Analyse von Programmatik, Agitation und Propaganda
16 KPD-Veröffentlichungen; 'Hamburger Volkszeitung'; 'Hamburger Echo'; bürgerliche Zeitungen

0 84-063
1 Univ. Hamburg, FB 8, Historisches Seminar, Von-Melle-Park 6, 2000 Hamburg 13
2.1 GUENTHER, Bernd; Tresckowstr. 36, 2000 Hamburg 19; Tel. 4917732
2.2 Prof. Dr. Arno Herzig
5 Beginn: 10/81, Ende: 7/85
6 Eigenprojekt des Bearb., Diss.
8 Bearb.
9 **Herausbildung der sozialen Unterschichten im Übergang vom preußischen Fabriksystem des Ancien Regime zur frühen Industrialisierung Iserlohns**
10.1 ca. 1770-1840
10.2 Ehem. preußische Grafschaft Mark, Stadt Iserlohn
11.1 Beschreibung der sozialen Genese einer Kette von Generationen gewerblich Tätiger in der Stadt Iserlohn von proto-industrieller Zeit bis zum Beginn der Industrialisierung
16 Ae und Archivalien; Verwaltungs- und Kirchenakten; Zeitungen

0 84-064
1 Univ. of Chicago
2.1 TROY, Daniel
2.2 Prof. Dr. John Boyer
5 Ende: 3/84
6 Diss.
9 **Religion, Social Conflict and Municipal Politics in Cologne. 1881-1914**
10.1 1881-1914
10.2 Köln
16 Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung; Akten und Berichte der Stadtverwaltung; Zeitungen
19 IMS, H. 2/1983

0 84-065
1 Univ. München
2.1 GERSTENBERG, Günther; Reichenaustr. 15, 8000 München 60; Tel. 089/837248
5 Beginn: 9/82, Ende: 84
6 Eigenprojekt des Bearb., Monographie; evtl. M.A. o. Diss.
8 Bearb.
9 **Der Wiederaufbau der Gewerkschaften in München 1945-1949**
10.1 1945-1949
10.2 München
12 Geplant: Aufsatz zur Ausstellung "Trümmerzeit" im Stadtmuseum München, Feb. 1984
14 Untersuchung anhand von Archivalien (OMGUS etc.)
16 HStA München; StadtA München; Institut für Zeitgeschichte, München; Industrie- und Handelskammer, München; WerksAe; DGB-A, Düsseldorf

0 84-066
2.1 NORDSIEK, Marianne, Studiendirektorin a.D.; Rilkeweg 14, 4950 Minden
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz
8 Bearb.
9 **Politische Veranstaltungen im Amt Rehme in der Endphase der Weimarer Republik**
10.1 ca. 1928-1933
10.2 Ehemaliger Amtsbezirk Rehme, jetzt Stadt Bad Oeynhausen
11.1 Methoden der politischen Agitation; Themen, Ablauf und Resonanz von Veranstaltungen von NSDAP, DNVP, Stahlhelm, SPD und KPD
12 Veröffentlichung 1984 in: Mitteilungen des Mindener Geschichtsvereins, Jg. 55 (1983)
16 StadtA Bad Oeynhausen; Lokalzeitungen

0 84-067
1 Univ. Tübingen, Geschichtswissenschaftliche Fak.
2.1 GESTRICH, Wolfgang Andreas; Stuttgart-Rohr
2.2 Prof. Dr. Hermann
4 Laufend
6 Diss.
9 **Jugend in Ohmenhausen 1800-1918**

10.1 1800-1918
10.2 Ohmenhausen
11.1 Sozialgeschichtliche Studie zum Wandel des Jugendlebens in einem württembergischen Dorf unter dem Einfluß der Industrialisierung
12 Geplant: **Gestrich, Wolfgang Andreas und Susanne Mutschler: Ohmenhäuser Jugend im 19. Jahrhundert.** Publikation, 1984
13 Ms.
16 GemeindeA Ohmenhausen, StAe, Kirchen- und Landeskirchliche Ae, gedruckte Quellen
19 IMS, H. 2/1983

0 84-68
1 Univ. Siegen, FB 1, Philosophie, Religions-, Gesellschaftswissenschaften, Fach Landesgeschichte und Didaktik der Geschichte, Adolf-Reichwein-Str. 2, 5900 Siegen
2.1 GÖBEL, Gerhard; Sohlbacher Str. 149, 5900 Siegen
2.2 Prof. Dr. Harald Witthöft
5 Beginn: 8/82, Ende: 2/85
6 Diss.
8 Bearb.
9 **Sozialgeschichte der Stadt Siegen im 18. Jahrhundert**
10.1 1743-1806
10.2 Stadt Siegen in den Grenzen von 1983
11.1 Demographische Entwicklung der Stadt Siegen auf dem Hintergrund von sozial- und wirtschaftsstatistischen Faktoren; Ehepartner- und Patenwahl; konfessionelle Unterschiede
14 Familienrekonstruktion aus Kirchenbüchern
16 Archivalien (Tauf-, Toten- und Ehebücher)

I DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE

Niederlande

0 84-069
1 Univ. Nijmegen, Institut für Zeitgeschichte, Erasmusplein 1, Postfach 9103, NL-6500 HD Nijmegen
2.1 LIEROP, Pieter A.J.J. van; Van Langeveldstr. 39, NL-6521 MH Nijmegen
2.2 Prof. Dr. H. Termeer
4 Abgeschlossen
6 Diss.
8 Bearb.
9 **Kommunisten en andere socialisten in het bevrijde zuiden, september 1944-juli 1945** (Kommunisten und andere Sozialisten im befreiten Süden der Niederlande, September 1944 bis Juli 1945)
10.1 September 1944-Juli 1945
10.2 Süden der Niederlande
11.1 Die Politik der Kommunisten im befreiten Teil der Niederlande; Diskussion über eine Fortsetzung der KP; Bestrebungen, mit den Sozial-Demokraten eine Sozialistische Partei zu formieren
12 **Lierop, Pieter van: Kommunisten in Bevrijd Zuid-Nederland: "Voor één socialistische partij!"** (Kommunisten im befreiten Süden der Niederlande: "Für *eine* sozialistische Partei!"). Amsterdam: IPSO 1984
14 Chronologische Quellenstudie mit historiographischem Anhang
16 Kommunistische Zeitung "De Waarheid"; Archiv "Militair Gezag"; Privat-Ae; Interviews

Österreich

0 84-070
1 Univ. Wien, Rechtswissenschaftliche Fak., Institut für Politikwissenschaft
2.1 DIESS, Ludwig; Anastasius-Grün-Gasse 9/22, A-1180 Wien; Tel. 9329433
2.2 Prof. Dr. Peter Gerlich
4 Laufend
6 Diss.
9 **Arbeiterselbstverwaltung**
19 Info, 8. Jg. (1983), Nr. 28

0 84-071
1 Univ. Wien, Rechtswissenschaftliche Fak., Institut für Politikwissenschaft
2.1 BRAUNSDORFER, Johann; Tel. 9208045
2.1 Prof. Dr. Peter Gerlich
4 Laufend
6 Diss.
9 **SPÖ zwischen Systemverwaltung und Sozialismus**
10.2 Österreich
19 Info, 8. Jg. (1983), Nr. 28

0 84-072
1 Univ. Wien, Rechtswissenschaftliche Fak., Institut für Politikwissenschaft
2.1 STÖGER, Robert; Tel. 5758943
2.2 Prof. Dr. Peter Gerlich
4 Laufend
6 Diss.
9 **Die Gewerkschaften der Eisenbahner**
10.2 Österreich
19 Info, 8. Jg. (1983), Nr. 28

0 84-073
1 Univ. Wien, Rechtswissenschaftliche Fak., Institut für Politikwissenschaft
2.1 COFFEY, David; An der Zwerchwiese 9/1/1, A-1190 Wien; Tel. 422322
2.2 Prof. Dr. Peter Gerlich
4 Laufend
6 Diss.
9 **Wohnbaupolitik in Österreich seit 1918**
10.1 1918-1983
10.2 Österreich
19 Info, 8. Jg. (1983), Nr. 28

0 84-074
1 Univ. Salzburg, Geisteswissenschaftliche Fak., Institut für Geschichte, Mirabellplatz 2, A-5020 Salzburg
2.1 BRANDSTÄTTER-LANGGARTNER, Carola; Elsa-Brandströmstr. 2/2, A-5020 Salzburg
2.2 Prof. Dr. Gerhard Botz
4 Laufend
6 Ex.
9 **Der Jännerstreik 1918**
10.1 1918
10.2 Österreich
19 Info, 8. Jg. (1983), Nr. 28

0 84-075
1 Univ. Wien, Rechtswissenschaftliche Fak., Institut für Politikwissenschaft
2.1 BERGER, Karin; Andreas-Hofer-Gasse 53, A-2340 Mödling; Tel. 02236/86993
2.2 Prof. Dr. Peter Gerlich, Dr. Emmerich Talos
4 Laufend
6 Diss.
9 **Frauenindustriearbeit im Nationalsozialismus in Österreich und Zusammenhang zum faschistischen Frauenbild**
10.1 1938-1945
10.2 Österreich
19 Info, 8. Jg. (1983), Nr. 28

0 84-076
1 Univ. Wien, Rechtswissenschaftliche Fak., Institut für Politikwissenschaft
2.1 MÖLZER, Eva; Tel. 631465
2.2 Prof. Dr. Peter Gerlich
4 Laufend
6 Diss.
9 **Parteien und Staatsvertrag**
10.2 Österreich
19 Info, 8. Jg. (1983), Nr. 28

0 84-077
1 Univ. Graz, Geisteswissenschaftliche Fak., Institut für Geschichte, Abt. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Heinrichstr. 26, A-8010 Graz
2.1 KARNER, Stefan; c/o Univ. Graz
4 Laufend
6 Monographie
9 **Die Steiermark 1938-1945. Ihr soziales, wirtschaftliches und politisches Spannungsfeld**
10.1 1938-1945
10.2 Steiermark
19 Info, 8. Jg. (1983), Nr. 28

S c h w e i z

0 84-078
1 Univ. Zürich
2.1 LANG, Roman; Trittligasse 17, CH-8001 Zürich
5 Ende: 84
6 Diss.
9 **Stadtkritik im Zeitalter der Industrialisierung**
19 MiCo, 1. Jg. (1982), H. 2

0 84-079
1 Univ. Basel, Historisches Seminar, Hirschgässlein 21, CH-4058 Basel
2.1 BUESS, Eduard, Prof. Dr.; MATTMÜLLER, Markus, Prof. Dr.; c/o Univ. Basel
4 Laufend
6 Eigenprojekt der Bearb.
8 Bearb.
9 **Prophetischer Sozialismus. Blumhardt – Ragaz – Barth**
10.1 1899-1968
10.2 Schweiz
11.1 Zusammenfassende Darstellung des Denkens und der Bewegung der religiösen Sozialisten in der Schweiz
14 Das geplante Buch ist aus einer gemeinsamen Vorlesung an der Theologischen und Philosophischen Fakultät der Universität Basel hervorgegangen

0 84-080
1 Autorenkollektiv von Historikern und Politikwissenschaftlern
2.1 BRASSEL, Ruedi, Basel; DEGEN, Bernard, Basel; GROSS, Andreas, Zürich; TANNER, Jakob, Zürich; B. Degen, Baslerstr. 36, CH-4123 Allschwil; A. Gross, Minervastr. 118, CH-8032 Zürich
4 Abgeschlossen
6 Eigenprojekt der Autoren
8 Z-Verlag, Basel
10.1 1918-1984
10.2 Schweiz
11.1 22 Autoren bzw. Interviewpartner – alle in der schweizerischen Arbeiterbewegung rsp. in der "Alternativszene" engagiert – äußern sich zur Entstehung des schweizerischen Konkordanzmodells ("Zauberformel"-Koalition in der Bundesregierung), zur Sozialpartnerschaft in der Wirtschaft sowie zu den Voraussetzungen und Chancen einer (politischen) Opposition
12 **Brassel, Ruedi, Bernard Degen, Andreas Gross und Jakob Tanner (Hrsg.): Zauberformel: Fauler Zauber? SP-Regierungsbeteiligung und Opposition in der Schweiz.** Basel: Z-Verlag 1984

0 84-081
1 Hochschule St. Gallen
2.1 MEIER, Felix; Lämmlisbrunnenstr. 45, CH-9000 St. Gallen
5 Ende: 84
6 Diss.
9 **Die Gewerkschaften als Träger von Arbeitsmarktpolitik**
19 MiCo, 1. Jg. (1982), H. 1

0 84-082
1 Univ. Bern
2.1 ETTER, Christian; Wiesenstr. 35A, CH-3073 Gümligen

5 Ende: 84
6 Diss.
9 **Die branchenmäßige Lohnstruktur in der Schweiz 1950-1980**
10.1 1950-1980
10.2 Schweiz
19 MiCo, 1. Jg. (1982), H. 2

0 84-083
1 Univ. Bern
2.1 GLATTHARD, Alexander; Lichtgut-Stöckli, CH-3534 Signau
5 Ende: 84
6 Diss.
9 **Entwicklung der industriellen Konzentration in der Schweiz von 1955-1980**
10.1 1955-1980
10.2 Schweiz
19 MiCo, 1. Jg. (1982), H. 2

Tschechoslowakei

0 84-084
2.1 ENGLISCH, Norbert, Dr.; Großen-Busecker-Str. 59, 6305 Buseck-Alten Buseck; Tel. 06408/3331
4 Abgeschlossen
9 **". . . zu Menschenrecht und Menschenglück". Gedichte Anton Wilhelm Teucherts als Spiegelbild der Bergarbeiterbewegung im nordwestböhmischen Braunkohlenrevier**
12 Veröffentlichung 1984 im Verlag des Seliger-Archiv, Stuttgart [s.a. Nachtrag zu Proj.-Nr. 79-0191 (4/83)]

G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE UND ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG MEHRERER LÄNDER

0 84-085
1 Univ. Münster, FB 22, Fach Soziologie und Sozialpädagogik, Fliednerstr. 21, 4400 Münster
2.1 THIEN, Hans-Günter, Priv.-Doz. Dr.; Breul 11a, 4400 Münster
4 Abgeschlossen
6 Eigenprojekt des Bearb., Habil.
8 Bearb.
9 **Zur Soziologie und Sozialgeschichte der Lehrerschaft in Deutschland und England. Eine vergleichende Analyse**
10.1 1790-1918
10.2 Deutschland, England
11.1 Schule, Staat, Lehrerschaft, Industrialisierung, Klassen, Kultur
12 Geplant: **Thien, Hans-Günter: Schule, Staat und Lehrerschaft. Zur historischen Genese bürgerlicher Erziehung in Deutschland und England (1790-1918).** Frankfurt/M.: Campus 1984
13 Ms.

0 84-086
1 Lunds Univ., Historiska institutionen
2.1 BOLIN, Per
4 Laufend
9 **Barnarbete och industrialisering. En komparativ studie av barnarbetet i engelsk, skotsk och svensk bomullsindustri under 1800-talet** (Kinderarbeit und Industrialisierung. Eine vergleichende Studie über Kinderarbeit in der englischen, schottischen und schwedischen Baumwollindustrie während des 19. Jahrhunderts)
10.1 19. Jahrhundert
10.2 England, Schottland, Schweden
19 MAAB, Nr. 28 (4/1983)

0 84-087
1 Umeå Univ., Sociologiska institutionen
2.1 MALMGREN, Britta
4 Laufend
6 Diss.
9 **Kollektivavtalssystemets uppkomst och utveckling. Samspelet mellan arbetarrörelse och arbetsgivarrörelse i Sverige, Danmark och Tyskland** (Entstehung und Entwicklung des Kollektivvertragssystems. Das Zusammenspiel zwischen Arbeiterbewegung und Arbeitergebervereinigung in Schweden, Dänemark und Deutschland)
10.2 Schweden, Dänemark, Deutschland
19 MAAB, Nr. 28 (4/1983)

0 84-088
1 TH Darmstadt, FB 2, Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften, Institut für Politikwissenschaft, Residenzschloß, 6100 Darmstadt
2.1 STROBEL, Georg W., Prof. Dr.; Auf der Beine 7, 6114 Groß-Umstadt
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz
8 TH Darmstadt, Bearb.
9 **Die Auswirkungen der russischen Revolution von 1905 in Deutschland**
10.1 1905-1907
10.2 Deutschland; Rußland, insbes. Kongreßpolen
11.1 Auswirkungen der russischen Revolution von 1905-1907 in Deutschland innerhalb der deutschen und polnischen Arbeiterbewegung sowie auf Preußen angesichts der Gefahr des Umschlags der sozialen Unruhen in Kongreßpolen in einen nationalen Aufstand
12 Veröffentlichung geplant
14 Deskriptive Analyse vorhandenen Zahlen- und Aktenmaterials
16 Archivalien; statistisches Material; Original- und Sekundärliteratur

0 84-089
1 Trent Univ., Lady Eaton College, Political Science, Peterborough, Ontario, Canada
2.1 KETTLER, David, Prof. Dr.; (bis 1.8.84) c/o Netherlands Institute for Advanced Studies (NIAS), Meybloomlaan, NL-2242 PR Wassenaar
5 Beginn: 9/81, Ende: 9/85

6 Geförderte Forschung, Eigenprojekt des Bearb., Monographie
8 Bearb.; Stipendien: SSHRC (Canada), Bard College Center, NIAS
9 **Labor, Law and Constitutional Change in Germany and the USA, 1912-1937. Problems of Corporatism and Legalization**
10.1 1912-1937
10.2 Deutschland, USA
11.1 Beginning with a certain scepticism about radical critiques of the labor movements' rejection of revolutionary strategies (from Korsch to Erd, from Haywood to Klare), I have been giving sympathetics hearing to conceptions of social change by way of legal change in the form and substance of legal-constitutional systems and paying attention to successful counter-resistances frustrating these strategic designs. Starting with the recognition of the labor movement as a resistance movement with limited resources frees me from the preposterous presumption that labor culpably chose "integration" rather than "confrontation"
12 **Kettler, David: Works Community and Workers' Organization. A Central Problem in Weimar Labor Law.** Veröffentlichung "as a first report" in: "Economy and Society", Vol. XIII (1984)
13 **Kettler, David: Nicht Rechtsfragen, sondern Machtfragen. Lawyers' Socialism in Weimar.** Ms., o.J. – **Kettler, David: The Critical Legalization Thesis and Two Critical Test-Cases.** Ms., o.J.
14 Analyse der Sekundärliteratur sowie rechtlicher und juristischer Quellen "and occasional forays into archives"
16 Zeitgenössische Periodica; BA, Akten der Reichskanzlei betr. Arbeitsgerichte und Betriebsrätegesetz; u.a.

0 84-090
1 Uppsala Univ., Historiska institutionen, Folkrörelsernas historia
2.1 ANDRAE, Carl-Göran
4 Laufend
9 **Sverige och revolutionerna i Europa 1917-1918** (Schweden und die Revolutionen in Europa 1917-1918)
10.1 1917-1918
10.2 Schweden, Europa
19 MAAB, Nr. 28 (4/1983)

0 84-091
1 Univ. Wien, Rechtswissenschaftliche Fak., Institut für Politikwissenschaft
2.1 ALLGÄUER-HACKL, Heinz; Bifangstr. 45, A-6805 Gisingen/Feldkirch; Tel. 05522/239253
2.2 Prof. Dr. Peter Gerlich
4 Laufend
6 Diss.
9 **Befreiungsbewegung in Lateinamerika**
10.2 Lateinamerika
19 Info, 8. Jg. (1983), Nr. 28

II. NACHTRÄGE

Bearbeitet von Walter Momper

0 1874, 3809
1 DFG
2.1 MÜLLER, Dirk H., Dr., Fregestr. 72, 1000 Berlin 41
4 Abgeschlossen
6 Monographie
8 Deutsche Forschungsgemeinschaft
9 **Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte in der deutschen Gewerkschaftsbewegung vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung**
10.1 1800-1918
10.2 Deutschland
11.1 Rekonstruktion organisationsungebundener Interessenvertretung und Entstehung des gewerkschaftlichen Vertrauensleutesystems
12 Veröffentlichung 1984 im Colloquium Verlag Berlin
14 Staatsarchiv Potsdam, Zentrales Staatsarchiv Potsdam und Merseburg, AsD, IISG, diverse gewerkschaftliche Publikationen (Zeitschriften, Jahrbücher, Protokolle, Broschüren etc.) (1/84)

0 2812
1 Univ. Marburg
2.1 KESPER, Hans-Heinrich, Gronaustr. 74, 5600 Wuppertal 2
4 Laufend
6 Diss.
9 **Die SPD und die Außenpolitik Großbritanniens**
10.1 1898-1917
10.2 Großbritannien, Deutschland (1/84)

0 3252
1 TU Berlin
2.1 DEUTSCHMANN, Christian, Klingsorstr. 33, 1000 Berlin 41
2.2 Knilli, Friedrich, Prof. Dr.
5 Ende: 12/84
6 Diss.
9 **Sozialdemokratie und Literatur. Der Prosaautor Robert Schweichel**
10.1 1890-1900
10.2 Deutschland (1/84)

0 3381
1 Univ. Mannheim
2.1 ZILLER, Peter, Reuterweg 60, 6000 Frankfurt/M.
4 Eingestellt
9 **Funktionswandel der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen der deutschen Arbeiterbewegung** (1/84)

0 3438, 3671
1 Univ. Frankfurt/M.
2.1 EICHLER, Volker, Postfach 600 201, 6000 Frankfurt/M. 60
4 Abgeschlossen
6 Diss.

12 **Eichler, Volker: Sozialistische Arbeiterbewegung in Frankfurt am Main 1878-1895.** Frankfurt/M.: Kramer 1983 (= Studien zur Frankfurter Geschichte 17)
13 **Eichler, Volker: Sozialistische Arbeiterbewegung in Frankfurt am Main 1878-1895.** Diss., Univ. Frankfurt/M. 1981 (1/84)

0 3798
1 TU Berlin
2.1 MECKLENBURG, Frank, Dr., 532 West 111th St. New York, N.Y. 10025/USA
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 **Mecklenburg, Frank: Die Ordnung der Gefängnisse. Grundlinien der Gefängnisreform und Gefängniswissenschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland.** Berlin: Guhl 1983
13 **Mecklenburg, Frank: Die Ordnung der Gefängnisse. Grundlinien der Gefängnisreform und Gefängniswissenschaft in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Deutschland.** Diss., TU Berlin 1981 (1/84)

0 5134
1 Univ. Salzburg, Institut für Geschichte, A-5020 Salzburg, Mirabellplatz 1, Tel.: 44-5-11/474
2.1 ARDELT, Rudolf G., Dr.
4 Abgeschlossen
6 Habil.
9 **Friedrich Adler. Probleme einer Persönlichkeitsentwicklung um die Jahrhundertwende**
10.1 1900
10.2 Österreich
12 Veröffentlichung 1984 im Österreichischen Bundesverlag
13 **Ardelt, Rudolf G.: Friedrich Adler. Probleme einer Persönlichkeitsentwicklung um die Jahrhundertwende.** Habil., Univ. Salzburg 1982 (1/84)

0 79-0184
1 Univ. Oldenburg
2.1 ROSSMANN, Detlef, Werbachstr. 34, 2900 Oldenburg
2.2 Lucas, Erhard, Prof. Dr.; zur Lippe, Rudolf, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 **Roßmann, Detlef: Kulturelle Öffentlichkeit in Oldenburg-Osternburg 1918-1933. Kritische Untersuchung zum Verhältnis von Arbeiteralltag und Politik der KPD,** in: Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 2/3, Karin Kramer Verlag Berlin 1980
13 **Roßmann, Detlef: Kulturelle Öffentlichkeit in Oldenburg-Osternburg 1918-1933. Kritische Untersuchung zum Verhältnis von Arbeiteralltag und Politik der KPD.** Diss., Univ. Oldenburg 1979. Standort: Bibl. des AdsD [FES] (1/84)

0 79-0233
1 Univ. Duisburg
2.1 TREUDE, Karl-Heinz, Nahestr. 37, 4100 Duisburg 1
2.2 Schoeps, Julius H., Prof. Dr.
5 Ende: 6/84
6 Diss.
9 **Syndikalismus und Revolution in Hamborn. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte des Syndikalismus**
10.2 Hamborn
13 **Treude, Karl-Heinz: Syndikalismus und Revolution in Hamborn. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte des Syndikalismus.** Ex., Univ. Duisburg 1980 (1/84)

0 80-053
1 Univ. Hannover, Historisches Seminar, Schneiderberg 50, 3000 Hannover 1
2.1 SALDERN, Adelheid von, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Monographie
12 **Saldern, Adelheid von: Auf dem Wege zum Arbeiterreformismus. Parteialltag in der sozialdemokratischen Provinz** (Göttingen 1870-1920). Frankfurt/M.: Materialis 1984 (1/84)

0 80-082
1 Univ. Münster
2.1 REESE, Hartmut, Busdorfwall 18, 4790 Paderborn
2.2 Klönne, Arno, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
13 **Reese, Hartmut: Arbeiterbewegung in der Zusammenbruchsgesellschaft. Ein methodischer Versuch zur Rekonstruktionsproblematik der Arbeiterbewegung in Westdeutschland 1945-1947.** Diss., Univ. Münster 1983 (1/84)

0 80-088
1 Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB (WSI), Hans-Böckler-Str. 39, 4000 Düsseldorf
2.1 PERNER, Detlef, Dr.
4 Abgeschlossen
6 Edition
12 **Perner, Detlef: Mitbestimmung im Handwerk?** Köln: Bund-Verlag 1983 (= WSI-Studie 53) (1/84)

0 80-158
1 Univ. Göttingen
2.1 SCHÄPERS, Raimund, Rodeweg 9, 2000 Hamburg 74
2.2 von Thadden, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Ex.
13 **Schäpers, Raimund: Der Niedergang des Chartismus als Massenbewegung. Zur Problematik der englischen Chartistenbewegung von 1843-1848.** Ex., Univ. Göttingen 1978 (1/84)

0 80-183
1 FU Berlin
2.1 TROEBST, Stefan, Kyffhäuserstr. 18, 1000 Berlin 30, Tel. 030/216 50 47
2.2 Bernath, Mathias, Prof. Dr.
5 Ende: 6/84
6 Diss.
8 Studienstiftung des Deutschen Volkes
9 **Mussolini und Makedonien 1927-1931**
10.1 1919-1943
10.2 Italien und Südosteuropa
13 **Troebst, Stefan: Die IMRO als Objekt der Einheitsfrontstrategie von Komintern und sowjetrussischer Diplomatie in den Jahren 1923/24.** M.A., FU Berlin 1979
14 Ital., brit., dtsch., bulg., jugosl. Archive (1/84)

0 80-277
1 Univ. Tübingen, Ludwig-Uhland-Institut für empirische Kulturwissenschaft, Schloß, 7400 Tübingen
2.1 RUESS, Karl-Heinz, Schumannstr. 35, Göppingen, Tel.: 07161/69175, 07161/65425
2.2 Bausinger, Hermann, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 M.A.
9 **Anfänge des kommunalen Wohnungsbaus. Die Arbeitereigenheim-Siedlungen in der Stadt Ulm**
10.1 1890-1918
10.2 Ulm
11.1 Kommunales Engagement im Wohnungsbau, Ziele, Lebenswirklichkeit in Siedlungen
12 **Haspel, Jörg und Karl-Heinz Rueß: Wohnverhältnisse von Arbeitern um 1900. Zur Ideologie des Arbeitereigenheims am Beispiel der "Unteren Bleiche" in Ulm,** in: Fielhauer, Helmut und Olaf Bockhorn (Hrsg.): Die andere Kultur. Volkskunde, Sozialwissenschaften und Arbeiterkultur. Ein Tagungsbericht. Wien 1982, S.163-185
14 Archivalien, Zeitungen, Architekturzeitschriften (1/84)

0 80-472
1 Univ. Stuttgart
2.1 GEORGIEFF, Andrey, Silberburgstr. 96, 7000 Stuttgart 1
2.2 Jäckel, Prof. Dr.
4 Laufend
6 Diss.
9 **Die Geschichte der proletarischen Freikörperkultur in Deutschland. Analyse proletarischer Lebens-, Verhaltens-, Sicht- und Erlebnisweisen; Alltags- und Strukturgeschichte**
10.1 1900-1933
10.2 Deutschland (1/84)

0 81-004
1 Karl-Marx-Haus, Trier
2.1 ANDREAS, Bert; GRANDJONC, Jaques; PELGER, Hans, Case postale 26, CH-1290 Versoix-Genf
5 Ende: 12/85
6 Edition
9 **Die Brüsseler Association Démocratique 1847-1848. Geschichtliche Einleitung, Versammlungsberichte, Dokumente**
10.1 1847-1848
10.2 Brüssel
14 Archive in Brüssel und Gent, internationale zeitgenössische Presse (1/84)

0 81-084
1 Arbeitskreis zur Heimatgeschichte der Arbeiter in Marbach und Umgebung
2.1 SCHÖNBERGER, Klaus, Heilbronner Str. 29, 7142 Marbach
4 Laufend
6 Ausstellungskatalog
12 **Schönberger, Klaus: Arbeiterkultur in der proletarischen Provinz 1890-1933.** Broschüre zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Raum Marbach a.N., Marbach 1983 (1/84)

0 81-200
2.1 MISGELD, Klaus Vindhemsgatan 19 E, S-752 27 Uppsala
5 Ende: 12/85
6 Aufsatz
9 **Sozialdemokratie und Außenpolitik in Schweden. Sozialistische Internationale, Europapolitik und die Deutschlandfrage.**
10.1 1945-1955
10.2 Deutschland, Europa
12 Veröffentlichung 1984 bei Campus, Frankfurt/M. (1/84)

0 81-233
1 FU Berlin, FB 15/WE 3, Ihnestr. 21, 1000 Berlin 33
2.1 LUTHARDT, Wolfgang
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz
12 **Luthardt, Wolfgang: Kontinuität und Wandel in der Theorie Franz L. Neumanns. Eine historisch-politische Skizze,** in: IWK 3/83 (1/84)

0 81-439
1 Univ. Erlangen, Institut für politische Wissenschaft, Kochstr. 4, 8520 Erlangen
2.1 HAHN, Jörg, Heckenweg 18, 8520 Erlangen
2.2 Gebhardt, Jürgen, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 M.A.
9 **Beispiel der ökonomischen Konzeption Karl Schillers**
12 Veröffentlichung 1984 im Verlag Königshausen u. Neumann
13 **Hahn, Jörg: Politik, Ökonomie und Krise – diskutiert am Beispiel der ökonomischen Konzeption Karl Schillers.** Ex., Univ. Erlangen-Nürnberg 1982 (1/84)

0 81-455
1 FU Berlin, Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschungen, Arbeitsbereich Wirtschafts- und Sozialgeschichte
2.1 KRENGEL, Jochen, Dr., Geisenheimer Str. 56, 1000 Berlin 33
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 **Krengel, Jochen: Die deutsche Roheisenindustrie 1871-1913.** Berlin: Duncker und Humblot 1983 (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 34)
13 **Krengel, Jochen: Die deutsche Roheisenindustrie 1871-1913 – eine quantitativ-historische Untersuchung.** Diss., FU Berlin 1982 (1/84)

0 81-518
1 Univ. of Houston at Clear Lake City, 2700 Bay Area Boulevard, Houston, Texas 77058, USA
2.1 QUATAERT, Jean H., Prof.
4 Laufend
6 Monographie
9 **Women's Labor in the German Textile and Beady-Made Garment Industries during the Transition to High Capitalism**
10.1 19. Jh.
10.2 Oberlausitz
12 **Quataert, Jean H.: Worker's Reactions on Social Insurance: The Case of Homeweavers in the Saxon Oberlausitz in the Late Nineteeth Century**, in: IWK H. 1/1984 (1/84)

0 81-577
1 Univ. Lausanne/Schweiz
2.1 GROSS, Andreas, Minervastr. 118, 8032 Zürich/Schweiz
4 Abgeschlossen
6 Diss.
9 **Volksrechte und Arbeiterbewegung in der Schweiz**
10.1 1830-1900
10.2 Schweiz
13 **Gross, Andreas: Die Utopie des Karl Bürkli (1823-1901): Die direkte Gesetzgebung durch das Volk – Beitrag zur Entstehungsgeschichte der direktdemokratischen Institutionen im Kanton Zürich/Schweiz.** Lizenziatsarbeit, Univ. Lausanne 1983 (1/84)

0 81-657
1 Univ. Mannheim
2.1 HERLEMANN, Beatrix, Friedelsheimerstr. 23, 6702 Bad Dürkheim, Tel.: 06322/61317
5 Ende: 9/83
6 Auftragsforschung
8 DFG
9 **Die KPD im Zweiten Weltkrieg. Die operativen Leitungen in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung der Gruppe um Wilhelm Knöchel**
10.1 1939-1943
10.2 Deutschland
13 **Herlemann, Beatrix: Die Emigration als Kampfposten. Die Anleitung des kommunistischen Widerstandes in Deutschland aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden.** Königstein i.Ts.: Hain 1982 (= Mannheimer Sozialwissenschaftliche Studien 18) (1/84)

0 81-676
1 Univ. Mannheim, Institut für Sozialwissenschaften, AB Geschichte und Politik der DDR, L 9, 1-2, 6800 Mannheim 1
2.1 KOCH, Manfred, Tel. 0621/292-5694
5 Ende: 12/86
6 Monographie
9 **Funktionswandel und Funktionsverlust der Landtage und der Landesregierungen in der SBZ/DDR**
10.1 1946-1952
10.2 SBZ/DDR
14 Landtagsprotokolle, Verordnungs- und amtliche Mitteilungsblätter, Archivmaterialien (1/84)

0 82-26
1 FU Berlin, FB 15
2.1 MÁRMORA, Leopoldo, Weimarer Str. 13, 1000 Berlin 12
2.2 Krippendorff, Ekkehart, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
12 **Mármora, Leopoldo: Nation und Internationalismus. Probleme und Perspektiven eines sozialistischen Nationbegriffs.** Bremen: CON-Periferia 1983 (1/84)

0 82-029
1 Institut für Sozialforschung, Senckenberganlage 26, 6000 Frankfurt/M.
2.1 MÜLLER-JENTSCH, Walther, Alfener Kirchweg 13, 4799 Borchen
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz
8 DFG
9 **Gewerkschaften als intermediäre Organisationen im Zusammenhang mit dem Forschungsprojekt "Die Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit im Kontext der sozio-ökonomischen Entwicklung"**
12 **Brandt, G. und O. Jacobi, W. Müller-Jentsch: Anpassung an die Krise: Gewerkschaften in den 70er Jahren.** Frankfurt/M.: Campus 1982 (1/84)

0 82-043
1 Univ. Köln, Historisches Seminar
2.1 FENSKE, Jürgen, Fischenicher Str. 31 5000 Köln 50
2.2 Haupts, Leo, Prof. Dr.
5 Ende: 12/85
6 Diss.
9 **Rudolf Hilferding und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands** (Biographie)
10.1 1877-1941
10.2 Deutschland

11.1 Zusammenhänge von theoretischen und praktischen politischen Bestrebungen des Politikers R.H.
13 **Fenske Jürgen: Rudolf Hilferding und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Untersuchung zum Verhältnis der SPD zur wirtschaftlichen und politischen Verfassung der Weimarer Republik.** Ex., Univ. Köln 1980
14 Zeitschriften (Neue Zeit, Die Gesellschaft, Zeitschrift für Sozialismus), Briefe, Parteiakten, verschiedene Nachlässe, z.T. Interviews (1/84)

0 82-058
1 Univ. of Michigan, Dept. of History, Ann Arbor, Michigan 48109, USA
2.1 ELEY, Geoffrey
4 Laufend
6 Monographie
9 **German Liberalism**
10.1 1848-1933
10.2 Deutschland
12 **Eley, Geoffrey: Deutscher Sonderweg und englisches Vorbild,** in: D. Blackbourn und G. Eley: Mythen deutscher Geschichtsschreibung: Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848. Berlin und München: Ullstein 1980, S.1-70;
Eley, Geoffrey: James Sheehan and the German Liberals: A Critical Appreciation, in: Central European History, XIV (1981), S.273-288 (1/84)

0 82-067
1 Univ. Bielefeld, Fakultät f. Geschichtswissenschaft, Postfach 8640, 4800 Bielefeld 1
2.1 KOCKA, Jürgen, Prof. Dr.
4 Laufend
6 Monographie
9 **Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland**
10.1 1830-1875
10.2 Deutschland
12 **Kocka, Jürgen: Lohnarbeit und Klassenbildung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in Deutschland 1800-1875.** Berlin u. Bonn: Dietz 1983;
Kocka, Jürgen: Craft traditions and the German labour Movement in the 19th century, in: Crossick, G., u.a. (Hrsg.): The Power of History. Essays for Eric Hobsbawm, Cambridge 1984;
Kocka, Jürgen (Hrsg.): Europäische Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert. Göttingen: Vandenhoeck u. Ruprecht 1983 (1/84)

0 82-071
1 Univ. of Michigan, Dept. of History, Ann Arbor, Michigan 48109, USA
2.1 ELEY, Geoffrey
4 Abgeschlossen
6 Aufsatz
12 **Eley, Geoffrey: The Populist Moment of the 1890s: Agrarian Mobilization and the Decomposition of the Bismarckian System,** in: John C. (Hrsg.): Politics, Parties and the Authoritarian State: Imperial Germany 1871-1918, 1983 (1/84)

0 82-080
1 Heriot-Watt University, Dept. of Economics, 31-35 Grassmarket, Edinburgh EHI 2HT, Schottland. Tel. 031-225-8432 229
2.1 FISCHER, Conan James, Dr.
4 Abgeschlossen
6 Monographie
7 George, Allen + Unwin (Publishers)
8 The British Academy
12 **Fischer, Conan James: Stormtroopers. A social, economic and ideological analysis 1929-35.** London: George Allen + Unwin 1983;
Fischer, Conan James: The SA of the NSDAP. Social background of the rank and file in the early 1930. in: Journal of Contemporary History, Bd.17 (Oct. 1982);
Fischer, Conan, James: A social history of the SA's rank and file membership 1929-35. Habil., Univ. of Sussex 1980
14 Archive, SA-Personalakten (1/84)

0 82-092
1 Univ. Düsseldorf
2.1 NAUTZ, Jürgen, v. Clermontplein 8, NL-6291 AV Vaals
2.2 Hüttenberger, Peter, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Diss.
8 Promotionsstipendium, Hans-Böckler-Stiftung
13 **Nautz, Jürgen: Die Entstehung des Tarifvertragsgesetzes vom 9. April 1949.** Diss., Univ. Düsseldorf 1983 (1/84)

0 82-130
1 Univ. Hamburg
2.1 GUENTHER, Bernd, Tresckowstr. 36, 2000 Hamburg 19
2.2 Herzig, Arno, Prof. Dr.
4 Abgeschlossen
6 Ex.
12 **Guenther, Bernd: Die Herausbildung des Proletariats im Übergang von der Proto-Industrie zur Frühindustrialisierung am Beispiel der märkisch-westfälischen Industriestadt Iserlohn.** Ex., Univ. Hamburg 1981 (1/84)

0 82-131
1 Kwansei-Gakuin-Univ., Nishinomiya, Japan
2.1 HAYASHIMA, Akira, Prof. Dr., 663 Nishinomiya/Japan, Tajikanocho 7, No. 2/911
4 Laufend
6 Monographie
8 Alexander von Humboldt-Stiftung
9 **Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Stadt Köln im ersten Weltkrieg**

10.1 1914-1918
10.2 Köln
11.1 Bevölkerungsbewegung vor und im ersten Weltkrieg, Sozialstruktur, Sozialleben, Arbeitsverhältnisse, Schule und Hochschule, Kirchen, Wirtschaftsentwicklung, Kriegsdiskussion
12 **Hayashima, Akira: Die Illusion des Sonderfriedens. Deutsche Verständigungspolitik mit Japan im ersten Weltkrieg.** München 1982; **Hayashima, Akira: Zur Geschichte der Kölner Handelshochschule,** in: Kwansei Gakuin Annual Studies 30 (1981); **Hayashi, Akira: Der Kölner Weg zum Promotionsrecht. Zur Geschichte einer deutschen Handelshochschule**, in: Kwansei Gakuin Annual Studies 31 (1982) (1/84)

0 82-132
1 Univ. Köln, Historisches Seminar
2.1 RÜTHER, Martin, Bachemer Str. 16 5000 Köln 41, Tel. 0221/441730
4 Abgeschlossen
6 Staatsex.
13 **Rüther, Martin: Betriebsräte in der Kölner Nachkriegszeit (1945-1948).** Ex., Univ. Köln 1983 (1/84)

0 82-134
1 Univ. Göttingen, Seminar für mittlere und neuere Geschichte, Nikolausberger Weg 9c, 3400 Göttingen
2.1 KLEMM, Bernd, Nikolaistr. 18, 3400 Göttingen, Tel. 0551/42747
4 Abgeschlossen
6 Edition
12 **Klemm, Bernd (Hrsg.): ". . . durch polizeiliches Einschreiten wurde dem Unfug ein Ende gemacht." Geheime Berichte der Politischen Polizei Hessen über Linke und Rechte in Offenbach 1923-1930.** Frankfurt/M.: Campus 1982 (1/84)

0 82-189
1 Univ. Stockholm, Historiska institutionen, Fack, S-10405 Stockholm 50
2.1 LEIJINS, Atis
6 Teilstudie des "Specialseminariet för Inrikespolitik och ideologier fran 1800-talets mitt ca 1930" (Spezialseminar zum Thema Innenpolitik und Ideologien von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis ca. 1930)
9 **The Latvian Refugee Exodus to Sweden during the Second World War**
10.1 1940-1945
10.2 Lettland, Schweden
11.1 How the Latvian refugees came to Sweden from German-occupied Latvia, the nature and work of the Latvian underground connection in Stockholm which carried out the transportation of the refugees, the attitude and policy of the Swedish authorities toward the refugees and the political activities of the Latvians
14 Archiv des schwedischen Außenministeriums, private Archive (1/84)

0 82-190
1 Univ. Stockholm, Institutionen för Teater- och filmvetenskap, Box 27062, S-10251 Stockholm 27
2.1 BETZ, Kate, Vintertullstorget 30V, S-11643 Stockholm, Tel 08-411501
2.2 Furhammer, Leif, Prof.
4 Laufend
6 Diss.
9 **Tempel oder Fabrik. Die russischen Revolutionsfilme, Partei, Proletkult**
10.1 1917-1924
10.2 Sowjetunion
11.1 Funktion des Sowjetfilms für Produzenten und für verschiedene Gruppen des Publikums während der Etablierung und Konsolidierung der Sowjetmacht. Film und die übrigen Kunst- und Kommunikationsformen in einer Zeit radikaler sozialer Umwälzung
12 **Betz, Kate: Art, Society, Revolution,** in: Nilsson, NÅ (Hrsg.): Russia 1917-1921. Stockholm: Almquist & Wiksell 1979; **Betz, Kate: Rörande Bilder,** in: Festschrift für Rune Waldekranz. Stockholm: Norstedts 1981; **Betz, Kate: Broström, I.: Kwiatkoswki, A.: Film, samhälle och propaganda.** Stockholm: Liber 1982
14 Hauptarchive in Moskau, Gosfilmofond, Leninbibliothek, Museum of Modern Art library, New York (1/84)

0 82-195
1 Univ. Bern, Forschungszentrum für schweizerische Politik, LS für Sozialgeschichte, Neubrückstr. 10, CH-3012 Bern
2.1 GRUNER, Erich, Prof. Dr., Eichholzstr. 88, CH-3084 Wabern/Bern
2.2 Gruner, Erich, Prof. Dr.
5 Ende: 12/84
6 Forschungsprojekt in Verbindung mit 5 Dissertationen
8 Schweizer Nationalfond
9 **Die Arbeiter in der Schweiz im Zeitalter des Hochklassenkampfes 1880-1914. Soziale Lage, Organisation, Kampf, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat**
12 Veröffentlichung 1986 als Bde 7-9 der Editiones Helvetia Politica (1/84)

0 82-215
1 Univ. Köln, Historisches Seminar, Albertus-Magnus-Platz, 5000 Köln 41
2.1 PETERS, Thomas, Ursulakloster 22, 5000 Köln 1, Tel. 0221/131865
5 Ende: 12/84
6 Diss.
9 **Die irische Unabhängigkeitsbewegung in der Beurteilung der deutschen Sozialdemokratie**
10.1 1865-1922
10.2 Irland

11.1 Irische Nationalbewegung im Spiegel der sozialdemokratischen Presse
14 Periodika der Arbeiterbewegung, Dokumente der irischen Parlamentspartei und der Arbeiterbewegung (1/84)

0 82-225
1 Univ. Göttingen, Seminar für Politikwissenschaft, Nikolausberger Weg 5c, 3400 Göttingen
2.1 KRUMBEIN, Wolfgang, Rastenburger Weg 6, 3400 Göttingen, Tel. 0551/706920 (p.) 394879 (d.)
5 Ende: 6/84
6 Habil.
8 Stiftung Volkswagenwerk
9 **Politische Steuerung der Eisen- und Stahlindustrie. Ökonomische und politische Probleme der Rekonstruktion der Eisen- und Stahlschaffenden Hüttenindustrie in Westdeutschland**
10.1 1945-1949
10.2 Britische Zone, Bizone, speziell Nordrhein-Westfalen
11.1 Planung und Lenkung in der Eisen- und Stahlindustrie, wirtschaftssteuernde Organisationen, Einbettung in die Gesamtentwicklung der Eisen- und Stahlindustrie, Verhältnis von Funktion und Institution anhand des Vergesellschaftungsansatzes (These alternativer Organisationsformen des zunehmenden Vergesellschaftungsbedarfs der Wirtschaft)
13 **Krumbein, Wolfgang: Alternative Vergesellschaftungsformen** (Referat)
14 Historische Quellenuntersuchung, politikwissenschaftliche Institutionenanalyse (1/84)

0 82-244
1 Univ. Bremen
2.1 SCHARF, Günter, Graf-Moltke-Str. 64, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/342793
2.2 Zoll, Rainer, Prof. Dr.
5 Ende: 2/84
6 Diss.
8 Hans-Böckler-Stiftung
9 **Theorie und Geschichte der Arbeitszeitverkürzung. Der Kampf der deutschen Gewerkschaften um die Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit**
10.1 1800-1983
10.2 Deutschland (1/84)

0 82-295
1 Univ. Wuppertal, FB Wirtschaftswissenschaften, Studienschwerpunkt Arbeits- und Sozialstrukturen, Gaußstr. 20, 5600 Wuppertal 1
2.1 SEIFERT, Eberhard, Dipl. Volkswirt
5 Ende: 12/84
6 Diss.
9 **Industrielle Arbeitszeiten in Deutschland. Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Entwicklungslinien der Herausbildung, des Aufstiegs und Niedergangs der Arbeitszeiten im sekundären Sektor in Deutschland seit der Frühindustrialisierung**
10.1 1800-1982
10.2 Deutschland
14 Amtliche und private Statistik sowie sekundäre Quellen (1/84)

0 82-304
1 Princeton Univ., Dept. of History, Princeton, N.J. 08533, USA, Tel. 609-452-4159
2.1 ABRAHAM, David
5 Ende: 12/84
6 Eigenprojekt des Bearb., Monographie, Aufsatz
8 Humboldt-Stiftung
9 **From "Economic-Democracy" to "Model Germany". The Evolution of SPD and Trade Union Economic Policy . . .**
10.1 1925-33 und 1945-80
10.2 Deutschland und BRD
12 **Abraham, David: Economic Democracy as a Labor Alternative to the Growth Strategy,** in: Markovitz, Andrei (ed.): The Political Economy of West Germany. New York: Praeger & Co 1982 (1/84)

0 82-330
1 Univ. Bielefeld
2.1 KISTER, Gabriele, Schelpsheide 15, 4800 Bielefeld, Tel. 0521/887916
2.2 Kocka, Jürgen, Prof. Dr.
5 Ende: 6/84
6 Diss.
9 **Zigarrenarbeitervereine im Regierungsbezirk Minden**
10.1 1845-1878
10.2 Regierungsbezirk Minden
14 Archivalien, Vereinszeitschriften (1/84)

0 82-332
1 Univ. Trier, FB III Geschichte
2.1 KUSCH, Katrin, Bleichstr. 66, 4800 Bielefeld
2.2 Schieder, Wolfgang, Prof. Dr.
5 Ende: 6/85
6 Diss.
8 Friedrich-Ebert-Stiftung
9 **Der Wiederaufbau der SPD in Rheinland-Pfalz 1945-49**
10.1 1945-1949
10.2 Rheinland-Pfalz
13 **Kusch, Katrin: Der Wiederaufbau der SPD in Rheinland-Pfalz 1945-1949.** Staatsex., Univ. Trier 1982
14 Landeshauptarchiv Koblenz, Landesarchiv Speyer, AdsD, Bonn (1/84)

0 82-339
1 Univ. Düsseldorf, TH Aachen, Fakultät VIII, Soziologie, Ahornstr. 55, 5100 Aachen
2.1 BUBLITZ, Hannelore; NAUTZ, Jürgen, van Clermontplein 8, NL-6291 AV Vaals, Tel. 0031-4454/3815
5 Ende: 12/83

9 **Lebenszusammenhänge von Arbeitern in einer Arbeitersiedlung. Unter besonderer Berücksichtigung der Lebensläufe und sozialen Beziehungen. Lebenszusammenhänge und Theoriebildung von Arbeitern**
10.1 1980-83
10.2 Düsseldorf-Gerresheim
13 Manuskript
14 'Befragung', Photos, Archivalien der Stadt Düsseldorf (1/84)

0 82-340
2.1 HEID, Ludger, Dr., Schillerplatz 3, 41 Duisburg 1, Tel. 0203/340816
4 Abgeschlossen
6 Monographie
12 **Heid, Ludger: Kleine Geschichte der Stadt Duisburg.** Duisburg: Braun 1983 (1/84)

0 82-341
1 Univ. Duisburg, FB 1, Bürgerstr. 15, 4100 Duisburg 1, Stadt Duisburg, Dezernat für Kultur
2.1 HEID, Ludger, Dr., Schillerplatz 3, 4100 Duisburg 1, Tel. 0203/340816
12 **Heid, Ludger und Julius H. Schoeps (Hrsg.): Arbeiterbewegung und -kultur im westlichen Ruhrgebiet in der Zeit des Kaiserreiches,** Duisburg: Braun 1984 (= Duisburger Forschungen 33) (1/84)

0 82-342
1 Warwick Univ., England
2.1 ROSEMAN, Mark, Meistersingerstr. 48, 4300 Essen 13
2.2 Berghahn, Volker, Prof. Dr.
4 Ende: 8/84
6 Diss.
8 Leverhume Foundation
9 **Neubergleute im Ruhrgebiet 1945-1958**
10.1 1945-1958
10.2 Ruhrgebiet (1/84)

0 82-373
2.1 ARDELT, Rudolf; BAUER, Ingrid; EBELING-WINKLER, Renate; FABRIS, Hans Heinz; HAAS, Hanns; HANISCH, Ernst; HOFFMANN, Robert; KÖFNER, Gottfried, Ludwig-Boltzmann-Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Außenstelle Salzburg, 5020 Salzburg, Auerspergstr. 42
5 Ende: 12/84
6 Reader
8 Karl-Steinocher-Fond
9 **Geschichte der Salzburger Arbeiterbewegung vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart**
10.1 1890-1980
10.2 Land Salzburg/Österreich (1/84)

0 82-384
1 GH Kassel, OE Sozialwesen
2.1 SCHNORBACH, Hermann, Oppenheimer Str. 33, 6000 Frankfurt/M. Tel. 0611/621763
2.2 Feidel-Mertz, Hildegard, Prof. Dr.
5 Ende: 12/84
6 Diss.
9 **Das Internationale Berufssekretariat der Lehrer (IBSL) im Internationalen Gewerkschaftsbund von den Anfängen bis zum Zweiten Weltkrieg**
10.1 1918-1945
10.2 Europa
11.1 Formen und Inhalte gewerkschaftlicher Orientierung und Organisation von Lehrern; Auseinandersetzung des IBSL mit dem Faschismus; internationale Solidarität
12 **Feidel-Mertz, Hildegard und Hermann Schnorbach: Lehrer in der Emigration. Der Verband deutscher Lehreremigranten (1933-39) im Traditionszusammenhang der demokratischen Lehrerbewegung.** Weinheim: Beltz 1981; **Schnorbach, Hermann (Hrsg.): Lehrer und Schulen unterm Hakenkreuz. Dokumente des Widerstandes von 1930 bis 1945.** Königstein/Ts.: Athenäum 1983; **Feidel-Mertz, Hildegard und Hermann Schnorbach (Hrsg.), Verband Deutscher Lehreremigranten: Informationsblätter und Programme 1934-39.** Weinheim: Beltz Reprint 1981 (1/84)

0 82-386
1 Univ. Hannover, Seminar für deutsche Literatur und Sprache
2.1 VASSEN, Florian, Prof. Dr., Gerberstr. 3A, 3000 Hannover 1
5 Ende: 12/85
6 Eigenprojekt des Bearb., Aufsatz
9 **Arbeiterkultur und proletarische Autobiographie**
10.1 1850-1933
10.2 Deutschland, Österreich, Schweiz
12 **Vaßen, Florian: Sozialdemokratischer Bildungsbegriff und proletarische Literaturproduktion – "gesprochenes Wort" und "autobiographisches Erzählen" bei Adolf Lepp,** in: Stüdemann, Peter Eric und Martin Rector (Hrsg.): Arbeiterbewegung und kulturelle Identität. Frankfurt/M.: Materialis 1983 (= Ermuntern; Materialis E4; Kollektion, Kultur, Systematik, Literatur) (1/84)

0 82-399
1 Univ. Freiburg/Br., LS für Neuere und Neueste Geschichte, Belfortstr. 21, 7800 Freiburg/Br.
2.1 OSCHMANN, Kersten, Moltkestr. 31, 7800 Freiburg/Br.
2.2 Winkler, Heinrich August, Prof. Dr.
5 Ende: 3/85
6 Diss.
8 Konrad-Adenauer-Stiftung
9 **Marxismus, ethischer Sozialismus und autoritäre Demokratie. Hendrik de Mans Vorschläge für eine sozialistische Politik im Industriekapitalismus**
10.1 1920-1950
10.2 Deutschland, Belgien
11.1 Kontinuitäten und Brüche in den Äußerungen de Mans, Ortsbestimmung und Perspektiven sozialdemokratischer Kulturbewegung,

sozialistische Theorie in der Phase sich wandelnder Strukturen des Industriekapitalismus, Sozialismus und Nationalismus, Plansozialismus als Krisensozialismus
14 Nachlaß, Zeitungen, Zeitschriften (1/84)

0 82-405
1 Univ. Köln, Historisches Seminar
2.1 SCHUMACHER, Rainer, Roonstr. 47, 5000 Köln, Tel. 0221/213518
2.2 Barion, Peter, Prof. Dr.
5 Ende: 3/84
6 Diss.
8 Gradförd.
9 **Die deutsche Einheit 1919. Das Reich und die preußischen Ostprovinzen zwischen Krieg und Frieden**
10.1 Okt. 1918 – Jan. 1919
10.2 Ost- und Westpreußen, Posen, Schlesien
14 Archive, Zeitungen, Zeitschriften und Broschüren, Parlamentsprotokolle (1/84)

0 82-408
2.1 GELLER, Rolf-Hermann, Dr., Holtenauer Str. 73, 2300 Kiel 2, Tel. 04321/42700
5 Ende: 10/85
6 Habil.
9 **Die Übernahme der christlichen und jüdischen Symbolik durch die Arbeiterbewegung**
10.1 1920-1930
10.2 Deutschland
14 Archivalien, Bildmaterialien (1/84)

0 82-418
1 VHS der Ostkantone (Belgiens), Bergstr. 102, B-4700 Eupen, Regionalsekretariat der ISCO (Institut Superieur de Culture Ouvrière) der Christlichen Arbeiterbewegung Belgiens
2.1 RULAND, Herbert; SCHLEMBACH, Peter u.a.
4 Abgeschlossen
12 **Ruland, Herbert: Geschichte der Arbeiterbewegung im Eupener Land von den organisatorischen Anfängen bis zum offiziellen Übergang an Belgien am 30. 9. 1920.** Aachen 1984;
Schlembach, Peter: Materialien für eine Geschichte der Arbeiterschaft in der Eupener Gegend bis zu den organisatorischen Anfängen der Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: VHS-Info Nr. 7 (1979) (1/84)

0 82-419
1 Deutsches Historisches Institut London, 17 Bloomsbury Square, London WC1A 2 LP
2.1 HUSUNG, Hans-Gerhard, Dr.
4 Laufend
6 Habil.
9 **Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Großbritannien während des 1. Weltkrieges**
10.1 1914-1918
10.2 Großbritannien
11.1 Soziale Lage, soziale Erfahrungen, politische Bewußtseinsbildung und kollektives Handeln
14 Archivmaterial, Zeitungen, amtl. Veröffentlichungen (1/84)

III. ABGESCHLOSSENE, BISHER NICHT GEMELDETE, UNPUBLIZIERTE ARBEITEN

ADAM, Ursula: Zur Geschichte des Freien Deutschen Kulturbundes in Großbritannien (Ende 1938-Mai 1945). Diss. (A), Akademie der Wissenschaften der DDR, ZI für Geschichte, 1983 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 10]

ANDERSSON, Jane Venable Shelton: The Quest of the New Marxists. The Search for Man in Marx. Diss., Univ. of Cincinnati 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

ARNOLD, Kenneth Harold: Attitudes towards Public School Teachers Strikes. Diss., Univ. of the Pacific, Stockton, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

BAYERL, Günter: Die Papiermühle. Vorindustrielle Papiermacherei auf dem Gebiet des alten deutschen Reiches. Technologie, Arbeitsverhältnisse, Umwelt. Diss., Univ. Hamburg 1983

BEHREND, Hanna: Alice Wests Leben und Werk. Vornehmlich im Kontext mit den proletarisch-revolutionären Literaturverhältnissen in England in der Periode der antifaschistischen Volksbewegung in den dreißiger Jahren. Diss. (B), Humboldt-Univ. Berlin/DDR 1982 [DN, C 1983, H. 6]

BEIER, Rolf: Der Kampf der SED-Bezirksorganisation Leipzig bei der Vorbereitung und Führung des sozialistischen Wettbewerbs in der Industrie des Bezirkes Leipzig in den Jahren 1958 bis 1963. 2 Bde. Diss. (A), PH Leipzig 1982 [DN, C 1983, H. 5]

BERENSON, Eduard Gary: Populist Religion and the Republican Left in France 1848-1851. The Diffusion of Democrate-Socialiste Ideology in the French Countryside. Diss., Univ. of Rochester 1980. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

BLOBAUM, Robert Edward: Feliks Dzierzynski and the Social Democracy of the Kingdom of Poland and Lithuania. Diss., Univ. of Nebraska, Lincoln, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

BRESCHKE, Manfred: Zur Darstellung und Entwicklung der Theorie der marxistisch-leninistischen politischen Ökonomie des Kapitalismus (Imperialismustheorie) in der DDR zwischen dem III. und IV. Parteitag der SED (Juli 1950 bis April 1954). Diss. (A), Bergakademie Freiberg 1982 [DN, C 1983, H. 7]

BURGIN, William Garner: Social Policy in Southwest Germany. Diss., Duke Univ., Durham, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

COVERMAN, Shelley Wendy: Domestic Labor and Wage Labor in Capitalist Society. The Influence of Sex, Class and Labor-Market Segmentation on Inequality of Earnings. Diss., Indiana Univ., Bloomington, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

CREMER, Helmut: Analyse und Kritik der in der sozialreformerischen Historiographie der BRD vorherrschenden Auffassungen zur deutschen Geschichte vom Aufkommen des Imperialismus bis zum Ausbruch der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise (1897/98 bis 1929). Diss. (A), Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin/DDR 1983 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 11]

DAILEY, Mary Titus: The Division of Labor in Marx. An Evaluation. Diss., Florida State Univ., Tallahassee, 1981. Standort: Bibl des AdsD [FES]

DAMMASCHKE, Mischka: Gemeinschaftlichkeit und Revolution. Zur Entwicklung der Ethik von Georg Lukács (1908-1919). Diss. (A), Humboldt-Univ. Berlin/DDR 1982 [DN, C 1983, H. 5]

DOLGNER, Dieter: Architektur des 19. Jahrhunderts in Deutschland. Soziale und theoretische Grundlagen. Inhalt, Methode und Form. Diss. (B), Univ. Halle 1982 [DN, C 1983, H. 7]

DONAT, Georg: Die Entwicklung des imperialistischen Staatshaushaltes der BRD im Zeitraum von 1966 bis 1979 und seine Rolle im imperialistischen System der BRD unter den Bedingungen der dritten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Diss. (A), Univ. Leipzig 1982 [DN, C 1983, H. 5]

DUBROWSKAJA, Tamara: Dialektische Widersprüche in der sozialistischen ökonomischen Praxis und ihre Behandlung in der politischen Ökonomie des Sozialismus. Diss. (A), Univ. Jena 1982 [DN, C 1983, H. 7]

DUMONT, Michaele Therese: Marx's Conception of Ideology Traced in his Early and Transitional Works. Diss., Boston Univ. Graduate School 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

EIFERT, Christiane: Frauenarbeit im Krieg. Die Berliner Heimatfront 1914-1918. Ex., TU Berlin, Institut für Geschichtswissenschaft, 1983

ERFURTH, Ingrid: Louis Aragon und die sowjetische Literatur. Ein Beitrag zum Realismus- und Erbeverständnis in Aragons Publizistik (1930-1960). Diss. (A), Univ. Jena 1982 [DN, C 1983, H. 7]

FAHLBUSCH, Lutz: Bauern im Klassenkampf. Studien zur politisch-ideologischen Entwicklung in der werktätigen Bauernschaft Deutschlands 1919-1929. Diss. (A), Univ. Jena 1983 [BzG, 25. Jg. (1983), Nr. 6 und ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 11]

FISCHER, Werner: Bergbau und Hüttenwesen Thüringens im Zeichen des Frühkapitalismus (von den siebziger Jahren des 15. Jahrhunderts bis zum Bauernkrieg 1525/26). Diss. (A), Univ. Jena 1982 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 11]

FRANCE, Judith E.: AFL-CIO Foreign Policy. An Algerian Example 1954-1962. Diss., Ball State Univ., Munice, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

FRITSCH, Wolfgang: Zwischen Reaktion und gesellschaftlichem Fortschritt. Die Mittelschichten und die nordeuropäischen Zentrumsparteien in der Klassenauseinandersetzung. Studien zu Entwicklungstendenzen der Mittelschichten in der Sozialstruktur der nordeuropäischen Länder und zur Rolle der nordeuropäischen Zentrumsparteien im Klassenkampf unter besonderer Berücksichtigung der finnischen Zentrumspartei. 2 Bde. Diss. (B), Univ. Greifswald 1982 [DN, C 1983, H. 5]

FROHN, Hans-Werner: Sozialdemokratische Arbeiterkultur in Köln in den Jahren 1890-1914. M.A., Univ. Bonn 1983. Standort: Bibl. des AdsD [a. FES]

GÄSSNER, Wolfgang: Die Politik der SED zur Entwicklung der Bündnisbeziehungen von Arbeiterklasse und wissenschaftlich-technischer Intelligenz in der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Besonders dargestellt an Maschinenbaubetrieben des Bezirks Leipzig. Diss., Univ. Leipzig 1982 [BzG, 25. Jg. (1983), Nr. 5]

GOCK, Anna: Konzeptionen zur polytechnischen Bildung und Erziehung in der Sowjetunion bis 1937. Diss., FU Berlin 1982 [DN, C 1983, H. 5]

GOODSTEIN, Phil H.: The Theory of the General Strike. From the French Revolution to World War I. Diss., Univ. of Colorado, Bouldar, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

GOTTWALD, Herbert: Politischer Katholizismus, Kapitalismus und soziale Frage. Zum Anpassungsprozeß des deutschen Katholizismus an die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Diss. (B), Univ. Jena 1982 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 10]

GROSCH, Ursula: Erziehungspraxis Wassili Alexandrowitsch Suchomlinskis (1918-1970). Erkenntnisse, Erfahrungen und Probleme bezüglich des Prozesses der Erziehung der Schüler zu einer sozialistischen Einstellung zur Arbeit. Diss. (A), Univ. Jena 1982 [DN, C 1983, H. 6]

GSCHWIND, Urs Felix: Die Baseler Arbeiterbewegung in den 1920er Jahren. M.A., Univ. Basel, Historisches Seminar, 1983

HABICHT, Martin: Haftbedingungen und antifaschistischer Kampf im Zuchthaus Waldheim 1933-1945. Diss. (A), Univ. Leipzig 1983 [BzG, 25. Jg. (1983), Nr. 6]

HANSEN, Linda G.: Middle-Class Consciousness and the German Experience. A Study of Serialized Fiction in the Years 1912 to 1933. Diss., Boston Univ. Graduate School 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

HELLFELD, Matthias G. von: Zur Bewertungsproblematik von Widerstand im Dritten Reich. Das Beispiel der Ehrenfelder Edelweißpiraten. Ein historisches Fallbeispiel. Ex., Univ. Köln 1980. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

HERRMANN, Volker: Neuansätze bildungswissenschaftlicher Theoriebildung und bildungsökonomischen Denkens während der Nachkriegszeit in Westdeutschland in ihrem Einfluß auf die Restauration des Bildungswesens. Diss., Univ. Bielefeld 1978 [DN, C 1983, H. 5]

HERTEL, Jürgen: Sozioökonomische Wirkungen von Preisindexerhöhungen. Dargestellt am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland von 1969-1976. 5 Mikrofiches. Diss., TU Berlin 1980 [DN, C 1983, H. 4]

HILDEBRAND, Christa: Gegängelte Justiz. Kritische Stimmen zum Justizsystem der Weimarer Republik. Eine Untersuchung der Literatur von 1926-1932. Diss., Univ. of Wisconsin-Madison 1980. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

HILLEN, Ingrid Selma Johanna: Untersuchungen zu Kontinuität und Wandel der Sprachpflege im Deutschen Reich, in der Bundesrepublik und in der DDR (1885 bis zur Gegenwart). Diss., Univ. Bonn 1981 [DN, C 1983, H. 7]

HÖHNE, Günter: Pazifismus und Außenpolitik. Auffassungen des organisierten bürgerlichen deutschen Pazifismus zur Außenpolitik des deutschen Imperialismus in den ersten Jahren der Weimarer Republik (1918/19 bis 1925). Diss. (A), Univ. Jena 1982 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 11]

HOFFMANN, Christoph: Erscheinungsformen und Tendenzen des Monopolisierungsprozesses in ausgewählten Sparten der BRD-Bekleidungs- und Maschenindustrie in den Jahren 1966-1977. 2 Bde. Diss. (A). TH Karl-Marx-Stadt 1982 [DN, C 1983, H. 7]

HOFMANN, Helmut Michael: Untersuchungen zum ästhetischen Wirkungspotential moderner Produktionsanlagen. Ein Beitrag zur Entwicklung der Theorie der ästhetischen Kultur des Sozialismus. Diss. (A), Univ. Leipzig 1982 [DN, C 1983, H. 7]

HOUBOLT, Jan LeVeque: The Expression of Human Dignity in Everyday Work on the Automobile Assembly Line. Diss., The American Univ., Washington, D.C., 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

HOWARD, Michael Wayne: Freedom, Socialism and Work Democracy. Diss., Boston Univ. Graduate School 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

JATZLAU, Manfred: Untersuchungen zur sozioökonomischen Struktur der deutschen Landwirtschaft zwischen 1919 und 1939. Diss. (A), Univ. Rostock 1983 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 11]

JOHNSON, Susan Moore: Teachers Unions and the Schools. Diss., Harvard Univ., Cambridge, Mass., 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

KAPLAN, Cynthia Sue: The Communist Party of the Soviet Union in the Implantation of Industrial and Agrarian Policy. Leningrad 1946-1953. Diss., Columbia Univ., Morningside Heights, New York, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

KAUFMANN, Jerrold Harris: Karl Marx's Concept of Civil Society and the Consideration of Capital in Relation to it. Diss., New School of Social Research, New York, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

KELLER, John Frederick: The Production Worker in Electronics. Industrialization and Labour Development in California Santa Clara Valley. Diss., Univ. of Michigan, Ann Arbor, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

KENT, Siegfried: Dialektik und Fortschritt. Diss., FU Berlin 1983. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

KIRCHNER, Jürgen: Herausbildung und Geschichte der Sozialistischen Fraueninternationale und zu den Anfängen des Internationalen Frauentages. Ein Beitrag zur Geschichte der II. Internationale. Diss. (B), PH Dresden 1983 [BzG, 25. Jg. (1983), Nr. 6]

KLIEM, Manfred: Die Graeber-Briefe von Friedrich Engels im Lichte neuer Quellen. Diss. (B), Humboldt Univ. Berlin/DDR 1983 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 10]

KOCH, Sonja: Analyse und Kritik sozialreformerischer und konservativer Nationsauffassungen und ihre geschichtsideologische Reflexion in der BRD in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre. Diss. (A), Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin/DDR 1982 [DN, C 1983, H. 5]

KÖNIG, Fritz: Die Entstehung des Mathematischen Seminars an der Universität Leipzig im Rahmen des Institutionalisierungsprozesses der Mathematik an den deutschen

Universitäten des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Entwicklungsgeschichte der Produktivkräfte und zur Felix-Klein-Forschung. Diss. (A), Univ. Leipzig 1982 [DN, C 1983, H. 6]

KRÜGER, Dagobert: Etappen der Herausbildung des Klassenbegriffs in Frankreich (1751-1847). Diss. (B), Univ. Halle 1982 [DN, C 1983, H. 4]

KUNTSCHE, Siegfried: Geschichte der Landesparteiorganisation Mecklenburg der SED 1946 bis 1948. Diss. (B), Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin/DDR 1983 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 10]

KURTZER, Marlies: Lage und Kampf der Eisenbahner und Docker in Großbritannien in den Jahren 1968-1978. Diss. (A), Bergakademie Freiberg 1981 [DN, C 1983, H. 5]

LAUTENBACH, Jan S.: Zur Kritik linksradikaler Entstellungen der sozialistischen Produktionsweise. Diss. (A), Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin/DDR 1982 [DN, C 1983, H. 5]

LINDNER, Frank: Studien zur marxistisch-leninistischen Auffassung von Philosophiegeschichtsschreibung. Diss. (A), Univ. Jena 1982 [DN, C 1983, H. 7]

LONG, Edward Robert: Loyality Oaths in California, 1947-1952. The Politics of Anti-Communism. Diss., Univ. of California, San Diego, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

LUDWIG, Andreas: Die Diskussion über die Angestelltenfrage im Kaiserreich 1890-1914. M.A., FU Berlin, Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 1982

MACE, James Ernest: Communism and the Dilemma of National Liberation. National Communism in Soviet Ucraine, 1918-1933. Diss., Univ. of Michigan, Ann Arbor, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

MANGER, Annette: Wirtschaft und Gesellschaft in Kolumbien im 20. Jahrhundert. Regionale Aspekte des Entwicklungsprozesses 1904-1939. Diss., Univ. Hamburg 1982 [DN, C 1983, H. 5]

MAURO, Martin John: Strikes as a Result of Imperfect Information. Diss., Cornell Univ. 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

MC HUGH, Cathy Louise: The Family Labor System in the Southern Cotton Textile Industry 1880-1915. Diss., Stanford Univ. 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

MCKAGUE, Ormond Knight: "Socialist Education" in Saskatchewan, 1942-1948. A Study in Ideology and Bureaucracy. Diss., Univ. of Oregon, Eugene and Portland, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

MELZER, Bernd: Theoretische Selbstverständigung und Prosa. Christa Wolfs Beitrag zur Entwicklung der Literatur in der Deutschen Demokratischen Republik. Diss. (A), Univ. Rostock 1982 [DN, C 1983, H. 7]

MENDE, Hans-Jürgen: Karl Kautskys Auffassung vom gesetzmäßigen Verlauf der Geschichte und ihren Triebkräften. Beitrag zu einer kritischen Analyse der Geschichts- und Gesellschaftsauffassung Karl Kautskys unter Berücksichtigung des Wechselverhältnisses seiner ökonomischen und philosophischen Auffassungen. Diss. (A), Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin/DDR 1982 [DN, C 1983, H. 5]

MERTENS, Edith: Ludwig Renn. Literatursoziologische und persönlichkeitstheoretische Aspekte der biographischen Entwicklung des Offiziers Arnold Friedrich Vieth von Golssenau zum Schriftsteller Ludwig Renn. Diss., Univ. Münster 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

MESSMANN, Alfred: Zur Entwicklung eines hermeneutischen Paradigmas auf der Grundlage der materialistischen Wissenschaftsauffassung. Versuch einer Anwendung von Bestimmungsmomenten des Deutungsinstrumentariums auf den Theorieansatz von Jürgen Habermas. Diss., Univ. Bremen 1981 [DN, C 1983, H. 7]

MÖBIUS, Rolf: Geschichtsideologische Wirksamkeit der sozialistischen Tageszeitung. Diss., Univ. Leipzig 1983 [BzG, 25. Jg. (1983), Nr. 5]

MOELLER, Robert Gardiner: Peasants. Politics and Pressure Groups in War and Inflation. A Study of the Rhineland and Westphalia, 1914-1924. Diss., Univ. of California, Berkeley, 1980. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

MÜHLE, Rainer: Untersuchungen zur Arbeiterimmigration in die Schweiz und zur Fremdarbeiterpolitik der schweizerischen Monopolbourgeoisie (1945-1970). Diss. (A), Univ. Rostock 1983 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 11]

MÜLLER, Gerhard: Die Gesellschaft für soziale Reform. Konzeptionen, Methoden und Wirksamkeit bürgerlicher Sozialreformer im junkerlich-bourgeoisen deutschen Imperialismus (1897/98-1914). Diss. (A), Univ. Jena 1982 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 11]

MÜLLER, Ute: Die gewerkschaftliche Organisierung der Frauen in Kristiania (Oslo) ca. 1889-1901. Mit besonderer Berücksichtigung des Solidaritätsverhaltens der Arbeiter zu ihren Kolleginnen. Ex., Univ. Kiel, LS für Skandinavische Geschichte, 1983

MURPHY, Marjorie: From Artisan to Semi-Professional. White Collar Unionism among Chicago Public School Teachers, 1879-1930. Diss., Univ. of California, Davis, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

NOACK, Stefan: Die Entwicklung der Arbeitsteilung des Transportwesens der Erde unter besonderer Berücksichtigung des Eisenbahntransports. Verkehrsgeographische Strukturanalyse. Diss., Univ. Halle 1982 [Afk, 22. Jg. (1983), 2. Hjbd.]

PAMPEL, Reiner: Die Entwicklung der Eigentumsverhältnisse und ihre Reproduktion im nicht-monopolistischen Sektor des Binnenhandels der entwickelten kapitalistischen Länder. Diss. (B), HH Leipzig 1982 [DN, C 1983, H. 4]

PANKE, Sabine: Die Entwicklung des imperialistischen Staatshaushaltes der BRD in den Jahren 1950 bis 1965. Diss. (A), Univ. Leipzig 1982 [DN, C 1983, H. 5]

PASDIRTZ, George William: Instability and Late 19th Century German Development. Diss., Univ. of Wisconsin, Madison, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

PATTIJOHN, James Bishop: Some Determinants of Public School Teachers' Average Salary and Share of a State's Personal Income. Does Unionization have an Effect? Diss., Univ. of Nebraska, Lincoln, 1980. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

PAULING, Günter: Zur weiteren Ausprägung des sozialistischen Charakters der Arbeit in der "Mach mit!"-Bewegung. Untersucht im Bereich des örtlichen Bauwesens der Stadt Bernburg. Diss. (A), TH Leipzig 1982 [DN, C 1983, H. 7]

PELZ, Jochen Volker: Das Etatwesen der Städtischen Allgemeinen Krankenhäuser der Stadt Berlin um die Jahrhundertwende (1890-1900). Krankenhaus im Friedrichshain (8.10.1874). Krankenhaus Moabit (7.11.1882). Krankenhaus auf dem Urban (10.6.1890). Diss., FU Berlin 1982 [AfK, 22. Jg. (1983), 2. Hjbd.]

PERPERT, Barbara Jane Little: Labor and Capital on the Copperbelt. African Labor Strategy in the Northern Rhodesian Copper Mines 1924-1964. Diss., Boston Univ., Graduate School, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

PETERSON, Karen Kristina: Corporatism and Unemployment Policy. Case Study of Sweden, Israel and Britain. Diss., Northwestern Univ., Evanston and Chicago, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

PETSCHICK, Peter: Die Rolle industrieller Innovationsprozesse und der monopolistischen Innovationsstrategie im System staatsmonopolistischer Profit- und Herrschaftssicherung. Diss. (B), Univ. Leipzig 1982 [DN, C 1983, H. 7]

PREISER, Klaus: Arbeitszeit. Berichterstattung und Gesellschaftspolitik. Diss., FU Berlin 1982 [DN, C 1983, H. 7]

PROKSCHA, Helmut: Maksim Gor'kij zur Funktion des Schriftstellers in der sozialistischen Gesellschaft. Diss. (B), PH Potsdam 1982 [DN, C 1983, H. 6]

RADEMACHER, Gerhard: Das Technik-Motiv in der Literatur und seine didaktische Relevanz. Am Beispiel des Eisenbahngedichtes im 19. und 20. Jahrhundert. 5 Bde. Habil., PH Dortmund 1980 [DN, C 1983, H. 7]

RÄNICKE, Wolfgang: Zum politisch-ideologischen Kampf der Bezirksparteiorganisation Gera der SED unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des freundschaftlichen Verhältnisses der Bevölkerung des Bezirks Gera zur Sowjetunion (Sommer 1952 bis Frühjahr 1954). Diss. (A), Univ. Jena 1983 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 11]

RASSLER, Gerda: Literatur im Feuilleton. "Pariser Tageblatt"/"Pariser Tageszeitung" und ihr literaturpolitisches Profil. 2 Bde. Diss. (A), Univ. Leipzig 1982 [DN, C 1983, H. 7]

RESCH, Andreas: Die Staatsbetriebe. Zur theoretischen Bestimmung produktiver Bereiche staatlicher Tätigkeit. Diss., FU Berlin 1982 [AfK, 22. Jg. (1983), 2. Hjbd.]

RESCHWAMM, Dorothea: Grundzüge des Kampfes der KPD für die ökonomischen und sozialen Interessen der Arbeiterklasse bei der Abwehr der Kapitaloffensive der deutschen Monopolbourgeoisie (Frühjahr 1928 bis März 1930). Diss. (A), Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin/DDR 1983 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 10]

REYER, Jürgen: Das Verhältnis zwischen Familie und öffentlicher Kleinkinderziehung im 19. Jahrhundert in Deutschland. Eine sozialhistorische Studie zur Geschichte der Sozialpädagogik. Habil., Univ. Dortmund 1982 [DN, C 1983, H. 5]

RICHTER, Bernd: Gesellschaftliche Bedingungen und literarische Kommunikation in den USA der 20er Jahre. Werte und Wertungen der Romane F. Scott Fitzgeralds. Diss. (A), PH Potsdam 1982 [DN, C 1983, H. 5]

RICHTER, Ulrich: Die Entwicklung und Tätigkeit der Universitätsparteiorganisation der SED im Prozeß der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Errungenschaften und der beginnenden sozialistischen Umgestaltung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (1949-1955). Diss. (A), Univ. Jena 1981 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 10]

RIEHLE, Rainer und Karl M. SCHMITZ: Rationalisierung und Gewerkschaft. Bedingungen und Formen gewerkschaftlicher Gegenwehr in der industriellen Produktion. Diss., Univ. Osnabrück 1979. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

ROBERTS, Bruce Burnham: Value Categories and Marxian Method. A Different View of Value-Price Transformation. Diss., Univ. of Massachusetts, Amherst, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

ROCHE, John Thomas: Marx's Theory of Money and the Accumulation of Capital. Diss., Univ. of Massachusetts. Amherst, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

ROCKER, R.D.: The Making of the Russian Revolution. Revolutionaries, Workers and the Marxian Theory of Revolution. Diss., Univ. of Iowa, Iowa City, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

ROTH, Gary: The Rise of Spontaneity and Organization in the Labor Movement. Diss., FU Berlin 1982. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

ROUETTE, Susanne: Frauenarbeit und Demobilmachung nach dem Ersten Weltkrieg. Untersucht am Beispiel Berlin. Ex., TU Berlin, Institut für Geschichtswissenschaft, 1983

SHAPIRO, Ann-Louise: Working Class Housing and Public Health in Paris 1850-1902. Diss., Brown Univ., Providence, 1980. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

SIPE, Daniel Albert: A Moment of the State. The Enactment of the Nation Labour Relation Act, 1935. Diss., Univ. Pennsylvania, Philadelphia, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

SMITH, Vardaman Russell: Production and Distribution. A Comparison and Critique of the Positions taken by Karl Marx and John Stuart Mill. Diss., The Pennsylvania State Univ., University Park, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

SOLOMON, Lesley Lerner: From Exclusion to Internationalism. The AFL-CIO as a Transnational Actor in the Far East. Diss., Univ. of Pennsylvania, Philadelphia, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

SOLTY, Axel: Darstellung und Analyse gewerkschaftlicher Bildungspolitik im historischen Ablauf von 1868 bis zur Gegenwart. Staatsex., Univ. Köln 1982

SPECHT, Harald: Beitrag zur kritischen Analyse weltanschaulich-philosophischer Grundlagen des Zerrbildes sozialreformistisch orientierter "Kommunismusforscher" in der BRD vom realen Sozialismus. Unter besonderer Berücksichtigung der Auffassungen Richard Löwenthals vom Zusammenhang von Basis und Überbau und von Ökonomie und Politik. Diss. (A), Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin/DDR 1982 [DN, C 1983, H. 6]

SCHARKE, Klaus Peter: Arbeiterpartei und Sozialreform. Die sozialpolitischen Vorstellungen der deutschen Sozialdemokraten in der Bismarckzeit. Ex., FU Berlin 1982. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

SCHIRMER, Klaus: Sozialdemokratische Positionen zur NATO. Schwerpunktmäßige Darstellung am Beispiel der SPD. 1949 bis 1981. 3 Bde. Diss. (B), Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin/DDR 1982 [DN, C 1983, H. 7]

SCHLEBACH, Andreas: Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung. Die Diskussion in der SPD auf lokaler und regionaler Ebene 1950-1955. M.A., Univ. Bochum 1982. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

SCHOTT, Gisela: Die Politik der Kommunistischen Internationale zur Einbeziehung der pazifistischen Bewegung in den Kampf um die Erhaltung des Friedens. Vom Vorabend des VII. Weltkongresses bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. 2 Bde. Diss. (B), Akademie für Staats- und Rechtswissenschaften der DDR, Potsdam 1982 [DN, C 1983, H. 7]

SCHROVER, W.: De K.A.J., 1946-1965, tussen verzuiling en ontzuiling (Die Katholische Arbeiter Jugend, 1946-1965, zwischen "Versäulung" und "Entsäulung"). Diss., Univ. Nijmegen, Institut für Zeitgeschichte, 1983 [KUN]

SCHULZ, Eberhard: Der Kampf der Landesparteiorganisation Thüringen der SED um die Aneignung des Marxismus-Leninismus durch alle Parteimitglieder. Diss. (B), Univ. Jena 1982 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 10]

SCHULZ, Tassilo: Zur Entwicklung der Auffassung über die politische Gewalt in der Geschichte bei Marx und Engels in den Jahren 1848 bis 1852. Eine theoriegeschichtliche Untersuchung. Diss. (A), Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin/DDR 1982 [DN, C 1983, H. 5]

SCHWEMMLE, Michael: Der Konflikt um "Mehr Freizeit für Schichtarbeit" bei der Deutschen Bundespost. M.A., Univ. Tübingen 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

SCHWENSFEGER, Alfons: Die Entwicklung des Industrieanlagenbaus in Deutschland bis 1945 und in der DDR. 2 Bde. Diss. (A), TH Magdeburg 1982 [DN, C 1983, H. 7]

STIPDONK, P. van: De SDAP en het Internationaal Socialistisch Bureau van de Tweede Internationaale, 1900-1909 (Die [niederländische] Sozial-Demokratische Arbeiter-Partei und das Internationale Sozialistische Büro der Zweiten Internationale, 1900-1909). Diss., Univ. Nijmegen, Institut für Zeitgeschichte, 1983 [KUN]

STOLZE, Hilmer: Der Kampf der SED-Bezirksorganisation Leipzig um die Verwirklichung der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in den Jahren 1952 bis 1955. 2 Bde. Diss. (A), PH Leipzig 1982 [DN, C 1983, H. 5]

TRAUB, Rainer: Der "Fall Millerand" und die Volksfront. Bürgerlich-sozialistische Regierungskoalitionen im Zusammenhang der Zweiten und Dritten Internationale. Diss., Univ. Osnabrück 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

UCA, Mehmet Nezir: Workers' Participation and Self-Management in Turkey. Evaluation the Past and Considering the Future. Diss., Cornell Univ., Ithaca, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

URMANN, Michael Francis: Rank and File Communists and the CIO Unions. Diss., The Univ. of Utah, Salt Lake City, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

VOGEL, Lise: Beyond Domestic Labour. Women's Oppression and the Reproduction of Labour Power. Diss., Brandeis Univ., Waltham, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

WANG, Leonard Fong Sheng: Three Essays on the Economic Theory of the Labor-Managed Firm. Diss., Purdue Univ., West Lafayette, 1980. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

WARNING, Elke: Die Politik der SED zur Entwicklung der Staatsorgane – unter besonderer Berücksichtigung der Volksvertretungen – der Provinz Mark Brandenburg zu Interessenvertretungen des werktätigen Volks (1946 bis Oktober 1949). Diss. (A), Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin/DDR 1983 [BzG, 25. Jg. (1983), Nr. 6]

WEIGANG, Stefan: Unterbäuerliche Schichten in deutschen Territorien unter dem Einfluß der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Am Beispiel der Landarbeiter im Königreich Hannover. Ex., Univ. Hannover 1983. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

WILSON, John Robin: Seedbed of Protest. Social Structure and Radical Politics in Ettlingen, Grand Duchy of Baden. 1815-1850. Diss., Johns Hopkins Univ., Baltimore, 1981. Standort: Bibl. des AdsD [FES]

WIT, J.M.C. de: Visie en pragmatisme. A. Vondeling en de P.v.d.A., 1958-1966 (Vision und Pragmatismus. A. Vondeling und die Partei der Arbeit, 1958-1966). Diss., Univ. Nijmegen, Institut für Zeitgeschichte, 1983 [KUN]

WÖRFEL, Erhard: Vereinte revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse und historischer Fortschritt in Thüringen (1944/45 bis Sommer 1947). Ein regionalgeschichtlicher Beitrag zur Geschichte der SED, insbesondere zur Dialektik der Entwicklung der objektiven Bedingungen und des subjektiven Faktors. Diss. (B), Univ. Jena 1983 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 11]

WOHLAUF, Gabriele: Die Spiegelglasmanufaktur Grünenplan im 18. Jahrhundert. Eine Studie zu ihrer Betriebstechnologie und Arbeiterschaft. Diss., Univ. Hamburg 1981 [DN, C 1983, H. 6]

ZIELKE, Monika: Zur Sozialpolitik in der DDR während der Übergangsperiode (1945-1981). Studie zu einigen ausgewählten Problemen. Diss, (B). Univ. Rostock 1982 [DN, C 1983, H. 4]

ZÜCKERT, Ulrich: Zur Darstellung von Kriegen in Geschichtslehrbüchern der gymnasialen Oberstufe in der Sekundarstufe II. Untersuchung, Interpretation und Bewertung ausgewählter Fragen der Vermittlung imperialistischer Geschichtsideologie zur Manipulierung der Schuljugend in der BRD. Diss. (B), Humboldt-Univ. Berlin/DDR 1983 [ZfG, 31. Jg. (1983), Nr. 11]

NEUE LITERATUR

Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED und Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU (Hrsg.): **Der Bund der Kommunisten. Dokumente und Materialien.** Bd. 2: **1849-1851.** – Berlin: Dietz Verlag 1982. 785 S.

Mit zwölfjähriger Verzögerung haben die Ost-Berliner und Moskauer Institute für Marxismus-Leninismus jetzt den 2. Bd. ihrer Dokumentensammlung zur Geschichte des Bundes der Kommunisten (BdK) herausgegeben. Der 1. Bd. (seit Jahren vergriffen; eine 2. Auflage ist im Rahmen der Publikationen zum Marx-Jahr 1983 vorgesehen) enthält Materialien von der Vorgeschichte bis Mitte 1849; der vorliegende 2. Bd. führt die Geschichte des BdK weiter von August 1849, d.h. von der Reorganisation des Bundes nach dem Scheitern der Revolution, bis zum Mai 1851, als die Verhaftung des Bundesmitglieds Nothjung das Ende der Tätigkeit der Kölner Zentralbehörde einleitete.

Die Konzeption der Redaktionsmitglieder (H. Förder, M. Hundt, J. Kandel, S. Lewiowa) blieb beim 2. Bd. im wesentlichen unverändert bestehen. Wie im 1. Bd. reicht das Spektrum der aufgenommenen Materialien von direkten programmatischen Äußerungen des BdK in Statuten, Rundschreiben, Flugblättern und Protokollen über zeitgenössische Kommentare in Zeitungsartikeln und Briefen bis zu nachträglichen Urteilen in Aussagen vor der Polizei und später aufgezeichneten Erinnerungen einzelner Mitglieder. Darüber hinaus enthält der Bd. auch wieder solche Dokumente anderer Organisationen, in denen sich der Einfluß des BdK eindeutig zeigen läßt, so z.B. in einigen chartistischen Publikationen.

Neu dagegen ist, daß in den relativ knappen Einleitungen zu den beiden Kapiteln (Reorganisierung des BdK und Auswertung der Erfahrungen der Revolution; von der Spaltung des Bundes bis zum Ende der Tätigkeit der Kölner Zentralbehörde) einige inhaltliche Probleme berücksichtigt werden, deren Geschichte erst durch neuere Forschungen ergänzt bzw. korrigiert wurde. Dies gilt besonders für die Diskussion des Verhältnisses des BdK zur Arbeiterverbrüderung, für die umstrittene Frage der Reorganisation des BdK nach dem Scheitern der Revolution und für die Entwicklung der gegensätzlichen Auffassungen innerhalb der Zentralbehörde vor ihrer Spaltung. – Obwohl die Herausgeber zwar sichtlich von den Vorarbeiten zur neuen MEGA und dem darin gesammelten Material zur Geschichte des BdK profitieren konnten, enthält die vorliegende Edition noch weitere Erstveröffentlichungen. Sie werfen neues Licht auf einige bisher in der Forschung wenig bekannte Aspekte der Bundesgeschichte, besonders auf die Reisen einiger Emissäre in Deutschland und auf die Querverbindungen zwischen einzelnen Mitgliedern. Auch für lokalgeschichtliche Studien bieten sich neue Einsichten, sowohl in die Entwicklung der Gemeinden in Köln, Leipzig und La-Chaux-de-Fonds als auch in die Teilnahme von Bundesmitgliedern an öffentlichen Arbeitervereinen und Arbeiterbildungsvereinen in Brüssel, Köln, Stuttgart und anderen Städten. Im einzelnen wären an besonders aufschlußreichen Erstveröffentlichungen zu erwähnen eine Adressenliste, die Nothjung bei seiner Verhaftung bei sich trug, eine Reihe von Briefen Beckers aus Köln, größtenteils an Marx, und mehrere Protokolle von Kongressen der Arbeiterverbrüderung. (Allerdings wurden einige der neu veröffentlichten Dokumente schon von anderen Historikern eingesehen und z.T. zitiert, so zum Beispiel von W. Schmidt in seiner Wilhelm-Wolff-Biographie und von A. Herzig in seiner Arbeit über Jacobi.) Darüber hinaus wurden im Anhang die Aussagen der Bundesmitglieder Röser, Haupt und Bürgers bei ihren polizeilichen Verhören erstmalig (bzw. erstmalig vollständig) publiziert.

Der schon im 1. Bd. sehr ausführliche Anmerkungsteil wurde noch weiter ausgebaut auf einen Umfang von über 250 Seiten. Die vielen Querverweise erleichtern die Benutzung des Bdes als Nachschlagewerk, wobei vor allem die zahlreichen und detaillierten biographischen Angaben zu sonst eher unbekannten Personen, auch außerhalb des engeren Kreises des BdK, den Anmerkungsapparat zu einer wahren Fundgrube machen. In den Anmerkungen finden sich auch die wichtigsten Dokumente des sogen. "Sonderbundes", der sich am 15. September 1850 um Willich und Schapper vom BdK um Marx und Engels abspaltete. Hier wäre die wichtigste Kritik am Konzept der Herausgeber anzubringen, deren ideologische Festlegung auf die Führungsrolle von Marx und Engels sich erwartungsgemäß bei der Behandlung des "Sonderbundes" am deutlichsten niederschlägt. So wurden die Schreiber des "Sonderbundes"

in den Anmerkungsteil relegiert, während die Publikationen der Arbeiterverbrüderung und der Chartisten im eigentlichen Dokumententeil Aufnahme gefunden haben, obwohl sie weder organisatorisch noch ideologisch dem Marx-Engelsschen Bund signifikant näher standen. Eines der zentralen Dokumente des "Sonderbundes", die Ansprache vom 1. Oktober 1850 mit ihrer scharfen Kritik an der Rolle Marx' und Engels' bei der Spaltung, wurde zwar abgedruckt, nicht aber ohne ausdrückliche editorielle Verurteilung des "absoluten Unverständnisses" und der "haltlosen Angriffe" der Willich-Schapper-Gruppe (S.718). Dagegen wurden die Briefe Willichs an Becker, die sowohl in der Auseinandersetzung zwischen den beiden Bünden als auch im Kölner Kommunistenprozeß eine große Rolle spielten, bedauerlicherweise gar nicht aufgenommen.
Wegen ihres außerordentlich reichen Materials und wegen der Akribie, mit der die Dokumente gesammelt und kommentiert wurden, ist die Edition dennoch unentbehrlich nicht nur für die engere Geschichtsschreibung des BdK, sondern für jede Beschäftigung mit der frühen deutschen Arbeiterbewegung und mit der praktischen politischen Tätigkeit Marx'. Der für 1984 angekündigte 3. Bd. soll die Geschichte des BdK bis zu seiner Auflösung und seine Nachwirkungen behandeln und soll außerdem ein (dringend benötigtes) Gesamtregister enthalten.

Christine Lattek

LUXEMBURG, Rosa: **Gesammelte Briefe. Bde 1-3.** Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED. Teilübersetzung aus dem Polnischen. – Berlin: Dietz Verlag 1982. 722, 455 und 333 S.

Daß Rosa Luxemburgs Gesamtwerk so schnell wie möglich veröffentlicht werden solle, hat Lenin bereits im Jahre 1922 gefordert. Seither sind 62 Jahre vergangen. Natürlich liegt der Gedanke nahe, daß die Schriften der unbequemen Frau allen Richtungen der Arbeiterbewegung bis zum heutigen Tag Probleme bereiten und deshalb eine Gesamtedition so lange auf sich warten läßt. Verdienstvollerweise erscheint jetzt aber in der DDR nach den 5 Bden der "Gesammelten Werke" von Rosa Luxemburg eine auf große Vollständigkeit angelegte Sammlung ihrer Briefe in mehreren Bänden.
Bisher hatte es mit den Briefeditionen von Rosa Luxemburg eine besondere Bewandtnis. Über die ganze Welt verstreut, tauchten ihre Briefe, an die verschiedensten Adressaten gerichtet, in allen möglichen Ländern auf. Dabei gab es zwei Editionen, die wegen ihres Umfangs und ihrer Bedeutung herausragten: die von Feliks Tych herausgegebene Ausgabe ihrer Briefe an Leo Jogiches in 3 Bden (Warschau 1968-1971) und die zweibändige, in Paris 1975 und 1977 von Georges Haupt, Gilbert Badia, Irène Petit und Claudie Weill besorgte Sammlung von Briefen an verschiedene Adressaten. Daneben finden sich kleinere Briefsammlungen in Holland, in der DDR, in der Bundesrepublik und – z.B. – in Japan. Daß jetzt erstmals der Versuch unternommen wird, alle auffindbaren Briefe zu sammeln und geschlossen herauszugeben, ist von unschätzbarem Wert.
Von besonderer Bedeutung scheinen mir die zahllosen Briefe an Kostja Zetkin, die bisher streng verwahrt im Institut für Marxismus-Leninismus in Moskau lagerten. Gerade hier ist indes eine Einschränkung des Dietz-Verlages erfolgt. Allzu private Briefe sollten nicht veröffentlicht werden. 70 Briefe an Kostja Zetkin wurden daher nicht in die Sammlung aufgenommen (Bd. 1, S.49).
Die Achtung vor dem Intimbereich auch längst historisch gewordener Personen erscheint mir legitim. Aber man muß sich trotzdem fragen, ob die scharfe Trennung zwischen "privater" und "politischer" Ebene weiterhin aufrechterhalten werden soll. Vor allem, wenn man die Verquickung beider Ebenen in den Briefen dieses lebensbejahenden, kraftvollen Menschen kennengelernt hat. Rosa Luxemburg zerfiel eben nicht in zwei trennbare Teile, sondern ihre politischen Äußerungen und Urteile waren verwoben mit den persönlichen Eindrücken, die sie von den Menschen hatte, mit denen sie zusammenarbeitete. Nirgendwo kann man ein so reiches, umfassendes Bild von Rosa Luxemburg bekommen wie in ihren Briefen. Sie schrieb eigentlich ihr ganzes Leben lang ohne größere Unterbrechungen Briefe. Manchmal täglich an mehrere Adressaten. Im Vorwort der neuen Ausgabe heißt es, das Briefeschreiben habe ihr teilweise ein Tagebuch ersetzt. Das leuchtet ein. Briefeschreiben als ein Orientierungs-

punkt, ein Ruhepunkt in ihrem ungeheuer intensiven, von ständigen politischen Auseinandersetzungen geprägten Alltag. Sie setzte sich dann noch einmal hin und sammelte sich, bewertete das Geschehene und dachte gleichzeitig an die, die ihr am nächsten standen. Neben diesen Briefen gibt es natürlich ungeheuer viele, die nur die Aufgabe hatten, Informationen auszutauschen, kurze Mitteilungen zu machen, Termine bekanntzugeben. Auch diese Briefe sind für Historiker von großem Interesse.
Es bleibt eigentlich nichts übrig, als Vorhaben und Ausführung (bisher bis zum Jahre 1910) der Sammlung von Luxemburg-Briefen uneingeschränkt zu begrüßen. Selbst das obligatorische Anlegen der Lenin-Meßlatte an Rosa Luxemburg (so im Vorwort zum 1. Bd.) fällt, verglichen mit früheren Jahren, äußerst harmlos aus und läßt den Leser oder die Leserin nach kurzem Groll über den zur Legitimationsideologie geronnenen DDR-Sozialismus mit heftiger Neugier zum Eigentlichen übergehen. Ein ausführlicher, genauer und gleichzeitig verständlicher Anmerkungsapparat macht nicht zuletzt den Wert dieser Edition aus. Die Arbeit und das große Engagement, das hinter einem solchen Vorhaben steckt, sollen hier ganz besonders anerkannt werden.

Sibylle Quack

TOLLER, Ernst: **Justiz-Erlebnisse.** Vollständige Neuausgabe. Im Anhang erweitert um autobiographische Notizen Tollers sowie Texte von Thomas Mann und Kurt Tucholsky (= Das Gesicht der Zeit, Bd. 2). – Berlin: LitPol Verlagsgesellschaft 1979. 167 S.

FRÜHWALD, Wolfgang und John M. SPALEK (Hrsg.): **Der Fall Toller. Kommentar und Materialien.** – München und Wien: Carl Hanser Verlag 1979. 300 S.

Die aktuelle Auseinandersetzung um die Wegbereitung des NS-Regimes verweist auf die Konstitution der Weimarer Republik. Wer sich dabei mit der Rolle der Justiz im Prozeß der Auflösung der Weimarer Republik befaßt, findet die Zusammenhänge von Justiz und Politik exemplarisch am Fall Toller dargestellt (siehe auch: Gotthard Jasper, "Justiz und Politik in der Weimarer Republik", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 30 (1982), H. 2, S.167-205). Ernst Toller, der als Vorsitzender des Zentralrats in der Münchener Räterepublik eine führende Position innehatte, wurde nach dem Sturz der Räterepublik zu 5 Jahren Festungshaft verurteilt. Als einer der prominentesten politischen Vertreter und durch sein Aufsehen erregendes literarisches Schaffen stand er im Licht der Öffentlichkeit, wenn es darumging, die kompromißlose Haltung der nun wieder reaktionären bayrischen Regierung und Justiz anzuprangern. So ist dieser Fall beispielhaft und zudem ausführlich aufgearbeitet.
Die "Justiz-Erlebnisse" gehen zurück auf eine Protestvorlage gegen die schikanösen Verhältnisse in den bayrischen Haftanstalten, die Toller 1924 nach seiner Entlassung beim Rechtsausschuß des Reichstags eingereicht hatte. Der Rechtsausschuß lehnte es ab, sich damit offiziell zu beschäftigen – zu lange schon hatten bis dahin die bayrischen Justizskandale die Atmosphäre zwischen Bayern und Preußen vergiftet. 1927 dann veröffentlichte Toller die erweiterte Sammlung als Buch, das ein erschütterndes Zeugnis der Praxis bayrischer Justiz ablegt. Dabei gibt sich Toller alle Mühe, sachlich zu bleiben: Er teilt das Buch in 2 Teile, der erste enthält verbürgte Schilderungen anderer, der zweite eigene Erlebnisse. Auch wählt er einen relativ nüchternen Sprachstil, um dem Dokumentationscharakter zu entsprechen. Toller will den "moralischen Schmerz, den das absichtliche Unrecht, die Willkür verursacht" (S.7), aufzeigen. Das Buch enthält eine Aneinanderreihung von äußerlich ungeordneten Berichten und Erlebnissen, die alle zusammengehalten sind von der engagierten Anklage gegen die Ungerechtigkeiten, die Schikanen, die kleinen Sticheleien und die unmenschliche Behandlung durch die Justiz und deren Vollzugsorgane. Da wird der "Justizmord an Eugen Leviné" festgehalten, der skandalöse Prozeß gegen Hitler 1923, der zermürbende Kampf um die Einhaltung der Haftbestimmungen, – eben die ganze Brutalität mit der die emanzipatorische Phase der Räterepublik von der wieder fest installierten bayrischen Reaktion ausgemerzt wurde. – Aber es bleibt bei dieser Aufzählung, die zwar ein erschütterndes Bild der damaligen Zeit gibt, eine Analyse der politischen Entwicklung hingegen vermissen läßt. Gerade dieses Fehlen des politischen Weitblicks ist symptomatisch für Toller, der seine politische Überzeugungskraft aus seiner unbestrittenen morali-

schen Integrität bezieht. Gewiß, Aufmerksamkeit konnte dieses Buch nur dadurch erzielen, daß es vor jeglicher ideologischer Vereinnahmung geschützt war. Gleichzeitig wirft es ein Licht auf einen Mann, der politisch heimatlos geworden, resigniert auf die Münchener "Dichterrepublik" (Der Fall Toller, S.253) zurückblickt. – Toller schreibt in seinem Vorwort, daß er die "historischen Vorgänge [. . .] als bekannt voraussetzt" (S.9). Allerdings kann davon heute nicht mehr die Rede sein. Die Herausgeber versäumen es, dem Abdruck des Originaltextes eine kommentierende Einführung vorauszustellen. Statt dessen gibt es nur einige spärliche Anmerkungen und Literaturhinweise, so daß Tollers Eindrücke losgelöst und isoliert wirken. Der interessierte Leser kann mit einer solchen Auflage nur etwas anfangen, wenn er andere Bücher zur Hand nimmt.
Der Dokumentationsband "Der Fall Toller", der als Ergänzung zur fünfbändigen Ausgabe der "Gesammelten Werke" von Toller herausgegeben wurde, versucht, durch die chronologische Anordnung zahlreicher Archivmaterialien einen Überblick über Tollers Leben als Schriftsteller und Politiker zu vermitteln. Der Dokumentationsteil beinhaltet z.T. bisher unveröffentlichte Quellentexte, die sich in fünf Kapiteln über die Zeit der Revolution und Räterepublik, die Zeit der Festungshaft, Tollers Engagement für die Weimarer Republik und sein Leben im Exil erstrecken. Das Verständnis des inhaltlichen Zusammenhangs der vielen Briefe, Kritiken und Berichte wird durch die eingeschobenen Kommentare gut gewährleistet.
Im Vordergrund steht dabei die Auseinandersetzung um den Dichter und Politiker. Die Linke kritisierte ihn als "Kompromißpolitiker Toller, der seine bourgeoise Herkunft nicht habe abstreifen können [. . .]". Dies "wurde zu einem Topos kommunistischer Kritik im Streit auch um das literarische Werk des Autors. [. . .] sein Pessimismus, seine angeblich nur gefühlsbetonte Annäherung an das Proletariat, bestimmte diese Kritik schon früh [. . .]" (S.246). Toller erfuhr den Zusammenhang von Politik und Literatur unmittelbar dadurch, daß seinen Verteidigern anhand von Tollers – damals als Manuskript vorliegendem – Drama "Die Wandlung" der Nachweis seiner "ehrenhaften Gesinnung" gelang. Dies rettete ihm – im Gegensatz des zum Tode verurteilten Eugen Leviné – das Leben. Er wurde zu fünf Jahren Festungshaft, die als "Ehrenhaft" galt, verurteilt. Während seiner Haftzeit wurde Toller zu einem der am meisten beachteten deutschen Dramatiker der 20er Jahre. Tollers Briefe aus dem Gefängnis dokumentieren die Bedeutung seines literarischen Werkes als einziger Möglichkeit der politischen Artikulation während der Haftzeit, da andere Formen politischer Artikulation der Gefängniszensur zum Opfer fielen. Neben dem Dokumentationsteil enthält der Bd. eine ausgewählte Bibliographie, zahlreiche bisher unveröffentlichte Fotos und ein Nachwort von Wolfgang Frühwald.

Gabriele Jäger und Stephan Trudewind

Paris 1935. Erster Internationaler Schriftstellerkongreß zur Verteidigung der Kultur. Reden und Dokumente. Mit Materialien der Londoner Schriftstellerkonferenz 1936. Hrsg. von der Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Literaturgeschichte. Einleitung und Anhang von Wolfgang KLEIN. – Berlin: Akademie-Verlag 1982. 524 S.

Endlich! Und das Wort gilt sowohl der langen Druckzeit – die Einleitung stammt vom Dezember 1978 – als auch und vor allem der Tatsache, daß es nunmehr möglich ist, die Positionen, Meinungen von rund 100 Schriftstellern kommunistischer, sozialistischer, radikaldemokratischer und bürgerlich-liberaler bis konservativer Überzeugung oder Bindung, die sich den literarischen Stilen vom sozialistischen Realismus bis zum Surrealismus verschrieben hatten, zum Thema "Verteidigung der Kultur" angesichts des (deutschen) Faschismus lesen und vergleichen zu können. Es fehlen nur wenige Reden. Die von Rudolf Leonhard war im Wortlaut "nicht zu ermitteln"(S.495, Anm.463), vermutlich ist das einzige Exemplar mit dem Archiv des Kongresses "beim Einmarsch der deutschen Faschisten [in Frankreich] 1940 verloren" gegangen (S.32). Die Rede des Niederländers Menno ter Braak ist im Anhang nur paraphrasiert, mit Zitaten durchsetzt, wiedergegeben, da "die Inhaberin der Urheberrechte den Abdruck [. . .] nicht gestattet" hat (S.475, Anm.197). Warum dies mit

dem Vortrag des Italieners Gaëtano Salvemini, dem "Führer der bürgerlichen antifaschistischen Bewegung Giustizia e libertà" (S.486, Anm.386), ebenfalls geschah, wird nicht gesagt. Wohl wird begründet, warum die Akademie "es nicht als unsere Aufgabe ansehen" konnte, die Rede der Französin Magdeleine Paz "neu zu veröffentlichen": sie habe "als einzige des Kongresses bewußt polemisierend gegen die entscheidenden Grundlagen der antifaschistischen Einheit der Intellektuellen polemisiert []", als sie "den Versuch [unternahm], den Fall Victor Serge zur Propaganda gegen die Entwicklung der Sowjetunion zu nutzen"; folgt noch das ebenso unsinnige wie den Leser bevormundende Argument: "zumal die anschließende Diskussion, in der die in unserer Übersicht genannten Redner den Auffassungen von Magdeleine Paz und Charles Plisnier (der eine Resolution in ihrem Sinne vorlegte) nachdrücklich entgegentraten, nicht wörtlich überliefert ist" (S.492, Anm.405). Ich habe die Rede noch einmal gelesen – immerhin wird auf deren Veröffentlichungsorte verwiesen – und kann nur sagen: Sie ist eine Biographie des in den Ural verbannten, Trotzkis Revolutionsideen anhängenden Bolschewisten und Romanciers, ein rational kontrolliertes, emotionales Plädoyer für Gedankenfreiheit, für innerparteiliche Opposition auch und gerade in der Sowjetunion, dem auf dem Kongreß beschworenen Gegenpol des politische und Menschenrechte und -würde mit Füßen tretenden faschistischen Staates nationalsozialistischer Prägung vor allem. Damals wie heute wird leider Kritik mit Polemik, mit Feindschaft gleichgesetzt, und um keine Gelegenheit zum Nachdenken zu bieten, werden unbequeme Wahrheiten halt verschiegen (was natürlich nicht nur für "den Osten" gilt) oder euphemistisch umschrieben. So soll wohl der Satz "Die politischen Ereignisse im Herbst 1936 in der Sowjetunion und in Frankreich beendeten den zeitweiligen Vormarsch der Volksfrontbewegungen" (S.28) auf den 1. Moskauer Prozeß gegen alte Bolschewiki und die Folgen weisen.
Von diesem Mangel an Mut abgesehen ist "Paris 1935" ein ausgezeichnetes Buch. Personenregister, Copyright-Verzeichnis, Liste der ausgewerteten Publikationen (die englischsprachigen z.B. fehlen allerdings), Kurzbiographien der in den – genannten – einschlägigen Lexika nicht aufgenommenen Schriftsteller, Fotos sind selbstverständlich. Die so weit wie irgend möglich in Kongreß-Reihenfolge abgedruckten Texte der Reden sind akribisch verantwortet, Varianten im Falle voneinander abweichender Vorlagen sind in den Anhang aufgenommen. Spannender noch als die Reden, für die weitere Forschung wichtiger erscheinen mir die von Wolfgang Klein in den (eigens mit * gekennzeichneten) Anmerkungen zusammengetragenen Briefe, Telegramme, Manifeste, Stellungnahmen in Artikeln usw. Sie beleuchten nicht nur den Kongreß und seinen Verlauf selbst, sondern erhellen die in seiner Einleitung umrissenen drei Themenkreise: "organisatorische [] Vorbereitungen und ihre [] politischen Voraussetzungen", "Reaktionen auf die Kongreßstrategie", "Tätigkeit der in Paris gegründeten Internationalen Schriftstellervereinigung zur Verteidigung der Kultur (ISVK) in den Jahren 1935 und 1936" (S.10). Hier zeichnen sich noch nicht ausgelotete – was auch nicht Aufgabe der vorliegenden Dokumentation sein konnte – politische Wendungen, ideologisch bedingte Windungen und Vorurteile, nationale Konkurrenzen und persönliche Eitelkeiten auch in ein- und demselben politischen 'Lager' ab, die zur Reflexion über die "Beziehungen von Literatur und Politik" (S.9) damals – und heute – geradezu herausfordern. In diesem Sinne ist selbst der oben genannte Mangel ein Plus, er könnte es zumindest sein, auch für die angekündigten Publikationen "der Materialien des 2. Internationalen Schriftstellerkongresses zur Verteidigung der Kultur [...]1937 und der Schriftstellerkonferenz in Paris 1938" (S.470, Anm.118) – wenn er behoben wird.

Ursula Langkau-Alex

BLEUEL, Hans Peter: **Ferdinand Lassalle oder der Kampf wider die verdammte Bedürfnislosigkeit** (= Fischer Taschenbuch 5107). – Frankfurt/M.: Fischer Taschenbuch Verlag 1982. 381 S.

Immer wieder wird die Diskrepanz von persönlichem Lebensstil und gesellschaftlicher Stellung als Arbeiterführer bei Ferdinand Lassalle beachtet und beanstandet. Nun kommt Peter Bleuel mit einer neuen und glücklichen These und sagt: Als Mensch und Arbeiterführer hat Lassalle

die gleiche "verdammte Bedürfnislosigkeit" bekämpft; allen Menschen, sich selber wie den Arbeitern, hat er als Ziel gesetzt, "möglichst viel Bedürfnisse zu haben, aber sie auf ehrliche, anständige Weise zu befriedigen", wie er es auf der für das Zustandekommen des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in Frankfurt entscheidenden Massenversammlung formulierte. Diese "Tugend der heutigen, der nationalökonomischen Zeit" haben alle Sozialisten, die auf Smith und Ricardo fußten, erkannt; sie alle haben sich von ihren asketischen Vorgängern distanziert, also die Heß, Marx, Engels und Lassalle, aber nur Engels und Lassalle haben ihr Lebensziel persönlichen Wohlstandes erreicht. Nur Lassalle hat sein Streben nach Stellung und Erfolg eingestanden, und Engels hat ihn dafür mit Haß weit über den Tod hinaus verfolgt; Bleuel wirbt nun um Verständnis für Lassalle und zeigt die innere Logik und Harmonie in dessen Streben nach der Erfüllung all seiner Bedürfnisse "auf anständige Weise" auf und endet demnach folgerichtig mit dem Arbeiterführer Lassalle auf nur 60 Seiten (von den 370), diese allerdings mit kräftigen Akkorden.

Bleuel lehnt es ab, uns eine politische Biographie zu geben, der es allein auf den politischen Arbeiterführer ankommt. Es geht ihm um den ganzen Menschen Lassalle, dessen unasketische Lebenseinstellung sich vor den letzten zwei Jahren der Arbeiteragitation auf allen menschlichen Gebieten erweist. Daher kommen der *Jugend,* den *Lehrjahren,* dem *Anwalt,* dem *Demokrat,* dem *Revolutionär im Wartestand* und dem *Politiker* (alles Kapitelüberschriften) die gleiche Anzahl Seiten zu (jeweils etwa 60) wie dem Arbeiterführer. Ohne es bewußt zu wollen, kommt Bleuel zu einer Depolitisierung Lassalles und einem dementsprechenden Rätselraten um die Persönlichkeit wie etwa zur Zeit Georg Brandes, als sowohl die "Affairen" Lassalles und sein Auftreten mehr als seine Organisationsbemühungen um die Arbeiterbewegung thematisiert wurden. Damals lebten noch Zeitgenossen; heute muß sich Bleuel auf (meist gedruckt vorliegende) Quellen beziehen und auf die Biographien anderer, wobei ihm auch Mißverständnisse unterlaufen (u.a. auf den Seiten 40, 88, 221, 231, 260, 281, 298, 332, 333, und 353).

Bleuel verzichtet ganz auf die üblichen Belege und verweist uns hingegen auf Quellenpublikationen und Biographien, wobei es uns allerdings unmöglich wird, in jedem Fall auf die Ursachen und Gründe seines Verständnisses bzw. seines Mißverständnisses, seiner Interpretation bzw. seiner Fehlinterpretation näher einzugehen. Statt dessen gibt er uns eine erweiterte Darstellung der politischen Hintergründe, die heute durchaus notwendig ist, da die politische Wirklichkeit von damals uns heute unverständlich ist, besonders da Preußen, die bedeutendste damals wirkende politische Wirklichkeit, vollkommen verschwunden ist. Die erweiterten und sachlichen Erläuterungen sind durchaus wünschenswert, nur müßten sie noch vervollständigt werden. Ob eine kritische Biographie allerdings vollkommen auf einen sogenannten "Apparat" verzichten sollte, stelle ich zur Diskussion.

Bleuel hat vollkommen recht, wenn er sich weigert, den Arbeiterführer Lassalle der letzten zwei Jahre (1863/64) einseitig zum Objekt einer Darstellung zu machen, die Frage wäre nur, ob die vorhergehenden Jahre nur Lassalles Kampf gegen seine Bedürfnislosigkeit gelten (und für seine entsprechende Vervollkommnung als Mensch), oder ob seine Stellung als Führer der integralen Demokratie für ihn nicht eine Vorarbeit für die soziale Demokratie war (genauso wie bei Marx) und seine wissenschaftlichen Forschungen wiederum eine Vorarbeit für seine Führung als Demokrat, so daß eine *politische Biographie* der allein passende Ausdruck einer Biographie Lassalles zu sein hat.

Wegen des unpolitischen Ansatzes kommen bei Bleuel die Beiträge Lassalles zur Theorie der Demokratie zu kurz. Weder das "System der erworbenen Rechte", noch die *Verfassungsbroschüren* werden auf ihre bleibende Bedeutung hin untersucht. Wenn auch die klassische Sozialdemokratie mit diesen (und anderen) Denkansätzen Lassalles nichts anzufangen wußte, so darf doch ein moderner Forscher auf diese Denkansätze nicht mit Phrasen reagieren, z.B. es handele sich um ein System der entzogenen Rechte, eine Bemerkung, die bei F.A. Lange Bedeutung hatte, der aber nicht erwähnt wird. – Eine moderne Lassalle-Forschung darf an Lassalle als einem demokratischen Politiker nicht vorbeigehen; es gibt diesem gegenüber noch viel zu klären. Es gibt z.B. neue Lassalle-Briefe an den Nationalverein und es gilt heute, das gespannte Verhältnis von Lassalle zum Nationalverein bis zum "Offnen Antwortschreiben" zu erhellen. Diese These vom Kampf wider die verdammte Bedürfnislosigkeit wird dabei nicht helfen. – Und doch liegt hier ein wichtiger Gedankenansatz bei Lassalle vor, den es nur richtig einzuordnen gilt. Vom "Industriebrief" bis zum "Offnen Antwortschreiben"

(über die Manuskripte zur sozialen Entwicklung und den großen Anmerkungen im "Heraklit" und den *Erworbenen Rechten*) zieht sich der Gedanke durch Lassalles Schriften, daß die Industrie der Hebel zum Wohlstand zu sein habe und der Sozialismus bestimmt sei, diesen Gedanken gegenüber der wertschaffenden Arbeit auszuführen. Sein Kampf gegen die Askese des Sparens ist nur eine andere Seite seiner Ideologie des Kampfes gegen die Bedürfnislosigkeit; sein "Bastiat-Schulze" ist die Apotheose der Arbeiter als den rechtmäßigen Besitzern von Gütern. Lassalles Kampf gegen die verdammte Bedürfnislosigkeit läßt sich nur in einer politischen Biographie des Demokraten und Sozialisten Lassalle sinnvoll darstellen. Um diesen Kampf sinnvoll in eine Lassalle-Biographie einzubauen, hätte Bleuel sein Buch neu zu schreiben, aber dann wäre sein Ansatz durchaus fruchtbar.

Shlomo Na'aman

WIRTH, Franz: **Johann Jakob Treichler und die soziale Bewegung im Kanton Zürich (1845/46)** (= Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft). – Basel und Frankfurt/M.: Helbing & Lichtenhahn 1981. XIV, 292 S.

Wer war J.J Treichler (1822-1906), dem der junge Wilhelm Liebknecht 1850 zur Wahl in die gesetzgebende Versammlung des Kantons Zürich mit den Worten gratulierte: "Trotzdem ist es von Interesse, daß der Sozialismus in dem kleinlichsten und borniertesten Lande der Welt hat Wurzeln fassen können."? (S.232). Treichler – in den letzten Jahren des aristokratischen Zürcher Regimes geboren, Sohn einer Kleinbauern- und Heimarbeiterfamilie, reformfreudiger Pädagoge (inklusive Berufsverbot), Jusstudent, Anwalt, Redaktor, Exponent einer sozialreformerisch-radikaldemokratischen Oppositionsbewegung in den 1840er Jahren und Mitbegründer der Demokratischen Bewegung, dann von seinen liberalen Erzfeinden zum Minister (Regierungsrat) gewählt, von seinen zur Macht gelangten früheren Freunden später wieder abgesetzt, Oberrichter, Rechtsprofessor und Aufsichtsrat der Schweizerischen Kreditanstalt – gehört zu jenen schillernden historischen Übergangspersönlichkeiten, deren Lebenslauf sehr viel mit der Dynamik einer sich modernisierenden bürgerlichen Gesellschaft zu tun hat. Wirth versucht deshalb im Gegensatz zu früheren Arbeiten über Treichler zu Recht, persönliche Entwicklung und Rolle Treichlers in die wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Verhältnisse einzubetten. Dabei liegt das Hauptgewicht dieser lesenswerten Studie auf den Jahren 1845/46, als Treichler zum Exponenten einer sozialreformerischen und radikaldemokratischen Oppositionsbewegung wurde. Der Verf. konzentriert sich auf Wirken und Denken Treichlers zu einem Zeitpunkt, als die ökonomische Krise große Teile der Kleinbauern, Heimarbeiter, Textilarbeiter und Handwerker hart traf. Das liberale System war noch keineswegs gefestigt, als Treichler zum unerbittlichen Kritiker der "neuen Herren" wurde, die den Umbau der Gesellschaft mit der Etablierung eines parlamentarisch-repräsentativen Systems, liberaler Grundsätze und einer neuen Justizorganisation für abgeschlossen hielten. Treichler, durch persönliche Kontakte u.a. mit den Ideen von Fröbel oder August Becker bekannt, eifriger Leser der Schriften von Saint-Simon, Fourier und der französischen Reformisten, hielt wesentliche Grundsätze des Liberalismus noch für unverwirklicht. Er forderte sozialpolitische Maßnahmen (Armen-, Arbeits-, Steuergesetze sowie Gewerbeförderungsmaßnahmen für Handwerk und Kleinbauern) sowie den Übergang zur tatsächlichen Volksherrschaft (Volksabstimmung über Gesetzesbeschlüsse des Parlaments, Abberufbarkeit der Behörden, keinerlei Einschränkung des Wahlrechts). Das Liberale System kritisierte er als Klassenherrschaft der Besitzenden (S.83), denn Gleichheit vor dem Gesetz und Volkssouveränität seien angesichts der tatsächlichen Macht der "Bourgeois" bloße Phantome. Zur Hauptfigur einer kleinen, von der Herrschenden für unberechenbar und deshalb wichtig gehaltenen Oppositionsbewegung wurde er 1845/46 durch seine Redakteursarbeit beim "Noth- und Hülfsblatt"; durch Aktivitäten im "Hülfs- und Bildungsverein", dem Handwerker, Arbeiter, Wirte, Commis angehörten (S.118ff), sowie durch provozierende Vorträge ("Gibt es in der Schweiz ein Proletariat?", "Über die Souveränität des Volkes", "Was ist Sozialismus?"). Große Teile von Wirths Arbeit sind diesen Vorgängen gewidmet, die vorerst zu privaten, dann staatlichen Repressionen gegen Treichler (den "Kommunisten") und seine Bewegung führten. Bedroht von links und rechts sowie angesichts enormer wirtschaftlicher und sozialer Probleme, reagierte die Liberale Mehrheit mit Einschränkungen jener Freiheits-

rechte, die sie kurz zuvor noch erkämpft hatte. Programmatik sowie ein Teil der Personen aus Treichlers sozialer Bewegung von 1845/46 gingen dann – wie der Verf. zeigt – in die parteiähnliche Demokratische Bewegung der 1850er und 1860er Jahre über, die Ende der 1860er Jahre die Macht übernahm und manche Vorschläge Treichlers realisierte, als dieser sich ihr längst entfremdet hatte.
Ist der junge Treichler zu den frühen Sozialisten zu rechnen? Der Verf. ist aufgrund sorgfältiger ideologiegeschichtlicher Analysen vorsichtig im Urteil, doch im Gegensatz zu Gruner hält er Treichler für den "ersten autochthonen deutschschweizerischen Sozialisten" (Gibt es das?).Welche Rolle spielte dann Treichler für die sozialistische Arbeiterbewegung? Hier meint Wirth, daß die ursprünglich von Treichler mitgeprägte Demokratische Bewegung – eine aus Handwerkern, Kleinbauern, Arbeitern, Gewerbetreibenden und Teilen der kleinbürgerlichen Intelligenz zusammengesetzte Partei – die Entstehung einer echten Arbeiterbewegung im Kanton Zürich eher verzögert habe. Die Zürcher Arbeiterschaft habe von den Erfolgen dieser heterogenen Partei in manchem profitiert, doch seien durch sie manche Kräfte gebunden worden, die sonst in der Arbeiterbewegung aktiv geworden wären.
Wirths Buch ist überlegt und klar aufgebaut, leider aber mit dem wenig sinnvollen und den Lesefluß störenden Dezimalklassifikationssystem gegliedert. Die ersten Kapitel (ökonomische Voraussetzungen) bilden eine holprige Einlaufstrecke, dann aber wird die Lektüre spannend, und die breiten Kenntnisse des Verf. kommen zum Tragen. Sein Anspruch, die ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen (religiösen) Verhältnisse, in denen Treichler sich bewegte und die ihn prägten, nicht nur darzustellen, sondern dann auch stringent zu verknüpfen und auf die Person Treichlers zu beziehen, ist allerdings nicht durchwegs gelungen. Der Verf. urteilt bisweilen unsicher/übervorsichtig, doch seine Arbeit ist ein wichtiger Fortschritt für die schweizerische Arbeitergeschichte und ein wertvoller Beitrag zur Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung (selbst, wenn die letztere nicht im Zentrum steht).

Hannes Siegrist

OTTE, Holger: **Gustav Radbruchs Kieler Jahre 1919-1926** (= Rechtshistorische Reihe, Bd.17). – Frankfurt/M. und Bern: Verlag Peter Lang 1982. 335 S.

Gustav Radbruch gilt gemeinhin und zu recht als der bedeutendste, sozialdemokratisch orientierte Rechtsphilosoph in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Radbruch (21.11.1878-23.11.1949) war nicht nur der erste Sozialdemokrat, der zweimal während der Weimarer Republik, 1921/22 und 1923, als Reichsjustizminister, in so schicksalsschweren Jahren tätig gewesen war. Nach 1945, in einem Aufsatz in der "Süddeutschen Juristenzeitung" im Jahre 1946 über "Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht", prägte er jenen so bedeutungsvollen Satz, der umgehend von den zahlreichen juristischen Mitläufern und Juristen, die an in scheinbare Rechtsform gekleideten Terrorurteilen beteiligt waren als allgemeine Rechtsfertigungs- und Entlastungsformel ihres Handelns zwischen 1933 und 1945 immer wieder herangezogen wurde: "Der Positivismus hat in der Tat mit seiner Überzeugung 'Gesetz ist Gesetz' den deutschen Juristenstand wehrlos gemacht gegen Gesetze willkürlichen und verbrecherischen Inhalts" (zitiert nach: Gustav Radbruch, Rechtsphilosophie, Stuttgart, 8. Aufl., 1973, S.344; hierzu neuerdings die substantiierte Analyse von: Hubert Rottleuthner, Substanzieller Dezisionismus. Zur Funktion der Rechtsphilosophie im Nationalsozialismus, in: ders. (Hrsg.), Recht, Rechtsphilosophie und Nationalsozialismus, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Beiheft 18, Wiesbaden 1983, S.20ff).
Die deutsche Sozialdemokratie hat darüber hinaus den Versuch unternommen, Radbruch am 20. Mai 1978 in Kassel auf dem "Gustav-Radbruch-Forum für Rechtspolitik, Rechtswissenschaft, Rechtspraxis" zu ehren; der damalige Bundesminister für Justiz, Hans-Jochen Vogel, würdigte ihn in einem Vortrag: "Gustav Radbruch – ein Rechtsdenker und Rechtspolitiker der deutschen Sozialdemokratie" (Bonn-Bad Godesberg 1978); der Rechtsphilosoph Günter Spendel ("Jurist in einer Zeitenwende. Gustav Radbruch zum 100. Geburtstag", Heidelberg und Karlsruhe 1979), legte ebenfalls eine Würdigung vor, in der er allerdings auch in bemerkenswerter Offenheit mit der Formulierung: "Gewisse Sozialisten wollen heute anscheinend nur den Radbruch der Frühzeit mit seinen Ideologien sehen" (a.a.O.,

S.11, Anm.13), eine doppelte Kritik sowohl gegen die politischen und rechtspolitischen Positionen Radbruchs während der Weimarer Zeit als auch explizite gegen den Braunschweiger Oberlandesgerichtspräsidenten Rudolf Wassermann formuliert. Ingo Müller ("Gesetzliches Recht und übergesetzliches Unrecht", in: Leviathan, H.3/1979, S.308ff), bezieht ebenfalls ausführlicher Radbruch mit ein. Und im Jahre 1978 erschien zudem ein vom damaligen Parlamentarischen Staatssekretär im Justizministerium, Hans de Wirth ("Gustav Radbruch. Reichsminister der Justiz") herausgegebener Band mit Aufsätzen und Reden von Radbruch.

Die vorliegende Kieler rechtswissenschaftliche und -historische Dissertation von Otte hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Jahre 1919 bis 1926 in der wissenschaftlichen und politischen Entwicklung Gustav Radbruchs unter teilweiser Modifizierung der in seiner Autobiographie ("Der innere Weg". Hrsg. von Lydia Radbruch, Stuttgart 1951) formulierten Einschätzungen nachzuzeichnen. Dieser an sich verdienstvolle Versuch bewegt sich jedoch überwiegend nur auf dieser Ebene. Radbruchs rechtstheoretische und -philosophische Position wird leider zu wenig reflektiert. Ebenfalls vermißt man eine stärker systematisch orientierte Einbeziehung zeitgenössischer anderer Positionen. – Begrüßenswert ist hingegen, daß Otte eine Reihe offensichtlich bisher weitgehend unbekannt gebliebener Reden und kleinerer Beiträge wieder mit aufgenommen hat. Hierunter befindet sich u.a. eine aus heutiger Sicht doch recht pathetisch klingende "Ansprache am Geburtstag des Kaisers, gehalten am 27. Januar 1918 in Libau" (S.235ff), aber auch der "Nachruf auf Karl Liebknecht" nach einem Manuskript vom 17. Januar 1919 (S.241f.), den Radbruch unter dem Leitspruch: "Ehrt den Toten! Ihr verunehrt Euch, wenn ihr ihm die Ehre versagt", gehalten hat. Eine umfangreiche Bibliographie der Schriften Radbruchs (S.267-S.333) und eine Zeittafel schließen die Arbeit ab.

Wolfgang Luthardt

SCHENDA, Rudolf unter Mitarbeit von Ruth BÖCKLI (Hrsg.): **Lebzeiten. Autobiographien der Pro Senectute-Aktion.** – Zürich: Unionsverlag 1. Aufl. 1982, 3. Aufl. 1983. 339 S. mit Bildern aus dem Familienalbum.

Vor dem Hintergrund der Menge deutscher Lebensläufe, die in der Bundesrepublik von universitärer Oral History, Geschichtswerkstätten, Schriftstellern und Verlagen ans Tageslicht befördert werden, dürfte es für ein deutsches Publikum von einigem Interesse sein, wie sich der Lebenslauf und dessen nachträgliche subjektive Wahrnehmung für Bürger(innen) einer benachbarten Gesellschaft gestaltet, die sich ökonomisch und sozial nicht wesentlich von der deutschen unterscheidet, deren Geschichte jedoch seit der Mitte des 19. Jahrhunderts durch bürgerlich-demokratische Vorstellungen geprägt war und die somit weder Kaiser noch Nationalsozialismus und Zusammenbrüche erlebte. Die vom Volkskundler Rudolf Schenda (früher Tübingen) gemeinsam mit Ruth Böckli sorgfältig edierte, aber wenig überzeugend eingeleitete Sammlung von 37 jeweils mehrseitigen Lebensberichten (Lebens-Faziten) geht auf eine vom Volkskundlichen Seminar der Universität in Zusammenarbeit mit der Winterthurer Sektion der Altersstiftung Pro Senectute durchgeführten Aktion "Lebensgeschichte und Geschichten aus dem Leben" zurück, bei der 210 schriftliche Berichte älterer Bürger eingingen. Im vorliegenden Bd. sind die Lebensgeschichten der älteren Teilnehmer der Aktion authentisch abgedruckt, die der Generation der zwischen 1893 und 1901 Geborenen angehören und sich aus verschiedenen Klassen, Schichten und Milieus (was im Lebensverlauf bisweilen wechselte) rekrutieren. Neben einer größeren Anzahl von Arbeitern und Angestellten (Frauen und Männern) kommen einige selbständige Gewerbetreibende, Bauern und Hausfrauen sowie vereinzelte Unternehmer und Freiberufler zu Wort, indem sie sich in mehr oder weniger systematischer Weise zu den von den Herausgebern vorgeschlagenen Themenbereichen Herkunftsfamilie, Jugendmilieu, Schulzeit, Beruf, Arbeitswelt, Liebe, Ehe, allgemeine Lebensbedingungen, persönliche Schlüsselerlebnisse und wichtige soziale und politische Ereignisse äußern. Die Lektüre ist – wie bei ähnlichen deutschen Publikationen – ebenso reizvoll wie beklemmend, ebenso erhellend wie vernebelnd.
Problematisch scheint mir indessen die Einleitung der Herausgeber zu sein. Sie kennen die Schwierigkeiten der Oral History, die sie zu Recht als wichtige Ergänzung der wissenschaftlichen Struktur- und Prozeßgeschichte begreifen. In diesem Sinne stellen sie den Texten

einige Überlegungen voran und versuchen, in groben Zügen eine historische Einleitung zu geben – beides fällt allerdings unbefriedigend aus. Sie lassen damit den historisch Uninformierten in mancher Beziehung im Stich und überlassen die Interpretation dem Belieben des Lesers. Selbstverständlich versteht jeder irgendetwas bei der Lektüre dieser Lebensgeschichten – darauf verweist schon der Auflagenerfolg des Bdes. Doch das "richtige" Verstehen derartiger Texte verlangt sicher mehr Hintergrundkenntnisse, als von den Herausgebern angeboten werden. Einige zusätzliche Hintergrundinformationen und Tips, wie man Autobiographien gewinnbringend und kritisch liest, hätten da schon genügt. – Trotz alledem bleibt dieses Buch eine wertvolle Quellensammlung, die auch Nicht-Schweizern schon deshalb zu empfehlen ist, weil sie in spannender Lektüre vermittelt, daß zwar große politische und kriegerische Katastrophen in den Lebensverläufen dieser Schweizer(innen) nicht vorkommen, daß jedoch davon abgesehen der "Alltag der kleinen und großen Leute" sich nicht allzusehr von dem in Deutschland unterscheidet.

Hannes Siegrist

RUPPERT, Wolfgang: **Die Fabrik. Geschichte von Arbeit und Industrialisierung in Deutschland.** – München: C.H. Beck 1983. 311 S.

Der Verf. ist bereits 1980 als Mitherausgeber der "Industriekultur in Nürnberg" hervorgetreten. Der Akzent des neuen Buches liegt mehr noch als bei dem älteren auf dem Bildmaterial. Der Textteil umfaßt insgesamt rund 60 Seiten. Er schildert die unterschiedliche Entstehung von Maschinen- und Textilfabriken, die drei Phasen der Industrialisierung, die Formen der Arbeiterorganisation, die Schichten der Arbeitenden und die Arbeitsdisziplin. Schließlich wird die Entwicklung des Maschinenbaus, der Textil- und der Elektroindustrie dargestellt.

Die Bilder stehen in lockerem Konnex zum Text. Sie sind auf Glanzpapier in Originalgröße reproduziert. Die häufig ausführlichen und dataillierten Bildkommentare entfalten eine eigene kontextuelle Logik gegenüber dem Textteil. Die Industrie als Arbeits- und als Lebensbereich wird durch Wort und Bild in sehr eindringlicher und authentischer Weise verdeutlicht. Obgleich viele Bilder "gestellt" sind, werden über dem Stolz der Arbeitenden hinaus auch die Belastungen sichtbar, denen die Arbeiter ausgesetzt waren. Sogar ein Arbeitsunfall ist dokumentiert (S.178). Die Texte sind betont quellennah gehalten. Dennoch bleiben die roten Fäden der Entwicklung erkennbar. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf der Zeit zwischen 1860 und 1930; doch fehlen die Hinweise auf Änderungen während der 1950er Jahre und auf die aktuelle Mikroelektronik nicht. – Bei den vielen Fotos arbeitender Frauen fiel mir auf, daß Frauen eher bei der Arbeit einander gegenübersaßen (S.117, S.292, auch S.255; dagegen S.239 und S.260), wie dies heutigen Reformen zur Humanisierung der Arbeit, z.B. in der Bekleidungsindustrie entspricht. Dagegen blicken Männer häufiger auf die Rücken ihrer Kollegen (S.45, S.134, S.136, S.144, S.277; dagegen S.285). Am Beispiel des Generatorenbaus wird sichtbar, daß Frauen während des Ersten Weltkrieges unveränderte Männerarbeitsplätze einnahmen (S.256f.). – Verschiedene Essensformen der Industriearbeiter erscheinen im Bild: das Verzehren von Mitgebrachtem (S.187, S.224), Kantinenessen (S.234); bringen die Frauen und Kinder den Männern ihren Henkelmann mittags ans Fabriktor (S.57)? Arbeitserleichterung durch Elektrifizierung sehen wir beim Gußputzen (S.81 gegen S.63) und bei der Hausarbeit (S.302f.).

Zu wünschen bleiben deutlichere Querverweise zwischen Bild- und Textteil (z.B. S.61 auf S.101ff). Ungenauigkeiten sind minimal: Die Kavallerie war königlich-preußisch, nicht kaiserlich-deutsch (S.31). Auf dem gleichen Bild ist die U-Bahn als Hochbahn zu sehen! Die Fahrräder wurden erst nach der Innovation des Freilaufs Massengüter (S.31, S.119). Die Former stießen erst nach 1900 zum DMV (S.65). In Deutschland hatten PKWs zunächst Rechtssteuerung (S.121, S.148). Zusammenfassend gesagt, stellt das Buch eine ebenso informative und gut zusammengestellte wie gut gedruckte Sozialgeschichte der Industriearbeit von 1860 bis 1930 in Wort und Bild dar.

Gunnar Stollberg

ZWAHR, Hartmut (Hrsg.): **Die Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse von den dreißiger bis zu den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts** (= Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft, Bd. 1). – Berlin [Ost]: Akademie-Verlag 1981. 503 S.

LAMBRECHT, Lars (Hrsg.): **Entstehung der Arbeiterbewegung** (= Argument-Sonderband AS 63). – Berlin: Argument-Verlag 1981. 206 S.

Seit einiger Zeit trifft die Frühphase der deutschen Arbeiterbewegung wieder auf ein wachsendes Interesse von seiten der Sozial- und Wirtschaftshistoriker, und zwar in der BRD und in der DDR gleichermaßen. Wie sich Fragestellungen und Methoden in der bundesrepublikanischen Geschichtswissenschaft gegenüber den Pionierarbeiten von W. Conze und W. Fischer verändert haben, läßt sich in dem von Lars Lambrecht herausgegebenen Sammelbd. leider nicht nachlesen. Umso deutlicher zeigt sich in Hartmut Zwahrs Bd. der Perspektivenwechsel, dem die Konstituierungsgeschichte in der DDR-Historiographie zum Durchbruch verholfen hat. Das Buch eröffnet als Bd. 1 die neugegründete "Studienbibliothek DDR-Geschichtswissenschaft", in der – so der Untertitel der Reihe – "Forschungen, Bilanz, Aufgaben" in ausgewählten Forschungsfeldern dargestellt werden sollen. Für die nahe Zukunft sind weitere Sammelbde zu Preußen, zur frühbürgerlichen Revolution in Deutschland und zur Geschichte der DDR angekündigt. Neben der exemplarischen Dokumentation von Forschungsstand, Methoden und offenen Problemen kündigen die Herausgeber im Vorwort die "ständige Auseinandersetzung mit traditionellen und neuen Thesen und Auffassungen der bürgerlichen Historiographie" an.

Daß die neue Reihe durch einen Bd. zur "Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse" eingeleitet wird, zu dem Forschungsgebiet also, das seit langem aufs engste mit dem Namen Hartmut Zwahrs verbunden ist, muß allein insofern bemerkenswert erscheinen, als es ja kein Geheimnis ist, daß dieser Ansatz innerhalb der DDR-Geschichtswissenschaft lange Zeit als äußerst umstritten galt. Darüber können auch die in Teil 1 (Obertitel: "Methodologie – Standpunkte – Aufgaben") abgedruckten, schon in den 60er Jahren entstandenen Arbeiten von E. Engelberg und J. Kuczynski nicht hinwegtäuschen. Methodisch "härter" und empirisch dichter nehmen sich in Teil 1 die zwischen 1970 und 1978 entstandenen Studien von H. Zwahr, H. Schultz und H.J. Rach aus. Die gemeinsame methodologisch-theoretische Grundannahme dieser Arbeiten, die dem Ansatz im übrigen seine beeindruckende Geschlossenheit verleiht, ist das Konzept der sich von der ökonomischen über die soziale zur politisch-ideologischen Konstituierung aufstufenden Arbeiterklasse.

Dem theoretisch orientierten Teil 1 folgt der "Studien" überschriebene zweite Teil, in dem sich stärker empirisch ausgerichtete, fast durchweg regional eingegrenzte Arbeiten finden, die zwischen 1960 und 1974 entstanden sind (eine Ausnahme bildet B. Schönes Aufsatz, der den Forschungsstand bis 1980 referiert). Die Hauptthemen sind Migrationsprozesse (W. Becker, K. Obermann), Lebensstandard (H.O. Gericke), Rekrutierung im sozialen Protest (R. Hoppe/J. Kuczynski) und soziale Genese, die einerseits hinsichtlich lokaler bzw. regionaler Besonderheiten (H. Zwahr: Leipzig, H. Demme: Eichsfeld), andererseits hinsichtlich unterschiedlicher Arbeiterkategorien (K. Obermann: Eisenbahn, R. Wendt: Glashütten, B. Schöne: Textil, Keramik, R. Gauß: Porzellan) untersucht wird. Durch die Zusammenstellung der bislang verstreut publizierten Beiträge wird so eine repräsentative Zwischenbilanz des wohl produktivsten Neuansatzes der DDR-Sozialgeschichte vorgelegt, die zu lesen sowohl für den Experten als auch für den Studenten sich lohnt.

Da ein Nachrezensieren der ohnehin schon seit langem zugänglichen Beiträge wenig sinnvoll erscheint, nur einige Bemerkungen zu den dem Bd. zugrundeliegenden Auswahlprinzipien und zu der so umfassenden wie anregenden Einleitung H. Zwahrs. Allein die Auswahl der empirischen Studien zeigt, daß die wichtigsten "Vorleistungen" (S.12) für die zu erforschenden Konstituierungsprozesse in den Produktionsformen von Manufaktur und Verlag gesehen werden. Dabei fällt auf, daß die Verlängerung der sozialgeschichtlichen Fragestellungen bis ins 18., teilweise auch bis ins 17. Jahrhundert hinein, fruchtbare Perspektiven erschließt, eine Erfahrung, die in der bundesrepublikanischen Arbeitergeschichtsschreibung bislang zu wenig Beachtung gefunden hat. Umso deutlicher fällt in dem Bd. allerdings die geringe Aufmerksamkeit ins Auge, die empirisch dem Strukturwandel des städtischen und ländlichen Handwerks in der Umbruchphase vor der Industriellen Revolution gewidmet wird. Die Folge ist, daß die Kontinuitäten und Brüche zwischen der Kultur und den (for-

mellen und informellen) Verhaltens- und Organisationsformen etwa der vorkapitalistischen Handwerksgesellen und -meister einerseits und der Industriearbeiterschaft andererseits empirisch nicht recht ernst genommen werden. Allzu umstandslos spricht der Herausgeber von der Überwindung "zunftgebundener Enge und gruppenegoistischer Beschränktheit" (S.52), eine Redeweise, gegen die schon vor Jahren zurecht E. Engelberg die Frage gestellt hat, ob "nicht die zünftlerisch-handwerklichen Traditionen in der deutschen Arbeiterbewegung häufig hilfreich statt hemmend für die Ausbildung eines Arbeiter- und Klassenbewußtseins" waren. Die Einwände, die E.P. Thompson in ähnlicher Weise gegen die in dem Bd. mehrfach, wenn auch nur im Vorübergehen konstatierte Dichotomie zwischen "vertikalem" und "horizontalem" Bewußtsein vorgebracht hat, stoßen den Leser auf einen anderen bemerkenswerten Sachverhalt: die auffallende Nachlässigkeit bei der Erforschung des empirischen Arbeiterbewußtseins. Dafür dürfte vor allem das Konzept der politisch-ideologischen Konstituierung verantwortlich sein, das quasi a priori den Zielpunkt der beiden vorgelagerten Konstituierungsprozesse festlegt. Konsequenterweise spielen dann auch Brüche zwischen den Bewußtseinsformen von Führungskadern und "Basis" in den Arbeiterorganisationen weder konzeptuell noch empirisch eine Rolle. Die Kader bewahren vielmehr "proletarische Traditionen, Klassenbewußtsein, Arbeiterkultur und Klassenkampferfahrungen selbst über Reaktionsperioden hinweg", so H. Zwahr in Lambrechts Sammelbd. (S.109f.). Es mag sein, daß die Polemik etwa gegen W. Schieders frühe Arbeit von 1963 hier Perspektiven eher verschließt als öffnet. —Es wäre allerdings ungerecht, ließe man unerwähnt, daß Zwahr in seiner Einleitung deutlich darauf hinweist, daß neben den politisch-ideologischen Prozessen auch die "kulturellen und sozialpsychologischen Prozesse" (S.6) zu untersuchen seien. Erfreulich ist dabei, daß seine programmatische Forderung sich ansatzweise in den volkskundlich orientierten Beiträgen von H.J. Rach, B. Schöne, R. Wendt und R. Gauß wiederfindet. Es steht zu hoffen, daß sich hier ein Perspektivenwechsel andeutet, der einen verengten Politikbegriff ersetzen kann durch einen Begriff von Alltagskultur, in dem die Vielfalt menschlicher Bedürfnisse nicht mehr auf organisationsfähige Interessen reduziert wird.

An den von Lars Lambrecht herausgegebenen Bd. lassen sich ähnliche Fragen nicht recht aussichtsreich stellen. Er trägt den durchaus anspruchsvollen Titel "Entstehung der Arbeiterbewegung" und soll "Sozialwissenschaftler bei der Arbeit" zeigen sowie "Teile ihrer aktuellen Forschungsdiskussionen" (S.5) dokumentieren. Die eher theoretisch orientierten Aufsätze (W. Bührer et al., H.-J. Ruckhäberle, F. Deppe) bewegen sich in der dünnen Luft empirisch wohl nur schwer produktiv zu machender Modellüberlegungen, so etwa, wenn Bührer et al. Zwahrs analytisches Stufenmodell mit Hilfe des hegelianischen Begriffs der "Doppelung" zu rekonstruieren suchen oder wenn F. Deppe der empirischen Arbeitergeschichtsforschung die dichotomische Unterscheidung zwischen "Einheit und Spaltung" als leitendes Konzept ans Herz legt. Die drei eher empirisch ausgelegten Aufsätze behandeln Wilhelm Weitlings Rolle beim "ideologischen Konstituierungsprozeß" (L. Knatz), den "Konstitutionszusammenhang von Streik und Gewerkschaft" (R. Lison) und den Beginn der Burgfriedenspolitik in Frankreich am 4. August 1914 (P. Reuter). Entgegen den gemeinsam geteilten Ansprüchen fällt durchweg die lässige Handhabung dessen auf, was die Basis jeder "sozialstrukturellen Methodenkonzeption" (so der Herausgeber) sein sollte: eine solide sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Datenmenge. Die durchaus brisante und auch nach U. Engelhardts Untersuchung noch offene Frage, die sich etwa R. Lison stellt, wird daher nicht auf dem von ihm eingeschlagenen Weg über die ältere Literatur (Wissell, Schanz, Schoenlank, Todt/Radandt usw.) zu beantworten sein, sondern nur auf dem – allerdings viel steinigeren – Weg der Erarbeitung einer Arbeitskampfstatistik, die auch den Zeitraum zwischen 1800 und 1830 nicht ausspart, über den wir hinsichtlich Streikfrequenz und -intensität bislang so gut wie nichts wissen und der gerade für die Konstituierungsphase doch von so herausragender Bedeutung ist. Eine informative Kurzzusammenfassung über "Bibliographie, Historiographie, Methodologie" der DDR-Konstituierungsgeschichte liefert schließlich H. Zwahr in dem Bändchen Lambrechts, das dem uninformierten Leser ansonsten ein doch recht irreführendes Bild vom Diskussions- und Forschungsstand in der bundesrepublikanischen Arbeitergeschichtsschreibung bietet.

Andreas Grießinger

ROSENBAUM, Heidi: **Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts** (= Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, 374). – Frankfurt/M.: Suhrkamp 1982. 634 S.

SAUL, Klaus, Jens FLEMMING, Dirk STEGMANN, und Peter-Christian WITT (Hrsg.): **Arbeiterfamilien im Kaiserreich. Materialien zur Sozialgeschichte in Deutschland 1871-1914** (= Athenäum-Droste-Taschenbücher Geschichte, 7244). – Königstein/Ts. und Düsseldorf: Athenäum und Droste 1982. XV, 297 S.

Familiengeschichte, man weiß es, erfreut sich seit einigen Jahren eines wachsenden Interesses – sowohl innerhalb als auch außerhalb des universitären Lehr- und Forschungsbetriebs. Nicht zuletzt der Buchmarkt legt davon beredtes Zeugnis ab: Neben Populärgeschichten stapeln sich historische Familienromane, in einer anderen Abteilung findet man die dazu passende Fußnotenliteratur. An der zahlenmäßigen Ausdehnung der letzteren sind mindestens vier Wissenschaftsdisziplinen bzw. Teilgebiete von Disziplinen beteiligt: zunächst die historische Demographie, die sich der Familiengeschichte vorwiegend quantifizierend nähert; sodann die Frauengeschichte, die die Familie als wichtigen Handlungsraum von Frauen würdigt und den Blick vor allem auf die Binnenverhältnisse dieser wechselvollen Institution lenkt; zum dritten hat sich letzthin auch die engere Sozialgeschichte als Geschichte von Klassen, Schichten und sozialen Gruppen der Familie zugewandt, die sie als wesentliches Medium sozialer Plazierung und als zentrales Strukturelement des "Alltags" begreift. Interesse bekundet schließlich auch die Familiensoziologie, die seit jeher mit z.T. atemberaubenden Konstruktionen zur Vorgeschichte der modernen "Kernfamilie" arbeitet und Korrekturen bitter nötig hat.
Einem solchen Revisionsauftrag hat sich Heidi Rosenbaum mit ihrem neuen Buch "Formen der Familie" gestellt. Zu Recht, wenn auch manchmal zu pauschal, kritisiert sie den undifferenzierten Umgang ihrer Soziologen-Kollegen mit der Geschichte, das immer noch gängige Kontrastmodell von vorindustrieller Groß- und moderner Kleinfamilie. Demgegenüber vertritt sie die These, die Vorgeschichte des relativ einheitlichen Familientypus der Gegenwart enthalte äußerst mannigfache und verschiedene Familienformen, die sich primär aus differierenden Produktionsweisen herleiten. Für ihren Untersuchungszeitraum, das 19. Jahrhundert, führt sie denn auch drei "gleichzeitig nebeneinander existierende, nicht sehr eng miteinander verbundene Produktionsweisen" auf, der drei familiale Grundtypen entsprechen:

- die einfache Warenproduktion des Handwerks und die landwirtschaftliche Produktion bringen die Familienform des "ganzen Hauses" hervor, in der Betrieb und Hauhalt eine Einheit bilden;
- die hausgewerbliche Verlagsproduktion schafft den Familientypus der Heimarbeiterfamilie, die sowohl Elemente des "ganzen Hauses" aufweist als auch Anleihen bei der proletarischen Familie nimmt;
- die kapitalistische Manufaktur- und Fabrikproduktion schließlich geht mit der Ausbildung von Familien einher, die die gemeinsame Produktion von Gütern zugunsten gemeinsamer Konsumtion aufgeben, die Trennung von Haus und Erwerbsarbeit fest institutionalisieren. In eben jenen Schichten, die mittelbar oder unmittelbar mit der industriekapitalistischen Produktionsweise verbunden sind, also im Bürgertum und in der Arbeiterklasse, bildet sich erstmals die moderne Familienform der "Kern"- oder "Gattenfamilie" heraus.

Dem Leitfaden dieses funktionalen Entsprechungsverhältnisses von gesellschaftlicher Produktion und Familienformen (in dem sich allerdings der Adel nur schwer verorten läßt!) folgend, entwickelt Rosenbaum eine Systematik, mit deren Hilfe sie dem "Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel" auf die Spur kommen will. Die Familien der Bauern, des "alten Handwerks", der Hausindustriellen, des Bürgertums und des Proletariats werden nacheinander analysiert, wobei die Stellung im Produktionsprozeß, die Größe und Zusammensetzung des Haushalts, die Beziehungen zwischen Ehegatten einerseits und Eltern/Kindern andererseits sowie die Form von Freizeit und Geselligkeit interne Gliederungspunkte bilden. Diese immense Rekonstruktionsarbeit basiert im wesentlichen auf Sekundärquellen, auf alten und neueren sozial- und familienhistorischen Forschungen. Nur am Rande gehen Primärmaterialien, Enquêten und Autobiographien, in die Darstellung mit ein. Auf diese Weise gerät die Studie zum genauen Abziehbild der gegenwärtigen Forschungssituation: Sie ist dort dicht gearbeitet, intensiv und informativ, wo, wie für die bäuerlichen

Familien, eine Fülle von Untersuchungen bereitsteht, und sie weist dann große Lücken auf, ergeht sich in Spekulationen und unzulässigen Verallgemeinerungen, wenn diese Analysen noch ausstehen. Zuweilen drängt sich deshalb die Frage auf, ob die gedankliche und substantielle Synthese, wie sie Rosenbaum erprobt, nicht etwas verfrüht ist. Andererseits können solche Strukturierungsversuche, die ihre Unvollständigkeit nicht verbergen, aber auch Hinweise auf Forschungsdesiderate geben, so daß zu hoffen ist, daß in nächster Zeit hier Abhilfe geschaffen wird.
Während die Realität beispielsweise der bürgerlichen Familie noch völlig im Dunkeln liegt und auch Rosenbaums Studie hier wenig Erhellendes beiträgt (so ist die zeitliche Abfolge Beamte – Unternehmer als dominierende Gruppen innerhalb des Bürgertums mehr als zweifelhaft, wie überhaupt die Darstellung des "sozialen Wandels" in allen Kapiteln merkwürdig blaß bleibt), ist die proletarische Familie schon besser erforscht. Sicherlich kommt den Historikern dabei das Interesse zugute, das Zeitgenossen des 19. Jahrhunderts an den familiären Lebensformen der Arbeiter bekundeten und das sich in einer Reihe von Sozialenquêten, Statistiken und Zustandsbeschreibungen niederschlug. Eben an diesen Quellen, die zumeist aus der Feder bürgerlicher Sozialreformer stammen, setzt das Buch eines Hamburger Historikerquartetts an: "Arbeiterfamilien im Kaiserreich". Es ist eine gelungene Mischung zeitgenössischer Quellen und forschungsorientierter Einleitungen, die dem Leser einen ausgezeichneten Überblick über die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen des Themas verschaffen. Können die sorgsam ausgewählten Quellentexte, die auch Arbeiter, Arbeiterfrauen und -kinder selbst zu Wort kommen lassen, ein lebhaftes Bild der Probleme und Erfahrungen proletarischer Familien zwischen 1871 und 1914 vermitteln, so bestechen die ausführlichen Einleitungen durch ihre analytische Schärfe und die Differenzierungsbereitschaft der Autoren. Nicht nur gelangen die unterschiedlichen "Fraktionen" und "Schichten" der Arbeiterklasse in den Blick, so daß sich "die" Arbeiterfamilie letzthin als äußerst vielgestaltiges und intern mehrfach differenziertes Gebilde darstellt – auch die historische Zeitkomponente findet Beachtung. Trotz aller individuellen Elendsschilderungen des zeitgenössischen Materials vermag das Kaiserreich doch auch eine positive Leistungsbilanz vorzuweisen, von der nicht nur die bessergestellten Schichten profitierten. Kürzere Arbeitszeiten, effektiverer Arbeiterschutz, verbesserte medizinische Versorgung und soziale Sicherung sowie die Hebung der Wohnverhältnisse und der Ausbau einer städtischen Infrastruktur vergrößerten auch den Handlungsspielraum und die Reproduktionschancen der Arbeiterfamilie, was sich nicht zuletzt in einer steigenden Lebenserwartung und sinkender Kindersterblichkeit im proletarischen Milieu ausdrückte. – Abgesehen davon, daß die Einleitungstexte manche Redundanzen aufweisen, gibt es an diesem Buch kaum etwas zu bemängeln. Positiv hervorzuheben ist dagegen der Stellenwert, der den sonst eher vernachlässigten Familienmitgliedern – Frauen und Kindern – eingeräumt wird, die sehr viel weniger als die Männer an den sozialen Segnungen des Kaiserreichs teilhatten.

Ute Frevert

RUPIEPER, Hermann-Josef: **Arbeiter und Angestellte im Zeitalter der Industrialisierung. Eine sozialgeschichtliche Studie am Beispiel der Maschinenfabriken Augsburg und Nürnberg (M.A.N.) 1837-1914.** – Frankfurt/M. und New York: Campus 1982. 311 S.

Der Autor hat in seiner Untersuchung der Fabrik- und Arbeiterverhältnisse in den Gründungsbetrieben der M.A.N. die Werksarchive von Augsburg und Nürnberg, die historischen Quellen des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller und weitere Akten aus staatlichen wie kommunalen Archiven Bayerns ausgewertet. Seine Studie vermittelt zunächst einen Überblick über den historisch-gesellschaftlichen Hintergrund der betrieblichen Entwicklung (Kapitel II) und wendet sich dann den Angestellten (III) und Arbeitern (IV) zu. Die erste Gruppe wird in ihrer industriell bedingten Entstehung und Differenzierung klar untergliedert: Rupieper schildert zunächst die Generation der Fabrikgründer nach ihrer sozialen Herkunft und ihren Geschäftspraktiken, beschreibt die ersten Generationen der leitenden Angestellten und gibt sodann eine genaue Darstellung der Arbeits- und Lebensbedingungen bei den kleinen und unteren Angestellten, wobei den Meistern eine betriebliche Sonderstellung zugemessen wird. Die ersten Organisationsversuche der Angestellten (von der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts

an) werden zum Abschluß dieses Kapitels geschildert; einen Höhepunkt bildet die sorgfältige Rekonstruktion des ersten scharfen Konflikts zwischen einem Angestelltenverband (dem Bund technisch-industrieller Beamten) und dem Verband Bayerischer Metallindustrieller aus dem Jahre 1908. Im nächsten (IV.) Kapitel stellt Rupieper die Entwicklung der betrieblichen Arbeiterschaft bei M.A.N. in Augsburg und Nürnberg dar; besonderen Wert legt er auf die Verschiedenheit der eher industriell-städtischen (Nürnberg) und eher organisch-ländlichen (Augsburg) Entwicklungsbedingungen, die auch das Organisationsverhalten und die Konfliktmuster in beiden Betrieben unterschiedlich ausprägten. Diesem Thema widmet der Autor nach einer kurzen Beschreibung der betrieblichen Sozialeinrichtungen (V.) das abschließende (VI.) Kapitel seiner Darstellung.

Von besonderem Reiz für den Ausgangspunkt von R.s Studie erscheint die Wahl zweier Betriebe, die den Prozeß der Industrialisierung in zwei markant unterschiedlichen Regionen zu verfolgen gestatten: "Die alte Handelsstadt Augsburg erlebte bereits in den vierziger und fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts einen beachtlichen industriellen Aufschwung, der im wesentlichen auf die Entwicklung der großbetrieblichen Textilindustrie zurückzuführen ist. Dieser frühzeitige ökonomische Aufschwung verlangsamte sich jedoch im letzten Drittel des Jahrhunderts und blieb im letzten Jahrzehnt hinter dem Wachstum anderer bayerischer Großstädte zurück. In Nürnberg setzte das industrielle Wachstum später ein. Die Stadt entwickelte sich jedoch sehr schnell zum Prototyp einer Industriestadt. Sie wurde eine Hochburg der Sozialdemokratie in Bayern und ein Zentrum der Gewerkschaftsbewegung." (S.10). Wenngleich im Zentrum der Studie die Analyse der betrieblichen Arbeitsbedingungen im historischen Prozeß steht, erbringt der Vergleich des regionalen Umfelds die interessantesten Ergebnisse; ihnen gegenüber ist der Beitrag R.s zur historischen Entfaltung und Differenzierung des Arbeiter-Angestellten-Verhältnisses eher bescheiden zu nennen.

R. entdeckt vor allem eine interessante "Interdependenz zwischen betrieblichen Strukturen und der Entwicklung der Arbeiterorganisationen. Während sich Nürnberg zum Zentrum der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften Bayerns entwickelte", hatte der skizzierte entwicklungsgeschichtliche Hintergrund für den Industrialisierungsprozeß in der Augsburger Region zur Folge, "daß die patriarchalischen Strukturen in Augsburg wesentlich länger erhalten blieben als in Nürnberg." Freilich gelang es in beiden Betrieben trotz unterschiedlicher Haltungen der Unternehmensleitungen gleichermaßen "nicht, die Arbeiterschaft der Großbetriebe zu organisieren [. . .]. Mit Ausnahme einiger lokaler Sonderentwicklungen bleiben die Gewerkschaften der Metall- und Holzarbeiter Organisationen der in Klein- oder Mittelbetrieben oder im Handwerk beschäftigten Arbeitnehmer." (S.203). Zudem behinderte die starke Auffächerung der Arbeiterschaft in Berufsgruppen gerade im Maschinenbau eine (bei unqualifizierten Arbeitern um die Jahrhundertwende beschleunigte) Entwicklung solidarischen Verhaltens gegenüber Unternehmensleitungen und Arbeitgebern.

Während R. lokale und betriebspolitische Besonderheiten, zumal in der frühkapitalistischen Entwicklungsphase der beiden untersuchten Unternehmen, recht genau erfaßt und für die organisationspolitischen Verhaltensmuster der Arbeiterschaft in Anschlag zu bringen weiß, sind die Ergebnisse seiner objektiven Befunde zur Differenzierung der Arbeitsverhältnisse von Angestellten und Arbeitern (die Einkommensformen, Entlohnungshöhe, Karrieremuster, Fluktuation betreffend) recht überraschungsfrei. Niemand wird erstaunt sein zu hören, daß vor 1914 die Unterschiede in den betrieblichen Funktionen und der entsprechenden gesellschaftlichen Geltung zwischen (zumal höheren und mittleren) Angestellten und Arbeitern noch beträchtlich gewesen sind; die Studie kann den weitergehenden Differenzierungsprozeß bei den Angestellten, der mit der 'Verberuflichung' der Techniker- und Ingenieurtätigkeiten eingeleitet wird, naturgemäß erst in seinen Anfängen erfassen. Es kann auch nicht als Sensation gelten, wenn R. den einsetzenden Prozeß der Substitution von Facharbeitern durch Anlerntätigkeiten als eine Phase beschreibt, in der zunächst "innerhalb der Arbeiterschaft eine Konkurrenz um die verfügbaren Arbeitsplätze entstand" und (etwa besonders in Augsburg) der Organisationserfolg unternehmenseigener Arbeitervereine "zu einem großen Teil auf Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes zurückzuführen" war (S.204). Daß schließlich der Autor die Rolle der betrieblichen Sozialpolitik etwas ungebührlich als 'attraktiven' Grund für die wirtschaftsfriedliche Stetigkeit des Arbeiterverhaltens (vor allem in Augsburg) benennt, sollte nicht vergessen machen, auf welchen materiellen Grundlagen diese betrieblichen 'Wohlfahrtseinrichtungen' beruhten: Der Profit, aus dem sie sich speisen, wird von den lebendigen Arbeitern und Angestellten erst erarbeitet.

Etwas enttäuschend, aber dem Quellenmaterial wohl angemessen ist der Ertrag der Studie zum historischen Einfluß des technologischen Wandels auf die Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte. Die schon vor 1914 verzeichnete Tendenz zur massenhaften Zunahme von Angelerntentätigkeiten kann R. für die beiden untersuchten Betriebe kaum bestätigen. Einige methodische Schwächen der Analyse, die eher materialreich als systematisch interessant ist, beleuchtet R.s Qualifikationsvergleich zwischen dem Augsburger und dem Nürnberger Betrieb. Wenn der Autor mit der Mutmaßung schließt: "Die vorhandenen Unterschiede dürften auf Veränderungen der Produktionsstrukturen, innovatorische Tätigkeiten, Besonderheiten des lokalen Arbeitsmarktes und unternehmerische Entscheidungen zurückzuführen sein" (S.207), so wirft die strukturlose Auflistung derartig bunter Faktoren ein eigenartiges Licht auf Art und Ausmaß der methodischen Vorüberlegungen, die der Gesamtstudie zugrundeliegen. Deren stofflicher Reichtum ist nur unzureichend für einen wirklichen Fortschritt der historisch-systematischen Erkenntnisse über den Industrialisierungsprozeß in Deutschland genutzt.

Ulf Kadritzke

CHUNG, Hae-Bon: **Das Krefelder Seidengewerbe im 19. Jahrhundert** (= Wissenschaft und Praxis, Bd. 2). – Krefeld: Sinus-Verlag 1980. 230 S.

This informative work on the Crefeld silk industry is a reprint of the author's 1974 dissertation (University of Bonn). The Crefeld-based press calculated that it contained enough material of interest to economic and business historians to warrant reprinting. It is a study, specifically, of the period 1815-1880, a time of major changes in hand silk production prior to the onset of mechanization. While Chung tells us that other works relate the history of silk specifically to the city's history, his is one of the few that pays attention to a variety of economic factors in the growth and transformation of the industry: the procurement and price of raw materials; shifting fashions; the importance of competition, particularly from Zurich and Lyon; tariffs; and business cycles. Chung is particularly strong in showing the changes that occurred during his 60 year period of investignation: production moved to the countryside; more half-silk and ribbon goods were prepared; and the few large enterprises gave way to growing numbers of smaller-scale businesses. In 1811, there were 11 enterprises; in 1835, 28; in 1840, 65; and in 1849, 95. He describes how market relationships also changed. Where sales at fairs had been important, the industry relied in the 19th century on local trade facilitated by *Geschäftsreisende* as well as exports to North and South America and to other parts of Europe. Crefeld's growth and development was intricately connected to textiles. In the early 17th century, it was a small peasant community of 100 or so inhabitants. The area became a refuge, offering Mennonites and other religious groups freedom of religion. These immigrants from the lower Rhineland had been non-guild linen-weavers and brought their skills and talents with them. A shortage of labor encouraged the weavers to attract peasant offspring and other city dwellers to the manufacturing; the weaving population grew steadily and in the 1720s it went over to silk production both for financial reasons and because "the profession" exempted men from military service. The shift was not without its costs; henceforth, the weavers obtained their work tools from the distributors (they could not use their own linen looms) and only in 1848, after a major uprising, could they buy their own looms (since entrepreneurs by then were more interested in maintaining a monopoly over Jacquard and other picture weaving that required specialized looms). Chung discusses changes in the sex distribution of labor (but only for one decade – 1850 – so a pattern cannot be established), the sex division of tasks (and there were definite regulations governing the extent of women's work), and the changing relationships between employers and workers with the industry's move to the countryside. He concludes with a series of biographies of employers that explain the decline of the large enterprise during the century in terms of "lack of energy, initiative, and resourcefulness" among the older generation businessmen. The book is nicely written and well-researched, and is based on materials in the Crefeld city archive and a branch of the Düsseldorf *Hauptstaatsarchiv*. It compiles useful material in six appendices and should find a place in the broad literature offering a comparative history of European textiles.

Jean H. Quataert

FEHRMANN, Eberhard und Ulrike METZNER: **Angestellte und Gewerkschaften. Ein historischer Abriß** (= Geschichte der Arbeiterbewegung, Texte, Biographien, Dokumente). – Köln: Bund-Verlag 1981. 189 S.

"Die Geschichte der deutschen Angestellten ist die Geschichte einer verhinderten Solidarität und einer arbeits- und sozialrechtlichen Spaltung der deutschen Arbeitnehmer. Die Geschichte der deutschen Angestelltenbewegung ist die Geschichte des Kampfes ihrer fortschrittlichsten Teile um die gemeinsame Interessenvertretung von Arbeitern und Angestellten. Er dauert bis heute an." (S.15).

Unter diesem Leitmotiv steht der 'historische Abriß', den die beiden Soziologen Ulrike Metzner und Eberhard Fehrmann über die Geschichte der 'anderen Arbeiter', wie sie die deutschen Angestellten nennen, geschrieben haben. An keiner Stelle wird verschwiegen, daß das Buch für die Selbstverständigung und die historische Bildung der Gewerkschaftsmitglieder geschrieben ist. Es zeichnet sich durch verständliche Sprache und klare Gliederung aus, aber es ist mehr als eine nur 'populäre' Darstellung der Angestelltenbewegung, was angesichts der traditionellen Lücken in der etablierten Geschichtsschreibung schon ein Verdienst für sich wäre. Vielmehr verschränkt sich in der Studie der beiden Autoren die 'materialistische' Darstellung der Angestelltengeschichte (als Teil der Geschichte der arbeitenden Klassen) mit einer kritischen Einsichtnahme in den organisatorischen Entwicklungsgang der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung. Gerade im Vergleich und in der historischen Bezugnahme auf die 'große' Arbeiterbewegung entfaltet sich die charakteristische Interpretation des Angestelltenproblems besonders eindringlich: Angestellte sind für Fehrmann und Metzner – jenseits aller festgestellten Differenzierung und Bewußtseinsunterschiede – zuallererst die Mitproduzenten des kapitalistisch produzierten Reichtums in unserer Gesellschaft, ihre Arbeit ist Teil des herrschenden Systems der Lohnarbeit bis heute.

In den sinnvoll periodisierten Kapiteln der Darstellung (Angestellte im Kaiserreich – Erster Weltkrieg und Revolution – Angestellte in der Weimarer Republik – Neubeginn nach 1945 – Die Angestellten in der Bundesrepublik Deutschland) wird zunächst von den objektiven gesellschaftlichen Entwicklungsstufen der jeweiligen Sozialstruktur und den konkreten Arbeitsbedingungen ausgegangen. Die Lage der mit ihren 'Händen' arbeitenden Klasse, von der sich zunächst die wesentlichen Angestelltengruppen (Meister, Buchhalter, Ingenieur) in ihren Arbeits-, Einkommens- und Lebensbedingungen abheben, beschreiben die Autoren insoweit mit, als dies für das Verständnis des 'Proletarisierungsprozesses' der angestellten Schichten unerläßlich ist. Indes verfallen Fehrmann und Metzner nicht in den Fehler, die besonderen Momente der Angestelltenexistenz, die im System der Arbeitsteilung selbst angelegt sind, zu unterschlagen. Sie beherrschen noch lange die Sonderstellung und vor allem das gesellschaftliche Bewußtsein der 'anderen' Arbeiter und werden zum Ausgangspunkt einer bürgerlichen Angestelltenpolitik, die mit arbeits- und sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen der objektiven Tendenz zu einer 'einheitlichen' Arbeiterbewegung lange Zeit entgegenwirkt. Nur auf der Grundlage dieser historischen Bedingungen ist es möglich, die besonderen Hindernisse und 'mittelständischen' Vorurteile plausibel zu machen, die einer auch nur gewerkschaftlichen Vereinigung von Arbeitern und Angestellten in einer gemeinsamen Interessenpolitik gegenüber Kapital und bürgerlichem Staat entgegenstanden. Bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges ist die Geschichte der Angestellten derart eine Geschichte gegenseitiger Vorurteile und verhinderter Gemeinsamkeiten.

Das Scheitern des Konzepts vom 'neuen Mittelstand', das die Autoren theoretisch und empirisch überzeugend kritisieren, findet geschichtlich in der Revolutionsperiode zum Ausgang des Ersten Weltkrieges statt. Radikaler als etwa Jürgen Kocka interpretieren die Autoren das Verhalten der städtischen, vor allem der in Großbetrieben organisierten Angestelltengruppen als Ausdruck einer lange zurückgestauten Angestelltengeduld, die sich unter dem Druck von Kriegswirtschaft und Massenelend zu teilweise revolutionärer 'Ungeduld' transformiert. Die Autoren ziehen aus dieser Erfahrung auch für die wissenschaftliche Debatte unter Historikern und Sozialwissenschaftlern den engagierten Schluß: "Noch heute verkündet uns eine konservative Riege von Wissenschaftlern die klassenneutrale Eigenständigkeit der Angestellten, die als lebende Beweise für eine Gesellschaft des friedlichen Leistungswettbewerbs und für die Überwindung der alten Klassengegensätze gelten sollen. *Wir* können aus der Geschichte der Angestellten in der Novemberrevolution lernen, daß die einigenden Momente bei Ar-

beitern und Angestellten unter dem Eindruck gemeinsamer [. . .] Erfahrungen stärker hervortraten als alle trennenden Barrieren." (S.62/63). – Warum aus Gründen einer widersprüchlichen Bewußtseinsentwicklung und mangelnder gewerkschaftspolitischer Weitsicht die organisatorische Einheit von Arbeitern und Angestellten in der Weimarer Republik noch nicht erreicht wurde und statt dessen ein freigewerkschaftliches Bündnis der drei 'Säulen' Arbeiter–Angestellte–Beamte enstand, klären die Autoren im folgenden Kapitel. Sie weisen nach, daß einerseits der Vergewerkschaftungsgrad der Angestellten in der Weimarer Republik erstaunlich hoch (und höher als in der Zeit nach 1945) war, daß andererseits die sozialstrukturell und ideologisch bedingte Zersplitterung der Angestellteninteressen (wobei auch liberale und deutschnationale Traditionen weiterhin eine große Rolle spielten) der Herausbildung gewerkschaftlicher Einheitsorganisationen im Wege stand.
Der Anlauf zur Überwindung der 'deutschen Kragenlinie' gelang nicht einmal nach der Niederlage des Faschismus und dem Ende des Zweiten Weltkrieges umstandslos. Im wohl interessantesten Teil ihrer Studie beschreiben Fehrmann und Metzner ausführlich und engagiert den 'umstrittenen Neubeginn' der Diskussion um Angestellte und Einheitsgewerkschaft nach 1945. Weit verbreitete Anschauung in den antifaschistischen Teilen der Gewerkschaftsbewegung war zunächst: "Die Losung 'Nie wieder Faschismus' bedeutet für den Neuaufbau der Gewerkschaften: Nie wieder Bruderkampf unter den Arbeitnehmern, nie wieder ein nutzloses und kräfteverschleißendes organisatorisches Gegeneinander." (S.94). In der Angestelltenfrage gab es freilich zwei Linien: "Eine Mehrheitsgruppe verfolgte den Aufbau einer einzigen zentralen Einheitsgewerkschaft, die alle Arbeitnehmer unabhängig von Branchen und Wirtschaftssektoren einheitlich erfassen sollte. Diesem Konzept einer stark zentralisierten Einheitsgewerkschaft stand die Auffassung einer Minderheitengruppe gegenüber, die die Gründung von autonomen, selbständigen Industrieverbänden befürwortete." (S.94/95). In dieser letzteren Organisationsform war – wie das Beispiel Hamburg später zeigen sollte – die gesonderte Bildung von Angestelltenverbänden schon angelegt: Dort entstand aus der Wirtschaftsgruppe 'Handel, Banken, Sparkassen und Versicherungen' die DAG, und die Besatzungsmächte förderten die separaten Interessen der Angestellten nach Kräften. Obwohl die Stärke und der gesellschaftliche Einfluß der DAG in den Jahren bis heute kontinuierlich abgenommen haben, blieb durch den Streit am Ausgangspunkt der Gewerkschaftsbewegung nach 1945 die Interessenpolitik in der Folgezeit doch deutlich vom Angestelltenproblem eingefärbt. Das kommt in der Darstellung der Autoren, in der sozialstrukturelle Entwicklungslinien, die Veränderungen der Arbeitsbedingungen und die gewerkschaftlichen Organisationsformen geschickt verknüpft sind, deutlich zum Ausdruck.
Ohne die noch heute vorhandenen Schwierigkeiten, die Angestellten massenhaft für die Gewerkschaften zu gewinnen, zu überspielen, halten Fehrmann und Metzner die veränderten Bedingungen fest, die einer einheitlichen Interessenvertretung günstiger geworden sind: "Für die Gewerkschaft muß die Erkenntnis von Bedeutung sein, daß trotz der Kontinuität der arbeits- und sozialrechtlichen Abgrenzung von Arbeitern und Angestellten das traditionelle, ständisch orientierte Angestelltenbewußtsein nicht mehr existent ist. Das merkwürdige Phänomen, daß Angestellte eine beharrliche Distanz zu den Gewerkschaften aufrechterhalten, darf nicht zu dem Fehlschluß verleiten, das 'alte' Angestelltenbewußtsein besäße noch soziale Geltungskraft. In Wirklichkeit hat in der Bundesrepublik ein tiefgreifender Bewußtseinswandel bei den Angestellten stattgefunden, der mit den in der Weimarer Republik noch gültigen Erklärungsansätzen nicht mehr erfaßbar ist." (S.166/167). Die Differenzierung in den Angestelltenberufen und die vielfachen Überschneidungen mit den Arbeitsbedingungen, den Einkommenschancen und den gesellschaftlichen Denk- und Handlungsformen der 'gewöhnlichen' Arbeiter zwingt nach Meinung der Autoren zum endgültigen Abschied von der 'Kragenlinie'. Dies auf überzeugende wissenschaftliche Weise gezeigt und für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit gleichzeitig anschaulich gemacht zu haben, ist das Verdienst ihrer gründlichen Arbeit.

Ulf Kadritzke

HUMMEL-HAASIS, Gerlinde (Hrsg.): **Schwestern zerreißt eure Ketten. Zeugnisse zur Geschichte der Frauen in der Revolution von 1848/49** (= dtv dokumente, 2930). – München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1982. 359 S.

BORNEMAN, Ernest (Hrsg.): **Arbeiterbewegung und Feminismus. Berichte aus vierzehn Ländern.** Mit einem Geleitwort von Hertha Firnberg und einer Einführung von Rudolf Neck (= Ullstein Materialien). – Frankfurt/M., Berlin und Wien: Ullstein 1982. 259 S.

KITTLER, Gertraude: **Hausarbeit: Zur Geschichte einer "Natur-Ressource."** – München: Verlag Frauenoffensive, 1980. 202 S.

NIENHAUS, Ursula: **Berufsstand weiblich.** 2 Bde. (Bd. 2: **Literatur und Materialien**). – Berlin: Transit Buchverlag 1982. 184 S. und 63 S.

Reporting in 1849, a Frankfurt medical doctor noted a remarkable change in his patients – all of whom he described as females and hysterics. With the coming of the revolution, those who suffered from chronic stomach cramps and other ailments miraculously had found renewed health and vitality. Now they passionately were following the debates at the Paulskirche (although at the same time neglecting their homes and children). This incident is reproduced by Hummel-Haasis. The authors of the other three books under review will find this account highly suggestive. It opens up discussion of several timely issues: the constraints of gender roles; jobs and other opportunities for independence and self-fulfillment; avenues for social change; and the economic bases for mental and physical health. The four books touch on these (and other) themes. Collectively, they offer a richly diverse picture of women's historic experiences in Germany from roughly the mid-19th to the mid-20th centuries. Only a reviewer necessarily would read them together, for they do not constitute a logical unity. They differ in approach and method, underlying perspective as well as attention to theory. Nonetheless, each contributes measurably to our understanding of the history of women – a history which, after serious neglect, is receiving considerable and deserved attention.

Hummel-Haasis has compiled 267 documents on women's participation in the revolutionary – counter-revolutionary years of 1848 to 1850. I believe her when she says the task was not easy. It must haven taken considerable time, energy, and detective skills to track down the reports. But the effort has its rewards. For one, she presents previously unpublished materials as, for example, the *Nachlaß* of Kathinka Zitz, head of the Mainz women's club "Humania." For another, she has turned up fascinating and often quite humorous material. One report is from women in Bonn who took the 75 'teutsche' Professors in Frankfurt to task for all talk and no action. The Professors, the women requested, should change places and start taking care of the cooking and cleaning while they – the women – promised to handle the threatened Fatherland with dispatch. To assuage the skeptics, the authors placed themselves in a long line of forceful politicians – Catherine the Great of Russia, Maria Theresia, the Spanish Queen Isabella and the Queens of England! The book is divided into eight sections with short introductions to each. The choice of topics is persuasive; among others, women's supportive activities (from making flags to sewing shirts); their participation at the barricades; persecution and reprisals (one widow lost her pension); the democratic women's associations; the debate over women's emancipation (which played a very small role during these tumultuous years); the social question; and the lives and activities of such prominent figures as Emma Herwegh, Amalia Struve, Mathilde Franziska Anneke, and "Madame Blenker" who, armed and dressed in men's clothing, became "the young Amazon." The book, however, is awkward to use. The introductory remarks before each section do not follow the numerical sequence so the reader jumps around in the documents; more bothersome is the fact that the source is not given with the document but listed at the end of the book. This requires flipping to the back to identify the origin of each report. Too, the general introduction is very short and the discussion of women resembles Michelet's description of the "peuple" – both are an abstraction. It took decades of work by social historians such as Eric Hobsbawm and George Rudé to give a concrete social physiognomy to the shopkeepers and artisans who actually made up "the people." Women's historians must pay careful attention to class and age and other social variables that comprise the reality of "female." The compiler does this appropriately in

section 6 which looks at issues affecting *working-class* women (bread riots, wages, and job opportunities). The collection should be of considerable interest to specialists in the field, as it adds good documentation on women during these revolutionary months. Whether a reader interested generally in the history of German women will find the work of benefit is more dubious, even though Hummel-Haasis provides explanatory notes on persons and events. The compiler, however, provides no context to help assess 1848. What did the revolution mean in the history of German women's political and organizational activities? Was it a watershed for women as it clearly was for the middle classes whose democratic fervor after 1848 turned into material and business concerns? Evidence indicates that 1848 did, in fact, mean changes in argumentation as, for example, the linkage of marriage and prostitution which disappears in the literature after 1848. But by limiting her introductions, Hummel-Haasis misses an opportunity to place her admittedly important focus in its broader historic context.

The themes of women, change, politics, and feminism are continued in Borneman's edited work on working-class organizations and feminism from the late 19th century to 1938. The question of women and the socialist movements was the central theme at the 14th International meeting of labor historians at Linz and the book reproduces 14 of the cases discussed at the conference, including France, the Lowlands, Central Europe, Eastern Europe (Yugoslavia, Bulgaria, Poland), the USSR, and Japan. The contributions vary in length; many are very general or stay at the level of organizational history and clearly represent but preliminary efforts. There was no systematic effort to link policy, organization, and membership to careful social analyses of women at work (in the factories or at home). Further, the authors do not ask the same questions so that the preconditions for a genuine comparative discussion are not atteined. Irena Koberdowa, writing on Poland, did focus on specifically unique characteristics that set off her example from others and I found interesting Jean-Louis Robert's effort to determine what image of women the Soviet Union passed on to French communists. Only two authors writing jointly on Germany (Atina Grossmann and Elisabeth Meyer-Renschhausen) approached the topic from an explicitly feminist perspective and they discuss different divisions (between working-class men and women not just workers and capitalists) and conclude with a series of feminist theses (including questioning the use of the term *Arbeiterklasse* for wives and daughters of workers). It might have been more rewarding to organize the collection around these and other theoretically challenging and open propositions but Borneman had another orientation. And here I was most troubled, but not because I do not agree with his perspective, which I do not. For Borneman, class becomes they key to women's history and conflict among working-class men and women is denied. Thus, he asserts that women were removed from the guilds in the 17th century, not because they were pressed out by men but because guildsmasters were pressed by entrepreneurs. Since he upholds the primacy of class, then why write so derisively of middle-class women who followed their *class* interests? I believe that a final judgment on whether class is more important in determining human consciousness than gender cannot yet be made – these are the exciting theoretical issues raised by the new feminist perspective and the answers will come from careful historical investigation as well as reliance on detailed cross-cultural studies. It is here, not in his emphasis on class, that I take exception to Borneman's method. There are errors in his texts (Zetkin inherited the paper from Ihrer and turned it into "*Gleichheit*"), unproven assertions (not enough empirical research on the guilds exists to permit generalization about their position toward "women's work"), and *ahistorical* argumentation ascribing, for example, to Marx and Engels concepts and terms that were totally alien to their way of thinking. Also, he offers a static and at the same time too modern definition of the goals of the historic proletarian women's movement. The bourgeois ideal of proper roles for the sexes, for example, was being institutionalized in the 19th century and *in the course of the century* proletarian leaders offered critical arguments against such gender divisions. Finally, Borneman, a Viennese sexologist, concludes with ideas that might have been more appropriate for a collection on the history of sexuality (since none of the essays addressed the theme) and, again, assertions of prehistoric human sexual patterns rest on faith and not, as far as I could tell, on archaeological findings or analyses of the religious symbols and myths of prehistoric peoples.

Kittler's strength comes precisely in anchoring her study in a concrete historical-empirical context. Interested in theory, she nonetheless is determined to derive it from historical data.

Partially because the work deals with truly uncharted research areas, I found it the most provocative of the works under review. Furthermore, I believe one can no longer write about (German) women in the 19th and 20th centuries and not address her issues: the broad implications of assigning to women exclusive responsibility for reproductive activities in both their material (housework) and psychical (emotions and child education) dimensions. As Kittler correctly maintains, "Die primäre Verwiesenheit der Frau auf die Reproduktionssphäre bestimmte in jeder Phase der Frauenerwerbstätigkeit ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt" (p.30), and any discussion of organization, unions, political participation, or even *wage* labor must recognize such interaction (as Nienhaus does, more shortly). Kittler begins with change: prior to the 20th century, she maintains, housework (*Hausarbeit*) did not exist as the exclusive yet unrecognized "work" of women (*Hausfrauenarbeit*) (p.25). The preconditions in both proletarian and bourgeois households, however, had been formed already by industrial capitalism. Households could no longer join under one roof production, consumption, leisure. By the end of the 19th century, middle-class homes appeared "free" of work, although many of the heavy tasks of cleaning and washing in fact were done by servants; in lower-class homes, household tasks still were recognized as crucial material contributions to survival. The new Hausfrau ideal triumphed during the next several decades due to the decline in servants, the growing consumerism of high capitalism, on-going urbanization, the steady entry of married women in the labor force met by the development of labor-saving devises for housework, and social reforms which, Kittler maintains, enforced strict gender roles to solve "the social question" and retard proletarianization (at women's expense, she adds). The precise change-over, I feel, needs more thorough historical investigation which may push the whole process back in time. And one issue requires more clarification: who took responsibility for non-paid labor in the preindustrial world? Peasant households gave one answer that included their own version of sex role divisions: women were responsible for the household tasks of cooking, cleaning, and tending children. Rural manufacturing homes, by contrast, offered another pattern that broke the bonds of gender role divisions: men and women shared both paid and unpaid work. But I accept Kittler's thesis that significant changes (perhaps a "second stage?") paralleled the emergence of our mass consumer society. What follows in her text is a thorough analysis of some contemporary historic writings to uncover the historic consciousness of housework: she looks, for example, at the works of Käthe Schirmacher and Marianne Weber as well as documents on the household cooperative movement associated with Lily Braun (*Einküchenhaus*) and the rationalization-of-housework-movement that was promoted by the *Hausfrauenbewegung*. The next section of the book involves a similar discussion of social reality and perceptions beginning in the 1960s but now in the hope of developing a more valid and useful theoretical approach to the complex issues of reproducing capital and labor. Here, Marx is taken to task for his notion that gender becomes irrelevant in the labor market and his proposition that capital permeats all of life. From Third World analysts, it now is clear that traditional noncapitalist work relations have continued to exist in the world economy; and housework is non-exchange labor. Kittler looks at other contemporary theories, for example, housework as "unproductive but necessary labor," and offers a detailed examination of the ideas of Jane Humphries, arguing that housework does not just stay in the family but benefits capital because it assures an adequate supply of labor. She concludes that housework is fundamentally a part of capital accumulation; guarantees a female reserve labor market (segregation of occupation by sex) and is of benefit to men. In the short run, she calls for its humanization, although the actual proposals, among other suggestions an expanded *Tagesmutter* program, seem problematical because the mothers' day scheme, I thought, is imperfectly integrated into official BRD labor regulation and subject to exploitation by municipalities and consumers. I would think that even for a native speaker Kittler's language is difficult to read. But the work raises a series of highly intriguing questions and makes important connections for both feminists and social historians.

White collar workers are a prime example of sex segregated labor in industrial capitalism. As Nienhaus' interesting study demonstrates, their history goes back merely 100 years and parallels major economic shifts in commerce and trade, expanding sales, new regulatory functions as well as bureaucratization of public and private enterprises. Daughters of the middle class but soon those of the working classes as well streamed into the new, low skill,

poorly paid jobs despite considerable protest by male employees. In 1907, the salesgirls, telephone operators, and typists comprised a ninth of all gainfully employed women in Germany, and they made *ca.*, 1/2 to 2/3rds the wages of men. Underscoring Kittler's basic premise, Nienhaus shows how family prejudices kept girls out of professional training (the job was temporary) and household commitments justified low wages outside the home and determined a specifically female work cycle. The book is nicely organized. To illustrate themes in the text, long original quotes are interspersed – minutes of meetings, reminiscences, newspaper stories, scenes from novels. The reader is able to see how the historical participants themselves conceived of the issues. Female white collar workers are important not only in labor history but their professional organizations, according to Nienhaus, challenge our conception of the historic women's movement. Its division into middle class and proletariat cannot accommodate employees: they were neither middle class by social origin nor type of job yet their self-perception as well as position in the work force distanced them from the proletariat. They acted as a "movement," often in tandem with the mainstream women's movement: founded associations, newspapers, defended their jobs, and sought to improve women's work situation. The political dimension of this narrative is, I feel, poorly developed. Nienhaus fails to answer adequately why in late 1918 the female employees joined with the explicitly anti-feminist and anti-Semitic *Deutschnationale Handlungsgehilfenverband.* Why were these female workers increasingly attracted to the right? The answer lies somewhere in Imperial Germany but the author wants to redefine politics to mean day-to-day activities and, while this may be legitimate, the focus leaves traditional, "high" political inssues (which are equally real) imperfectly analyzed. Now we must await annother work that will confront head-on this puzzling and important political question.

Jean H. Quataert

GRÜNTHAL, Günther: **Parlamentarismus in Preußen 1848/49-1857/58. Preußischer Konstitutionalismus, Parlament und Regierung in der Reaktionsära** (= Handbuch der Geschichte des deutschen Parlamentarismus). – Düsseldorf: Droste Verlag 1982. 539 S.

Mit dieser Studie, der überarbeiteten und wesentlich erweiterten Fassung der Karlsruher Habilitationsschrift des Verf., wird ein wichtiger Beitrag zu einem in der bisherigen Forschung vernachlässigten Gebiet, der Geschichte des Parlamentarismus in Preußen, vorgelegt. Die Untersuchung basiert auf einer beeindruckenden Auswertung archivalischer Quellen im Zentralarchiv Merseburg, im Geheimen Staatsarchiv Berlin-Dahlem sowie den Staatsarchiven Königsberg, Koblenz und Münster. Von besonderer Bedeutung für die Interpretation der Politik der preußischen Regierung erwiesen sich die Akten der Kommissionssitzungen des Landtags. G. benutzte ferner die Verhandlungen der preußischen Kammern, Parlamentshandbücher, Zeitungen, Memoiren und bisher kaum ausgewertetes zeitgenössisches Schrifttum. Eine gute Bibliographie und ein vorbildliches Personen-, Sach- und Ortsregister erleichtern die Orientierung und runden eine sorgfältig gearbeitete Studie ab. Besonders hervorzuheben sind auch die tabellarischen Zusammenstellungen über Klassensteuer und Urwähler, Wahlbeteiligung, Wahlergebnisse, die Sozialstruktur der Fraktionen und die Entwicklung der Fraktionszugehörigkeit. Hier wäre es allerdings hilfreich gewesen, wenn dem Inhaltsverzeichnis eine Übersicht der Tabellen beigegeben worden wäre.
Grünthal untersucht in acht großen Kapiteln die Entwicklung des preußischen Konstitutionalismus von der oktroyierten Verfassung vom Dezember 1848 bis zu den Wahlen 1855 und dem Beginn der Neuen Ära. Schwerpunkte seiner Analyse sind die Auseinandersetzungen um das Wahlrecht, die Frage der Verfassungsrevision, die Stellung der Abgeordneten in den beiden Kammern, Geschäftsordnungsprobleme und die Herausbildung der Fraktionen. Von besonderem Interesse ist die Darstellung der Politik Otto von Manteuffels. G. kann eindrucksvoll und überzeugend zeigen, daß es dem preußischen Ministerpräsidenten gelang, gegen die Trägerschichten einer feudalen neo-absolutistischen Reaktion eine für Teile des konservativen und liberalen Lagers gleicherweise kompromißfähige Linie durchzuhalten, die "das Vertrauen in die Reformbereitschaft und Reformfähigkeit des preußischen Staates zu rechtfertigen schien" (S.176). Die staatlich gelenkte Revision der Verfassung von oben diente nicht nur dazu, jene Verfassungsbestimmungen zu eliminieren, die eine Durchset-

zung liberal-bürgerlicher Forderungen der Revolutionszeit gewährleistet hätten, sondern sie gestattete es auch, die Einflußnahme konservativer Kräfte auf die Regierungsgewalt zu begrenzen und die Position der Verwaltungsbürokratie zu stärken. Der preußische Ministerpräsident setzte damit eine Politik durch, die die Prärogative des Staates wahrte und sich sowohl von den romantisierenden ständestaatlichen Ideen Friedrich Wilhelms IV. als auch von der Reaktionspolitik des Innenministers Ferdinand von Westphalen unterschied und letztlich dem Ausgleich innergesellschaftlicher Antagonismen diente. Diese Politik des Machtausgleichs, die zwischen den extremen Positionen des Absolutismus und der Volkssouveränität zu vermitteln versuchte und verhinderte, daß die Herrschaft einer Partei das seit 1850 stabilisierte System aus den Angeln hob, geschah zugunsten und im Interesse der staatlichen Exekutive.
Grünthal verdeutlicht allerdings auch, daß es der Regierung gelang, durch eine massive Einflußnahme auf die Beamtenschaft, Neueinteilung der Wahlkreise, Zusammensetzung der Wahlmännergremien und Beeinflussung der Presse auf die Wahlen einzuwirken, so daß regierungsfreundliche Kammern zustande kamen. Da die demokratische Linke nach der Oktroyierung des Dreiklassenwahlrechts den Wahlen fernblieb, trugen Wahlabstinenz, Resignation und Indifferentismus zur Schwächung des linksliberal-demokratischen Lagers bei und erleichterten somit die Revision der Verfassung. – Mit dieser detaillierten und kenntnisreichen Darstellung des preußischen Konstitutionalismus hat Grünthal ein komplexes Thema erschöpfend bearbeitet und einen methodisch und inhaltlich eindrucksvollen Beitrag zur Reaktionszeit vorgelegt.

Hermann-Josef Rupieper

RENZSCH, Wolfgang: **Handwerker und Lohnarbeiter in der frühen Arbeiterbewegung. Zur sozialen Basis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie im Reichsgründungsjahrzehnt** (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 43). – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1980. 260 S.

Bei der vorstehenden Arbeit handelt es sich um die Druckfassung einer Göttinger Dissertation aus dem Jahre 1979. Gemessen am damaligen Forschungsstand zeichnet sich die Studie nicht nur durch einen hohen Informationsgehalt aus, sondern auch dadurch, daß sie in Fragestellung und Anlage innovativ ist. Denn die Frage nach der sozialen Trägerschaft der frühen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hat bislang noch keine monographische Bearbeitung gefunden, obwohl gerade sie geeignet ist, wichtige Aufschlüsse über die tatsächlichen Handlungs- und Wirkungsmöglichkeiten der Sozialdemokratie im Bismarckreich zu vermitteln. Renzsch bietet mit seiner Arbeit, deren Argumentationsstruktur vorbildlich gegliedert ist, ein Sample differenzierter und wohlüberlegter Antworten. Wie sieht das im einzelnen aus?
Forschungsstrategisch geht es dem Verf. darum, "den Zusammenhang von sozialer Struktur, Organisationsbestrebungen und politischem Bewußtsein der Arbeiterschaft zu untersuchen." (S. 11). Präziser: "Um die Motive sozialen Konfliktverhaltens zu erkennen, gilt es, die alltägliche Erfahrungssituation der Arbeiter zu rekonstruieren und deren Auswirkung auf die gesellschaftspolitischen Aktivitäten der Betroffenen zu beschreiben. Im Vordergrund des Interesses stehen in diesem Zusammenhang Fragen nach dem Arbeitsplatz und der Arbeitsentwicklung der Betroffenen, nach der sozialen Herkunft der Arbeiter, nach ihrem beruflichen Werdegang, nach den technischen Entwicklungen in den einzelnen Berufen, nach der sozialen Differenzierung innerhalb der Arbeiterschaft und deren Bewußtsein." (S. 14). Empirisch eingelöst wird dieses Arbeitsprogramm in Gestalt von vier berufs- und arbeitsplatzbezogenen Fallstudien über Bauarbeiter, Schneider, Textilarbeiter und Maschinenbauarbeiter, deren gewerkschaftliche und politische Verhaltensweisen in den Jahren zwischen Reichsgründung und Sozialistengesetz im thematischen Mittelpunkt der Argumentation stehen.
Das Strukturprinzip seiner Argumentation hat Renzsch in folgenden Ausgangshypothesen verankert: "Die Trägerschaft der frühen organisierten Arbeiterbewegung rekrutierte sich vor allem aus Arbeitern mit einer handwerklichen Berufssozialisation, die teils als Gesellen im Handwerk, teils als Industriearbeiter in den Fabriken arbeiteten. Der Erfahrungshintergrund, an dem die sozialen Veränderungen und insbesondere der Wandel der Arbeitsverhältnisse in-

folge der Industrialisierung gemessen wurde, entsprang handwerklichen Normen und Wertvorstellungen." (S.18). Diese dominierten auch weitgehend das Konfliktverhalten, weil es wiederum im wesentlichen "Erfahrungen von Autonomieverlust" (ebd.) bei der Arbeitsverrichtung sowie die Erfahrung "soziale[r] Desintegration" (ebd.) im Gefolge der Umstrukturierung handwerklicher Produktionsweisen waren, die soziale Spannungen und Widersprüche konstituierten. – Die berufsverbandlich verfaßte Organisationsform der frühen Gewerkschaften, die zu Beginn der 1870er Jahr geradezu pilzartig aus dem Boden schossen, trugen diesen tradierten Wertmustern Rechnung, indem sie sich zum Ziel setzten, "den besonders herausgehobenen Status einiger Arbeiter zu erhalten" (S.20) und damit auch die sozialen Wert- und Verhaltensmuster zu kultivieren. Die handwerkliche Berufssozialisation wurde so zu einer Art Eingangsvoraussetzung für den Status eines sozialdemokratischen Gewerkschafters.

Alle der vier Fallstudien, denen eine quellenmäßig wohlfundierte Feldforschung zugrundeliegt, lesen sich mit großem Gewinn und bestechen durch ihre Konzentration auf das für die Argumentation Wesentliche. Der Inhalt sei hier nicht eigens referiert, sondern nachdrücklich zur sozialgeschichtlichen Pflichtlektüre empfohlen. – Auch aus dem Schlußkapitel, das die Ausgangsthesen der Untersuchung anhand der Detailergebnisse überprüft und weiter ausdifferenziert, möchte ich nur ein Argumentationsmuster hervorheben, das sich auf die Maschinenbauarbeiterschaft bezieht. Renzsch schreibt resümierend: "Im Maschinenbau spiegelt die berufsverbandliche Gewerkschaftsbildung die durch die Werkstätten vorgegebene Gruppenbildung wider." (S.192). "Die traditionell handwerklichen Bindungen, die Schlosser, Klempner, Dreher, Former oder Schmiede jeweils unter sich hatten, stimulierten die Organisationsbildung nach handwerklichen Vorbildern. [. . .] Die Arbeitsbedingungen, die Konflikte um die meist übliche Akkordentlohnung, Rationalisierungsmaßnahmen usw. betrafen diese Arbeiter jeweils als geschlossene Gruppe. [. . .] Daher ist es kein Zufall, daß gerade in abgeschlossenen Werkstätten handwerklich kooperierende Arbeiter eher zu Berufsverbänden neigten als andere. Als schließlich eine industrieverbandlich organisierte Metall- und Maschinenbauarbeitergewerkschaft neben Berufsverbänden entstand, erschien den Mitgliedern der Berufsverbände die Integration in den Industrieverband nicht als besonders attraktiv." (S.189).

Ich möchte diese These bestreiten. Einmal ist nach meinem Dafürhalten das zentrale und zu erklärende Problem in der Entstehungsgeschichte der deutschen sozialdemokratischen Metallarbeitergewerkschaften nicht die berufsverbandliche Separierung, sondern ihre (notorische) gesellschaftspolitische Marginalität und ihr Unvermögen, einen nennenswerten Teil der Industriearbeiterschaft zu integrieren. Dieses Phänomen steht in einem merkwürdigen Kontrast 1. zu der außerordentlich hohen Konflikt- und Streikbereitschaft dieser Arbeiterkategorie bis Mitte der 1870er Jahre, 2. zu den bemerkenswerten Organisationserfolgen des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Metall- und Maschinenbauarbeiter, der in der Reichsgründungszeit mehrere 1000 Mitglieder zählte, und 3. zu der Entwicklung in anderen Industrieländern wie beispielsweise England, wo die mächtige Metallarbeitergewerkschaft trotz vergleichbarer Struktur von Arbeitsmarkt und Produktionsstätten sehr frühzeitig zu einem gesellschaftspolitischen Machtfaktor avancierte. Der von Renzsch thematisierte (Organisations-) Problemzusammenhang scheint also weit komplexer und multikausaler zu sein, als dies die zitierte These offenbart.

Es gäbe noch andere kritische Einwände zu machen, die allesamt aber den Wert des Buches nicht schmälern. Im Gegenteil, sind doch gerade diejenigen Arbeiten die ergiebigsten, die nicht nur solide Forschung leisten, sondern auch Ergebnisse präsentieren, über die sich mit Gewinn streiten läßt. Das Buch von Renzsch ist ein solches.

Lothar Machtan

WÖLK, Monika: **Der preußische Volksschulabsolvent als Reichstagswähler 1871-1912. Ein Beitrag zur Historischen Wahlforschung in Deutschland** (= Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 28). – Berlin: Colloquium Verlag 1980. XIV, 585 S.

SCHENK, Johannes, Klaus PECHER und Manfred WERLER unter Mitarbeit von Wolfgang ROCKSCH (Hrsg.): **Dokumente zur Bildungspolitik und Pädagogik der deutschen Arbeiterbewegung.** 1. Folge: **Von den Anfängen bis zur Pariser Kommune** (= Monumenta Paedagogica, Bd. XXI). – Berlin: Volk und Wissen 1982. 448 S.

OLBRICH, Josef (Hrsg.): **Arbeiterbildung nach dem Fall des Sozialistengesetzes (1890-1914). Konzeptionen und Praxis** (= Dokumentationen zur Geschichte der Erwachsenenbildung). – Braunschweig: Westermann Verlag 1982. 410 S.

LEONHARD-SCHMID, Elke: **Zur Bewußtseinsbildung der frühen Sozialdemokratie (1863-1891)** (= Europäische Hochschulschriften, Bd. 93). – Frankfurt/M. und Bern: Peter Lang Verlag 1982. 218 S.

JOST, Wolfdietrich: **Gewerbliche Schulen und politische Macht. Zur Entwicklung des gewerblichen Schulwesens in Preußen in der Zeit von 1850-1880** (= Berufliche Bildung und Berufspolitik, Bd. 10). – Weinheim und Basel: Beltz Verlag 1982. VIII, 392 S.

Die Geschichte des Bildungswesens und der Bildungspolitik in Deutschland und dabei besonders die Bestrebungen der Arbeiterbewegung sind im letzten Jahrzehnt des öfteren Gegenstand wissenschaftlicher Bemühungen gewesen: Programme und Stellungnahmen wurden rekapituliert, Auseinandersetzungen geschildert, strukturelle Veränderungen nachgezeichnet und vermehrt in sozialgeschichtlichem Sinne zu erklären versucht. Wenn dabei insgesamt eine beträchtliche Erweiterung der Materialbasis erreicht wurde, so blieben bisher die Wirkungen der beschriebenen Bildungsmaßnahmen auf die von ihnen Betroffenen und deren Handlungsweisen noch immer weitgehend ausgespart; darüber hinaus sind trotz jener doch recht vielschichtigen 'sozialgeschichtlichen Umorientierung' noch immer unterschiedliche bis gegensätzliche Erklärungsversuche der konstatierten Veränderungen anzutreffen. – Neuere Veröffentlichungen können auf diesem Diskussionsstand aufbauen, um ihn voranzutreiben; zugleich aber ist ihr Beitrag an ihm zu messen.

1) Die Untersuchung von Monika Wölk ist vor dem skizzierten Hintergrund deshalb von besonderem Interesse, weil von ihr nicht wiederum eine Nachzeichnung der Entwicklung des Schulwesens angestrebt wird, sondern die *Wirkungen* des Schulbesuchs in den Vordergrund gestellt werden. Dies allerdings nur indirekt, indem die Reichstagswähler des Zeitraums von 1871-1912 nach ihrer schulischen Sozialisation hin betrachtet und ihr Wahlverhalten zu einzelnen Phasen der Schulentwicklung – im Sinne von "Schülergenerationen" – in Beziehung gesetzt werden. Auf der Grundlage einer ausführlichen Analyse von "Problemen und Tendenzen staatlicher Schulpolitik von 1816-1896" (S.48-229) sowie einer ebenso breiten Wiedergabe maßgeblicher Veränderungen der "Politisch-pädagogischen Vermittlungsrolle der Lehrerschaft" (S.230-356) kommt M. Wölk schließlich im 3. Kapitel zum eigentlichen Thema, der Darstellung von "Tendenzen des Wählerverhaltens der Absolventen preußischer Volksschulzeiten" (S.357-443). Die gesamte Anlage der Untersuchung ist zweifellos sehr weitgreifend, auch befindet die Verfasserin sich in den einzelnen Kapiteln auf der Höhe des Diskussionsstandes, den sie in bezug auf den jeweiligen Teilgegenstand klar und kritisch darstellt; spätestens mit der Präsentation der Ergebnisse (S.444-455) aber wird es für mich fraglich, ob der gesamte Aufwand für die vorliegende Fragestellung erforderlich und ertragreich ist. Denn zwar kann das verbreitete Vorurteil widerlegt werden, die schulische Untertanenerziehung schlage voll in die Subjektivität der Schüler durch; hiergegen spricht übrigens schon das Faktum des massiven Anstiegs der Arbeiterbewegung. Aber der generelle Versuch, ausschließlich aus unterschiedlichen Phasen schulischer Erziehung und des Lehrerverhaltens Modifikationen des Wählerverhaltens zu folgern, scheint mir verkürzt, auch wenn dabei eine interessante Paradoxie zutage gefördert wird: der paradoxe Sachverhalt nämlich, daß in Phasen konservativer Schelte der Lehrer ein reformorientiertes Wahlverhalten zu verzeichnen sei, während aus reformorientierten Schulphasen ein stärker gouvermentales Wahlverhalten folge. So interessant dieser Befund für die Wirksamkeit staatlichen Handelns ist, so wenig folgt daraus notwendig der von Monika Wölk vertretene Schluß der zentralen Bedeutsamkeit der Lehrertätigkeit für das spätere Wahlverhalten ihrer Schüler. Was ist mit deren Ar-

beits- und Lebenslage, ihren Modifikationen, den Erfahrungen in Arbeitskonflikten, den familiären Bindungen . . . etc.? Hier ist wohl doch eine Erweiterung des Untersuchungsfeldes notwendig, die durch die an sich interessante Aufstellung von Schul- und Lehrergenerationen nicht ersetzt werden kann. Das von der Verf. ausgiebig thematisierte und durchaus kritisch befragte Feld der historischen Wahlforschung bedarf hier einer anderen Konturierung; das wird an einer Stelle (S.551f.) zumindest angesprochen, aber es bleibt insgesamt doch folgenlos.

2) Man sollte meinen, daß eine Dokumentation zur "Bildungspolitik und Pädagogik der deutschen Arbeiterbewegung", zudem eine solche der renommierten "Monumenta Paedagogica", dem beschriebenen Manko abhelfen könnte, indem die Arbeits- und Lebensweise der sich im 19. Jahrhundert konstituierenden Arbeiterklasse ausführlich zur Sprache käme. Leider ist dies noch immer keine Selbstverständlichkeit; zwar haben die Herausgeber in ihrem Sammelbd. die Fülle von 194 Dokumenten gesammelt, aber es überwiegen doch Programmformulierungen und die Stellungnahmen der 'Meister', während über die Lage, das Bewußtsein und die Verhaltensweisen der Arbeiter allzu wenig gesammelt ist. Dennoch ist vieles aufschlußreich, wie etwa die Aussagen der Frühsozialisten, Texte der Lehrerschaft und Auszüge aus Polizeiberichten; aber insgesamt überwiegt doch Bekanntes, das zudem oftmals veröffentlicht und zugänglich ist. Das gilt namentlich für die Texte von Marx, Engels und Liebknecht, die zwar zweifellos grundlegend sind, mit denen allerdings nicht jede Dokumentation erneut vollzustopfen ist. Statt dessen hätten die Herausgeber, denen es um die "praktische Wirksamkeit der Begründer des wissenschaftlichen Kommunismus geht" (S.17), mehr Wert auf die innere Verfaßtheit der Arbeiterklasse und ihrer internen Gruppierungen legen sollen. Der hierzu erforderliche Bezug auf den bisherigen Forschungsstand wird von ihnen zwar behauptet (S.41), aber nicht eingelöst, wie die ausführliche Einleitung (S.21-75) belegt. Denn hier finden sich jene dem historischen Material äußerlichen Ordnungsprinzipien, die aus der gängigen Literatur zur Genüge bekannt sind und von Marx kritisiert wurden; da wird etwa forsch die "historische Mission" der Arbeiterklasse behauptet, um sie zugleich mit dem "humanistischen Ideal" gleichzusetzen, dem dann nur noch der Marxismus zum Durchbruch zu verhelfen habe, wobei er sich irgendwie auf eine naturwüchsige Evolution beziehen könne. Nur als ein Beispiel: "*Der* wissenschaftliche Kommunismus hatte sich [!] zwar in dieser Zeit [in der zweiten Hälfte der 1840er Jahre] herausgebildet und *die* Verbindung zur Arbeiterbewegung gefunden, aber er war zunächst lediglich eine Strömung sozialistischen Denkens unter vielen" (S.41). – Das ist alles irgendwie richtig, aber es bleibt blaß bis hin zur Leerformel. Daß man mit solchen und ähnlichen Aussagen den gegenwärtigen Forschungsstand (glücklicherweise) nicht mehr einholt, bedarf kaum einer weiteren Erwähnung; die Herausgeber seien z.B. an die sehr viel weitergehenden Arbeiten ihres Kollegen Hartmut Zwahr erinnert.

3) Der von Josef Olbrich herausgegebene Sammelbd. zur "Arbeiterbildung nach dem Fall des Sozialistengesetzes (1890-1914)" erfaßt von vornherein einen begrenzten Zeitraum und legt dadurch eine weitergehende Konkretion nahe. Diese geschieht in bezug auf die folgenden Schwerpunkte: 1. Konzeptionen proletarischer Bildungsarbeit (S.17-134), 2. Praxis proletarischer Arbeiterbildung (S.135-280) und 3. Proletarische Frauenbildung als besondere Form der Arbeiterbildung (S.281-378). Bezieht man neben den dabei gesammelten zeitgenössischen Dokumenten noch die umfangreiche Liste von Primär- und Sekundärliteratur ein, so stellt der gesamte Text eine wichtige Grundlage für diesen Bereich dar; dem Herausgeber und seinen Mitarbeitern ist es gelungen, eine Dokumentation zusammenzustellen, die es dem Leser ermöglicht, Konzeptionen und Praxis von Arbeiterbildung für diese wichtige Phase der Arbeiterbewegung in Deutschland nachzuvollziehen. Zwei Einschränkungen erscheinen allerdings geboten: Zum einen verspricht der Titel des Bdes mehr als dieser hält; denn es geht nicht um Arbeiterbildung insgesamt, sondern ausschließlich um sozialdemokratische Bildungsarbeit, während insbesondere die Gewerkschaften kaum behandelt werden. Gerade ihre Einbeziehung aber ist erforderlich, da sie die Eröffnung weitergehender Fragestellungen ermöglicht, die auch in den zeitgenössischen Auseinandersetzungen thematisiert wurden; das gilt etwa für das Verhältnis von Spontaneität und Organisation, Ökonomie und Politik oder den Stellenwert der Bürokratie innerhalb einer sozialen Bewegung, die sich zum Ziel gesetzt hatte, die ihre Träger erniedrigenden Bedingungen aufzuheben. Die Bedeutung dieses Zusammenhanges wird offensichtlich, und damit bin ich beim zweiten

Einwand, in den Kommentaren, die den jeweiligen Dokumentenblöcken vorangestellt sind: etwa dann, wenn allzu global vom "Revisionismus" gesprochen wird, oder wenn im Anschluß an die russische Sozialdemokratie von der führenden Rolle *der* Partei als "Einheit von Bewußtsein und Organisiertheit" (S.31) gehandelt wird, die den deutschen Linken *verschlossen* geblieben sei, dann wünschte ich mir präzisere Angaben statt der zu findenden globalen Behauptungen (mit Ausnahme des Beitrags von H.A. Schwarz). Statt der in der Regel unterstellten Lösungsmodelle, mit der die SPD-Politik konfrontiert wird, wäre diese in ihrem Bezug auf die Mitgliedschaft und die Arbeiterbewegung insgesamt zu erklären.
4) Der Titel der Untersuchung von Elke Leonhard-Schmid verspricht hier die erforderliche Erweiterung, indem die "Bewußtseinsbildung der frühen Sozialdemokratie" (1863-1891) thematisiert wird; das Versprechen wird allerdings in keiner Weise eingelöst. Denn über eine recht zusammenhanglose Auseinandersetzung mit oft nur schattenhaft umrissenen Positionen ringt sich die Autorin nach der Absage an eine Bestimmung (sie nennt es "Definition", S.17) der Lage von Arbeitern dazu durch, ausschließlich von der Bildung von Bewußtsein zu handeln; dies deshalb, so die aufschlußreiche Behauptung, weil dieser "Begriff [?] [. . .] die größte Chance zur Vereinigung vieler unterschiedlicher Ansätze in sich birgt" (S.18). Wie aber soll eine solche Vereinigung irgendwelcher Ansätze möglich sein, ohne die Lebens- und Arbeitsgewohnheiten, also die Kultur von Arbeitern einzubeziehen? Frau Leonhard-Schmid löst diesen Zusammenhang dadurch auf, daß sie im Anschluß an Herbert Marcuse einfach konstatiert, daß "das Bewußtsein der Arbeiterschaft zur Emanzipation allein nicht mehr [?] fähig" (S.33) sei, weil insbesondere das ästhetische Bedürfnis unterdrückt sei und deshalb könne "die Freisetzung dieser vitalen Triebe nur über eine umfassende Aufklärung der Unterdrückungs- und Manipulationsmechanismen stattfinden. Diese wiederum scheint abhängig von einer Darstellungsweise, die das vorherrschende Unterdrückungssystem für *den einzelnen Menschen* verständlich beschreibt" (S.34). Leider, so weiter, sei Marx nicht mehr zur notwendigen Popularisierung gekommen, sonst . . . ja sonst hätten wir wohl heute den Zustand, den Frau Leonhard-Schmid Emanzipation nennt, was immer das auch sei . . . So kann der banale Exitus eines Einzelnen die Geschicke der Menschheit determinieren . . . hätten wir ihn doch noch . . .
Nach solcherart Vorabklärung ist der Rest entsprechend: Die Frage nach einem "sozialistischen Menschenbild" wird abgehandelt und mit Schillers "Ästhetischer Erziehung" versehen, das sozialdemokratische Organisationskonzept skizziert, sodann eine individual-psychologische Fundierung *des* geknechteten Subjekts anhand einer Autobiographie (Adelheid Popp) versucht, um sodann eine Nachzeichnung von "Stufen der Bewußtseinsbildung in der Organisation" zu konstruieren. Im Vordergrund stehen dabei jene *Vermittler* kohärenten Bewußtseins (Kautsky, Bebel, Bernstein); wenig Neues. Das Ergebnis ist schon bekannt: Trotz einer von Leonhard-Schmid gesehenen kohärenten Strategie (Erfurter Programm) unterließ es die Sozialdemokratie, eine genaue wissenschaftliche Untersuchung vorzunehmen, und das wiederum lag am Verlust der "Handlungskontrolle" (!, S.153) durch den besagten Tod von Marx und Engels; und außerdem gab es noch nicht die geeigneten Meßinstrumente zur Messung der psychischen und Parteistruktur, nämlich z.B. die Ganzheits- und Gestaltungstheorie. – Nun denn, da diese Meßinstrumente heute vorhanden sind, sollte der Verwirklichung des Ziels der Emanzipation also nichts mehr im Wege stehen; vielleicht schreibt die Autorin schon ein neues Buch darüber, ist doch Papier geduldig.
5) Nach diesem Abstecher in eher trübe Gefilde psychologischer Geschichtskonstruktionen führt die Arbeit von Wolfdietrich Jost zur zwar komplizierteren, aber dafür realen Wirklichkeit der Verhältnisse des 19. Jahrhunderts. Dabei geht es um das Faktum des Schattendaseins der gewerblichen Ausbildung in Preußen und d.h. darum, daß die Industrialisierung keineswegs automatisch einen Anstieg der Qualifikationen der Arbeiter mit sich brachte, sondern vielmehr nur einen kleinen Kreis von Arbeitern aus der Mehrheit der Arbeiterklasse heraushob und unter die Betriebsleiter und -eigentümer plazierte. Das geschah durch eine gewerbliche Ausbildung, die in der Regel vom höheren Schulwesen getrennt und zugleich kein notwendiger Schritt für die Absolventen der Volksschulen war. Nach der Skizzierung der strukturellen Gegebenheiten der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts geht Jost den einzelnen Strängen der gewerblichen Ausbildung für die Zeit von 1850 bis 1882 im Detail nach, wobei die Fortbildungsschulen im Vordergrund stehen. Wichtig sind dabei insgesamt der Aufweis der immanenten Widersprüchlichkeit von Bildungsreformen sowie der Beteili-

gung von Ingenieuren, Gewerbeschullehrern und Gewerbebürgertum an einer Verhinderung einer umfassenden Veränderung gewerblicher Ausbildung, wodurch diese sowohl dem Elementarschulbereich wie den höheren Schulen verbunden worden wäre; statt dessen findet sich im Ergebnis schließlich jener sattsam bekannte Schulkompromiß von 1900, in dem die Abkoppelung der Mehrheit der Arbeiterkinder vom höheren Schulwesen festgeschrieben wird; ihnen wird statt dessen in zunehmendem Maße der Besuch der Fortbildungsschule mit Disziplinierungscharakter auferlegt. Für den Nachvollzug der Herausbildung dieses Kompromisses bietet die Untersuchung von Wolfdietrich Jost wichtiges, neues Informationsmaterial sowie den bedenkenswerten Versuch seiner theoretischen Verarbeitung; wenn er diesen jedoch als "Mißerfolg preußisch-gewerblicher Ausbildungspolitik" (S.280) bezeichnet, so stellt sich abschließend doch die Frage, ob hier nicht eher ein vom Verf. gewünschtes Ziel den historischen Ergebnissen aufgelegt wird, statt diese zu erklären.

Hans-Günter Thien

NEUMANN, Frank: **Sozialdemokratische Bildungspolitik im wilhelminischen Deutschland. Heinrich Schulz und die Entstehung der "Mannheimer Leitsätze"** (= Bremer Beiträge zur Arbeiterbildung). – Bremen: Universität Bremen 1982. XVIII, 571 S.

Frank Neumann behandelt die Biographie von Heinrich Schulz bis etwa 1906, dem Zeitpunkt der Verabschiedung der ersten bildungspolitischen Leitsätze der SPD auf ihrem Mannheimer Parteitag als exemplarisches Beispiel der Integration eines im Grunde bürgerlichen Kulturbegriffs in sozialdemokratische Politik. Ziel der Arbeit ist es, einen "Beitrag zur Revisionismusforschung [zu] leisten, ohne [. . .] den Reformismus [. . .] lediglich als Widerspiegelung der widersprüchlichen sozialen Stellung der zur Arbeiterbewegung stoßenden Intellektuellen" zu betrachten (S.5). Wäre bereits hierfür die explizit ausgeklammerte Fragestellung nach dem Verhältnis von Arbeiterbewegung und Intellektuellen – vor allem auf dem Hintergrund der inzwischen breit rezipierten Theorie Gramscis – sehr fruchtbar gewesen, so hätten sich noch wesentlich darüber hinausgehende Erkenntnisse am Problem der Sozialdemokratie als Kulturbewegung, an ihrer Rezeption des bürgerlichen Erbes und schließlich am Verhältnis von kultureller und politischer Arbeit gewinnen lassen. Immerhin bescheinigen Forscher verschiedenster Richtungen der damaligen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung eine zumeist bewußte Selektion bei der Übernahme tradierter Muster als Ausdruck einer kulturell-politischen Desintegrationsstrategie. Die ebenfalls von Neumann ausgegrenzte Frage nach dem "engen" und dem "weiten" Kulturbegriff (S.5) bedeutet den Verzicht auf ein analytisches Instrumentarium, das es erlaubt hätte, sozialdemokratische Kulturbestrebungen in ihren verschiedenen Etappen aufgrund der konkreten Kampfbedingungen zu bewerten. Prägte doch Heinrich Schulz in besonderem Maße das, was als "Kultursozialismus" bezeichnet werden kann. Dessen Kulturbegriff deckte sich partiell geradezu verblüffend mit neueren "weiten" Kulturbegriffen beispielsweise eines Raymond Williams. Statt also die konkreten Probleme der politischen und kulturellen Praxis der SPD in ihrer Widersprüchlichkeit nachzuvollziehen und zu analysieren, unterwirft Neumann sie einer vorgefaßten politischen Bewertung, die sich auf einen "authentischen Marxismus" [!] (S.70) bezieht. Genau besehen widerspricht seine Arbeit so den Intentionen der Herausgeber der Reihe "Bremer Beiträge zur Arbeiterbildung", die im Klappentext die Forschung zur Arbeiterbildung "immer in Gefahr" sehen, für "Fraktionsinteressen innerhalb der Arbeiterbewegung vereinnahmt zu werden." Sind Verkürzungen und Zuspitzungen im die historischen Voraussetzungen skizzierenden Eingangskapitel noch verständlich – hier geht es um die Lehrerbewegung, das sozialdemokratische Schulprogramm und das Verhältnis der SPD zur "Bildung" – so wäre allerdings in der Nachzeichnung der konkreten Etappen der kulturpolitischen Tätigkeit von Heinrich Schulz eine inhaltliche Differenzierung von "Kultur" und "Bildung" angemessen gewesen. Aber auch hier kritisiert Neumann pauschal die "sehr stark moralisch gefärbte Begeisterung für den Sozialismus" (S.129), die "doppelte Funktion der Berliner Arbeiterbildungsschule als Agitationsschule und Kulturstätte, die Schulz durchaus nicht als Widerspruch [empfand]" (S.165) und schließlich den fehlenden "Trennungsstrich zwischen bürgerlicher und proletarischer Bildungsarbeit" (S.192). Was der Verf. hier als mangelndes Widerspruchsbewußtsein Heinrich Schulz' herausstreicht, spiegelt erste Ansätze der sogen.

"Drei-Säulen-Theorie" – die den "drei Säulen" der sozialistischen Arbeiterbewegung: Partei, Gewerkschaften und Kulturorganisationen verschiedene Aufgaben zuweist – wider. Diese von Neumann nirgends erwähnte Konzeption, wesentlich auch von Schulz geprägt, schreibt der Kultur- und Bildungsarbeit gerade die inkriminierte Einheit von "Verstandeskultur" und "Gemütskultur" zu. Immerhin muß auch Neumann feststellen, daß bereits der "unpolitische und damit eigentlich bürgerliche [!] Literaturbegriff" des Gothaer Parteitages (1896) eine Integration "unterschiedliche[r] Arbeiterbildungskonzeptionen" erlaubte und so die "Einheit und das allmähliche Anwachsen der Partei" (S.210) zu stabilisieren vermochte. So konnte auch die Revisionismusfrage für eine gewisse Zeit als "rein theoretische Streitfrage" (S.205) erscheinen, die gegenüber der Einigkeit in der Partei zurückzustehen hatte. Spätestens an dieser Stelle hätte für Neumann deutlich werden müssen, daß die Kultur- und Erbediskussion der SPD nicht nur unter inhaltlichen, sondern auch unter operativen Gesichtspunkten betrachtet werden muß. Das vorgefaßte politische Bewertungsschema teilt er im übrigen mit der seiner Interpretation zugrundliegenden bereits 1974 erschienenen Arbeit Herbert Scherers über den "Friedrichshagener Kreis" (vgl. dazu die Rezension von Monika Kramme, in: IWK, Jg. 11 (1975), S.118f.). Innerhalb seines abstrakt-idealistischen Bewertungsrahmens kritisiert Verf. Schulz' sich radikalisierende Haltung zum Erbe in den Auseinandersetzungen mit dem Bremer Goethebund um 1904/5 als "Kulturopportunismus". Dies soll bedeuten, daß Schulz in "Weltanschauungsfragen ein 'Radikaler' und in Kulturfragen ein 'Revisionist'" (S.316) wurde. Diese Kategorie, die immerhin das strukturierende Prinzip der Arbeit bildet, dient weiterhin zur Abqualifizierung ganzer Epochen sozialdemokratischer Geschichte: "Ein wirklich revolutionärer Ansatz ist [in den Mannheimer Leitsätzen] nur sehr bedingt zu erkennen, auch wenn die Geschichte des Erziehungswesens historisch-materialistisch abgehandelt wird." [!] (S.463). Sie verdankt sich Neumanns Kulturverständnis: Die "wahre Kultur" [!] kann "erst das Resultat des politischen Kampfes und nicht bereits diesem als Zielangabe vorgegeben sein." (S.516). Eine Reminiszenz an eine von Mehring geprägte und eigentlich überwunden geglaubte Position, die Brecht 1926 mit den Worten geißelte: "Die intellektuellen Führer" des Proletariats stünden "auf dem schrekkeneinflößenden Standpunkt, Kunst sei schädlich, da sie die Massen vom Kampf ablenke."

Claudia Albert und Uwe Hornauer

BREGER, Monika: **Die Haltung der industriellen Unternehmer zur staatlichen Sozialpolitik in den Jahren 1878-1891.** – Frankfurt/M.: Haag und Herchen 1982. 289 S.

Nach der Jahrhundertwende behauptete H.A. Bueck, Generalsekretär des "Centralverbandes Deutscher Industrieller", die deutsche Industrie habe "zu den freudigsten und wirkungsvollsten Förderern" der Bismarckschen Arbeiterversicherungsgesetzgebung gehört. So viel ist richtig, daß zu Beginn der durch die berühmte Kaiserliche Botschaft vom November 1881 eingeleiteten gesetzlichen Regelungen für Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter eine Denkschrift des Bochumer Großindustriellen Louis Baare vom 30.4.1880 in Absprache mit dem Centralverband stand, die statt einer Ausdehnung der bestehenden, unzureichenden Haftpflichtregelung eine staatlich reglementierte Unfallversicherung "einer ernsten Erwägung für würdig" hielt und als Vorlage für Theodor Lohmanns Gesetzentwurf dem ersten Regierungsentwurf zugrundelag. Buecks nachträgliches Urteil verschleierte indes die in Wahrheit höchst ambivalente, alles andere als einheitliche und zudem nach der parlamentarischen Ablehnung des ersten Entwurfs zur Unfallversicherung zunehmend distanzierte Unternehmerposition.

Aus der älteren Literatur (Rothfels 1927, W. Vogel 1951) sind wir über Grundzüge dieser Entwicklung unterrichtet, doch gehört vornehmlich die Haltung führender Unternehmer und Wirtschaftsverbände zu den nur marginal erforschten Themen, wie denn nach jahrzehntelanger Zurückhaltung erst in den letzten Jahren eine intensivere Beschäftigung mit der Entstehung der Sozialversicherungsgesetze zu verzeichnen ist (u.a. Ernst Wickenhagen, "Geschichte der gewerblichen Unfallversicherung", 2 Bde, München und Wien 1980, von der Verf. nicht benutzt; zuletzt Gerhard A. Ritter "Sozialversicherung in Deutschland und England", München 1983). In einer glänzenden Analyse und differenzierten Aufzeichnung von Interessendivergenzen und konfligierenden Motiven und Zielvorstellungen im Unternehmerlager hat Hans-Peter Ullmann 1979 in der HZ, Bd. 229, S.574-610, industrielle Interessen bei der Ent-

stehung der deutschen Sozialversicherung 1880-1889 untersucht (thesenförmig verknappt wieder in dem von Wolfgang J. Mommsen 1982 herausgegebenen Tagungsband zur Entstehung des Wohlfahrtsstaates in Deutschland und Großbritannien). Um so erstaunlicher die sachlich nicht einleuchtende, gedanklich bescheidene Polemik der Verf. gegen Ullmann (S.223ff), die zwar auf einer breiteren Kenntnis von Unternehmerverlautbarungen in den verschiedensten Periodika, Handelskammerkorrespondenzen etc. fußt, die Grundzüge indes nicht revidiert, das komplexe Interaktionsfeld von staatlichen, parlamentarischen und den in sich reich verzweigten industriellen Positionen allenfalls anreißt und wohl eher mit Verärgerung über den kurz vor ihrem Buch erschienenen einschlägigen Aufsatz bzw. den Abgrenzungsbedürfnissen beim wissenschaftlichen Freischwimmen als mit sachlich zwingenden Kontroversen zu begründen ist.

Die bei Wolfram Fischer erstellte, 1981 eingereichte Berliner Dissertation sichtet verbandspolitische Stellungnahmen zu den einzelnen Teilen des Gesetzeswerks; vorwiegend gestützt auf Periodika, während die im Anhang zahlreich aufgeführten, hinsichtlich der herangezogenen Bestände unzulänglich belegten Archive über sporadische Hinweise hinaus nicht systematisch ausgewertet wurden – ob sie kein Material für eine subtile Analyse enthalten? Den Aussagewert der Arbeit beeinträchtigen vor allem die vielfach unspezifizierten und aneinandergereihten Wiedergaben der Verbands-Stellungnahmen ("Es wird vorgeworfen", "man wünscht" etc.). Gleichwohl, zur Unternehmerhaltung wünscht man sich genauere Kenntnis und dazu trägt die zweifellos fleißige Arbeit gewiß bei. Der Krankenversicherung gegenüber überwog offenbar wohlwollende Zustimmung, bei aller Detailkritik und Zurückhaltung in der vorgesehenen Leistungsgewährung, da hier ein wirksames Instrument gegen die unzulänglichen, freilich nun nicht gänzlich abgelösten und politischer Unternehmerkontrolle sich entziehenden freien Hilfskassen zu entstehen schien. Wohl am stärksten wirkten sich branchenspezifische Differenzen und Interessendivergenzen zwischen Großunternehmen und mittelständischen Betrieben bei der Unfallversicherung aus, für die die Großindustrie einen Reichszuschuß, Mitbeteiligung der Versicherten und ein das Einzelrisiko diversifizierendes Umlageverfahren wünschte. Klein- und Mittelbetriebe verharrten weithin ablehnend, durchgängig blieb ein Interesse an niedrigen Entschädigungen sowie die Ablehnung der im Regierungsentwurf vorgeschlagenen Arbeiterausschüsse. Gegenüber der Invaliditäts- und Altersversicherung bestanden offenbar erhebliche Reserven, die sich in Besorgnissen über zunehmende Simulation von Erwerbsunfähigkeit und Mißtrauen angesichts einer Ablösung privater patriarchalischer Fürsorge zugunsten gesetzlicher Reglementierung niederschlug. Nicht die Unfallberufsgenossenschaften, sondern Reichs- und Landesanstalten wurden als Träger gewünscht. Abschließend untersucht die Verf. die Unternehmerhaltung zur Arbeiterschutzpolitik des "Neuen Curses" 1890/91. Ihr Resultat – fast einhelliger Widerstand gegen gesetzliche Festlegungen, strikte Ablehnung von Arbeiterausschüssen, statt dessen der Ruf nach verschärften strafrechtlichen Handhaben gegen Streik und Kontraktbruch – kann nicht überraschen, paßte doch den meisten Unternehmern die ganze, mit dem Namen des preußischen Handelsministers von Berlepsch verknüpfte Richtung nicht.

Nicht zufällig hatte der für Unternehmerinteressen stets sehr aufgeschlossene Bismarck nicht nur deren Anregungen bei den Sozialversicherungsgesetzen Rechnung zu tragen versucht (weithin erfolglos angesichts parlamentarischer und bürokratischer Widerstände), sondern in enger Übereinstimmung mit der Schwerindustrie jeden Ausbau des Arbeiterschutzes seit Mitte der 1870er Jahre mit Nachdruck verzögert und so die deutsche Sozialpolitik in diesem Bereich weit hinter Westeuropa, aber auch hinter das Mitte der 1880er Jahre aufschließende Österreich-Ungarn zurückfallen lassen. Es ist der Verf. zuzustimmen, daß eine "domestizierende Wirkung der Sozialreform" als Äquivalent für finanzielle Leistungen einkalkuliert war (S.215). Allerdings sollte die Bedeutung von Kostenfragen nicht unterschätzt werden (S.212) – deren beträchtlicher Stellenwert in der unternehmerischen Kalkulation wird kaum verwundern und tritt hier über Gebühr hinter politische Strategien zurück. Auch wird man die angeblich nur geringen verbandsspezifischen Differenzen (S.223ff) in Zweifel ziehen dürfen; Ullmanns gegenläufige Argumentation vermag die Verf. nicht zu widerlegen. Insgesamt bestätigt die Arbeit für ihren Teil Gerhard A. Ritters Urteil, wonach – im Gegensatz zu Jürgen Tampke – zwar weiterhin von der "Bismarckschen Sozialversicherung" zu sprechen ist, daß der höheren Bürokratie in Konzeption und Durchführung wohl ein hoher Stellenwert zukommt, sie indes

nicht die "eigentliche Trägerin der sozialen Gesetzgebung" war (so W. Vogel), und daß insbesondere der bislang unterschätzte Anteil der Unternehmer bzw. ihrer Verbände stärker als zuvor zu gewichten ist. Das eigentliche und folgenreichste Ringen um die Vorlagen vollzog sich indes im Reichstag unter maßgeblichem Einfluß der katholischen Zentrumspartei.

Rüdiger vom Bruch

LOEWENSTEIN, Georg: **Kommunale Gesundheitsfürsorge und sozialistische Ärztepolitik zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus – autobiographische, biographische und gesundheitspolitische Anmerkungen.** Hrsg. von Stephan Leibfried und Florian Tennstedt (= Arbeitsberichte zu verschütteten Alternativen in der Gesundheitspolitik, 3). – Bremen: Forschungsschwerpunkt Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik, Universität Bremen, 2. Aufl., 1980. V, 374 S.

PEARLE, Kathleen M.: **Preventive Medicine. The Refugee Physician and the New York Medical Community 1933-1945.** Hrsg. von Stephan Leibfried und Florian Tennstedt (= Working Papers on Blocked Alternatives in the Health Policy System, 11). – Bremen: Research Center on Social Conditions, Social Movements and Social Policy, University of Bremen [1981]. 234 S.

Diese beiden disparaten Bde in dem hier gegebenen Raum zu besprechen, erscheint wenig sinnvoll. Sinnvoller ist, Ziel und Stand des Forschungsprojekts "Verschüttete Alternativen in der Gesundheitspolitik" vorzustellen, aus dem die o.a. Arbeitspapiere stammen. – Nach einer Eigendarstellung des Projekts, das im Forschungsschwerpunkt "Reproduktionsrisiken, soziale Bewegungen und Sozialpolitik" der Universität Bremen angesiedelt ist, wird darauf abgezielt,

- "die progressiven [was auch immer das sein mag;] gesundheitspolitischen Richtungen der Weimarer Zeit im Kontext der Gesamtpolitik darzustellen;
- die Auswirkungen der nationalsozialistischen Machtergreifung auf diese gesundheitspolitische Tradition zu ermitteln;
- Fernwirkungen festzustellen, die diese Zerstörungen noch heute in der bundesrepublikanischen Sozialpolitik hinterlassen haben, insbesondere mit Rücksicht auf das kurzfristige Wiederaufflackern ähnlicher Alternativen in der unmittelbaren Nachkriegszeit".

Praktisch bedeutet dies, daß publizierte und/oder private Materialien aus der Zeit teils gesammelt und systematisch eingeleitet als Arbeitspapiere veröffentlicht werden. Hier wären, gleichsam als Auftakt zu den späteren Publikationen, als erstes die aufsehenerregende Studie: Stephan Leibfried und Florian Tennstedt (Hrsg.), "Berufsverbote und Sozialpolitik. Die Auswirkungen der nationalsozialistischen Machtergreifung auf die Krankenkassenverwaltung und die Kassenärzte. Analyse. Materialien zu Angriff und Selbsthilfe. Erinnerungen." (= Arbeitspapiere des Forschungsschwerpunktes, Nr. 2) Bremen 1981, zu nennen, ferner die ebenfalls von Leibfried und Tennstedt herausgegebenen biographischen Materialien zu Dr. med. Eduard Blumberg (= Arbeitsberichte zu verschütteten Alternativen, Nr. 1, Bremen 1979), Fritz Goldschmidts Bericht über seine Arbeit für jüdische Ärzte bei der Vertretung der Interessen jüdischer Ärzte seit 1933 (= Arbeitsberichte . . ., Nr. 2, Bremen 1979) oder die o.a. Materialien von und über den Berliner Kommunalarzt Dr. Georg Loewenstein (= Arbeitsberichte . . ., Nr. 3, Bremen^{2}1980).

Teils werden Materialien, die besondere Einzelthemen ausführlich behandeln, als Einzelbde veröffentlicht, so etwa die Überlegungen des "Council for a Democratic Germany" für den Aufbau eines demokratischen Gesundheitswesens in Deutschland vom Mai 1945 (= Arbeitsberichte . . ., Nr. 12, Bremen 1981), teils werden übergeordnete Fragen abgehandelt, wie etwa das Verhalten der Ärzteschaft in den Vereinigten Staaten gegenüber den aus Deutschland flüchtenden Kollegen: dies der Gegenstand der o.a. Arbeit K.M. Pearles (Arbeitsbericht . . ., Nr. 11, Bremen o.J. [1981]). Schließlich werden besonders interessante und für die aktuelle Diskussion relevante Materialien und Gegenstände andernorts publiziert. Hier wären etwa die von Leibfried und Pearle herausgegebenen Lebenserinnerungen der Ärztin Käte Frankenthal, "Der freifache Fluch: Jüdin, Intellektuelle, Sozialistin. Lebenserinnerungen einer Ärztin in Deutschland und im Exil", Frankfurt/M. 1981; [vgl. IWK, Jg. 18

(1982), H.2, S.263f.] zu erwähnen, die über die Gesundheitspolitik hinaus sowohl für die erfahrene Geschichte von Frauen als auch für das politische Spiel hinter den Kulissen der Weimarer Zeit und der frühen Hitlerzeit außerordentlich interessant sind, oder auf die von Eckhard Hansen u.a. herausgegebene und vom Deutschen Gewerkschaftsbund publizierte Festschrift zur Kaiserlichen Botschaft zur Sozialversicherung "Seit über einem Jahrhundert . . .: Verschüttete Alternativen in der Sozialpolitik", Köln 1981; [vgl. IWK, Jg. 18 (1982), H.3, S.409f.], die sich mit der frühen Vorgeschichte um 1849ff, dem Entstehen und der Vernichtung von Ambulatorien in der Weimarer Zeit, der Nazizeit *und* in der Adenauer-Ära befaßt.

Gegen das im Titel verborgene Ziel dieses Projekts, verschüttete Theorien, Modelle und Argumentationen früherer Zeit durch eine Art von Sozialarchäologie quasi wieder in die aktuelle gesundheitspolitische Diskussion einzuführen, sind einige Zweifel anzumelden. Es ist sicher ahistorisch, eine Seite der Diskussion hervorholen zu wollen, ohne dabei letztlich die materielle Basis und die gesamte Konstellation des Zusammenhanges nicht mit ans Licht zerren zu müssen. Auch bedarf es einer viel weiter gefaßten Diskussion (etwa auf internationaler gesundheitspolitischer Ebene), um Argumente und Modelle, wie beispielsweise die Ambulatorien der Unterweserstädte und Berlin, die aus bestimmten Bedingungen heraus entstanden sind, unter den heute so völlig geänderten sozialen, wirtschaftlichen, politischen und letztlich auch medizinischen Verhältnissen als praktikable gesundheitspolitische Alternativen erscheinen zu lassen. Tatsächlich aber zeigten die Reaktionen auf die o.a. Arbeitsberichte bis weit in die ärztliche Standespresse hinein, daß die Veröffentlichung dieser Materialien, bei aller notwendigen Kritik im einzelnen, sehr wohl als Angriff auf den 'status quo' verstanden wird.

Die "Arbeitsberichte zu verschütteten Alternativen der Gesundheitspolitik" bieten auf diese Weise mit ihren zahlreichen Dokumenten, Photographien, Autobiographien, den biographischen Fußnoten zu jeder genannten Person und den übergreifenden Artikeln einen unschätzbaren Zugang sowohl zu den Begründern einer Sozialen Medizin und Gesundheitspolitik als auch zu ihren Vernichtern von Weimar über das Hitlerreich bis in die Anfänge der Bundesrepublik. Mit dieser breiten inhaltlichen wie zeitlichen Spannbreite dürften die Arbeitsberichte folglich auch für Historiker der Arbeiterbewegung und für Sozialhistoriker von Interesse sein.

Alfons Labisch

FRIEDRICH, Gerhard: **Proletarische Literatur und politische Organisation. Die Literaturpolitik der KPD in der Weimarer Republik und die proletarisch-revolutionäre Literatur** (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 1, Bd.407). – Frankfurt/M. und Bern: Lang 1981. 474 S.

LEFÈVRE, Manfred: **Von der proletarisch-revolutionären zur sozialistisch-realistischen Literatur. Literaturtheorie und Literaturpolitik deutscher kommunistischer Schriftsteller vom Ende der Weimarer Republik bis in die Volksfrontära** (= Stuttgarter Arbeiten zur Germanistik, Nr. 51). – Stuttgart: Heinz 1980. X, 401 S.

In den 70er Jahren wandte sich nicht nur die Literatur, sondern auch die Literaturwissenschaft von der Politik ab und einer Literatur der 'Erfahrung' von Landschaft, Leib und Seele zu. Diese Wende ist in der Erforschung der proletarisch-revolutionären Literatur besonders spektakulär ausgefallen, die zu Beginn der 70er Jahre eine schwindlige Hochkonjunktur hatte und von Philologen heute faktisch nicht mehr betrieben wird. Überdies war das Terrain durch eine Vielzahl von Dokumentationen und Untersuchungen weitgehend erschlossen, die Varianten 'bürgerlicher' und 'sozialistischer' Forschungspositionen sind begrenzt und leicht identifizierbar. "In dieser Situation", schreibt Friedrich, "könnte zweierlei die Neuaufnahme einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der proletarisch-revolutionären Literatur und dem Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller (BPRS) rechtfertigen": entweder eine "historische Gesamtdarstellung des Gegenstandes" oder die "Einführung einer Fragestellung, eines Forschungsgesichtspunktes, der scheinbar Bekanntes auf neue Weise zum Problem werden läßt" (S.9).

Lefèvres Arbeit "Von der proletarisch-revolutionären zur sozialistisch-realistischen Literatur" umfaßt eher die Darstellung des Bekannten. Ihr Ziel ist es, die "Kontinuität der sozialistischen Literaturentwicklung" (S.1) von der BPRS-Gründung bis zur literarischen Volksfront nachzuweisen. Der Verf. macht kein Hehl daraus, daß er sich dieser Aufgabe als Marxist unterzieht, er zeigt keine Neigung, sich auf grundsätzliche Forschungskontroversen einzulassen, und er bezieht sich für seine Darstellung ausschließlich auf gedruckte Quellen und Forschungsliteratur, die in deutscher Sprache vor 1975 erschienen sind. Der letztere Umstand läßt insbesondere den Wert seiner langen Referate über die sowjetische Literaturpolitik (S.83-101 und S.243-283) in einem recht zweifelhaften Licht erscheinen.[1]
Über den BPRS, den er unter dem Aspekt der Bündnispolitik und der 'literaturtheoretischen Konzeption' mit einer starken Fixierung auf den Charkower Kongreß (November 1930) und dessen Folgen untersucht, erfährt man aus Lefèvres Arbeit nichts, was zuvor nicht schon in einer Reihe von Publikationen aus der DDR und der Bundesrepublik zu lesen gewesen wäre; seine Ausführungen zu den "neuen Bedingungen der proletarisch-revolutionären Literatur" in Deutschland und im Exil nach 1933 beruhen, wie Verf. selbst angibt, auf gedruckten Untersuchungen zum Exil und der Auswertung von Autobiographien. Der letzte große Hauptabschnitt, "Die Entwicklung der kommunistischen Literaturkonzeption zwischen 1933-1935" behandelt neben den bekannten Kontroversen innerhalb der Exilpresse über die Bündnispolitik mit antifaschistischen bürgerlichen Schriftstellern in äußerst breiten Textparaphrasen und Zitaten vor allem die Referate auf dem Ersten Allunionskongreß der Sowjetschriftsteller in Moskau, die gedruckt vorliegen.[2] Dieser Kongreß bewirkte, so L., nicht nur eine Klärung der literaturtheoretischen Positionen im Sinne des 'sozialistischen Realismus', sondern auch eine Klärung der Bündnispolitik im Sinne der Volksfrontstrategie des VII. Weltkongresses der Komintern. – Daß bei entsprechender Auswahl und Bewertung der Fakten eine Kontinuität von der proletarisch-revolutionären zur sozialistisch-realistischen Literatur hergestellt werden kann, stand schon vor Lefèvres Arbeit außer Zweifel, die eher als darstellerische denn als Forschungsleistung von Interesse ist.
Im Gegensatz zu Lefèvre befindet sich Friedrich mit seiner Untersuchung, die auf den Zeitraum der Weimarer Republik begrenzt ist, auf einem aktuellen Forschungsstand; er berücksichtigt einige bislang nicht bekannte Dokumente und druckt eine Reihe schwer zugänglicher in einem Anhang (S.345-442) ab. Der neue "Gesichtspunkt", unter dem er seine Arbeit konzipiert, lautet: "Proletarisch-revolutionäre Literatur als kulturgeschichtliches Phänomen" (S.9). Unter diesem Gesichtspunkt hat die proletarisch-revolutionäre Literatur eine "Doppelqualität": sie ist zugleich "Ausdrucksform und Medium des Strebens der unmittelbaren Produzenten nach kultureller Emanzipation und Kompetenz" und damit "Selbstzweck" als auch Instrument der "revolutionären Bestrebungen der KPD" (S.9). Diese 'kulturgeschichtliche' Betrachtung der proletarisch-revolutionären Literatur hat entscheidende Konsequenzen für deren Historiographie. Friedrich verwirft alle Versionen einer teleologischen Geschichtsschreibung der 'sozialistischen Literatur' vom 'linken Expressionismus' bis zum 'sozialistischen Realismus' (S.10, vergl. S.37); er rekonstruiert die Geschichte der proletarisch-revolutionären Literatur als Geschichte eines Konflikts zwischen 'schreibenden Arbeitern' und intellektuellen Schriftstellern innerhalb der KPD. Es ist das Verdienst der Arbeit Friedrichs, diese Konzeption für eine 'ideologiekritische' (S.11) und dabei unpolemische, stets am empirischen Material argumentierende Geschichtsschreibung der proletarisch-revolutionären Literatur fruchtbar gemacht und damit ideologisch verkrustete Forschungspositionen aufgebrochen zu haben.
Die Konturen dieser Geschichtsschreibung können hier nur sehr grob umrissen werden. Während die weitgehend an der Literaturtheorie Franz Mehrings orientierte Literaturpolitik der KPD bis etwa 1925 Theater und Literatur allenfalls als "politische Mittel", jedoch nicht als "Momente einer proletarischen Kultur" (S.58) gelten ließ, schafften der 9. Parteitag der KPD und die 1. Konferenz der Arbeiterkorrespondenten (1924) erstmals zumindest die Voraussetzungen dafür, daß die "konkrete Klasse" als "Subjekt und Adressat" (S.68) kulturpolitischer Bemühungen der KPD ernstgenommen werden konnte. Die Zeit bis zur Gründung des BPRS (1928) sieht Friedrich gekennzeichnet durch ein uneinheitliches Bild der KPD-Kulturpolitik: Zum einen wird die Arbeiterkorrespondentenbewegung weiter gefördert, zum anderen die 'geistesrevolutionäre' "Gruppe 1925", der Intellektuelle wie Döblin, Brecht, Tucholsky und Becher angehörten.[3] Die Spannungen zwischen den 'schreibenden Arbeitern' und den intel-

lektuellen Schriftstellern in der KPD verfolgt Verf. bis in die Details der terminologischen Bezeichnung "proletarisch-revolutionär" für den BPRS, die die Gleichwertigkeit der Intellektuellenliteratur mit der der 'schreibenden Arbeiter' ebenso kodifiziert wie die Gleichwertigkeit der Literatur aus dem authentischen proletarischen Erfahrungsbereich mit der Intellektuellenliteratur über diesen Wirklichkeitsausschnitt.
Die Geschichte des BPRS rekonstruiert Friedrich als die einer Auseinandersetzung zwischen einer Gruppe, die "Literatur als Selbstausdruck der tatsächlichen empirischen Klasse" (S.149) propagierte und schrieb (u.a. Steffen, Kläber, Grünberg, Turek) und einer Gruppe, die einer Literatur des "politisch synthetisierten Proletariats" (S.149) den Vorrang gab (u.a. Winternitz, Gabor, Biha). Als Beispiel für ein derart 'politisch synthetisiertes Proletariat' interpretiert Friedrich überzeugend Bredels Roman "Maschinenfabrik N & K", der Lukács' Polemik auslöste, die sich gegen die Literatur der schreibenden Proletarier insgesamt richtet (vgl. S.228). Lukács sieht Friedrich denn auch – etwas überpointiert – als d e n "konzeptiven Ideologen des BPRS" (S.231), der die theoretisch festgehaltene Koexistenz der Literatur von 'schreibenden Arbeitern' und Intellektuellen im BPRS aufkündigt und mit den formalistischen Anforderungen an das 'große proletarische Kunstwerk' nicht nur der Literatur der 'schreibenden Arbeiter' den Garaus macht, sondern auch die "Entfaltung einer proletarischen Massenliteratur" (S.243) behindert. Mit dieser Verwandlung der stets auf die – wie immer illusionär beurteilte – politische Praxis bezogenen Diskussionen im BPRS in eine sterile 'Literaturdebatte' sieht Friedrich die Geschichte der proletarisch-revolutionären Phase kommunistischer Literaturpolitik bereits 1932, also noch vor der Machtübernahme des Nationalsozialismus, als abgeschlossen an. Die kommunistische Literaturpolitik im Exil steht zu dieser ersten Phase in einem Verhältnis von überwiegender Diskontinuität: Sie ist weder auf eine Literatur der 'schreibenden Arbeiter' noch auf eine unmittelbare politische Praxis bezogen: "Die 'Verteidigung der Kultur' wurde zur zunächst einzig möglichen Praxis – der Praxis der Ideologie" (S.261)
Gegen Friedrichs Forschungsansatz wird man weniger einwenden, daß er ihn nicht in einem größeren Forschungskontext begründet[4] als daß er ihn theoretisch nicht hinlänglich klärt. Der 'authentische Selbstausdruck' des Proletariats läßt sich nicht umstandslos gegen die zeitgenössischen literarischen und politischen Überformungen dieses Ausdrucks ausspielen. Eine derartige 'Authentizität sans phrase' gibt es nicht. Hinter ihrem Postulat stehen entweder verschwiegene kunsttheoretische oder politische Normen[5] – oder, viel simpler, eine Untersuchungshypothese, die eine Interessendivergenz zwischen schreibenden Arbeitern und Intellektuellen in der Partei unterstellt und am empirischen Material überprüft. Letzteres ist Friedrich auf eindrucksvolle Weise gelungen.

Hans-Harald Müller

1 Eine etwas ausführlichere Bibliographie findet sich bei David Pike, Deutsche Schriftsteller im sowjetischen Exil 1933-1945, Frankfurt/M. 1981.
2 Hans Jürgen Schmitt und Godehard Schramm (Hrsg.), Sozialistische Realismuskonzeptionen. Dokumente zum 1. Allunionskongreß der Sowjetschriftsteller (= edition suhrkamp 701), Frankfurt/M. 1974.
3 Vgl. hierzu die vom Verf. nicht berücksichtigte Untersuchung von Klaus Petersen, Die "Gruppe 1925". Geschichte und Soziologie einer Schriftstellervereinigung (= Reihe Siegen. Beiträge zur Literatur- und Sprachwissenschaft, Bd. 34), Heidelberg 1981.
4 Vgl. dazu den instruktiven Forschungsbericht von Dieter Langewiesche, Politik – Gesellschaft – Kultur. Zur Problematik von Arbeiterkultur und kulturellen Arbeiterorganisationen in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg, in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 22 (1982) S.359-402.
5 Vgl. dazu etwa S.10: "Kultur, Kunst auf der einen und Politik auf der anderen Seite gelten uns ihrem jeweiligen Wesen nach als inkommensurabel."

STRIESOW, Jan: **Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918-1922.** 2 Bde. – Frankfurt/M: Haag + Herchen Verlag 1981. 775 S.

STUPPERICH, Amrei: **Volksgemeinschaft oder Arbeitersolidarität. Studien zur Arbeitnehmerpolitik in der Deutschnationalen Volkspartei 1918-1933** (= Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft, Bd.51). – Göttingen und Zürich: Musterschmidt Verlag 1982. 280 S.

HOLZBACH, Heidrun: **Das "System Hugenberg". Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP** (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 18). – Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1981. 351 S.

Als Sammlungspartei der antirepublikanischen Rechten, die sich nach dem Sturz der Hohenzollernmonarchie im November 1918 mit der staatlichen Neuordnung Deutschlands nicht abfinden wollte und schließlich am Untergang der Weimarer Demokratie durch ihre Bündnispolitik mit dem Nationalsozialismus entscheidende Mitverantwortung trug, hat die Deutschnationale Volkspartei seit den fünfziger Jahren das verstärkte Interesse der Forschung auf sich gezogen. Inzwischen gibt es bereits zahlreiche Darstellungen, die den gesamten Zeitraum der deutschnationalen Parteigeschichte zwischen 1918 und 1933 chronologisch abdecken und unter programm- und politikgeschichtlichen Aspekten ausleuchten. Trotz dieser – im Vergleich zu anderen Parteien – günstigen Forschungssituation kann das Erscheinungsbild der DNVP noch schärfer konturiert werden, wenn man einzelne Gruppen und Persönlichkeiten der Partei in den Mittelpunkt von Monographien rückt, wie die Arbeiten von Striesow, Stupperich und Holzbach demonstrieren.

Die Hamburger Dissertation von Striesow (bei Prof. Jochmann) befaßt sich mit der Geschichte der DNVP in der krisenhaften Anfangsphase der Weimarer Republik. Das Hauptaugenmerk des Verf. gilt dem völkischen Flügel der Partei und dessen Versuchen, die Deutschnationalen auf einen ausgeprägt antisemitischen Kurs festzulegen und zum Sammelbecken des rassistischen Radikalismus zu machen. Minutiös werden die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die "Judenfrage" nachgezeichnet, die mehrere Jahre hindurch den zentralen Streitpunkt in der DNVP bildete, an dem sich die Fronten zwischen einer gemäßigt eingestellten Führungsgruppe um Hergt und Graf Westarp und ihren antisemitischen Gegenspielern um Wulle und Graefe schieden. Diesen Machtkampf interpretiert Striesow als Grundsatzkonflikt über den politischen Gesamtkurs der Partei, in dem der völkische Extremismus die Wandlung der DNVP zu einer konservativen Partei nach angelsächsischem Muster zu blockieren versuchte. Der Antisemitismus war demnach das Ferment, das die Verhärtung der DNVP zu einer strikt systemfeindlichen Oppositionspartei in der Weimarer Republik beschleunigen sollte. Trotz erheblicher Zugeständnisse an rassistische Postulate, die im Parteiprogramm von 1920 ihren Niederschlag fanden, ließen sich allerdings die deutschnationalen Honoratioren nicht bedingungslos in eine völkisch-konservative Allianz einbinden, endeten die innerparteilichen Flügelkämpfe schließlich im Dezember 1922 mit der Abspaltung der Deutschvölkischen Freiheitspartei von der DNVP. Striesow bewertet diese Separation des Rechtsradikalismus von den Deutschnationalen nicht als einen endgültigen Bruch, sondern betont, daß die Position der alldeutschen Antisemiten in der DNVP "durch die Austritte vom Dezember 1922 nicht geschwächt, sondern gefestigt" (S.418) wurde. Dieser These wird man jedoch nur dann voll zustimmen können, wenn man in dem Prozeß der deutschnationalen Annäherung an die Weimarer Republik, der sich seit Sommer 1924 anbahnte, ein Experiment ohne Zukunft sieht. Richtig ist sicherlich, daß die in der DNVP versammelte konservative Oberschicht den Antisemitismus für ihre parteipolitische Agitation instrumentalisierte und als Mobilisierungsfaktor benutzte. Ob ihre prinzipelle Bejahung des Antisemitismus dem Rechtsradikalismus erst den "Weg zur politischen Massenwirksamkeit" (S.448) eröffnete, ist allerdings fraglich. Man sollte die Eigendynamik des Nationalsozialismus nicht zu niedrig ansetzen. Insgesamt bietet Striesow eine faktenreiche und detaillierte Beschreibung seines Themas, wobei die Stärken der Arbeit in der Präsentation des gesammelten Materials liegen; zu kurz kommt die analytische Durchdringung der angehäuften Stoffmassen, die weitgehend dem Leser überlassen bleibt.

Die Vorstellung, daß es sich bei der DNVP von Anfang an um eine bürgerlich-bäuerliche Sammlungspartei gehandelt habe, die sich nur mit dem Etikett "Volkspartei" schmückte, überprüft die Göttinger Dissertation von Stupperich (bei Prof. von Thadden) aus organisationsgeschichtlicher Perspektive. Im Zentrum der Untersuchung steht der deutschnationale

Arbeiteranhang, der vor allem in den Jahren bis 1924 maßgeblich dazu beitrug, daß sich die DNVP zu einer Massenpartei entwickelte. So schätzt Stupperich den Anteil von Arbeitern an der Gesamtmitgliedschaft der DNVP auf circa 100 000 zahlende Mitglieder und betont, daß 1924 etwa 2,4 Millionen Arbeiterwähler deutschnational votierten (S.34ff). Dieses erhebliche Mitglieder- und Wählerpotential, das bislang von der Forschung zu wenig beachtet wurde, rechtfertigt eine intensivere Beschäftigung mit der Rolle von Arbeitern in einer Partei, die in ihrer praktischen Politik als Vertreterin industrieller und agrarischer Interessen auftrat.

Stupperich befaßt sich zunächst knapp mit dem sozialen und regionalen Rekrutierungsfeld, dem die deutschnationalen Arbeiter entstammten. Hochburgen waren neben dem landwirtschaftlich geprägten Osten auch das rheinisch-westfälische Industriegebiet und das Siegerland, Mitteldeutschland und Mittelschlesien sowie Sachsen und Berlin, während im katholischen Süden nur wenige verstreute Stützpunkte der deutschnationalen Arbeiterorganisationen bestanden. Konservatives Wahlverhalten wurde in kleinbetrieblichen und handwerklich geprägten Strukturen begünstigt, in denen patriarchalische Arbeitsverhältnisse dominierten und starke religiöse Bindungen an den Protestantismus die Ausbildung von klassengemäßem Denken verhinderten. Die DNVP-Arbeiter wohnten in Kleinstädten oder Landgemeinden, wo Kirchentreue, Unternehmereinfluß und bürgerliche Eigentumsorientierung sich wechselseitig verstärkten. Organisatorisch wurden sie von den christlichen Gewerkschaften, den evangelischen Arbeitervereinen und den wirtschaftsfriedlichen Verbänden erfaßt, die im Rahmen der DNVP allerdings einander widersprechende Zielvorstellungen verfochten.

Das Hauptgewicht der Untersuchung Stupperichs liegt auf der Darstellung der innerparteilichen Auseinandersetzung dieser verschiedenen Verbandsrichtungen, in deren Verlauf die gewerkschaftlich organisierten Gruppen mehr und mehr an Gewicht verloren. In ihrem Kampf um Gleichberechtigung in der DNVP gerieten die Anhänger der christlichen Gewerkschaftsbewegung schließlich zusammen mit den Vertretern der evangelischen Arbeitervereine in eine hoffnungslose Minderheitsposition. Gleichzeitig wuchs der Einfluß der sich als antigewerkschaftliche Stoßtrupps verstehenden wirtschaftsfriedlichen Organisationen, die seit dem Ende der 20er Jahre von der alldeutschen Führungsmannschaft um Hugenberg besonders protegiert wurden. Diese sich unter dem Motto "Wir wollen Arbeiterstimmen, aber keinen Arbeitereinfluß" (S.171) formierenden sozialreaktionären Scharfmacher arbeiteten systematisch auf einen Bruch mit dem deutschnationalen Gewerkschaftsflügel hin, dessen Abspaltung 1929/30 dann erzwungen wurde. In der Hugenberg-Ära bot die DNVP nur noch einer Minderheit von Arbeitern eine politische Heimat; die meisten ihrer damaligen Wähler aus der Arbeiterschaft verlor sie an das von den Volkskonservativen bis zu den Nationalsozialisten reichende Parteienspektrum.

Stupperichs Untersuchung ist ein wichtiger Beitrag zur Ideologiegeschichte der deutschnationalen Arbeiterschaft. Die Studie analysiert eingehend, welche sozialkonservativen Denkmuster im deutschnationalen Arbeiterlager vorherrschten, welche Querverbindungen zwischen den einzelnen organisierten Gruppen bestanden und welche Bruchlinien dieses Lager durchzogen. Damit ist für die DNVP eine parteigeschichtliche Forschungslücke geschlossen worden und gleichzeitig der Blick auf diejenigen Teile der deutschen Arbeiterschaft gelenkt, die von der traditionellen Arbeiterbewegungshistoriographie meistens ausgeklammert werden. Die vielen Informationen über die Vorstellungswelt der in der DNVP miteinander rivalisierenden Arbeitergruppen und über ihre kirchlich-konservativen Bündnispartner, die Stupperich bietet, schaffen eine gute Grundlage für die weitere Detailforschung. Vor allem sollte nun aus sozialgeschichtlicher Sicht der Frage nachgegangen werden, warum sich bestimmte Arbeiterschichten Organisationen und Parteien anschlossen, die höchstens deklamatorisch für die gesellschaftliche Gleichberechtigung von Arbeitern eintraten. Die dazu erforderlichen betriebs- und lokalbezogenen Fallstudien können an den Ergebnissen von Stupperich anknüpfen.

Die Ausschaltung des christlich-sozialen Arbeiterflügels in der DNVP nach der Wahl Hugenbergs zum Parteivorsitzenden im Herbst 1928 macht einmal mehr deutlich, welche einschneidende Bedeutung dieser Führungswechsel auch innerparteilich hatte. Die Dissertation von Holzbach (bei Prof. Broszat) untersucht den Aufstieg Hugenbergs in der DNVP, die Techniken seiner politischen Einflußnahme und seine Zielsetzungen im Jahrzehnt zwischen 1918 und 1928. Die Untersuchung konzentriert sich damit auf eine Zeitspanne in der Biographie

Hugenbergs, die bislang von der Forschung nur kursorisch behandelt wurde, obwohl gerade in dieser Phase Hugenberg seinen Machtapparat aufbaute und zum "Herrn über Presse und Film" wurde.
Nach einem einleitenden Kapitel, das den Karriereweg Hugenbergs als preußischer Beamter und Krupp-Direktor im wilhelminischen Deutschland nachzeichnet, analysiert Holzbach im ersten Hauptteil ihrer Arbeit das Netzwerk von persönlichen Beziehungen und publizistischen Verbindungen, mit dem Hugenberg seine Position als Pressezar und Parteiführer absicherte. Hugenberg verstand es, durch ein "System von Freundschaft und finanzieller Abhängigkeit" (S.135) die wichtigsten Spitzenfunktionäre der DNVP – vom Gewerkschaftsflügel über die industriellen und landwirtschaftlichen Interessenvertreter bis hin zu den völkischen Radikalen – sich zu verpflichten. Seine Sammlungspolitik mit Stoßrichtung gegen die Weimarer Demokratie forcierte Hugenberg dann in der Stabilisierungsphase der Republik bis 1928, in der er seinen Griff nach der Parteiherrschaft planmäßig vorbereitete. Mit diesem Zeitabschnitt befaßt sich der zweite Teil der Untersuchung, die mit einem systematischen Überblick über die Struktur des Hugenberg-Konzerns (S.259-313) abschließt.
Holzbachs Untersuchung ist eine politische Teilbiographie über Hugenberg, die prägnant herausarbeitet, wie wenig sich das politische Weltbild dieses wilhelminischen Beamten und Konzernchefs nach der Revolution von 1918/19 wandelte: Der "frühe Hugenberg", der noch im Ersten Weltkrieg die Fundamente seines publizistischen Imperiums legte, und der "späte Hugenberg", der zum Steigbügelhalter Hitlers wurde, verfochten die gleichen sozialreaktionären Zielvorstellungen, deren Leitmotive "die Erhaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und die außenpolitische Stärke des Reiches" (S.257) waren. Holzbachs Studie befaßt sich nicht nur mit der Schlüsselrolle, die Hugenberg als Finanzier und Förderer der restaurativen Rechten in der Weimarer Republik spielte, sie ist zugleich ein Beitrag zur Kontinuität des antidemokratischen und imperialistischen Denkens zwischen Kaiserreich und nationalsozialistischer Diktatur.

Klaus Schönhoven

ZUMPE, Lotte: **Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945** (= Wirtschaft und Staat in Deutschland. Eine Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945, Bd. 3). – Vaduz/Liechtenstein: Topos Verlag 1980. VII, 552 S.

Mit dieser Studie legt das Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR den letzten Bd. seiner dreibändigen Wirtschaftsgeschichte Deutschlands vor. Diese handbuchartige Darstellung der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft in der Zeit des Nationalsozialismus enthält in 16 umfangreichen Kapiteln eine Auseinandersetzung mit dem bisherigen Forschungsstand, wobei sowohl die bundesrepublikanische Forschung als auch die ältere DDR-Forschung kritisch analysiert werden. Umfangreiche Tabellen (97 im Text, 30 im Anhang), Verzeichnisse der Mitglieder der Reichsgruppe Industrie, der Leiter der Wirtschaftsgruppen sowie ihre Funktionsbeschreibungen und ein vorzügliches Personen- und Sachregister bieten eine Fülle von Informationen und runden eine gelungene Aufarbeitung der Entwicklung der Jahre 1933 bis 1945 ab. Ärgerlich ist allerdings, daß dieser sorgfältig gearbeitete Bd. keine Bibliographie enthält und der interessierte Leser vollständige bibliographische Angaben mühsam aus den Erstzitaten der Fußnoten erschließen muß.
Der Bd. ist in zwei große Teile gegliedert: 1) die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands bis 1939 und 2) die Entwicklung während des 2. Weltkrieges. Ausgehend von der These, daß der Faschismus "die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals" sei, untersucht Zumpe im ersten Abschnitt der Studie die Arbeitsbeschaffungspolitik, die Entwicklung des Reichsnährstandes, die Organisation der gewerblichen Wirtschaft, die Wirtschaftslenkung unter dem Vierjahresplan und die finanzwirtschaftliche Regulierung des Kreditmarktes. Ihre ursprüngliche These wird jedoch im Verlauf der Untersuchung stark abgeschwächt. Sie verkennt durchaus nicht die Bedeutung politischer Faktoren für die Durchsetzung des Nationalsozialismus und hebt besonders die Bedeutung breiter Schichten des Klein- und Mittelbürgertums für den parlamentarischen Durchbruch der NSDAP hervor (S.5). Ähnlich differenziert

ist auch ihre Analyse des Vierjahresplanes. So läßt sie die in der DDR-Forschung viel diskutierte Frage, ob die Durchführung des Planes und die Gründung der Reichswerke als Niederlage der Monopolgruppe Kohle/Eisen/Stahl und Sieg der Gruppe Chemie/Elektro anzusehen sei, bewußt offen. Sie vertritt die Meinung, daß weder das eine noch das andere "begründet nachgewiesen" werden kann (S.209). Sie kritisiert die Analysen ihrer DDR-Kollegen Gossweiler, Kuczynski und Eichholtz, die die Weiterführung der Wirtschaftspolitik nach 1936 vornehmlich auf Positionskämpfe zwischen Monopolgruppen zurückführen und komplizierte Gesamtzusammenhänge vernachlässigen. Von besonderem Interesse ist auch ihre Darstellung des Übergangs von der Rüstungswirtschaft bis 1939 zur Kriegswirtschaft. Ähnlich wie Petzina sieht sie das Jahr 1942 und den Beginn der Ära Speer als Übergang von der bisherigen Kriegswirtschaft zur zentralgelenkten Planungswirtschaft im totalen Krieg. Bis zu diesem Zeitpunkt bestanden zentral gelenkte Verwaltungsapparate, deren Aufgabe es war, die Produktion auf den Kriegsbedarf einzustellen. Anhand der Auseinandersetzungen zwischen dem Generalbevollmächtigten der Wirtschaft (Funk), dem Wirtschaftsamt beim OKW (Generalmajor Thomas) und der Vierjahresplaninstitution (Göring) verdeutlicht sie den Konkurrenzkampf um die "Spitzenposition in der Wirtschaftslenkung" (S.319).
Insgesamt zeigt Zumpe die enge Verflechtung ökonomischer und politischer Macht, die hier als Kooperation von "Monopolkapital und Staat" dargestellt wird. Dies wird besonders deutlich beim skrupellosen Einsatz ausländischer Arbeitskräfte während des Krieges. Bemerkenswert ist, daß hier eine Studie vorgelegt wird, die von monokausalen Erklärungen Abstand hält und – mögen auch einige ihrer Thesen umstritten sein – mit Erfolg versucht, die wirtschaftliche Entwicklung der Jahre 1933 bis 1945 in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen einzuordnen. Mit dieser Studie sind unsere Kenntnisse über die staatliche Wirtschaftspolitik z.Zt. des Nationalsozialismus wesentlich erweitert worden.

Hermann-Josef Rupieper

MANN, Reinhard (Hrsg.): **Die Nationalsozialisten. Analyse faschistischer Bewegungen** (= Historisch-sozialwissenschaftliche Forschungen, Bd. 9). – Stuttgart: Klett-Cotta 1980. 224 S.

Wie sich wieder auf dem letzten Historikertag in Münster herausstellte, versteht es das Zentrum für Historische Sozialforschung, Diskussionen belebende Impulse zu geben. R. Mann, einer der Mitarbeiter, hat in dem vorliegenden Sammelbd. Berichte von quantifizierend vergleichenden Forschungsprojekten aufgenommen, weil er hinter dem jahrelangen Räsonnieren über Faschismustheorien die empirische Kärrnerarbeit zu kurz gekommen sieht. Bis auf eine Ausnahme waren die Arbeiten 1980 nicht abgeschlossen. In der Tat widmen sich einige Vorhaben schmerzlichen Forschungslücken. Manche zeigen gleichzeitig, daß in quantifizierenden Arbeiten ein vernünftiges Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag leicht aus dem Blick gerät.
In den meisten Projekten wird versucht, unter Berücksichtigung der Berufsvariablen der Frage nachzugehen, wer in den 20er und 30er Jahren Mitglied in einer faschistischen Organisation wurde. Überwiegend wird die Ansicht, das soziale Substrat des Nationalsozialismus seien die Angestellten gewesen, modifiziert. Vielmehr werden Evidenzen dafür zusammengetragen, daß die Selbständigen, insbesondere die Landwirte, die öffentlich Bediensteten, insbesondere die Beamten, und allenfalls spezifische Teilgruppen von Angestellten und Arbeitern nationalsozialistische Potentiale darstellten. Die Regressionsrechnungen von Th. Childers, der sich als einziger mit dem Wählerverhalten beschäftigt, deuten darüber hinaus auf die protestantische Konfessionszugehörigkeit als maßgeblichen Faktor. Die 1983 erscheinenden Ergebnisse einer ökologischen Regressionsanalyse der Reichstagswahlen, die unter der Leitung von J. Falter durchgeführt wurde, untermauern diese Hinweise jetzt. Die Beiträge von G. Botz (für Österreich), M. Djursaa (für Dänemark), S. Larsen (für Norwegen) und M. Kater thematisieren außerdem – mit z.T. gegensätzlichen Schlußfolgerungen – die Fluktuation der Mitglieder.
Konkrete Ergebnisse stehen indes nicht so sehr im Vordergrund wie methodische Probleme der Quellenlage und -kritik, die Abstimmung zwischen Fragestellung und Methode und die Beschränkungen, die eine einmal gewählte Methode auferlegt. M. Jamin (soziale Herkunft von 2.000 SA-Führern), Kater (soziale Merkmale von 18.255 Neu-Parteigenossen) und Botz,

der mit Hilfe von Stichprobenziehungen regionale Verteilung, zeitliche Fluktuation und soziale Gliederung der Mitgliedschaft der österreichischen NSDAP schätzt, diskutieren die Karteien des Berliner Document Center, die sie benutzt haben. Ebenso wie J. Genuneit (8.059 Mitglieder der deutschen NSDAP 1919-1923) gehen sie praxisnah auf Probleme der Klassifizierung und Codierung von Berufsangaben ein. Wenn Genuneit und Kater unterschiedliche Varianten für die Bildung der Gruppe "Arbeiter" mit dem Resultat weit differierender Mitgliedsanteile durchspielen, besteht ihre Absicht nicht darin, wohlfeiles Mißtrauen gegenüber der Statistik zu schüren. Vielmehr wird der Leser auf legitime Interpretationsspielräume hingewiesen, deren unaufhebbare Bandbreite eben Geschichte ausmacht. Djursaa, die die soziale Zusammensetzung der größten nationalsozialistischen Partei Dänemarks aufhellen will, und Jamin, die die soziale Mobilität der untersuchten SA-Führer hervorhebt, schildern in wohltuend unprätentiöser Weise Fußangeln und eigene Fehler, aus denen sich nun lernen läßt. Quantifizierer erliegen oft der Illusion, durch ihre "harten" Daten Ungewißheit vertreiben zu können. Teils reflektiert, teils unfreiwillig illustrieren einige Beiträge, daß die Statistik von sich aus nichts erklärt. (Sie kann wohl Erklärungsbedürftiges ans Licht bringen.) Kater ermittelt z.B. auffällige Schwankungen in der sozialen Zusammensetzung des Mitgliederstroms und stellt fest, daß diese regelmäßig dem politisch Beabsichtigten nicht entsprach. In seinen Versuchen der historischen Begründung argumentiert er denn auch nicht statistisch sondern eher tastend. Dagegen gelingt Larsen, der den Prozeß der Mitgliederrekrutierung des Nasjonal Samling in Norwegen vorweg als einen Diffusionsprozeß, in dessen Verlauf Information durch soziale Kanäle hindurchwächst, definiert, trotz allen Aufwands keine Antwort auf seine Fragestellung. Historische Theorie kann nämlich nicht darin bestehen, für einen empirischen Kurvenverlauf des Mitgliederwachstums die Funktionsgleichung mit dem besten Fit zu suchen. Wer sich über die soziale Charakteristik norwegischer Faschisten informieren will, sollte Larsens Beitrag zu dem Sammelband "Who were the Fascists?" (1980) zur Hand nehmen. Auch bei Merkls Sekundäranalyse von 581 Lebensläufen "alter Kämpfer", die er in 79 Variablen auflöst, fragt man sich am Ende, ob eine Faktorenanalyse, die militante politische Aktivität, sozioökonomischen Status und völkische Ideologie als gemeinsame Grundlinien ergibt, die Mühe gelohnt hat. – Ein Buch gemischten Inhalts also, das eine Menge einzelner Hinweise auf den Sozialtypus der Nationalsozialisten enthält – es sollte niemandem empfohlen werden, der auf Fertigprodukte festgelegt ist.

Armin Triebel

Einheitsgewerkschaft. Quellen – Grundlagen – Probleme. Mit umfangreichem Dokumententeil und Fotos. Zusammengestellt von Gerhard PRÄTORIUS. – Frankfurt/M.: Nachrichten-Verlags-Gesellschaft 1982. 285 S.

BETTIEN, Arnold: **Arbeitskampf im Kalten Krieg. Hessische Metallarbeiter gegen Lohndiktat und Restauration** (= Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Bd. 31). – Marburg: Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft 1983. III, 370 S.

THUM, Horst: **Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften.** – Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt 1983. 162 S.

Die drei Bücher haben den Anspruch gemeinsam, Korrekturen an der Rezeption der Gewerkschaftsgeschichte bzw. -politik nach 1945 anzubringen. Die Quellensammlung von Prätorius, die das Thema Einheitsgewerkschaft von der Zeit des Widerstandes und Exils nach 1933 bis zur jüngsten Auseinandersetzung um die Traditionslinien des DGB – der Schwerpunkt liegt auf der Konstitutionsphase nach 1945 – dokumentiert, will "manche verzerrten Darstellungen" über den "Anteil der Kommunisten an der Herausbildung der Einheitsgewerkschaft" (S.6) berichtigen, während die Fallstudie von Bettien über den hessischen Metallarbeiterstreik 1951 die Handlungsbedingungen und -chancen für eine "klassenkämpferische gewerkschaftliche Strategie" aufzuzeigen versucht (S.26). Die Dissertation von Thum rekonstruiert den politischen Entscheidungsprozeß, der zur gesetzlichen Absicherung der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie führte. Ziel dieser Arbeit ist es, die vorherrschende Auffassung zu überprüfen, die den Erfolg der Gewerkschaften in dieser Frage auf ihre Kampfbereitschaft zurückführt.

Die Dokumentation ist aus einer Tagung des IMSF im Februar 1982 zum Thema "Einheitsgewerkschaften: historische Quellen, politische Grundlagen, aktuelle Probleme" hervorgegangen. Sie besteht aus drei Teilen: Der erste Teil umfaßt die Tagungsreferate von F. Deppe, J. Schleifstein und L. Müller/K. Pickshaus. Die Ausführungen zu den historischen Grundlagen der Einheitsgewerkschaft (Schleifstein) und zu ihrer Entwicklung nach 1945 resümieren und pointieren bekannte Positionen. Z.T. wird der neueste Forschungsstand unbeachtet gelassen (vgl. S.10, die Ausführungen zum Verhältnis Parteien und Gewerkschaften im 19. Jahrhundert) oder verkürzt wiedergegeben (vgl. S.13, die monokausale Erklärung der RGO-Politik als Reaktion auf die Politik des ADGB). Z.T. geht Polemik in Diffamierung über (vgl. S.14 und S.25). Der Beitrag von L. Müller/K. Pickshaus bringt die eigenwillige Erläuterung der Politik einer Einheitsgewerkschaft aus der Sicht der DKP. Der zweite Teil, das Protokoll eines "Rundtischgesprächs" mit Gewerkschaftern der Aufbauphase, liest sich passagenweise so, als seien die alten Gewerkschafter nur als Wortgeber für Statements von Fülbert, Pickshaus und Müller auf das Podium geladen worden. Die Quellensammlung – der dritte Teil – präsentiert die Exponate einer Ausstellung zum Tagungsthema. Ihre Auswahl erhebt "in keiner Weise den Anspruch auf Vollständigkeit", sondern folgt dem "Gesichtspunkt [. . .] der Relevanz für die aktuelle Diskussion" (S.6). Der in der Einleitung zum Dokumententeil erhobene Anspruch, "die wichtigsten Stationen im Herausbildungsprozeß der Gewerkschaften nach 1945 zu rekonstruieren" und dabei "exemplarisch" zu sein (S.79), ist dann auch der Zielsetzung geopfert worden, in die Debatte um die historischen Wurzeln der Einheitsgewerkschaft und um den Einfluß der DKP in den DGB-Gewerkschaften einzugreifen.

Die einseitige Auswahl der Dokumente führt dazu, daß nicht die Grundlage zur Korrektur, Problematisierung, Gewichtung und Bewertung kommunistischer Gewerkschaftstätigkeit geliefert wird, sondern ein an Einseitigkeit kaum zu überbietendes Gegenbild. Einseitigkeit kennzeichnet gleichfalls die Erläuterung zu den nach chronologischen und thematischen Gesichtspunkten gegliederten Kapiteln dieser Dokumentation sowie die thematische Zusammenstellung der jeweiligen Dokumente. Hier wird durch Auslassungen ein z.T. völlig entstelltes Bild gezeichnet (vgl. z.B. S.105ff; oder die Zusammenstellung der Dokumente zum Thema Marshall-Plan, S.215ff). Obwohl eine Anzahl unveröffentlichter Dokumente zusammengestellt worden ist, lassen sich diese wissenschaftlich kaum nutzen, da der Herausgeber auf Archivangaben und sachverständige Annotationen verzichtet hat.

Bettien unternimmt mit seiner Arbeit den Versuch, anhand des Metallarbeiterstreiks von 1951 in Hessen eine enge Verbindung zwischen den in dieser Zeit geführten Arbeitskämpfen und den "politischen Inhalten der Klassenkämpfe" (S.11), d.h. der Auseinandersetzung um die Remilitarisierung und um die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Bundesregierung, empirisch nachzuweisen. Ferner erhebt er den Anspruch, die erheblichen Auswirkungen des "inneren und äußeren Kalten Krieges" – damit ist insbesondere der Antikommunismus in den Gewerkschaften angesprochen – auf die Handlungsbedingungen und Zielsetzungen der Gewerkschaften aufzuzeigen (ebda.). Dem Autor geht es allerdings eher um die Bestätigung dieser Thesen als um ihre Überprüfung. Die Annahme, in den Arbeitskämpfen dieser Zeit hätte eine "soziale und politische Sprengkraft für die Herrschaftsstrategie der Adenauerregierung" (S.27) gelegen, wird lediglich mit dem Hinweis auf die Entwürfe zu Schlichtungsgesetzen und die staatlichen Vermittlungsversuche bei Tarifauseinandersetzungen 'belegt'.

Vor diesem Hintergrund kommt B. zu dem Ergebnis, daß die IG Metall in dieser Tarifauseinandersetzung keine an den "Klasseninteressen [. . .] orientierte Gewerkschaftspolitik" durchgesetzt und "nicht alle Möglichkeiten einer konsequenten und aktiven Auseinandersetzung" genutzt habe (S.349). B. führt dies zwar auf eine Reihe von Einflußfaktoren zurück, die zu einer Minderung der Durchsetzungschancen der IG Metall in diesem Arbeitskampf beitrugen. Der Verzicht auf eine "breite Einbeziehung und Mobilisierung der Mitgliederbasis" sei letztlich aber durch "Befürchtungen vor einer politischen Radikalisierung durch aktive Verteilungskämpfe" (ebda.) bedingt gewesen. Darin zeige sich eine Einschränkung der innergewerkschaftlichen Demokratie als Folge der Auseinandersetzung mit kommunistischen Gewerkschaftern. Da dem Verf. die Akten des Bundesvorstandes der IG Metall nicht zur Verfügung standen, orientiert sich diese Bewertung an punktuellen Auseinandersetzungen mit der KPD während des Streiks und an dem theoretisch nicht näher entwickelten Maßstab einer offensiven und klassenkämpferischen Gewerkschafts- und Streikstrategie.

Bettien reduziert beispielsweise die Behandlung von frühen Entwürfen zu einem Schlichtungsgesetz und die Vermittlungen der hessischen Landesregierung im Metalltarifkonflikt – ohne die politische Zusammensetzung von Regierungen oder die Einstellungen zu den Gewerkschaftsforderungen näher zu würdigen – auf die Intention, die Gewerkschaften auf ein "klassenharmonisches", "wirtschaftsfriedliches" und "sozialpartnerschaftliches" (der Verf. macht hier keine Unterschiede) Verhalten zu verpflichten (S.68, S.77, S.157 usw.). Das spannungsreiche Verhältnis zwischen der IG Metall und dem DGB-Vorstand wird mit dem Hinweis auf die 'klassenharmonische' Politik des DGB, die die Streikführung der IG Metall geschwächt habe, abgetan. Die KPD-Politik erfährt hingegen eine ausführlichere Betrachtung, um einerseits die "These 37" der KPD vornehmlich als überzogene Reaktion auf die Unterstützung der Remilitarisierungspläne durch den DGB zu erklären und um andererseits die Eingangsthese von der Verbindung von Streiks und "politischem Inhalt der Klassenkämpfe" zu belegen. Einen Nachweis, daß dieser Aspekt im hessischen Metallarbeiterstreik relevant wurde, bringt Bettien nicht bei. Den Anspruch, einen Beitrag zur "Erklärung der besonderen Konstitutionsbedingungen der Bundesrepublik" zu leisten (S.11), löst diese Arbeit nicht ein.

Die Studie von Thum, die auf bislang schwer zugänglichen und nicht ausgewerteten Aktenbeständen u.a. des Bundeskanzleramtes, des Bundeswirtschaftsministeriums und der Stahltreuhändervereinigung basiert, weist die Sicherung der Montanmitbestimmung als "Sonderregelung" aus, deren Folgen die Niederlage beim Betriebsverfassungsgesetz (BVG) "vorprogrammierte". In seiner zentralen These zu den Durchsetzungschancen für die gewerkschaftlichen Neuordnungsforderungen sieht der Verf. die Montanmitbestimmung nicht vornehmlich als Resultat der Kampfbereitschaft der IG Metall und der IG Bergbau an, sondern als Folge der Fähigkeit der Gewerkschaften, auf die Bundesregierung Druck auszuüben, da diese zu diesem Zeitpunkt auf eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften angewiesen war. Dieses gilt 1950/51 insbesondere für die Politik der Westintegration und für die 'verbundwirtschaftliche' Neuordnung der Montanindustrie. Thum vermag überzeugend zu belegen, daß in der entscheidenden Phase, als das Bundeswirtschaftsministerium durch den Versuch der Umwandlung der enteigneten Montanunternehmen in Aktiengesellschaften 'nach deutschem Recht' die paritätische Mitbestimmung gefährdete, die Gewerkschaften ihre Zustimmung zum Verbundsystem und zum Schuman-Plan von der Sicherung der Montanmitbestimmung abhängig machten. Und bis zur Verabschiedung des Montanmitbestimmungsgesetzes im April 1951 konnte der DGB allen Versuchen, den erzielten Kompromiß zu unterhöhlen, mit der Androhung der Aufkündigung seiner Mitarbeit beim Schuman-Plan entgegenwirken (S.65ff). Gleichzeitig akzeptierten die Gewerkschaften die Montanregelung als "Sonderregelung". Denn bei den Verhandlungen mit der Bundesregierung im Januar wurde die Eigentumsfrage bezüglich der Montanunternehmen ausgeklammert und ein Übergreifen auf "den übrigen Bereich der Wirtschaft" (S.95) mit der Vereinbarung vom 27.1.1951 ausgeschlossen. Die Position der Gewerkschaften wurde aber nicht allein durch die damit vorgezeichnete Eigentumsregelung zugunsten der Altbesitzer der Montanunternehmen und durch die Herausnahme des Montanbereichs aus dem Gesamtkonzept der Wirtschaftsdemokratie geschwächt. Im Gegensatz zu dieser faktischen Begrenzung des gewerkschaftlichen Handlungsspielraums wurde die Montanregelung als Auftakt einer schrittweisen Demokratisierung progagiert. Eine "relativ pragmatische Gewerkschaftspolitik" (S.93), die auf einer "Kombination von Massenmobilisierung und Kabinettspolitik" (S.87) beruhte, wurde so zum "Prototyp klassenkämpferischer Auseinandersetzung" (S.93) stilisiert. Hierin und in der fehlenden Reflexion der sozialen und politischen Voraussetzungen gewerkschaftlicher Politik sieht Thum die wichtigsten Gründe für die "vorprogrammierte" Niederlage beim BVG (S.149).

Bis zur Verabschiedung des BVG verstärkte der DGB seine Politik der 'konstuktiven Zusammenarbeit' in der Erwartung weiterer Zugeständnisse der Regierung, während die Adenauer-Regierung mit der politischen Konsolidierung, der wirtschaftlichen Stabilisierung und der Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses immer weniger eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften suchte (S.148). Die pragmatisch orientierte Kompensationspolitik des DGB schlug unter diesen Bedingungen um in eine Politik der "einseitigen Vorleistungen, für die entsprechende Zugeständnisse in der Mitbestimmung durchweg ausblieben" (S.105). Das Scheitern gewerkschaftlicher Forderungen seit Mitte 1951 macht für Thum deutlich, daß der DGB trotz der eingesetzten Kampfmittel nur dann zu dieser Zeit erfolgreich sein

konnte, wenn die Bundesregierung auf die Mitarbeit der Gewerkschaften angewiesen war (S.148). – Etwas zu kurz kommt in dieser Arbeit die Frage nach den internen Bedingungen, die im DGB einerseits zur "Mythos"-Bildung führten und andererseits die Politik der 'konstruktiven Zusammenarbeit' verfestigten. In dem "Mythos vom Sieg" kommt für den Verf. vor allem die Notwendigkeit zum Ausdruck, sich vor den eigenen Mitgliedern als gesellschaftlicher Machtfaktor zu legitimieren (S.93).

Peter Rütters

TREULIEB, Jürgen: **Der Landesverratsprozeß gegen Viktor Agartz.** 2 Teile. T. 1: **Verlauf und Bedeutung in der innenpolitischen Situation der Bundesrepublik auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges.** Mit einem Vorwort von Helmut Gollwitzer. T. 2: **Pressedokumentation** (= Wissenschaftliche Reihe, Bd.6 und Bd.7). – Münster: SZD-Verlag, c/o H. Ratke, Maikottenweg 11, D 4400 Münster, 1982. XIII, 278 S. und II, 103 S.

RIESCHE, Hans Peter: **Von der "Neuen Wirtschaftsdemokratie" zur "Expansiven Lohnpolitik". Ein Beitrag zur Biographie von Viktor Agartz.** – Hannover: Eigendruck im Selbstverlag, Bödeckerstr. 33, D 3000 Hannover 1, 1983. 236 S.

Weitere Lücken in der seit einigen Jahren hierzulande erscheinenden Literatur über Leben und Werk von Viktor Agartz, die mit der nicht nur im biographischen Teil beklagenswert schludrigen Arbeit von Gransow/Krätke 1978 begann, sind von Riesche und Treulieb nun geschlossen worden. T. wertet vor allem die im Nachlaß Gustav Heinemanns erhaltenen Akten jenes Prozesses aus, in dem Agartz im Jahre 1957 vom Bundesgerichtshof von der Anklage landesverräterischer Konspiration freigesprochen wurde. Erstmals werden Anklageschrift und Plädoyer der Bundesanwaltschaft ausführlich wiedergegeben (S.1-60). Interessant ist allein schon, wie sich die Anschuldigungen gegen Agartz vom Haftbefehl am 26. März 1957 bis zur Anklageschrift vom 28. September verändern (S.1f.). Diese sieht in Agartz' Beziehungen zum Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, der seine "Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften" (WISO) finanziell erheblich unterstützt hatte, ein Indiz für ein Vergehen gegen § 100 d Abs. 2 STGB (S.37f.). Die Versuche der Bundesanwaltschaft, durch Kompilation von Zitaten aus der WISO eine Unterstützung der Ziele des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nachzuweisen, kontrastiert Treulieb mit den Zusammenhang wahrenden Auszügen aus den inkriminierten Artikeln (S.38-59). Nachdem er mit zahlreichen auch wörtlichen Zitaten die Anklageschrift referiert hat, sucht T. mit Hilfe zeitgenössischer Presseberichte den Prozeßverlauf zu rekonstruieren. Von sechs dabei ausgewählten Zeugenaussagen trugen drei – die von Walter Horn, Theo Pirker und Wolfgang Abendroth (S.73ff) – zur Wende im Prozeßgeschehen bei (S.82ff). Nach dem Plädoyer der Bundesanwaltschaft (S.89-102), die immerhin noch ein Jahr Haft für Agartz fordert, behandelt T. zunächst das von Gustav Heinemann (S.102ff), damals Verteidiger und früher [Vgl. IWK, Jg. 17 (1981), H.3, S.449f.] Studienfreund von Agartz. Dann gibt er Diether Possers Plädoyer wieder (S.118ff), welches eindringlich die Genese des politischen Strafrechts der zweiten deutschen Republik bewußt macht, soweit dieses sich im ersten Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. August 1951 ausdrückt. Leider fehlt das im Prozeßablauf folgende Schlußwort Agartz' in T.s Darstellung und wird nur am Rande (S.175, Anm. 407a!) auszugsweise behandelt. Als eine der großen Gerichtsreden deutscher Sozialdemokraten hätte es mindestens eine ähnliche Würdigung verdient wie Agartz' Aussagen zur Person und Anklage (S.60ff). Das mangels Beweis freisprechende Urteil behandelt T. dann wieder angemessen (S.130ff). Die beiden folgenden Kapitel, in denen einmal im Kern die publizistische Reaktion auf Verhaftung, Prozeß und Freispruch (S.209ff) behandelt und zum anderen nach der Funktion des Prozesses (S.209ff) gefragt wird, fallen gegenüber dem ersten Kapitel etwas ab. Im 2. Bd. dokumentiert T. 51 Artikel zum Prozeß, u.a. aus der "Welt der Arbeit", dem "Vorwärts", der "Anderen Zeitung", der "Arbeiterpolitik" und der "Sozialistischen Politik", aber auch aus überregionalen Tageszeitungen. Zudem faksimiliert er einige Dokumente, darunter Agartz' Entlassungsschein aus der sechswöchigen Untersuchungshaft (S.101). Ein mit Hilfe Hans Peter Riesches zusammengestelltes Literaturverzeichnis zeigt erhebliche Lücken: Bernhard Koolens wichtige Arbeit [vgl. IWK, Jg.16 (1981),

H. 2, S.297ff] fehlt, wie überhaupt die eigentliche Agartz-Literatur – teils bewußt (S.XII, Bd. 1) – ausgespart bleibt.
Riesche will vor allem Agartz als Parlamentarier im Zonenbeirat der britischen Zone und einmal mehr als Gewerkschafter darstellen (S.16). Die einleitende biographische Skizze (S.18-61) wie abschließende Lebensdaten (S.165-174) beziehen gelegentlich Agartz' familiäre Sphäre mit ein (S.166 und S.169ff). Sie weisen insbesondere für die Jahre bis zum Faschismus Mängel auf: So geht R. von einem tatsächlich nicht erfolgten Studium in Bonn aus (S.28), überbewertet eine Handvoll Artikel Agartz' in der "Rheinischen Zeitung" als Aufbau eines Wirtschaftsteils (S.36) und behauptet ohne näheren Beleg ein gewerkschaftliches Engagement im Zentralverband der Angestellten (S.39). Dies ist zumindest für die Jahre, in denen Agartz Vorstandsmitglied der Konsumgenossenschaft ist, fraglich. Er selbst hat seine Zugehörigkeit zur Gruppe Vorstandsmitglieder des Zentralverbandes als mit dem alleinigen Recht verbunden charakterisiert, höhere Beiträge zu zahlen, und von einer gewerkschaftlichen Landwehrtruppe gesprochen. R. unterscheidet bei Agartz 4 Karrieren: Die 1. führt zum Genossenschafter, die 2. zum Wirtschaftsprüfer, die 3. zum Wirtschaftspolitiker und die 4. zum Gewerkschafter. Für die 2. weist R. auf Kontakte zu Widerstandskreisen hin (S.43f. und S.47f.). Im Mittelpunkt steht die 3. Karriere (S.80-137), soweit sie in parlamentarischen Gremien spielt. Zum Zonenbeirat schildert R. den anfänglichen Streit um Agartz' Mandat (S.83), seine Zugehörigkeit zu verschiedenen Ausschüssen (S.94 und S.101) und vor allem seine beiden Referate über den Spartanplan (S.102 und S.104). Mit nur 6 Anträgen und seltenen Diskussionsbeiträgen (S.105) bietet Agartz das Bild eines nicht gerade sehr aktiven Parlamentariers, was R. mit seinen exekutiven Verpflichtungen erklärt (S.105). Dies ist anscheinend auch in den verschiedenen anderen Parlamenten so, denen Agartz angehörte, wie dem ersten und zweiten Provinzialrat der Nordrheinprovinz, im zweiten sogar als Mitglied des Hauptausschusses (S.121f.), dem ernannten Landtag von Nordrhein-Westfalen (S.122ff) und schließlich dem Frankfurter Wirtschaftsrat (S.116). R. erwähnt, daß Agartz in letzterem nur sozialdemokratische Änderungsanträge zum Bewirtschaftungsnotgesetz begründet habe und bald zurückgetreten sei (S.116). Ausführlich schildert R. die Debatte um die Sozialisierung im nordrhein-westfälischen Landtag im Januar 1947, in der Agartz den sozialdemokratischen Antrag begründete (S.121ff). Auf Agartz' Rede greift er dabei leider nicht zurück, da ihm ihre Drucklegung entgangen zu sein scheint. Mit Agartz' "Deutschem Wirtschaftsbericht", der im Dezember 1947 in der "Roten Revue" der Schweizer Sozialdemokratie erschien, zieht R. hingegen eine wichtige, bislang nirgends ausgewertete Quelle heran (S.103f.). Indem er Agartz' Wirken in tri-, bi- und zonalen Gremien darstellt, geht R. über den von Koolen markierten Forschungsstand hinaus. Die kursorische Skizze Agartz' als Gewerkschaftstheoretiker und vermeintlich -führer (S.138-164) bleibt jedoch hinter dem Forschungsstand (vgl. Hans Willi Weinzen, "Gewerkschaften und Sozialismus", Frankfurt/M. und New York 1982, S.161-231) erheblich zurück. R. betont in seiner Arbeit durchgängig die Übereinstimmung zwischen Agartz und majoritären gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Positionen. Auch deswegen ist es schade, daß seine zunächst angekündigte Auseinandersetzung mit der neueren Forschung (S.176), in der eher die Differenzen herausgearbeitet werden, nicht stattfindet. Mit gelegentlich spekulativen biographischen Aussagen regt R. dazu an, eigene Meinungen zu überprüfen. Insbesondere seine These, daß Agartz kein Marxist (S.11), sondern der letzte Reformist (S.164b) in den Gewerkschaften gewesen sei, erscheint mir zwar falsch, aber heuristisch überaus fruchtbar, da Agartz sein Konzept der Wirtschaftsneuordnung in der Tat im Spannungsfeld zwischen beiden Positionen entwickelte.

Hans Willi Weinzen

Autorenkollektiv, Leitung: Heinz DEUTSCHLAND: **Geschichte des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes.** Hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB. – Berlin [Ost]: Verlag Tribüne 1982. 831 S.

Der Umfang des Werkes täuscht ebenso wie der Titel: Das von Heinz Deutschland geleitete Autorenkollektiv hat keine Darstellung oder gar Analyse der Geschichte des Gewerkschaftsbundes der DDR vorgelegt, sondern eine Art "Festschrift", die der offiziösen Selbstdarstellung zu dienen hat. Deutsche und DDR-Gewerkschaftsgeschichte dienen lediglich zur Illu-

stration der im Kern "immer richtigen" Politik der KPD und SED. Der Beitrag des FDGB zur "Verwirklichung der historischen Mission der Arbeiterklasse", selbstverständlich "unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei" bildet den "roten Faden" des Werkes. Schon im Vorwort wird angesprochen, daß es im wesentlichen geschichtspropagandistischen Zwekken dient: "Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftsmitglieder" sollen den Intentionen der Autoren und Herausgeber nach von dieser Art Geschichtsliteratur "für sich selbst und für andere im täglichen politischen Gespräch, in der Mitgliederversammlung, in der Schule der sozialistischen Arbeit und überall dort Gebrauch machen, wo es im Denken und im Handeln etwas nach vorn zu bewegen gilt." (S.7).
Die Geschichte der Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbewegung wird hier nicht nur zu "rückprojizierter Gegenwart", sondern auch als zwangsläufige Entwicklung zum Gegenwartsstand interpretiert, in der es allenfalls gewisser Korrekturen zur Einhaltung des "richtigen Weges" bedurfte. Die offenkundig politische Zielsetzung bestimmt letztlich auch Methode und Darstellungsweise: Auseinandersetzungen um unterschiedliche Grundprinzipien gewerkschaftlicher Tätigkeit in den ersten Jahren des FDGB zeigen sich als Bekämpfung und Überwindung "antikommunistischer" Auffassungen und ihrer Träger, Konflikte zwischen den unterschiedlichen Rollen des FDGB im Herrschaftssystem der DDR gibt es nicht: "Viele gute Taten für die Republik" (S.759), "Masseninitiative zur Stärkung der DDR" (S.471), "Machtausübung im Alltag gewerkschaftlicher Tätigkeit" (S.638) harmonieren ohne Reibung mit den Prinzipien gewerkschaftlicher Interessenvertretung und der Schutzfunktion der gewerkschaftlichen Organisation, will man den Autoren folgen.
In der Tat werden alle wesentlichen Konfliktfelder und Brüche in der Entwicklung des FDGB nur gestreift. Hier kann selbstverständlich nicht einmal das wesentlichste aufgezählt werden, es würde den zur Verfügung stehenden Raum weit überschreiten. Nur ein paar – exemplarische – Beispiele: Wie nicht anders zu erwarten, stellt die Darstellung der Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre vor 1933 die Ereignisse auf den Kopf. Die fatale Spaltungspolitik der RGO nach 1929 wird faktisch rehabilitiert (S.130ff), der Funktionswandel des FDGB von einer "freien Gewerkschaft" zu einer Institution zur Durchsetzung von Mehrarbeit und größerer Arbeitsintensität im Aufbau eines zentralen planwirtschaftlichen Systems von 1947 an erscheint als notwendig und unausweichlich (S.276ff), die Behandlung des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 wärmt die alte Legende vom "konterrevolutionären Putschversuch" wieder auf (S.384ff). Allerdings wird hier eingeräumt, daß sich die Beschlüsse der Partei als "fehlerhaft" erwiesen. Diese kursorische Aufzählung ließe sich noch weiter fortsetzen. Für Methode und Inhalt des Werkes läßt sich nur resümieren, daß die Geschichte des FDGB nach wie vor eine empfindliche Lücke in der Literatur darstellt.
Für die Zielsetzung des Buches als Mittel der Geschichtspropaganda, also nach unseren Begriffen als Instrument der politischen Bildung, ist es trotz seines Umfangs durchaus tauglich: Es ist (auch vom Layout) übersichtlich angelegt, mit einer großen Zahl von Bildern und Dokumentenauszügen angereichert und immer wieder durch Textauszüge aus Erinnerungen aktiver FDGB-Funktionäre unterbrochen. Dem gleichen Ziel abträglich ist allerdings das Fehlen von Registern und Tabellen. Auch das zeigt, wie wenig konkrete – und neue – Sachinformation vermittelt wird.

Werner Müller

KOCKA, Jürgen (Hrsg.): **Angestellte im europäischen Vergleich. Die Herausbildung angestellter Mittelschichten seit dem späten 19. Jahrhundert** (= Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 7). – Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1981. 378 S.

Fast alle der hier von Kocka herausgegebenen Aufsätze, die unter dem zwiespältigen Etikett der 'angestellten Mittelschichten' versammelt sind, wurden für eine wissenschaftliche Konferenz verfaßt, die 1980 an der Universität Bielefeld stattfand und von Wissenschaftlern verschiedener sozial- und geschichtswissenschaftlichen Disziplinen bestritten wurde. In K.s sorgfältiger Zusammenstellung ergibt sich ein äußerst informativer Überblick über den Stand der Forschung über das Angestelltenproblem und seine Geschichte: Wir erhalten Auskunft über den Entwicklungsprozeß der verschiedenen Angestelltengruppen in Deutschland, England, Frankreich, Schweden, der Schweiz und Österreich. Trotz unterschiedlicher Dichte und Qua-

lität des in den Studien ausgebreiteten Anschauungsmaterials ist den meisten Beiträgen zu bescheinigen, daß sie den Stand der methodischen und theoretischen Diskussion über Klassenlage und prägende Ideologien der Angestellten über nationale Grenzen hinweg mitreflektiert haben und somit ein 'inneres Band' aufweisen, das zu verfolgen sich lohnt.
Dem Versuch einer Verbindung von soziologischer Analyse und historischer Forschung gelten die beiden einleitenden 'Fachreferate' aus der soziologischen Zunft: Werner Mangold entwickelt die Umrisse eines internationalen Vergleichs der "Angestelltengeschichte und Angestelltensoziologie in Deutschland, England und Frankreich" und geht vor allem der Frage nach, in welcher jeweils gemeinsamen oder unterschiedlichen Beleuchtung das Angestelltenproblem als Teil der übergreifenden 'sozialen Frage' in den politischen und Klassenstrukturen behandelt worden ist, und zwar sowohl praktisch im Rahmen staatlicher Sozialpolitik als auch wissenschaftlich (oder ideologisch) in den Diskussionen der sich entfaltenden Sozialwissenschaften. Schon in der Skizze, die Mangold von seinem noch laufenden Forschungsprojekt vermittelt, wird die *politisch* überragende Bedeutung der staatlichen Angestelltenpolitik in Deutschland deutlich: Die den Angestellten vom herrschenden Bürgertum zugemessene 'Pufferfunktion', die ein Gutteil der Angestelltenideologie bis weit ins 20. Jahrhundert hinein bestimmt, ist etwa in Frankreich oder England wesentlich undeutlicher ausgebildet und entsprechend weniger ins allgemeine öffentliche Bewußtsein eingedrungen.
Der zweite soziologische Beitrag, der den historisch vergleichenden Analysen vorangeht, handelt vom "Rationalisierungsdilemma der Angestelltenarbeit". Ulrike Berger und Claus Offe versuchen, zwei Typen von moderner Industriearbeit herauszuarbeiten, die im Privatbetrieb verschiedenartigen Formen der Rationalisierung unterliegen und die traditionelle, historisch in der alten Schärfe überkommene Differenz zwischen dem Status des Arbeiters und dem des Angestellten widerspiegeln. Sie vermeiden zwar mit ihrer gedankenreichen Analyse die alten Holzwege der Angestelltentheorie (besondere Geltung der Angestellten wegen ihrer angeblich delegierten 'Unternehmerfunktonen'), aber es bleibt doch zu fragen, ob mit der Differenzierung in 'Produktionsarbeit' einerseits, 'Dienstleistungs- oder Gewährleistungsarbeit' andererseits die moderne Struktur kapitalistischer Industriearbeit wirklich angemessen dargestellt ist. Ich sehe in dem interessanten Versuch eher die Gefahr angelegt, daß neue Illusionen über die 'Nichtrationalisierbarkeit' der Angestelltenarbeit entstehen, die ihrerseits – von den Autoren gar nicht gewollt – die wohlfeile Ideologie einer angestelltenspezifischen neuen 'Leistungselite' bekräftigen könnten.
Die historisch-vergleichenden Studien, die sich den beiden soziologischen Versuchen anschließen, bieten in ihrer Mehrheit Belege für eine historische Entwicklungstendenz der Angestellten*arbeit*, in der das besondere Moment gegenüber der Durchschnittswelt der Arbeiter eher zurücktritt. Sie bieten freilich auch vielfältige Belege für den langsamen, widerspruchsreichen Prozeß, in dem sich das gesellschaftliche *Denken* und die *Organisationen* der Angestellten als *Antwort* auf den privatkapitalistischen Vergesellschaftungsprozeß der Arbeit entwickeln. Von besonderem Interesse sind nationale Eigenheiten, die sich organisationspolitisch deutlich ausprägen und noch lange ihren Einfluß auf das Selbstverständnis und die Handlungsweisen der verschiedenen Angestelltenschichten behalten können. So erfahren wir aus den Referaten von Gregory Anderson und Peter Behringer, daß sich in England Facharbeiter und beruflich qualifizierte, aber ausführend arbeitende Angestellte *gemeinsam* gegen die breite Masse der an- und ungelernten Arbeiter abgrenzten, daß im Rahmen dieses stark professionell geprägten Bewußtseins etwa die Techniker (im Gegensatz zu den höheren Ingenieuren) sich frühzeitig gewerkschaftlich organisierten und 1927 einen erstaunlich hohen Organisationsgrad (66%) erreichten. Hier waren die typischen Züge des englischen Gewerkschaftswesens der Organisation der 'kleinen', großbetrieblich arbeitenden Angestellten besonders günstig, während andererseits die klaren Konturen, die sich in der englischen Klassengesellschaft schon früh ausprägten, den mittleren und höheren Angestellten das Ideal einer 'bürgerlichen Lebensführung' besonders einladend vor Augen führten – zumal das 'Beamtenideal', das die Köpfe der deutschen Angestellten so lange beherrschte, in England kaum eine Rolle spielte.
Nationale Besonderheiten zeigt auch das französische Beispiel. Heinz-Gerhard Haupt arbeitet überzeugend heraus, wie sich der bekannte, in der Regel unternehmensloyale Professionalismus der höheren Angestellten (cadres) historisch entwickelte. Er zeigt aber auch an weiteren Bei-

spielen, daß die ideologische Bedeutung der 'Kragenlinie' in Frankreich nie so groß wie in Deutschland war: Die Klassenverhältnisse erwiesen sich auch für das Bewußtsein der betroffenen Angestellten als stärker. Während die Schicht der *Werkmeister* in der paternalistisch geprägten Unternehmensstruktur der Seite des Kapitals verhaftet blieb, entwickelte sich schon vor dem Ersten Weltkrieg ein erstaunlich starkes Bündnis von *Arbeitern und Handlungsgehilfen*, das gemeinsam die Forderung nach Sonntagsruhe und kürzere Arbeitszeit vertrat. Derartige Traditionen führten, obwohl der Organisationsgrad der Gewerkschaften bei Arbeitern und Angestellten traditionell niedrig ist, immerhin dazu, daß nach Haupt seit Beginn des 20. Jahrhunderts die Angestellten "nicht als treue Stützen des status quo gelten" können. (S.141).

In einer sinnvollen periodischen Gliederung vermitteln Mario König, Hannes Siegrist und Rudolf Vetterli einen Überblick über die "Sozialgeschichte der Angestellten in der Schweiz". Ihre Darstellung der Arbeitssituation, der Entwicklung eines berufsständisch vermittelten Bewußtseins und der Verbandspolitik der Angestellten zeigt nicht nur Parallelen zur deutschen Angestelltengeschichte auf; sie vermittelt darüber hinaus die wichtige Erkenntnis, daß das praktische Verhalten und das gesellschaftliche Bewußtsein der Angestellten in nationale Bedingungen eingefaßt blieb, denen die *gesamte* Arbeiterbewegung unterworfen war. So ist die 'milde' Interessenpolitik der Schweizer Angestellten nur im Zusammenhang mit dem Entwicklungsstand der Arbeiterorganisationen zu begreifen: Wo sie sich (wie in der Krise des Ersten Weltkrieges) radikalisierten, polarisierten sich auch die sozialen und politischen Interessen der Angestellten, freilich immer im Rahmen der gemütlicheren Schweizer Verhältnisse.

Die größte Nähe zur deutschen Angestelltenfrage weist zweifelsohne der 'Fall Österreich' auf, wo der Streit über die Sozialversicherung der Angestellten im selben Zeitraum wie in Deutschland (vor 1914) entschieden wurde. Gerhard Botz und Gustav Otruba bleiben jenen Problemen am dichtesten auf der Spur, die auch die sozialhistorische Debatte bei uns bestimmen: der Frage nach der Anfälligkeit angestellter Berufsgruppen für die faschistische Ideologie (Botz) und dem Konstitutionsprozeß eines exklusiven Angestelltenbegriffs im Zuge der Versicherungsfrage (Otruba). Die Eigenständigkeit des Angestelltenbewußtseins relativiert Botz, wenn er empirisch begründet, warum "die österreichischen Angestellten in den 20er und 30er Jahren weniger stark als die deutschen zu extrem rechten Protestbewegungen hinneigten und stärker als im Deutschen Reich organisatorisch im demokratischen Sozialismus verankert blieben." (S.238). Vor allem "gelang in Österreich eine Bindung der Angestellten an die Arbeiterbewegung eher als in Arbeiterbewegungen ähnlichen mittel- und osteuropäischen Typs" (S.239), und hier spielen Theorie und Praxis des Austromarxismus eine historisch prägende Rolle.

Den Schluß der Aufsatzsammlung bilden fünf Abhandlungen zur deutschen Angestelltengeschichte. Nach Toni Pierenkempers instruktiver Beschreibung der Arbeitsmarktverhältnisse für Handlungsgehilfen 1900-1913 interpretiert Reinhard Spree einige empirische Indikatoren zum reproduktiven Verhalten deutscher Angestellter vor und nach der Jahrhundertwende. Seine auf die Faschismusfrage zugespitzte These faßt gegen Kocka die Angestellten *nicht* als im Bewußtsein 'rückständige', in der gesellschaftlichen Krise den mittelständisch-traditionalen Idealen verhaftete Gruppe, sondern als 'moderne' Schicht: "Die nach der herrschenden Meinung vorhandene Anfälligkeit für rechtsradikalen politischen Protest beziehungsweise für den Nationalsozialismus läßt sich besser mit einem weitgehenden Fehlen von sinnstiftenden, verhaltensrelevanten Traditionen, mit einer Perspektiv- und Orientierungslosigkeit sowie mit dem Sozialcharakter der typischen deutschen Angestellten während der 1920er Jahre erklären, als mit der Annahme der Wirksamkeit von vorbürgerlichen, vorindustriellen Traditionen und Orientierungen im Bewußtsein und im Verhalten der Angehörigen dieser Schicht." (S.308). So sehr ich Sprees Skepsis gegenüber Kockas Interpretation des Angestelltenverhaltens in manchem teile, so fragwürdig erscheint mir der Anspruch, mit der mühseligen Rekonstruktion eher randständiger Sozialdaten (Konsumverhalten, Kinderzeugung, Verwendung des Budgets, kulturelle Bedürfnisse) eine 'neue' These zu den "Angestellten als Modernisierungsagenten" aus der Taufe zu heben. Sprees Schlußfolgerung für die NS-Zeit bedarf der weiteren kritischen Diskussion. Sie lautet: "Mit dem Lebensduktus der Angestellten, mit ihrer vorherrschenden Mentalität und mit der sie prägenden zweckrationalen 'Freizeit-Ethik' war von den [. . .] konkurrierenden Zukunftsvisionen wahrscheinlich die 'braune' Version besser vereinbar als die 'rote'." (S.308).

Die Voraussetzungen derartiger Spekulationen greift im interessantesten Beitrag der ganzen Aufsatzsammlung Richard Hamilton respektlos an. In seiner Betrachtung "Die soziale Basis des Nationalsozialismus" legt er, obwohl selbst allen Theoriekonstruktionen zum Charakter moderner Klassen- oder Sozialstrukturen abgeneigt, den Finger auf eine offene Wunde der bisherigen Kontroversen: "Das Problematische an den Aussagen [. . .] ist, daß die Aussage über die Basis der Nationalsozialisten eher auf übereinstimmenden Meinungen als auf überprüfbaren Tatsachen beruht. Eine genaue Definition des Schlüsselbegriffs 'untere Mittelschicht findet sich in der umfangreichen Literatur [. . .] allerdings kaum." (S.355). Weil in den Gruppen, die als 'untere Mittelschicht' weithin der sozialen NS-Basis zugerechnet werden, "die unteren Ränge der kaufmännischen Angestellten und Beamten, eine Ansammlung von kleinen Ladenbesitzern und städtischen Kleineigentümern und [ein] selten differenzierte[r] Hinweis auf 'die Bauern'" bunt vermischt worden sind, kann nach Hamilton eine empirisch sorgfältige Rekonstruktion des tatsächlichen NS-Potentials in den einzelnen Bevölkerungsschichten von vorneherein nicht gelingen. Aus diesem Grunde zieht er die bislang so gängige These von 'den Angestellten' als Grenzgängern zur NS-Bewegung gründlich in Zweifel. Hamilton hat mit seinen Thesen hoffentlich eine Debatte eröffnet, die nicht nur auf dem Felde der historisch-empirischen Forschung, sondern auch über das theoretische und methodische Vorverständnis derartiger Analysen geführt werden sollte.
Zwei Aufsätze runden die historische Rekonstruktion der deutschen Angestelltenfrage ab. Michael Prinz stellt "Das Ende der Standespolitik" in der Politik des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands (DHV) am Ende der Weimarer Republik dar. Es gelingt ihm auf überzeugende Weise zu zeigen, daß vor allem jüngere, arbeitslos gewordene Angestellte nicht so sehr den ständischen Elementen als vielmehr der 'Volksgemeinschafts-Ideologie' der Faschisten auf den Leim gingen; diese klassenharmonischen Sehnsüchte verbanden sich freilich wirksam mit der von der NS-Bewegung geschürten Angst vor der sozialistischen Arbeiterschaft. Versöhnung versprach das neue Bündnis der 'Arbeiter der Stirn und Faust'. – Eindringlich verweist Ursula Nienhaus in dem Beitrag "Von Töchtern und Schwestern" ihre großenteils männliche Historikerzunft auf die 'vergessene Geschichte der weiblichen Angestellten im deutschen Kaiserreich'. Sie beschreibt die inneren, geschlechtsspezifischen Kämpfe in der lohnabhängigen Angestelltenschaft, die sich um Arbeitsmarkt- und Bildungschancen entwickelten und allemal die männlichen Berufsvertreter erfolgreich sah. Frauenerwerbsarbeit, ein Erfordernis des modernen Kapitalismus, blieb auch in den sozialgeschichtlichen Analysen (bis heute) eher eine 'ärgerliche Tatsache', in der Realität wie in den Wissenschaften unterdrückt. Ursula Nienhaus ist nichts hinzuzufügen, wenn sie vermerkt: Der "im Vergleich zu Industriearbeiterinnen außergewöhnlich hohe und bis in die Weimarer Republik kontinuierlich wachsende Organisationsgrad hätte den weiblichen Angestellten das besondere Interesse von Historikern oder Soziologen sichern können. Allein, sie teilten das Schicksal der meisten Frauen, die Geschichte machten: Die Wissenschaft hat sie – trotz einer Überfülle zeitgenössischer Untersuchungen – vergessen oder in Nebensätze verbannt, wenn nicht gar diskreditiert." (S.321/322).

Ulf Kadritzke

Politischer Streik. Hrsg. von Heinz-Gerhard HAUPT, Annette JOST, Gerhard LEITHÄUSER, Ulrich MÜCKENBERGER, Oskar NEGT, Claudio POZZOLI und Hans-Josef STEINBERG (= Jahrbuch Arbeiterbewegung; Geschichte und Theorie). – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1981. 399 S.

Nachdem lange Zeit die historische Streikforschung in der Bundesrepublik vernachlässigt worden ist, sind in den letzten Jahren mehrere Monographien und Sammelbde erschienen, die sich der Streikursachenforschung, den Beziehungen zwischen den Konfliktparteien, der Bedeutung konjunktureller Entwicklungen für das Streikverhalten und der Herausbildung von Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen für die Arbeitskampfentwicklung im 19. Jahrhundert widmen. Während in diesen sozialgeschichtlich orientierten Arbeiten Motivation, Gruppenzugehörigkeit und Existenzbedingungen der Streikenden analysiert werden, hat der vorliegende Band die Entwicklung des politischen Streiks von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zu den Auguststreiks in Polen 1980 zum Gegenstand. Die Herausgeber erheben

keinesfalls den Anspruch, eine Geschichte des politischen Streiks in Europa zu liefern. So fehlen Beiträge zu den großen Streikaktionen in Frankreich 1934 und zum einzigen politischen Massenstreik in Deutschland nach 1945, am 12. November 1948, als mehr als 9 Millionen Arbeitnehmer u.a. für die Durchsetzung der wirtschaftspolitischen Forderungen der Gewerkschaften streikten.
Auch wenn als gemeinsamer Nenner des Bdes die Beschäftigung mit dem politischen Streik und staatliche Interventionsmöglichkeiten im Mittelpunkt der Analyse stehen, so ergeben sich die Beiträge wohl eher aus der zufälligen Verfügbarkeit der Autoren. Nach einem Sammelbeitrag zu Geschichte und Theorie der politischen Streiks (Haupt, Jost, Leithäuser, Mückenberger, Steinberg) folgen zwei Beispiele zur Streikentwicklung in Deutschland (Machtan – 1869-1874; Lucas – Der Generalstreik während des Kapp-Putsches 1920) sowie je ein Beitrag zu England (Mückenberger – Der Generalstreik 1926), Italien (Riechers – Streiks gegen Mussolini 1922), Frankreich (Volz – Maistreiks 1968) und Polen (Thomas – Auguststreiks 1980). Ferner enthält der Bd. einen Beitrag von I. Fetscher, der sich mit dem Problem unabhängiger Gewerkschaften im "real existierenden Sozialismus" auseinandersetzt.
Der politische Streik wird hier definiert als Arbeitskampf, der auch zu einer Reaktion der politischen Instanzen führt. Er unterscheidet sich vom ökonomisch motivierten Streik dadurch, daß Arbeiterforderungen in politische Entscheidungsprozesse eingreifen, das gesellschaftliche Spannungsverhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital so zugespitzt wird, daß eine staatliche Intervention notwendig ist, oder die Aktionen der Streikenden als Angriff auf die Grundlagen der Gesellschaftsordnung empfunden werden. Gleichzeitig kennzeichnet den politischen Streik, daß zentrale Arbeitergruppen, die zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Infrastrukturen notwendig sind, in den Ausstand treten oder massenhafte Aktionen erfolgen, die den gesamten Produktionsbereich zum Erliegen bringen. Ferner kann nach Meinung der Verf. die Politisierung von Streiks auch von staatlichen Instanzen ausgehen, wenn z.B. alle Forderungen von Arbeitnehmern als illegal erklärt werden, um mißliebige Aktionen zu stigmatisieren, wie dies im Verlauf des Generalstreiks in England 1926 geschah oder wie es im Bereich des "real existierenden Sozialismus" üblich ist. Hier gelten Arbeitskämpfe a priori als Sabotage oder konterrevolutionäre Handlungen. In weiteren Teilen ihrer Einleitung versuchen die Verf. schließlich, die Unterschiede zwischen der Streikentwicklung in Deutschland und Frankreich herauszuarbeiten und die Bedeutung von Streiks für das institutionelle Gefüge der wichtigsten europäischen Länder kurz zu analysieren. In ihrer Streiktypologie sehen sie Frankreich als Land, das aufgrund seiner gewerkschaftlichen Strukturen, der schwachen Stellung der Arbeiterparteien, seiner kleinbetrieblichen Unternehmensstruktur und der geringen Partizipationsmöglichkeiten der Arbeiter bei betrieblichen Konflikten zum politischen Streik tendierte, während in Deutschland der politische Streik von den Vertretern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften mehrheitlich abgelehnt wurde. Neben dieser Einstellung der Sozialdemokratie werden schließlich noch die Entstehungsbedingungen von Rechtsstaat und Demokratie in Deutschland als Gründe für die ablehnende Haltung gegenüber politischen Streikaktionen genannt.
Die Definition des politischen Streiks ist allerdings so weit gefaßt, daß alle Beiträge – auch wenn dies nicht immer explizit gemacht wird – in das hier angeführte Modell passen. So war der Generalstreik in England (Mückenberger) eine Aktion, die von der Regierung als politisch definiert wurde. Das gleiche trifft auch auf die von Machtan untersuchte erste große Streikwelle nach der Legalisierung des Streiks durch die Gewerbeordnung in Deutschland zu. Eine ähnliche Politisierung von oben konnte Volz auch für die Maistreiks in Frankreich 1968 feststellen. Demgegenüber müssen der Generalstreik während des Kapp-Putsches, der Streik gegen Mussolini und die Auguststreiks in Polen 1980 als Politisierung von unten verstanden werden.
Die hier vorgelegten disparaten Beiträge sind nicht nur unterschiedlich in der Aufarbeitung von Archivalien und Literatur, sondern teilweise handelt es sich auch um polemische Auseinandersetzungen (Lucas) mit der bisherigen Forschung. Insgesamt enthält der Bd. zuviele Lücken, als daß er als Beispiel für die Entwicklung des politischen Streiks befriedigen könnte. Eine systematische Darstellung bzw. Anwendung der Streiktheorie auf ein oder zwei Länder wäre befriedigender gewesen.

Hermann-Josef Rupieper

FLORA, Peter, et al.: **State, Economy, and Society in Western Europe 1815-1975. A Data Handbook in two Volumes.** Volume I: **The Growth of Mass Democracies and Welfare States.** – Frankfurt/M.: Campus; London: Macmillan Press; Chicago: St. James Press 1983. 633 S.

Diese Publikation ist das beeindruckende Ergebnis der zehnjährigen Arbeit eines Forscherteams aus Politologen, Soziologen und Ökonomen; ausgehend von Stein-Rokkans Makro-Modell der staatlichen Entwicklung Europas seit der Spätantike gewannen Peter Flora und seine Mitarbeiter die Kriterien der Datenauswahl des zweibändigen Handbuchs. Aus absolut einsichtigen Gründen (Verfügbarkeit von statistischem Material) begrenzten sie jedoch den Erhebungszeitraum auf die Jahre nach 1815, obwohl die zugrundeliegende Theorie Stein-Rokkans eigentlich ein Einsetzen der Erhebungen seit dem 16. Jahrhundert erfordert hätte. Für die gewähle Epoche von 1815-1975 bietet der erste Bd. dieses Handbuchs dafn eine reichhaltige und tief gegliederte Auswahl von Langzeitreihen zur Entwicklung der Nationalstaaten (Territorien, Einwohner, kulturelle Heterogenität), der Massendemokratien (Wahlrecht, Wahlergebnisse, Regierungskoalitionen), des Öffentlichen Dienstes (ziviles und Militärpersonal), der Staatsaktivitäten (öffentliche Einnahmen und Ausgaben) und dem Entstehen des Sozialstaates (Systeme der sozialen Sicherung, Schulwesen) in Westeuropa. Vor jedem der 10 Kapitel werden die verwendeten statistischen Begriffe und Erhebungserfordernisse erläutert, sowie die Brüche und Lücken in den einzelnen Länderstatistiken deutlich kenntlich gemacht.
Zu kritisieren bleibt an diesem imposanten Buch eigentlich nur formales: Die Darstellung des Materials ist zunächst überraschend, da die meisten Tabellen mit dem jeweiligen Endjahr, meist 1975, beginnen, und dann gewissermaßen auf das materialbedingt variierende Ersterhebungsjahr herabsteigen. Ob diese zumindest unübliche Datenaufbereitungsart, die zudem nicht einmal im gesamten Bd. durchgehalten wird, unbedingt zur Klarheit beiträgt, wage ich zu bezweifeln. Des weiteren ist es in einem historisch-statistischen Quellenwerk dieses Umfangs etwas mißlich, daß die Herkunft und Qualität (Kennzeichnung "harter" oder "weicher" Zahlen) des eingegangenen statistischen Materials faktisch nicht dokumentiert wird. Die Hinweise in der Einleitung des Bdes auf S.6 auf vorab erschienene Bibliographien und auf S.9 auf (abrufbare?) computerlesbare Dokumentationsweisen vermögen dieses Manko meines Erachtens nicht völlig zu beseitigen. Trotz dieser insgesamt nicht sehr ins Gewicht fallenden Mängel wird dieses Buch ein unentbehrliches Hilfsmittel für jeden interessierten Historiker und Sozialwissenschaftler werden, man darf seiner Komplettierung durch den zweiten Band ("The Growth of Industrial Societies and Capitalist Economies") mit Spannung entgegensehen.

Jochen Krengel

BUCH, Günther: **Namen und Daten wichtiger Personen der DDR.** 3. überarb. und erw. Aufl. – Berlin und Bonn: Dietz Nachf. 1982. XV, 384 S.

Die 3. Auflage dieser verdienstvollen Zusammenstellung umfaßt wieder über 2.300 standardisierte Kurzbiographien wichtiger Personen in der DDR aus den Bereichen Politik, Sicherheitswesen, Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft. Die Auswahlkriterien blieben gegenüber den vorangegangenen Auflagen unverändert. Der Redaktionsschluß (Aug. 1981) ließ eine Berücksichtigung auch der Ergebnisse des X. Parteitages der SED, der Wahlen zur Volkskammer und zum FDJ-Zentralrat zu. Aufgrund von personalstrukturellen Veränderungen in den untersuchten Bereichen wurden gegenüber der 2. Auflage (1979) ca. 20% der Biographien durch neue ersetzt, die anderen aktualisiert und der 1979 eingeführte "Nekrolog"-Teil im Anhang erheblich erweitert. Die äußerst zurückhaltende Veröffentlichung von biographischen Daten führender DDR-Kader – lediglich ein Volkskammerhandbuch wird nach jeder Wahl herausgegeben – erforderte die kontinuierliche und akribische Auswertung verstreuter Einzeldaten aus unterschiedlichsten Publikationen. Hierdurch werden zum einen vorhandene Lücken erklärbar, zum anderen jedoch stellt gerade dies das besondere Verdienst von G. Buch und seinen Mitarbeitern dar. Für jeden, der sich mit der DDR beschäftigt, ist "Namen und Daten" ein wesentliches Nachschlagewerk.

Christel Dowidat

SCHNEIDER, Dieter (Hrsg.): **Anfänge. Die Internationale der Arbeiter öffentlicher Betriebe 1907-1914.** Mit einem Vorwort von Heinz Kluncker. – Stuttgart: Courier Verlag 1982. 63, 72, 69, 71 S.

In dem Bd. sind die Protokolle der ersten drei Konferenzen der "Internationale der Arbeiter öffentlicher Betriebe" aus den Jahren 1907, 1910 und 1913 nachgedruckt. Diese Organisation ist der Vorläufer der heutigen "Internationale der Öffentlichen Dienste" (IÖD), ein internationaler Zusammenschluß der Gewerkschaften der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen. Der Nachdruck erscheint zum 75jährigen Gründungstag der IÖD im Verlag der Gewerkschaft ÖTV. Hiermit setzt der Courier Verlag seine verdienstvolle Reprint-Reihe fort, die das Ziel verfolgt, Veröffentlichungen aus den Anfangsjahren der Gewerkschaft ÖTV einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
Eine 50seitige Einleitung schildert die Gründung und Tätigkeit der Internationale der Arbeiter öffentlicher Betriebe bis 1914 und zwar vor dem Hintergrund der internationalen Aktivitäten der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften von 1864 bis 1914. Schneider illustriert seine Ausführungen durch umfangreiches Bild- und Dokumentenmaterial, das mit viel Mühe aus dem In- und Ausland herbeigeschafft wurde.
Die Protokolle bieten einen anschaulichen Einblick in die tastenden Anfänge der IÖD sowie in die Faktoren, die in vielen Ländern das Entstehen von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes verzögerten und erschwerten. Darüber hinaus liefert der Bd. zahlreiche Anregungen für Sozialhistoriker, die deutsche Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte nicht isoliert zu betrachten, sondern international vergleichend zu untersuchen. Die nachgedruckten Protokolle zeigen, daß die Veröffentlichungen eines internationalen Berufssekretariats wichtige Hinweise liefern über die national unterschiedliche Lage von Berufsgruppen sowie über ihre gewerkschaftlichen Organisationsformen, Strategien und ihre Streikpraxis. Der Herausgeber erleichtert den Zugriff zu diesen Informationen durch ein detailliertes Sachregister, eine Chronik und weiterführende Literaturhinweise.

Curt Garner

BRÜGGEMEIER, Gert: **Entwicklung des Rechts im organisierten Kapitalismus. Materialien zum Wirtschaftsrecht.** Bd. 2: **Vom Faschismus bis zur Gegenwart.** – Frankfurt/M.: Syndikat Autoren- und Verlagsgesellschaft 1979. 486 S.

Der zweite Band [vgl. meine Rezension von Bd. 1 in: IWK, Jg. 16 (1980), H. 1, S.97] der von Brüggemeier sorgfältig zusammengestellten und mit zwei umfangreichen und gehaltvollen "Strukturskizzen" – I. "Nationalsozialismus 1933-1945" (S.25-S.68); II. "Bundesrepublik Deutschland" (S.249-S.305) – versehenen "Materialien zum Wirtschaftsrecht" rundet eine Dokumentation ab, die für den Juristen, Historiker und Sozialwissenschaftler gleichermaßen von großem Gewinn ist. Die Fülle der aufgenommenen Dokumente, unter der Rubrik "Nationalsozialismus" sind es insgesamt 43, welche in fünf Abschnitten über "Nationalsozialistische Vorstellungen von Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftspolitik vor 1933"; "Elemente der nationalsozialistischen Wirtschaftsverfassung"; "Die 'Rechtserneuerung' und Neubestimmung der Rolle des Richters", "Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsrecht im Zeichen der 'Wehrwirtschaft'" bis hin zum "Übergang zur Kriegswirtschaft und Kriegsjudikatur" reichen, eröffnen dem Benutzer ein breites Spektrum an Bemühungen seitens der Nationalsozialisten, Recht, Rechtsprechung und (Kriegs-)Wirtschaft mittels "technischer Regeln" (Franz Neumann) in ihrem Sinne zu gestalten und darüber hinaus "funktionsfähig" zu halten. Allerdings dürfte die Einordnung von Carl Schmitts bekanntem Vortrag vor dem Langnam-Verein vom 23.11.1932 über "Gesunde Wirtschaft im starken Staat" unter das Rubrum NS-Verfassungstheorie unzutreffend sein. Korrekter wäre es gewesen, Schmitts Vorstellungen im Umfeld der Pläne konservativ-reaktionärer Militärkreise (General von Schleicher) sowie deren gescheiterter Versuche einer sogen. Achse Gewerkschaften – Reichswehr – Regierung unter direktem Ausschluß und Bekämpfung der Sozialdemokratie anzusiedeln.
Für die Phase der Bundesrepublik legt Brüggemeier in sieben großen Abschnitten: Von der "alliierten Deutschlandpolitik" über u.a. die "deutsche Diskussion über die Wirtschaftsverfassung", die "Wettbewerbsordnung der BRD" bis hin zu "aktuellen Perspektiven einer

Verfassungsreform" (1976) 85 aufschlußreiche Dokumente vor. In Verbindung mit dem ersten Bd. (Gründerzeit bis 1933) ergibt sich so eine vorzügliche Quellensammlung zur Herausbildung, Veränderung und Entwicklung des Wirtschaftsrechts in der neueren deutschen Geschichte.

Wolfgang Luthardt

LAMM, Fritz und Vera B.: **Habana – New York – Habana. Briefe aus Exilen.** Hrsg. und bearb. von Heinrich Schwing. Mitarbeit: Dietlinde Wenzl-Reimspieß. – Stuttgart: Edition Cordeliers 1983. 81 S. mit Bildanhang.

Der vorliegende Bd. umfaßt den Briefwechsel zwischen Fritz Lamm und Vera Bergmann vom 16.9.1946 bis zum 3.7.1948. Im Dialog mit Vera Bergmann entwickelt Fritz Lamm seine grundsätzlichen Auffassungen über marxistische Philosophie, über die politischen Möglichkeiten von Sozialisten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges; häufig tauchen Notizen über die deutsche Emigration in La Habana und New York oder die persönliche Situation der beiden Briefschreiber, auch über die politische Lage in den USA, auf. Gegen Ende des Briefwechsels überwiegen die Gedanken Fritz Lamms an die Rückkehr nach Deutschland, wo "Hunger und Not jeden völlig vervieht haben, der sich selbst noch vom Nazismus nicht hatte infizieren lassen" (S.75). Leider hat der Herausgeber auf Anmerkungen auch da verzichtet, wo sie nötig gewesen wären, so daß die Identifizierung von Personen, die nur mit ihrem Vor- oder Spitznamen genannt werden, zum Rätselspiel wird. Offensichtliche Fehlschreibungen von Namen in den Briefen (S.14) wurden nicht korrigiert.

Willy Buschak

WEINER, Robert: **Das Amerikabild von Karl Marx** (= Abhandlungen zur Philosophie, Psychologie und Pädagogik, Bd. 175). – Bonn: Bouvier Verlag Herbert Grundmann 1982. 287 S.

W. befaßt sich in seiner von ihm selbst als Pionierarbeit begriffenen Dissertation mit der Rolle, die Amerika im Gedankengebäude von Karl Marx eingenommen hat, und will demonstrieren, daß dessen Auseinandersetzung mit diesem Thema "eine entscheidende systematische Bedeutung für sein Denken als Ganzes" besitze: Amerika habe mit seiner Freiheit und seinem Wohlstand eine Provokation für Marxens eigene Kritik der europäischen Verhältnisse und für seine Geschichtstheorie dargestellt, da es seinen Materialismus praktisch zu widerlegen schien; Amerika sei "die größte Erschütterung seiner Theorien" gewesen, die es ihm darum in diese zu integrieren gegolten habe. Ob ihm das gelungen sei, will der Verf. dann durch einen Vergleich der Marxschen Prognosen mit der tatsächlichen geschichtlichen Entwicklung der USA testen. Auf diesem langen Weg scheinen ihm Exkurse über den theoretischen Hintergrund von Aristoteles bis Hegel, über die Sozial- und Rechtstheorie bei Hobbes, Locke und Rousseau, nicht zuletzt aber auch eigenständige Bemühungen um Marxens Dialektik und seine Konzeption von Basis und Überbau unverzichtbar gewesen zu sein. Hierbei nimmt er Marxens schriftstellerische Metaphern weniger beim schlagenden Sinn als umstandslos beim philosophisch tief interpretierten Wort. Zu den bemerkenswerteren Zwischenergebnissen gehören dann Einsichten wie die, für Marx sei "das Politische nicht entscheidend", seine "von Hegels sogenannter 'Wissenschaft der Logik'" "übernommene dialektische Logik bewegt sich von einem Extrem zu seinem Gegensatz und dann zum Absoluten", außerdem wolle Marx "das ganze bisherige westliche Denken revolutionieren, indem er es 'auf den Kopf stellt'". Vor diesem theoretischen Hintergrund überrascht es den Leser kaum noch, daß Marxens Erwartung, mit dem Erreichen der "last frontier" werde in Amerika die revolutionäre Arbeiterbewegung anwachsen, gegenüber Kennedys 1960 aufgezeigten und anschließend bekanntlich erfolgreich in der politischen Praxis realisierten "new frontiers" keine Chance haben kann. Dem Verf. stellt sich die Frage nach der Wahrheit der Marxschen Theorie am deutlichsten in der Formulierung Sombarts, warum es denn in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus gebe. W.s Forschungsresultat: "Während Marx eine 'relative Demokratie' für überhaupt keine hielt, bestand der Erfolg dieses amerikanischen Systems darin, daß vierzig Millionen Einwanderer und ihre Nachkömmlinge sie doch für demokratisch hielten."

Fred E. Schrader

GRANER, Renate: **Die Staatsrechtslehre in der politischen Auseinandersetzung der Weimarer Republik.** – Freiburg (Breisgau): Hochschulverlag, 1980. V, 221 S.

Die Verf. behandelt in ihrer Dissertation die Grundlagendiskussion der Staatslehre in der Weimarer Republik anhand exemplarischer Positionen (Hans Kelsen, Hermann Heller, Carl Schmitt). Es geht darum, relevante Problemfelder im Hinblick auf die Verfassungs- und Staatsrechtsproblematik und deren Zusammenhang mit der politischen Realität herauszuarbeiten. In ihrer Arbeit reflektiert sie den Kontext der politischen Optionen der Autoren, die ideologischen Formen sowie die politischen Wirkungen dieser Theorien. Da die Staatsrechtslehre das Politische zum Gegenstand hat, muß sie von einer normativen Idee ausgehen, um sich, will sie kritische Wissenschaft sein, nicht mit einer Beschreibung von Verhältnissen zufrieden zu geben. Das bedeutet für die Autorin auf der Ebene des Demokratieverständnisses, daß die Staatslehre auf materiale Abwägungen und auf eine wissenschaftliche Legitimitation absoluter demokratischer Prinzipien (Freiheit, Toleranz, Gleichheit) nicht verzichten kann. Die Staatsrechtslehre hat deshalb die Entwicklung von substantiellen Rechtsprinzipien zur Voraussetzung, um diese auf dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen in die Inhalte von Rechtsinstituten einfließen zu lassen. Sie wendet sich daher gegen die positivistische reine Rechtslehre, da eine reine Rechtslehre von dem materialen Gehalt der Normen und ihrem sozialen Zweck abstrahieren muß. Eine solche Staatslehre verfehlt von daher ihren Gegenstand. Das fast tragische Dilemma der wenigen demokratischen Staatslehrer der neuen, antipositivistischen Lehre (Heller, Laun) bestand darin, daß sie, um die normative Verbindlichkeit der demokratischen Rechtsordnung nicht zu schwächen, einen Grundkonsens über wesentliche Prinzipien der Demokratie voraussetzen mußten, der nach der Einschätzung der Autorin nicht vorhanden war.

Thomas Teufel

BLAU, Joachim: **Sozialdemokratische Staatslehre in der Weimarer Republik. Darstellung und Untersuchung der staatstheoretischen Konzeptionen von Hermann Heller, Ernst Fraenkel und Otto Kirchheimer.** Mit einem Vorwort von Helmut Ridder (= Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Bd. 21). – Marburg: Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft 1980. XV, 509 S.

Der Verf. behandelt in seiner Dissertation die Staatstheorien von Hermann Heller, Ernst Fraenkel und Otto Kirchheimer. Der Position von Heller, die der Verf. als integrationistisch bezeichnet, wirft er einen ahistorischen, idealistischen Sozialismusbegriff vor. Hellers Zieleinstellung eines integrationistischen nationalen Machtstaates entbehrt nach Ansicht des Autors der Grundlage, da der von Heller ausgemachte Konsens von nationaler Homogenität und überpositiven Rechtsgrundsätzen sich als nicht tragbar erwiesen habe. An der Position Fraenkels, die B. als reformistisch bezeichnet, bemängelt er den Staatsbegriff, da der Staat bei Fraenkel als leere Hülse erscheine. Fraenkel gehe es nicht um eine qualitative Veränderung der Machtverhältnisse, sondern um einen Konsens mittels sozialistischer Vorstellungen. Dabei setze Fraenkels Theorie die prinzipielle Vereinbarkeit der politischen Demokratie mit einer antagonistisch strukturierten Gesellschaft voraus. Nach Ansicht des Autors führten die Schwächen von Fraenkels reformistischer Theorie zu seiner Pluralismustheorie nach dem Zweiten Weltkrieg. Bei der Position von Kirchheimer, die B. als linkssozialistisch bezeichnet, verweist er auf dessen "Fehleinschätzung" der SPD, da deren Führung niemals auf eine sozialistische Umgestaltung abgezielt habe, was jedoch die politische Option Kirchheimers gewesen sei. Ferner wirft er Kirchheimer vor, daß er sich nicht aus der "parlamentarischen Fixierung" der SPD gelöst habe, obwohl er die Hoffnung der SPD auf eine Fortsetzung der Koalitionspolitik nicht teilte. Der Verf. meint, daß die SPD eine Arbeiteraktionseinheit hätte aufbauen sollen. Desweiteren verweist er darauf, daß kritische Positionen heute, deren Vertreter meinen, Kirchheimers Theorie könne, weil sie marxistisch sei, nicht sozialdemokratisch sein, den marxistischen Teil der SPD-Tradition negieren. – Der Bd. enthält eine ausführliche Literaturliste.

Thomas Teufel

DITTLER, Erwin: **Adolf Geck 1854-1942. Von der "Roten Feldpost" zum Arbeiterrat.** – Sonderdruck aus "Die Ortenau" 1982. – o.O., o.V. 1982. S.212-301.

Adolf Geck gehörte fast 40 Jahre lang zu den profiliertesten Vertretern der badischen Sozialdemokratie, deren Landesverband er 1890 mitbegründete und deren Politik er als Landesvorsitzender, Landtags- und Reichstagsabgeordneter mitbestimmte. Sein Lebensweg als Parteiredakteur und Parteipolitiker, als "Radikaler, der verloren in der revisionistischen Einöde Badens saß" (so Peter Nettl, Rosa Luxemburg, Köln und Berlin 1967, S.424), und als prinzipientreuer Gegner der von Wilhelm Kolb und Ludwig Frank angeführten südwestdeutschen Reformisten verdient sicherlich eine ausführliche biographische Würdigung. Dieser Aufgabe wird die Schrift von Dittler allerdings nicht gerecht, die zwar eine Fülle von Einzelheiten aus dem politischen und persönlichen Leben Gecks zusammenträgt, aber einer heimatgeschichtlichen Perspektive verhaftet bleibt. Dittler setzt unvermittelt mit der Zeit des Sozialistengesetzes ein und reiht dann, ohne sein Thema zu strukturieren oder eine Fragestellung zu entwickeln, die einzelnen Stationen im Leben Gecks aneinander, wobei er nirgendwo deutlich macht, weshalb Geck "das große Ärgernis der badischen Revisionisten" (S.239) wurde. Gecks Opposition gegen die Großblockpolitik seiner Partei in Baden, seine innerparteiliche Stellung und seine politischen Anschauungen werden nicht systematisch analysiert; die Frage, warum Geck, der in Bebel einen mächtigen Freund hatte, in der badischen SPD mehr und mehr in eine isolierte Außenseiterrolle abgedrängt wurde, obwohl er dort – wie Bebel betonte – einmal "landauf, landab der populärste Mann" (S.241) gewesen war, behandelt Dittler nicht. Das von ihm gesammelte und in einem episodenhaften Erzählstil präsentierte Material wirft lediglich einige Streiflichter auf die politische Biographie Gecks, die also erst noch geschrieben werden muß.

Klaus Schönhoven

SCHÜTZE, Karl-Robert: **Heinrich Vogeler – Worpswede. Leben und architektonisches Werk.** – Berlin: Verlag Frölich & Kaufmann 1980. 368 S.

HACKMACK, Hans: **Leben und Wirken Heinrich Vogelers seit dem Ersten Weltkrieg. Teilthemen für eine biographische Arbeit.** Hrsg., eingel. und mit einem weiterführenden Literaturverzeichnis versehen von Karl-Robert SCHÜTZE. – Berlin: Karl-Robert Schütze 1980. 145 S.

Heinrich Vogeler, 1872 als Sohn eines Bremer Kaufmanns geboren und 1942 unter – wie es in Schützes Buch heißt – "ungeklärten Umständen", nach Kasachstan deportiert, in der Sowjetunion gestorben, ist der Nachwelt vor allem als Angehöriger jener Künstlergemeinschaft präsent geblieben, die sich Ende des vorigen Jahrhunderts in dem Dorf Worpswede, am Rande des Teufelsmoores bei Bremen, gebildet hatte: als Maler, Graphiker, Buchillustrator und charakteristischer Vertreter jenes "Jugendstils", den Vogeler ungeachtet äußerer Erfolge schließlich selber als künstlerische Sackgasse betrachtete. Die beiden hier vorliegenden Schriften zeigen zwei andere Seiten seines in Wahrheit weit facettenreicheren Lebens. Hilfreich zum Verständnis ist dabei der biographische Abriß, mit dem Schütze seine als Dissertation an der Technischen Universität Berlin entstandene Schrift eingeleitet hat. Sie zeigt den Weg, der Vogeler über ein einerseits stark vom Gedanken des Heimatschutzes, andererseits von sozialer Verantwortung geprägtes Bewußtsein zur Architektur führte – und zu einem freilich recht irrationalen Kommunismus; dieser ließ ihn nach 1918 das bald scheiternde Experiment einer Landkommune und Arbeitsschule auf seinem Worpsweder Anwesen, dem "Barkenhoff" (Birkenhof), wagen, die 1923 bis 1932 als Kinderheim der "Roten Hilfe" fortexistierte. Vogeler selbst war 1923 der KPD "ein unbequemes Mitglied geworden", im selben Jahr brach er mit seiner späteren zweiten Frau Sonja Marchlewska zur ersten Reise in die Sowjetunion auf, der sich weitere Reisen anschlossen, bis er 1932 ganz dorthin übersiedelte.
Der Hauptteil von Schützes Arbeit gilt indessen dem architektonischen Werk Vogelers einschließlich der Innenarchitektur, Serienmöbelherstellung (in der zusammen mit seinem Bruder betriebenen "Worpsweder Werkstätte") sowie der Garten-, Ausstellungs- und Bühnengestaltung. Sowohl die Beschreibung als auch der ausführliche Katalog der Zeichnungen und Objekte zeigen freilich, daß die soziale Komponente des Arbeiter-Siedlungs- und Hausbaues

in Vogelers Werk ganz überwiegend Papier geblieben ist. – Bedauerlich bleibt, daß die zahlreichen, der Original-Dissertation beigefügten Abbildungen, in der hier (ebenso wie die Hackmack-Schrift) als Typoskript-Druck vorgelegten Fassung nicht enthalten sind.
Die Arbeit von Hans Hackmack beleuchtet einige interessante Aspekte aus Vogelers *politischer* Biographie, doch ist sie ein Torso: Die einzelnen Abschnitte sind Entwürfe für eine geplante Biographie, unvollendet durch den Tod des Verfassers, der nach dem Ersten Weltkrieg als Sozialist und Journalist am kurzlebigen Experiment der Bremer Räterepublik beteiligt war (während Vogeler dem Osterholzer Arbeiter- und Soldatenrat angehörte) und 1945 Mitherausgeber und Chefredakteur der Bremer Tageszeitung "Weser-Kurier" wurde. Diese Entwürfe zu edieren – zugleich als Gedenkschrift für den 1900 geborenen, 1970 verstorbenen Verfasser –, mag angesichts des Fehlens einer umfassenden Vogeler-Biographie als gerechtfertigt erscheinen,[1] zumal die Edition der "Erinnerungen" Vogelers durch Erich Weinert (Berlin-Ost 1952, korrigierte Neuausgabe 1962) einige Fragen offenläßt, wie aus den ersten drei Beiträgen Hackmacks hervorgeht. Aufschlußreich sind auch die Notizen zu Vogelers "Kriegsbriefen" vom Anfang 1918, die der Kriegsfreiwillige von 1914 an den Kaiser und an seinen Major geschickt hatte: mit der Legende vom lieben Gott, der am 24. Dezember 1917 auf dem Potsdamer Platz Flugblätter mit den Zehn Geboten und der Überschrift "Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" verteilt habe und wegen Landesverrats standrechtlich erschossen worden sei. Vogler kam nicht, wie er erwartet hatte, vor ein Militärgericht, sondern in die Landesirrenanstalt Ellen, aus der er mit der Begründung, er sei ein harmloser, aber für den Militärdienst untauglicher Geisteskranker, entlassen wurde. (Die Briefe und das psychiatrische Gutachten sind als Faksimiles abgedruckt.)
Andere Beiträge gelten u.a. Vogelers sozialromantisch-verworrenen Revolutions- und Kommunismus-Anschauungen, und der "'Bildersturm' auf dem Barkenhoff" ist ein Anschauungsbeispiel des behördlichen Vorgehens gegen "revolutionäre" Kunst – in diesem Falle Fresken Vogelers in seinem zum Kinderheim gewordenen Haus, die mit öffentlichen Protesten und einiger List schließlich sogar über 1933 hinaus vor der behördlichen Zerstörung bewahrt werden konnten, dann aber vernichtet wurden, als das Anwesen nach Kriegsausbruch in private Hände übergegangen war.

Jürgen Schmädeke

1 Eine zusammenhängende Kurzbiographie Vogelers von Hans Hackmack ist enthalten in: Bremische Biographie, Bremen 1969, S.537-540.

Georg Lukács. Sein Leben in Bildern, Selbstzeugnissen und Dokumenten. Zusammengestellt von Eva FEKETE und Eva KARÁDI. – Stuttgart: J.B. Metzlersche Verlagsbuchhandlung 1981. 265 S.

Gleichsam zum zehnten Todestag und parallel zu den autobiographischen Aufzeichnungen (Georg Lukács, Gelebtes Denken, Frankfurt/M. 1981) erschien dieser prächtige Bildband. Mit seinen zahlreichen Photographien, die bisher größtenteils noch nie veröffentlicht worden sind und hier zum ersten Mal dem Publikum vorgelegt werden, ist er in besonderer Weise dazu geeignet, das ereignisreiche Leben von Georg Lukács zu dokumentieren und seine eigenen Lebenserinnerungen anschaulich zu ergänzen und abzurunden. Es entstand eine Chronik, die sein Privatleben ebenso wenig ausspart wie seine vielen Freunde und Zeitgenossen und die neben seinem theoretischen Lebenswerk auch sein politisches Wirken, vor allem während der ungarischen Räterepublik und seines Wiener Exils, eindrucksvoll hervortreten läßt. Auch wenn die Vorgänge um den Aufstand in Ungarn im Herbst 1956, als Georg Lukács noch einmal vorübergehend in die aktive Politik zurückgekehrt war, nur kurz gestreift werden, so werden doch alle Abschnitte im Leben von Georg Lukács ausführlich illustriert und so dem Leser nahegebracht. Der Genuß bei der Lektüre wird dabei auch durch kleine sachliche Fehler, wie etwa die falsche Datierung der Heirat mit Gertrud Bortstieber (S.132), nicht beeinträchtigt.

Karl Lauschke

PIEHL, Kurt: **Latscher, Pimpfe und Gestapo. Roman eines Edelweißpiraten.** Hrsg. und mit einem Vorwort von Hans Müller. – Frankfurt/M.: Extrabuch 1983. 255 S.

Mit der Bezeichnung Roman hat der Verlag diese Literaturgattung ziemlich stark strapaziert. Wenn man die Vorträge des inzwischen auch durch den Rundfunk bekannten Autors kennt, spätestens wenn man den Epilog gelesen hat, stellt man fest, daß es sich um eine Autobiographie handelt, die nur an wenigen Stellen bearbeitet und verändert wurde. Piehl macht sich nicht einmal die Mühe, einen Teil der Namen zu ändern, sondern bleibt, besonders wenn es sich um Exponenten von nationalsozialistischen Institutionen und Verfolgungseinrichtungen handelt, beim Klartext. Das Thema 'Edelweißpiraten', zumeist Arbeiterjugendliche, die sich schon rein gefühlsmäßig dem nationalsozialistischen Zwangsstaat zu entziehen suchten, hat erst in den letzten Jahren überhaupt wissenschaftliche Beachtung gefunden. Dabei mußte hauptsächlich auf das Quellenmaterial der Verfolger zurückgegriffen werden, was in diesem Fall eine besonders diffizile und vage Angelegenheit war. Mit Piehls Darstellung liegt erstmalig der ausführliche Bericht eines Beteiligten bzw. Betroffenen vor. Obwohl manchmal etwas reißerisch, zeichnet er ein anschauliches Bild der Entwicklung, der Verhaltensweisen, Lebensformen und Anschauungen von oppositionellen Arbeiterjugendlichen auf, die sich fast ohne traditionelle Bindungen entwickelten. Ergänzt wird der Bd. durch einen kurzen Anhang und einem Wörterbuch "Dortmund-Deutsch". Dieser 'Roman' kann, da bisher entsprechende Berichte fehlten, nicht nur als Ergänzung, sondern als integraler Bestandteil der Literatur über die 'Edelweißpiraten' verstanden werden.

Dieter Knippschild

STOLTEN, Inge: **Das alltägliche Exil. Leben zwischen Hakenkreuz und Währungsreform.** – Berlin und Bonn: Dietz Nachf. 1982. 167 S.

Wenn ein politischer, im Klartext ein sozialdemokratischer Verlag ein autobiographisches Buch herausbringt, dessen Ziel es ist, eben nicht über politische Ereignisse zu berichten, mag das noch angehen. Um so mehr kann das gerechtfertigt werden, wenn mit der Alltagsgeschichte verdeutlicht werden soll, "wie die Diktatur funktionierte und wie leicht der Zeitpunkt verpaßt werden kann, an dem Unrecht noch zu verhüten ist" (S.5). Diese (nun doch eminent politische) Zielsetzung wie auch die Beschreibung und Erklärung des im Titel versprochenen "alltäglichen Exils" sind indes dem Rezensenten verborgen geblieben. Das Buch bietet eine (willkürliche, impressionistische und zufällige) Sammlung politischer, alltäglicher und persönlicher Begebenheiten einer Hamburger Künstlerin. Selbst der zeitliche Rahmen (von dem die Kriegszeit noch den größten Raum der Darstellung beansprucht) leuchtet nicht unbedingt ein; die Nachkriegszeit bis zur Währungsreform wird recht knapp abgehandelt. – Kurzum: Es ist nicht wahrscheinlich, daß der Verlag einige beliebige (und austauschbare) Facetten der gesellschaftlich-historischen Realität in Erzählform präsentieren wollte. Was ihn dann aber bewogen hat, dieses Buch zu publizieren, bleibt unklar.

Werner Müller

STORM, Claus-Dieter: **Verfolgt und geächtet. Handwerker zwischen Liberalismus und Kommunismus.** Einführung Dieter Langewische (= Ergebnisse 12). – Hamburg: Ergebnisse-Verlag Focke und Jaffé 1980. 109 S.

Dem Heft liegt die auf breite Literatur- und Quellenkenntnis gestützte Staatsexamensarbeit des Autors zugrunde, die hier gekürzt veröffentlicht wird. Es handelt sich um eine gut gelungene Untersuchung über die im französischen Exil entstandenen radikalen Handwerkerbünde zwischen 1832 und 1840, die Bestandteil der Geschichte der demokratischen Bewegung sind und zugleich zur Frühgeschichte der Arbeiterbewegung Deutschlands gehören. Im Mittelpunkt steht das konzeptionelle Problem der Vermittlung von nationaldemokratischen und sozialrevolutionären Bestrebungen. In der kritischen Auseinandersetzung mit der wichtigsten Literatur arbeitet der Autor deren jeweilige Schwachpunkte überzeugend heraus und ver-

steht es, einige neue Akzente zu setzen. Die Einleitung von Dieter Langewiesche besorgt die Einordnung der Studie in den Gesamtprozeß der politischen Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse.

Peter Brandt

BERDING, Helmut und Hans-Peter ULLMANN (Hrsg.): **Deutschland zwischen Revolution und Restauration** (= Athenäum-Droste-Taschenbücher Geschichte, 7240). – Königstein/Ts.: Athenäum Verlag und Düsseldorf: Droste Verlag 1981. 423 S.

Der Sammelbd. enthält neben einer instruktiven Einleitung der Herausgeber 15, überwiegend für diese Veröffentlichung geschriebene, Aufsätze zu Einzelproblemen der deutschen Geschichte an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Ausgewiesene Fachleute (außer den Hrsg.: E. Weis, E. Fehrenbach, V. Press, R. Vierhaus, H. Klueting, W. Grab, H. Reif, K.-G. Faber, C. Dipper, W.v. Hippel, K.H. Kaufhold, R. Dufraisse, F.-G. Dreyfus) behandeln die durch die "Revolution von außen" teils bewirkten, teils angestoßenen, folgenreichen Veränderungen in den drei Bereichen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Der Bd. ist in hervorragender Weise geeignet, einen gerafften Überblick über den gegenwärtigen Forschungsstand zu vermitteln. Die von den Hrsg. gegebene Begründung für die vorrangige Behandlung der Rheinbundstaaten – so berechtigt das Insistieren auf der Gleichrangigkeit des "dritten Deutschland" für den Historiker ist – vermag bei einem solchen Reader nicht ganz zu überzeugen. Daher sei die von Barbara Vogel herausgegebene Aufsatzsammlung "Preußische Reformen 1807-1820" (= NWB, Bd. 96), auf die die Hrsg. selbst hinweisen, als Ergänzung empfohlen.

Peter Brandt

KUHNIGK, Armin M.: **Die 1848er Revolution in der Provinz. Am Beispiel des Kreises Limburg-Weilburg.** 2., erg. Aufl. – Camberg: Camberger Verlag Ulrich Lange 1980. 176 S.

Der Geschichtslehrer und historische Heimatforscher A.M. Kuhnigk legt mit der erweiterten Neuauflage seiner (zuvor von der örtlichen SPD publizierten) Erinnerungsschrift einen interessanten Beitrag zur Revolutionswirklichkeit 1848/49 in dem – seinerzeit nassauischen – Gebiet des heutigen Landkreises Limburg-Weilburg vor. Aus einschlägigen Archivalien, der bemerkenswert vielfältigen und aufschlußreichen örtlichen Presse und der, vor allem lokalhistorischen, Literatur breitet der Autor – nach politischen Artikulationsebenen gegliedert – eine Fülle von politik- und sozialhistorischem Material aus, wobei sein Interesse und seine Sympathie den "Sozial-Demokraten" gilt. Die demokratischen Traditionen Deutschlands auf der unteren Ebene bewußt zu machen und deren Bedeutung ohne neidvolles Schielen auf die französische Entwicklung positiv zu würdigen, ist das ausdrückliche Anliegen Kuhnigks. Besonderes Augenmerk schenkt der Verf. Karl Schappers Wirken in den nassauischen Demokratenvereinen; über diesen Demokraten und Früh-Kommunisten hat er im selben Verlag eine Biographie vorgelegt.

Peter Brandt

SCHRÖDER, Hans-Christoph: **Gustav Noske und die Kolonialpolitik des Deutschen Kaiserreichs** (= Internationale Bibliothek, Bd. 117),– Berlin und Bonn: Dietz Nachf. 1979. 107 S.

Gustav Noske, der spätere erste Reichswehrminister der Weimarer Republik, 1906 bei einer Nachwahl zum SPD-Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Chemnitz gewählt, hat sich schon bald nach seinem Eintritt in das Parlament als Sprecher nicht nur zu militärischen, sondern auch zu kolonialpolitischen Fragen profiliert. Seit 1909 wurde er von der sozialdemokratischen Fraktion "regelmäßig zum Redner bei der Aussprache über den Kolonialetat im Plenum bestimmt. Zumeist hat man ihn jedoch dabei aus Gründen des Richtungsproporzes durch Sprecher wie Ledebour, Henke oder Dittmann 'ausbalanciert', die nicht zum rechten Flügel gehörten und der Kolonialpolitik kritischer gegenüberstanden". Das Zitat (S.26) aus Schröders Schrift – der ein Auszug aus Noskes Buch "Kolonialpolitik und Sozialdemokratie" (1914) sowie ein Aufsatz gleichen Titels von 1916 angefügt sind – ordnet Noske mit

Recht dem reformistischen Flügel der Vorkriegs-SPD zu, und Schröder erkennt auch an, "daß eine in der sozialdemokratischen Reformpolitik angelegte Eigengesetzlichkeit zur Anpassung durch Detailkritik und Mitarbeit auch auf kolonialem Felde wirksam war und die ablehnende Haltung der SPD allmählich aufweichte" (S.22).
Insgesamt unterzieht er indessen Noskes kolonialpolitische Vorstellungen einer prinzipiellen Kritik, die von der Prämisse ausgeht, daß Kolonialismus "Verweigerung von Menschenrechten und Verleugnung des Grundsatzes menschlicher Gleichheit" (S.60) ist. So unleugbar dies im Prinzip richtig ist, fragt sich doch, ob es der passende Maßstab für eine historische Analyse ist. Kritisierenswert ist auch im Detail sicher vieles an Noskes "Kolonialpolitik", und Schröder liefert dafür etliche Beispiele. Noske allerdings eine "im Reichstag vor allem" von ihm "vollzogene und repräsentierte Neuorientierung der sozialdemokratischen Haltung in der kolonialen Frage" (S.31) zu unterstellen, ist bestenfalls eine Halbwahrheit. Unzitiert bleiben bei Schröder Sätze wie diese: "Meine Herren, daß Kolonialpolitik getrieben wird, ist an und für sich kein Verbrechen [. . .] Kommen die Vertreter kultivierter und zivilisierter Völkerschaften [. . .] zu fremden Völkern als Befreier und Bildner, um ihnen die Errungenschaften der Kultur und der Zivilisation zu überbringen, um sie zu Kulturmenschen zu erziehen, [. . .] dann sind wir Sozialdemokraten die ersten, die eine solche Kolonisation als große Kulturmission zu unterstützen bereit sind." Es war August Bebel, der bereits am 1. Dezember 1906 im Reichstag so und auch davon sprach, "die Schätze ihres Landes, die andere sind als die unsrigen, heben zu helfen". Genau dies war, nicht ohne "rassistischen Akzent", auch Noskes "naives europazentrisches Kulturbewußtsein" (S.35/36). Schröder konfrontiert Noske dagegen Forderungen Bebels aus den 1890er Jahren nach völligem Rückzug Deutschlands aus der Kolonialpolitik (S.39), projiziert sie auf 1907 und wirft Noske vor, daß er solche "früheren Äußerungen" nicht wahrhaben will (S.39). – Insgesamt hinterläßt Schröders kleine Schrift einen zwiespältigen Eindruck. Sie gibt einerseits interessante Aufschlüsse über die kolonialpolitischen Vorstellungen der "reformistischen" Sozialdemokratie. Die Art der Kritik und ihre ungerechtfertigte Konzentration auf die Person Noskes führt jedoch andererseits – nach einer das Bild des konterrevolutionären "Bluthundes" nach 1918 breit ausmalenden Einleitung (S.7-12) – dazu, einem allzu undifferenzierten Negativklischee ein neues Stück hinzuzufügen.

Jürgen Schmädeke

STÜBLING, Rainer: **Die Sozialdemokratie in Frankfurt am Main von 1891 bis 1910** (= Schriftenreihe des Historischen Museums Frankfurt am Main, Bd. 15). – Gießen: Anabas Verlag 1981. 170 S.

Es handelt sich um die "leicht veränderte Fassung" der Dissertation des Autors aus dem Jahre 1980, mit deren Veröffentlichung als Buch die Chance bestanden hätte, die im Jahre 1910 endende Darstellung bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges weiterzuführen und damit den gesamten historischen Abschnitt vom Ende des Sozialistengesetzes bis zur Vaterlandsverteidigung wissenschaftlich zu untersuchen. So bleibt man für den Zeitraum 1910-1914 nach wie vor auf Dieter Schneiders Darstellung dieser Jahre in der Frankfurter SPD-Festschrift von 1969 (Dieter Schneider und Franz Neuland, "Zwischen Römer und Revolution 1869-1969", Frankfurt/M. 1969, vgl. die Rezension in: IWK, H. 10 (Juni 1970), S.118) angewiesen, über die Stüblings Arbeit ansonsten weit hinausgeht. Das trifft vor allem für so wichtige Bereiche wie die Wahlrechtsbewegungen und die Auseinandersetzungen um die Maifeiern zu, ferner für die Beziehungen von sozialdemokratischer und liberaler Politik, für die Darstellung des Einflusses sozialdemokratischer Politiker (z.B. Wendel und Quarck) auf die Organisation. Obwohl vier Seiten dem Verhältnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften gewidmet sind, ist dieser wichtige Aspekt entschieden zu kurz gekommen, ebenso der Kampf gegen Militarismus und Krieg. Hier begnügt sich der Autor im wesentlichen mit Bekanntem (Liebknecht und Luxemburg), ohne wenigstens den Versuch zu unternehmen, die Rolle zu schildern, die der seit 1905 in Frankfurt arbeitende Robert Dißmann und der um ihn gruppierte Teil der Partei gespielt haben.

Franz Neuland

ASGODOM, Sabine (Hrsg.): **Halt's Maul – sonst kommst nach Dachau! Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung berichten über Widerstand und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus** (= Geschichte der Arbeiterbewegung, Texte – Biographien – Dokumente). – Köln: Bund-Verlag 1983. 215 S.

Sabine Asgodom will mit ihrem Buch dazu beitragen, daß der Widerstand von Frauen und Männern aus der Arbeiterbewegung nicht in Vergessenheit gerät. Sie ist zwölf Schicksalen von Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und Angehörigen der sozialistischen Splittergruppen aus dem süddeutschen Raum nachgegangen und hat ihre Erlebnisse aufgezeichnet. Den Erzählungen der Betroffenen vorangestellt sind knappe, aber sehr brauchbare Informationen über die jeweilige Widerstandsgruppe, zum Vorgehen der Verfolger, zu Gesetzen und Erlassen des NS-Regimes u.ä. Photos der Zeitzeugen und Abbildungen von Dokumenten erhöhen die Anschaulichkeit. Die Schilderungen der Veteranen der Arbeiterbewegung zusammen mit den Erläuterungen der Herausgeberin vermitteln ein plastisches Bild der vielfältigen Formen des Widerstandes, vom Leben im Exil und dem Leiden in den Konzentrationslagern. Beeindruckend ist, daß für alle zwölf Frauen und Männer die illegale Arbeit eine Selbstverständlichkeit war – 'sie waren es sich schuldig'. Alle sind quasi in die Arbeiterbewegung hineingeboren worden: Kinderfreunde, Falken, Sozialistische Arbeiterjugend waren die Stationen ihrer 'Sozialisation'. Nachdenklich stimmt die Enttäuschung über die politische Entwicklung in der Nachkriegszeit, die in einigen Erinnerungen durchscheint, und doch ist auch die Resignation immer begleitet von der Hoffnung, ja Gewißheit, "daß es nicht umsonst war" (S.82). – Es ist bedauerlich, daß Sabine Asgodom nicht auch die Erinnerungen von Kommunisten in diesem Buch berücksichtigt hat – sie hätten das Bild vom Arbeiterwiderstand abgerundet. Dieser Einwand ändert nichts daran, daß dieses Buch sicher geeignet ist, gerade auch bei Jugendlichen die Bereitschaft zu wecken, sich mit der Erfahrung von Männern und Frauen aus dem Arbeiterwiderstand auseinanderzusetzen, und es ihnen zugleich eine Ahnung von dem vermitteln mag, was heute verloren ist: einem Leben in der Arbeiterbewegung.

Inge Marßolek

ELEFANTEN PRESS (Hrsg.): **Frauen unterm Hakenkreuz** (= EP 94). – Berlin: Elefanten Press 1983. 223 S.

Diesem Buch sind viele Leser zu wünschen. Zwar bringt es für den Experten kaum neue Erkenntnisse, doch stellt es in übersichtlicher Form beeindruckende Dokumente vor, die das Leben (und Leiden) von Frauen unter der Herrschaft des Nationalsozialismus anschaulich werden lassen. Die Themenvielfalt der Aufsätze und Materialien – von Frauenarbeit und BDM über Mutterschaftsideologie und Zwangsabtreibung bis zu Krieg, KZ und Widerstand – und die Einbeziehung von Literatur, Malerei und Photomaterial machen das Buch informativ und abwechslungsreich. Die Aufsätze und (leider nicht alle) Dokumente sind mit Fußnoten und Quellenhinweisen versehen und genügen auch wissenschaftlichen Ansprüchen. Fehlerfrei ist das Buch jedoch nicht; daß die Nationalsozialisten den Reichstag angezündet haben (S.158), kann man einfach nicht als unbestrittenes Faktum hinstellen. Zu Recht aber wird schon im Vorwort die Behauptung zurückgewiesen, Frauen hätten vorrangig zu Hitlers Aufstieg und Machtergreifung beigetragen. Das Buch macht deutlich, daß die menschenfeindliche Politik der Nationalsozialisten oft sogar noch eine Steigerung erfuhr, wenn sie gegen Frauen gerichtet war. Das ist ein wichtiger Beitrag zu unserem Bild des "Dritten Reiches".

Heinz Niggemann

Wir "Hoch- und Landesverräter". Antifaschistischer Widerstand in Oberhausen. Ein Lesebuch. – Oberhausen: Asso Verlag 1983. 296 S.

Wenn Volkshochschulkurse ihrem Drang zur Veröffentlichung nachgeben, ist man meist bereit, Zugeständnisse zu machen. Das ist bei der VHS Oberhausen nicht erforderlich, denn die Beteiligten haben ihre Aufgabe, den Widerstand der Arbeiterschaft gegen den Nationalsozialismus in Oberhausen darzustellen, fast optimal gelöst. Das mag allein schon daran lie-

gen, daß von den sieben Beteiligten fünf selbst als Widerständler aktiv waren. Einen guten Beitrag hat aber auch der Verlag durch die ausgezeichnete Gestaltung des Bdes geleistet. Dokumente, sehr viele Bilder und anschauliche, teilweise fesselnde Berichte geben ein eindrucksvolles Bild von der täglichen Kleinarbeit des Widerstandes und der Härte der Verfolgung während der verschiedenen Phasen des NS-Regimes. Die Bilder und Dokumente werden dabei gut kommentiert. Insbesondere die Berichte aus den einzelnen Arbeiterwohnvierteln, aber auch die Aufsätze mit autobiographischem Inhalt, machen das Buch, das sich verschämt Lesebuch nennt, zu einem wichtigen Quellenbd. Die redaktionelle Bearbeitung hat durch die gute Zusammenfügung der vielen recht unterschiedlichen Beiträge und der Illustrationen eine gute und dichte Informationskette geschaffen. Eine Liste der Widerstandskämpfer ist als Anhang abgedruckt. Getrübt wird das Bild nur dadurch, daß recht offensichtliche Anleihen aus anderen Publikationen nicht gekennzeichnet werden, auch die benutzte Literatur nicht angeführt wird. Trotzdem, andere Städte haben hier ein gutes Beispiel, wie sie ihre Zeitgeschichte aufarbeiten und wohl auch vermitteln können.

Dieter Knippschild

RECKER, Marie-Luise: **Die Großstadt als Wohn- und Lebensbereich im Nationalsozialismus. Zur Gründung der "Stadt des KdF-Wagens"** (= Campus Forschung, Bd. 242;Wolfsburger Beiträge zur Stadtgeschichte und Stadtentwicklung). – Frankfurt/M. und New York: Campus Verlag 1981. 152 S.

Marie-Luise Reckers Untersuchung erhebt den Anspruch, die bisher vorliegenden Arbeiten (R. Mattausch, 1981; Chr. Schneider, 1979; M. Walz, 1979) über die "Stadt des KdF-Wagens" inhaltlich zu ergänzen, indem sie die bisher ". . . ausgeblendeten . . . Fragen . . . nach den konkreten Wohn- und Lebensbedingungen in der neuen Stadt, der Berücksichtigung der materiellen und nicht-materiellen Bedürfnisse, [sowie] der sozialen Zusammensetzung der Einwohnerschaft dieses Gemeinwesens . . ." (S.18) explizit behandelt. In 7 aufeinander aufbauenden Kapiteln, die u.a. die rechtlichen und organisatorischen Grundlagen, die städtebauliche Konzeption, das Wohnungsbauprogramm, die städtische Infrastruktur sowie die Finanzierungsfrage zum Gegenstand haben, beschreibt und analysiert sie unter den oben genannten Prämissen die Determinanten der Planung und Realisierung Wolfsburgs und versucht sie im Kontext der Gesamtentwicklung zu betrachten. Ihr Erkenntnisinteresse zielt dabei nicht auf die Entschlüsselung des städtebaulichen Konzeptes und seiner ästhetischen Ausformung, als vielmehr auf die Organisation und Qualität des Wohn- und Lebensbereiches Großstadt, auf das gesellschaftspolitische Leitbild, das dieser Planung zugrunde liegt. In diesem Zusammenhang kommt sie zu dem Schluß, daß Wolfburg nicht, wie von der damaligen Propaganda reklamiert, als nationalsozialistische "Musterstadt" zu begreifen ist, sondern den Sonderfall darstellt.

Wolfgang Schäche

BAROTH, Hans Dieter: **Gebeutelt aber nicht gebeugt. Erlebte Geschichte** (= Ran-Buch, Bd. 6). – Köln: Bund-Verlag 1981. 112 S.

Der Band vereinigt neun Berichte von "Augenzeugen" gewerkschaftlicher Arbeit. Zwei Themenbereiche dominieren in den durchgängig informativen und für die politische Bildung ausgewählten Texten: der Weg der einzelnen Autoren in die Gewerkschaftsbewegung und der Neuaufbau in den Jahren nach 1945. Vertreten sind nicht nur die Ebene der Spitzenfunktionäre, so die (nachmaligen) Gewerkschaftsvorsitzenden Hans Nätscher und Wilhelm Gefeller, sondern mit dem Mannheimer August Locherer und dem Bayreuther Ernst Hüttl Gewerkschafter "von der Basis". Für den (pädagogischen) Zweck des Buches wäre aber eine umfassendere Einleitung hilfreich gewesen, um gerade jugendliche Leser mit dem historischen Umfeld besser vertraut zu machen.

Werner Müller

BROZIO, Norbert: **Gewerkschaftlicher Wiederaufbau im nördlichen Ruhrgebiet 1945-1947** (= Arbeitshefte zur materialistischen Wissenschaft, H. 15). – Münster und Lollar: Edition Westfälisches Dampfboot und Prolit-Buchvertrieb 1980. 166 S.

Titel und Anspruch des Büchleins sind weit gefaßt und werden in keiner Weise eingelöst. Es wird behandelt die Entwicklung im nördlichen Teil des Landkreises Unna der Nachkriegsjahre, also die Gemeinden innerhalb des Städtedreiecks Hamm, Lünen und Unna. Für diesen Bereich werden ferner nur einzelne Aspekte der Gewerkschaftspolitik herausgearbeitet, so die Aufbauphase, einzelne Betriebsrätewahlen und zuletzt die Streikaktionen im April 1947. Eine systematische Geschichte der lokalen Organisation oder der politischen Bewegungen liegt damit nicht vor; zudem ist die Quellenbasis recht schmal. Um so breiter wird die allgemeine Entwicklung der Jahre bis 1947 einbezogen: die Wirtschaftsentwicklung, die Elemente britischer Besatzungspolitik in Bezug auf die Sozialisierung des Bergbaus, aber auch die Entstehung von Gewerkschaften in der britischen Zone und die Programme der Parteien. Allerdings wird hier nichts Neues geboten, sondern mehr oder weniger systematisch aus der vorhandenen Literatur geschöpft.

Werner Müller

KOCH, Ursula E.: **Angriff auf ein Monopol. Gewerkschaften außerhalb des DGB.** – Köln: Deutscher Instituts-Verlag 1981. 456 S.

Achtzig von hundert westdeutschen Arbeitern, Angestellten und Beamten, die in einer Gewerkschaft oder einem Berufsverband organisiert sind, gehören dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) an. In die verbleibenden zwanzig teilen sich einige kleinere Organisationen, von denen K. fünf mit technischen Daten, kurzer Historie, innerer Struktur, jeweiligem Programm und aktueller Mitgliederzahl vorstellt. Diese fünf organisieren zusammen über anderthalb Millionen Mitglieder (S.14). K. geht bei ihrer Studie von einem diskussionsbedürftigen Theorem des Gewerkschaftspluralismus aus, dessen ideologischen Charakter sie nicht zu erkennen scheint. Neben anderweitig wiederholt aufgearbeitetem über die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) (S.17-84) bietet K. Informationen über den Deutschen Beamtenbund (DBB) (S.85-139), die Union der leitenden Angestellten (ULA) (S.141-203), den Christlichen Gewerkschaftsbund (CGB) (S.205-258) und den Deutschen Journalistenverband (DJV) (S.275-336). Interessant sind darin nicht zuletzt Hinweise auf die Sektoren und Branchen, in denen diese Verbände relativ stark sind und auf das Verhältnis der einzelnen Verbände zum DGB und zueinander. K. wirft denn auch einen kurzen Blick (S.259-273) auf das Kartell der Zwerge, das die Gemeinschaft tariffähiger Verbände im Deutschen Beamtenbund (GtV) zunächst mit einigen – vereinzelt dem CGB angehörenden – weiteren Verbänden als Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD) und später dann zusätzlich mit Teilen der DAG und dem Marburger Bund als Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst gebildet hat. Abschließend unterscheidet K. wenig überzeugend mehrere Phasen der Genese von Konkurrenzverbänden des DGB, stellt die Mitgliederzahlen der behandelten Organisationen zusammen, ruft deren mehr oder weniger gewerkschaftliches Selbstverständnis in Erinnerung und arbeitet programmatischen Konsens heraus, der zumeist im Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und Fragen der Mitbestimmung besteht (S.337-353). Eine Fülle von Anmerkungen (S.355-418) und ein teilweise nach Organisationen gegliedertes Literaturverzeichnis (S.419-430) erschließen vertiefende Literatur. Obwohl vom publizistischen Instrument des westdeutschen Kapitals verlegt – und allein deshalb mit wachem Blick für Schwächen des DGB geschrieben und somit auch für Gewerkschafter im DGB von Interesse –, ist diese Skizze durchaus informativ, wenngleich allzuoft auch nur affirmativ, da überwiegend auf Material der jeweiligen Verbände gestützt.

Hans Willi Weinzen

WISSENSCHAFTLICHE MITTEILUNGEN, ERGÄNZUNGEN UND BRIEFE AN DIE REDAKTION

Intellektuelle und Arbeiter in Deutschland und Österreich 1914-1930. Ein Konferenzbericht

Seit 1977 organisieren die Universitäten von New South Wales (Sydney) und Monash (Melbourne) jährliche Tagungen zu Themen aus der Sozial- und Kulturgeschichte der deutschsprachigen Länder. Zu den bisherigen Themen gehörten: Literatur und Gesellschaft der DDR, Die Nachkriegsjahre 1945-49, "Tendenzwende", Aspekte einer Sozialgeschichte des Ersten Weltkriegs. An allen Tagungen haben australische Historiker, Soziologen, Politologen und Germanisten teilgenommen, und die finanzielle Unterstützung des Goethe-Instituts und des DAAD hat auch die Teilnahme einer Reihe von Referenten aus der BRD ermöglicht. Die Ergebnisse der bisherigen Tagungen liegen in Publikationen vor.

Das Thema der 7. Konferenz, die vom 26.-28. August 1983 in der John Clarke Gallery, Squarehouse, der Universität von New South Wales stattfand, lautete: Intellectuals and Workers in Germany and Austria 1914-1930. Die Beiträge gruppierten sich um drei Schwerpunkte. Erstens Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung und ihres Verhältnisses zu den Links-Intellektuellen. Einen faktenreichen Überblick über die Entwicklung dieses Verhältnisses vom späten 19. Jahrhundert bis ans Ende der Weimarer Republik lieferte H. Mommsen in einem heftig diskutierten Eingangsreferat. Andere Beiträge zu diesem Komplex beschäftigten sich mit R. Luxemburg (M. Stoljar), Max Adler (K. Kwiet), L. Erdmann (J. Moses), der Proletarisierung von Intellektuellen durch gesellschaftliche Umwälzungen im frühen 20. Jahrhundert (J. Bruck) und der Kritik an Rationalität und Parteiorganisation durch radikale bürgerliche und sozialistische Intellektuelle (B. Hüppauf).

Eine zweite Gruppe von Arbeiten beschäftigte sich mit dem Verhältnis von bürgerlichen und präfaschistischen Autoren zur "Arbeiterfrage". Dieser für die Geschichte der Weimarer Republik und Österreichs zentralen Frage ging E. Schulin am Beispiel der repräsentativen Autoren Rathenau, Spengler und E. Jünger nach. O. Spanns *Universalismus* und Schnitzlers bürgerliches Bild der Arbeitswelt wurden als weitere Facetten im schillernden Bild der Unfähigkeit rechter Intellektueller, eine angemessene Vorstellung vom Arbeiter und der modernen Arbeitswelt zu entwickeln, analysiert (A. Barthofer).

Der Reflexion der Arbeiter und ihrer sozialen Welt in Literatur und Film war die dritte Gruppe von Arbeiten gewidmet. In Beiträgen über A. Seghers Versuche, die bürgerliche Welt ihrer Herkunft und deren Perspektiven zu überwinden (J. Milfull), Brechts Darstellung des Proletariats (F. Walla), H. Manns Revolutionsbegriff (R. Alter) und Feuchtwangers Bild des präfaschistischen Bayern (T. Barta) standen Fragen nach Klassenstandpunkt und Solidarität und den möglichen Chancen eines Bündnisses zwischen Arbeitern und Intellektuellen im Zentrum. Ein Referat über das Spannungsverhältnis zwischen Individuum und Kollektiv bei Brecht und Jünger (D. Roberts) arbeitete die Ideologisierung dieser Frage am Ende der Weimarer Republik heraus und gab damit die Antwort auf die Frage nach der Möglichkeit eines solchen Bündnisses.

Zwei Arbeiten über den Film der Jahre zeigten, wie – trotz eines Einflusses des sowjetischen Films – der Stummfilm und der frühe Tonfilm gar kein oder ein kleinbürgerlich verzerrtes Bild des Arbeiters entwarfen (S. Crofts, P. Gerdes). Daß im Lauf der Tagung das Thema "Arbeiter" – im Titel gleichberechtigt neben "Intellektuellen" – eher blaß blieb und sich die *Intellektuellen* stark in den Vordergrund drängten, hat viele Gründe, die von der Schwierigkeit bei der Materialbeschaffung bis zur sozialen Herkunft der Referenten

reichen. Einige ernsthafte Versuche, das schillernde Bild von Arbeitern und Intellektuellen ein wenig schärfer zu konturieren, haben auf dieser Tagung ein produktives Gespräch ermöglicht. Es ist zu hoffen, daß dies Gespräch ein Anfang war.

Bernd Hüppauf

Das 6. Bremer Symposium Wissenschaftsgeschichte

Das 6. Symposium Wissenschaftsgeschichte, zu dem Manfred Hahn und Hans-Jörg Sandkühler vom 9.-12. Oktober 1983 Wissenschaftler verschiedener Fachgebiete aus dem In- und Ausland, insbesondere aus der DDR, nach Bremen eingeladen hatten, stand unter dem Thema: "Vormarxistischer Sozialismus als theoretische Leistung und als Forschungsgegenstand." Auf der Grundlage schriftlicher Vorlagen (vgl. das Verzeichnis im Anhang) wurden folgende Aspekte diskutiert: Was ist vormarxistischer Sozialismus? (Vorlagen von Ernst Nolte, Wolfgang Schieder und Todor I. Oiserman); Vormarxistischer Sozialismus als praktische soziale Bewegungen (Vorlagen von Gian Mario Bravo und Manfred Hahn); Problemlösungen im vormarxistischen Sozialismus (Vorlagen von András Gedö, Hans-Jörg Sandkühler und Winfried Schröder); Vormarxistischer Sozialismus als Gegenstand der Wissenschaftsgeschichte (Vorlagen von Claus D. Kernig und Hans-Ulrich Thamer); Quellenkunde des vormarxistischen Sozialismus.

Eine im Grunde schon langjährig geführte Diskussion über die Frage der für die verschiedenen Richtungen des Sozialismus und Kommunismus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts angemessenen Begrifflichkeit wurde auf dieser Tagung wiederbelebt;[1] neu an dieser Diskussion war vielleicht, daß vor allem M. Hahn und H.-J. Sandkühler mit Entschiedenheit und klarer Argumentation dafür eintraten, den Begriff "vormarxistischer Sozialismus" verbindlich zu machen. Dieser Begriff – so seine Befürworter – betrifft ausdrücklich Theorien, die dem wissenschaftlichen Sozialismus unmittelbar vorarbeiteten und sich ihm vererbten. Und genau an diesem Punkt setzt die Kritik ein: Der Begriff "vormarxistischer Sozialismus" stellt darauf ab, daß die subsumierten Sozialtheorien einen vorläufigen Charakter haben, daß es sich um "Quellen" und um "Vorläufer" handelt. Hinzu kommt, daß dieser Begriff noch unpräzise hinsichtlich des geschichtlichen Zeitraumes ist, den er bezeichnen soll. Fällt auch der ältere Utopismus, Sozialismus und Kommunismus bis zum 18. Jahrhundert unter diesen Begriff? Das Problem einer uneinheitlichen Terminologie scheint jedenfalls mit dem Begriff des "vormarxistischen Sozialismus" genauso wenig gelöst werden zu können wie mit dem Begriff "Frühsozialismus", der einen dezidiert antimarxistischen Ursprung hat und deswegen unbrauchbar ist, oder wie mit dem Begriff des "utopischen Sozialismus und Kommunismus", in dem der qualitative Unterschied zwischen den Sozialutopien bis zum 18. Jahrhundert und dem Sozialismus und Kommunismus des 19. Jahrhunderts eingeebnet ist. Auch der Vorschlag E. Noltes, von den o.g. Begriffen Abstand zu nehmen und das Begriffspaar Kommunalsozialismus (u.a. Owen, Thompson, Fourier) und Staatssozialismus (u.a. Saint-Simon und seine Schüler) in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu thematisieren, dürfte wenig weiterhelfen.

Vielleicht muß man überhaupt auf eine vorschnelle Vereinheitlichung der Begriffsbildung verzichten und die uneinheitliche und z.T. widersprüchliche Terminologie aushalten; ein solches Verfahren kann der Vielfalt, Eigenart, Relevanz und dem Selbstverständnis der verschiedenen Richtungen des Sozialismus und Kommunismus der ersten Hälfte des 19. Jahr-

1 Vgl. Ahlrich Meyer, Frühsozialismus, Freiburg und München 1977, S.7-18.

hunderts durchaus angemessen sein. Klarheit sollte allerdings im Hinblick auf den zeitlichen Bezugsrahmen herrschen: Die französische Revolution, die die Voraussetzung schafft für den Zusammenhang von bürgerlicher Gesellschaft, sozialer Massenbewegung und sozialistisch-kommunistischer Theoriebildung, markiert den Anfang des modernen Sozialismus und Kommunismus, die Revolution von 1848 zumindest eine wichtige Zäsur, die allerdings nicht darüber hinwegtäuschen kann, daß Cabet, Blanqui, Weitling u.a. über das Jahr 1848 hinaus aktiv gewesen sind und daß deren Anschauungen auch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Wirksamkeit bewiesen haben.

Mit seinem Tagungsbeitrag über die Entstehung des modernen Sozialismusbegriffs in England, Frankreich und Deutschland konnte W. Schieder keine wesentlichen neuen Aufschlüsse geben.[2] Schieder kommt zu dem Ergebnis, daß der Sozialismus der Begriff für eine neue Wissenschaft war, deren Gegenstand eine zukünftige Realität betraf. Eine solche Aussage kann nur dann gelingen, wenn die Untersuchung des spezifischen Inhalts und Sprachgebrauchs des Begriffs Sozialismus sowie seiner fortschreitenden Entwicklung in der Klassenbewegung selbst ausgespart wird. – "Vormarxistischer Sozialismus" hat in der Geschichte der sozialen Bewegung seinen Ort als Theorien und Versuche gegenbeweisender Praxis. Hauptsächlich in Großbritannien und in den USA bestehen seit 1825 bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts zahlreiche kommunistische Siedlungen nach gedanklichen Entwürfen Owens, Fouriers und Cabets. Mit der von M. Hahn vorgelegten Fallstudie zum Sozialprofil der Kommunitarier in Harmony wird gezeigt, welches Maß an historischer Feinarbeit notwendig ist, um ein genaueres Bild über diesen Bereich des "Vormarxismus" zu erhalten.

Im Rahmen der "Quellenkunde des vormarxistischen Sozialismus" berichtete Martin Hundt über die Grundsätze und Probleme historisch-kritischer Editionen, wobei er sich auf seine Erfahrungen mit der Arbeit an der neuen MEGA stützte. Hundt nannte Vollständigkeit und Originalsprachigkeit, aber auch die Kommentierung des zeitgenössischen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Kontextes als unabdingbare Voraussetzung jeder Quellenedition. Das Fehlen kritischer deutschsprachiger Gesamtausgaben der vormarxistischen Sozialisten führte er auf eine immer noch sehr lückenhafte Archiv- und Quellenkunde zurück. – Angemerkt sei noch, daß alle Teilnehmer sich für das Erscheinen eines internationalen Periodikums mit Archiv- und Quellenkunde, Bibliographien, Rezensionen und Forschungsberichten zum "vormarxistischen" Sozialismus aussprachen. Die Materialien des 6. Bremer Symposiums werden im Frühjahr 1984 erscheinen, und zwar wie die bisherigen Materialien im Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Alexander Brandenburg

Anhang:

Verzeichnis der Diskussionsvorlagen

Gian Mario Bravo, Unruhen und Aufstände der Arbeiter in der Sicht vormarxistischer Sozialisten.

András Gedö, Geschichtlicher Wandel der Erkenntnis – geschichtlicher Wandel durch Erkenntnis. Wissenschaft, Gesellschaftskritik und Utopie im vormarxistischen Sozialismus.

Manfred Hahn, Das Interesse von Landarbeitern und handwerklichen Lohnarbeitern an owenistischen Lösungen. Zum Sozialprofil der Kommunitarier in Harmony 1839 bis 1845.

2 Vgl. Horst Stuke, Sozialgeschichte – Begriffsgeschichte – Ideengeschichte. Gesammelte Aufsätze. Hrsg. von Werner Conze und Heilwig Schomerus, Stuttgart 1979.

Claus D. Kernig, Die Forschung zum vormarxistischen Sozialismus als Gegenstand der Wissenschaftsgeschichte.
Ernst Nolte, "Vormarxistischer Sozialismus" – "utopischer Sozialismus" – "Frühsozialismus". Probleme der Begriffsbildung.
Todor Oiserman, Zur Frage der typologischen Erforschung des utopischen Sozialismus.
Hans-Jörg Sandkühler, Konstruktion der Wissenschaft und Organisation der Gesellschaft. Zur Programmatik wissenschaftlicher Theorie im französischen vormarxistischen Sozialismus.
Wolfgang Schieder, Die Entstehung des modernen Sozialismusbegriffs.
Winfried Schröder, Theorien der Gesellschaftsgeschichte: Fouriers mouvement social und Bazards Considérations sur l'histoire.
Hans-Ulrich Thamer, Die auf den vormarxistischen Sozialismus gleichzeitig reagierende nichtsozialistische Literatur.

Ständige Ausstellung zur Geschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus in Berlin geplant

Zum 40. Jahrestag des Attentats vom 20. Juli 1944 auf Hitler soll in den Räumen des "Bendler-Blocks" die ständige Ausstellung "Widerstand gegen den Nationalsozialismus" eröffnet werden. Die Ausstellung wird in den ehemaligen Diensträumen des Allgemeinen Heeresamtes und des Befehlshabers des Ersatzheeres eingerichtet und soll die Arbeitszimmer vieler führender Widerstandskämpfer – von Stauffenberg, Beck, Olbricht, Mertz von Quirnheim, von Haeften – für die Darstellung des Widerstands *in seiner ganzen Breite* nutzen. Die Ausstellung ist Teil der Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße, die durch Publikationen, Filmvorführungen, Vorträge und Ausstellungsführungen die Erinnerung an den deutschen und europäischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Gewaltherrschaft lebendig hält und ihre Bemühungen als Beitrag zur historisch-politischen Bildung vor allem Jugendlicher begreift.
Die Ausstellung soll vielfältige Aspekte des Widerstands sichtbar machen und ein realistisches Bild der Voraussetzungen, der Leistungen und der Nachwirkungen des Widerstands zeichnen. Dabei soll die wissenschaftliche Forderung ernstgenommen werden, Vielfältigkeit durch eine *graduelle und zeitliche Differenzierung* des Gesamtwiderstands darzustellen. Dies bedeutet, daß Widerstand vor dem Hintergrund weitgehender Anpassung und Folgebereitschaft vieler Deutscher, aber auch vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen gesehen werden muß. Nationalsozialistische Herrschaft zerstörte viele Gruppenbindungen und isolierte viele, die sich der nationalsozialistischen Weltanschauung widersetzten oder sich wehrten, die geforderten Kriegsvorbereitungen zu planen und Verbrechen zu begehen. Für viele begann 1933 die lange Zeit der großen Einsamkeit, der Verfolgung, der Unterdrückung, aber auch der stillen und beharrlichen Arbeit für Humanität, Liberalität, Rechtsstaatlichkeit und Mitmenschlichkeit. Widerstand gegen den Nationalsozialismus wurde zu einem erheblichen Teil von Einzelnen und Kleingruppen geleistet, die ihre Handlungsantriebe aus den Traditionen des Christentums, der Aufklärung, der liberalen Demokratie und der Arbeiterbewegung gewannen. In der Ausstellung soll nach Möglichkeit an einzelne Widerstandskämpfer erinnert und die Tradition ihres Denkens und Handelns, aber auch das Ziel ihres Widerstands verdeutlicht werden.
Die Ausstellung dehnt sich auf etwa 1300 m² aus und wird etwa 25 Räume füllen, darunter die ehemaligen Repräsentationsräume des Oberbefehlshabers des Heeres. Im *ersten Abschnitt* soll die Entwicklung des Widerstands bis zum Kriegsausbruch dokumentiert werden:

Auflösung der Weimarer Republik, Aufstieg des Nationalsozialismus, Ziele und Praxis des Nationalsozialismus werden hier ebenso dokumentiert wie die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus vor 1933, der Widerstand der ersten Stunde, Widerstandsbemühungen aus christlicher und sozialistischer Tradition sowie der Widerstand von Künstlern, Wissenschaftlern und Intellektuellen, die Grundlagen ihrer Existenz verteidigten. Die Entwicklung des Widerstands vor 1933 wird auf die Durchsetzung und Konsolidierung nationalsozialistischer Herrschaft bezogen.

Im *zweiten Abschnitt*, der in historischen Räumen eingerichtet wird, soll der Widerstand im Umkreis von Beck, Tresckow, Stauffenberg, Leuschner, Leber, Goerdeler unter Einbeziehung des Kreisauer Kreises dokumentiert werden. Die Entwicklung des Widerstands von Diplomaten, Verwaltungsbeamten, Offizieren und Politikern der Weimarer Republik, von Geistlichen und angesehenen Wissenschaftlern soll vor dem Hintergrund der "Erfolge" nationalsozialistischer Außenpolitik, der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs, der Aufrichtung einer Besatzungsherrschaft über ganz Europa und der nationalsozialistischen Verbrechen an Juden, Polen, Russen, an der europäischen Zivilbevölkerung und an jeder Regung des Aufbegehrens deutlich gemacht werden. Deshalb wird in diesem Ausstellungsabschnitt auch der europäische Widerstand skizziert werden.

Der *dritte Abschnitt* ist vielfältigen Widerstandsformen und Trägern des Widerstands nach 1939 vorbehalten. Hier soll zunächst der Widerstand aus christlicher, sozialistischer und liberaler Tradition nach 1939 dokumentiert werden. Ein Raum wird dem Widerstand der besonders Verfolgten, der Häftlinge in Lagern, der Juden in Ghettos und Vernichtungslagern, der Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, vorbehalten sein. Auch der Widerstand von Jugendlichen und Studenten, insbesondere der Geschwister Scholl und der Weißen Rose, aber auch vielfältiger anderer Gruppierungen, wird dargestellt. Alltagsgeschichtliche Aspekte werden in einem Raum berücksichtigt, der Widerstandsmöglichkeiten im Kriegsalltag verdeutlichen soll. Auch dem Widerstand aus dem Exil heraus wird große Beachtung geschenkt. Der Kampf des Nationalsozialismus gegen Widerstandskämpfer und Widerstandsbewegungen soll abschließend dokumentiert werden.

Schließlich ist den Beispielen und Zielen des Widerstands in Vielfalt, Möglichkeiten, Grenzen und Problematik Raum zu geben. Es ist geplant, die langen Flure der ehemaligen Bürotrakte für die exemplarische Darstellung unterschiedlichster Motivationen der Widerstandskämpfer zu nutzen und auf diese Weise auch zur Problematisierung eines unhistorischen Widerstandsbegriffs beizutragen. Die Planung und Verwirklichung der Ausstellung wird wesentlich dadurch bestimmt, daß vor allem junge Ausstellungsbesucher die Räume aufsuchen, ehe sie die von der Gedenk- und Bildungsstätte angebotenen Filmvorführungen besuchen. Die pädagogischen Bemühungen um die angemessene und umfassende Darstellung des Widerstands, wie sie auch in der Kultusministerempfehlung vom Dezember 1980 ihren Niederschlag gefunden haben, sollen durch die Ausstellung unterstützt werden. Deshalb ist geplant, die Ausstellung sowohl aus sich selbst heraus verständlich zu machen, als auch Materialien zu entwickeln, die eine intensive Beschäftigung mit dem Widerstand erleichtern können. Jeder thematisch bestimmte Ausstellungsbereich soll durch Begleitblätter erschlossen werden. Auch an die Vervielfältigung von Schlüsseldokumenten des Widerstands ist gedacht, die in den thematisch zugeordneten Räumen ausliegen. Lehrern und Interessenten soll ein umfassender Katalog angeboten werden.

Peter Steinbach

Einige Gedanken nach der Lektüre des Artikels von Hermann Meier-Cronemeyer, Leitbild und Lebensform, in: IWK, Jg. 19 (1983), H.4, S.570-594.

Edelweißpiraten-Erinnerung am Anfang und am Schluß, dazwischen eine quälerisch lange Zitaten-Mixtur mit Verbindungsgedanken über Veröffentlichungen, die sich mit der Arbeiterjugendbewegung der Weimarer Zeit und den zeitlich parallelen Entwicklungen der bündischen Jugend befassen. Einige kluge Einsichten dabei über das Wesen von Jugendgemeinschaften und was sie für Jugendliche anziehend macht und was nicht. Am eindrucksvollsten die Erkenntnis, daß der Ideologie-Streit und die Spaltung immer Sache der Jugendfunktionäre waren und nicht der Jugendlichen in den Gruppen. Leider wird der damit gewonnene Maßstab für diese Beurteilung all der Funktionärsauseinandersetzungen vom Autor nicht angewandt, sonst hätte er eine Menge Seiten sparen können. Es fehlt auch die so einfache und naheliegende Einsicht, daß in wenigen Jahren der Zugehörigkeit eines Jugendlichen zu einer Jugendgruppe aus ihm ein für Jugend tätiger Leiter (Jugendfunktionär) wird, wenn er dabei bleibt. Ja, und dann kommt das alte Klischee von der bürokratischen, verkrusteten Partei, die hoffnungslos überaltert ist und dem Jugendverband das eigenständige Leben nicht nur schwer macht, sondern nicht erlaubt. Dies wird dann sogar mit Zitaten, die sich nur auf ein einziges Ereignis beziehen (Berliner Jugendopposition), auf die Führerschaft der SAJ übertragen (Ollenhauer = parteitreuer Funktionär) und der Mangel an Anziehungskraft der SPD auf die Jugend wird daraus abgeleitet. Mich ödet diese überhebliche Darstellung – meist von Autoren, die nie innen in Parteien wirklich Mitwirkende waren – allmählich an. Dazu ein paar thesenartige Überlegungen:

1. Es ist richtig, daß Großorganisationen bürokratischer und weniger spontan sind als bündische Kleingruppen.
2. Es ist allgemein bekannt, daß Ältere glauben, sie wüßten besser, wie man es macht, als Jüngere. Das gilt in vielen Fällen auch umgekehrt (!) und wird dadurch nicht richtiger.
3. Es ist normal, daß junge Leute radikalere Auffassungen vertreten als ältere. Dies wirkt sich insbesondere in politischen Gruppierungen aus, bei denen die Erwachsenen-Organisation (Partei) um Mehrheiten in einer parlamentarischen Demokratie ringen muß und damit also nicht (mehr) in der Lage ist, jungen Leuten zu politisch und gesellschaftlich relevanten Fragen unrelativierte, klare, kompromißlose Ja- oder Nein-Antworten zu geben.
4. "Seltsamerweise" sind trotzdem fast alle Spaltungen in der politischen Linken in Deutschland senkrecht durch die gesamte Anhängerschaft (alt und jung) gegangen; es waren also keine horizontalen Spaltungen zwischen jungen und alten Sozialisten. Wohl kann man sagen, daß die radikaleren Positionen zuerst und stärker bei den jüngeren Anhängern vertreten waren (sind), übrigens auch immer eher und stärker bei Studenten als bei Arbeiter-Jugendlichen, aber auch dann noch waren – naheliegend – die abgespaltenen Jugendorganisationen kleiner als die dazugehörigen abgespaltenen Parteien (z.B. SJVD – SAP).
5. Bei Erich Lindstaedt, dessen Geschichte der Arbeiterjugend der Weimarer Zeit leider keine Erwähnung fand, kann man eine sehr interessante Erkenntnis zur hier diskutierten Thematik nachlesen: Die abgespaltene (radikalere) Gruppe spaltet sich weiter! – Ich füge hinzu: bis zur Bedeutungslosigkeit.
6. Es ist meines Wissens nicht zutreffend, daß die organisierte sozialistische Arbeiterjugend zur Zeit des Weimarer Jugendtages 1920 und seiner jugendbewegten, romantischen Aufbruchstimmung zahlenmäßig größer war als zu der Zeit der großen Jugendtage der SAJ, bei denen schon in Uniformen marschiert wurde (als Abwehr gegen Rechts!). Es ist neu

und nach meiner Ansicht ganz unwahrscheinlich, dem Weimarer Jugendtag eine *nationale* Tendenz zu unterstellen. In Erinnerung geblieben ist den (heute um 80jährigen) Teilnehmern von damals – aber das kann der Autor nicht wissen – der Ruf des einarmigen, kriegsbeschädigten Max Westphal bei der Kundgebung am Goethe- und Schiller-Denkmal: "Nie wieder Krieg!"

7. Auch als die SAJ zahlenmäßig kleiner geworden war in der Endphase der Republik, war sie noch erheblich größer als die Addition all der zahlreichen Einzelgruppen, die in Publikationen von sich reden machten und linke Theorien vertraten, oder auch größer als all die bündischen Gruppen zusammen. Die Zersplitterung der Jugendorganisationen machte ihre Schwäche gegenüber dem Faschismus aus.
8. Im übrigen (dies schreibe ich insbesondere wegen des nach meiner Ansicht in der Sache falschen Resumées am Schluß des Artikels): Die Partei, die SPD, hatte nichts gegen das jugendbewegte, jugendgemäße Leben und dessen organisierte Umsetzung in den Gruppen der SAJ. Sie hatte auch nichts gegen sozialistische Erziehungs- und Bildungsarbeit. Sie förderte dies alles. Sie hatte aber immer Schwierigkeiten mit den radikaleren politischen Positionen der Funktionäre dieser, ihrer Jugendorganisationen. Das ist a) noch heute so, b) kein Vorgang, der auf die politische Linke beschränkt ist (Siehe hierzu Punkt 1., 2. und 3.).
9. Es gilt auch als eine durchgängige Erfahrung, daß die Spitzenverantwortlichen der sozialistischen Jugendarbeit fast immer eine Rolle wahrzunehmen hatten, die "eingeklemmt" war zwischen dem Wohlwollen der Parteiführung und dem Wollen der Jugendfunktionäre. Sie mußten nach beiden Seiten agieren, um dem Jugendverband Freiraum zu geben und um den Jugendverband als Teil der Gesamtbewegung zu erhalten. Auch das ist eigentlich logisch. Es galt für Max Westphal und Erich Ollenhauer genauso wie für Erich Lindstaedt, Heinz Westphal . . . oder Konny Gilges.
10. Vielleicht wäre es nützlich, wenn sich der außenstehende Autor einem anderen, viel wichtigeren Phänomen zuwenden würde: Warum wurden aus den gelästerten Jugendfunktionären der sozialistischen Jugendorganisationen der Weimarer Zeit (kritische, parteitreue und radikale) die führenden Männer und Frauen der SPD? (Einer von den Ausgeschlossenen der Berliner SAJ war . . . Fritz Erler! Max Westphal wurde 1927 mit 32 Jahren Mitglied des SPD-Parteivorstandes und hauptamtlicher Sekretär des PV. Willy Brandt war Mitglied des Sozialistischen Jugend Verbandes Deutschlands, SJVD, usw. usw.

Heinz Westphal

Zum Beitrag von Richard Löwenthal, Die Schrift "Neu beginnen!" – 50 Jahre danach, in: IWK, Jg. 19 (1983), H.4, S.561-570

London, 20.2.1984

Sehr geehrter Herr Skrzypczak,

ich las erst kürzlich die Dezembernummer der IWK. Natürlich hat mich besonders der Artikel von Richard Löwenthal "Die Schrift 'Neu Beginnen' – 50 Jahre danach" interessiert, denn ich bin der Bruder des verstorbenen Miles und Mitbegründer der Gruppe "Neu Beginnen" im Jahre 1929. Es ist sehr begrüßenswert auf das Erscheinen der Broschüre "Neu Beginnen" (NB) hingewiesen zu haben und welche Bedeutung diese Kampfschrift damals ge-

wonnen hatte. Sie ist in der Zeit geschrieben und in erster Linie für die Zeit und es wird manches gesagt, was dem Marsch der Zeit nicht standgehalten hat. Dennoch möchte ich darauf hinweisen, daß in dem Artikel einige schwerwiegende Fehldarstellungen enthalten sind, die es mir klarzustellen sehr am Herzen liegt.

Der zeitbedingte Charakter der Schrift NB sollte doch kein Grund sein, dem Verfasser Gedanken zu unterstellen, die er weder zu der Zeit noch später gehabt hat. Wie dem Verfasser des Artikels (R.L.) wohl bekannt ist, hat Miles im Laufe seines langen Lebens (er starb 1977 beinahe 81 Jahre alt) viele Probleme dieser neuartigen Erscheinung "Nazismus" weiter durchdacht, obwohl schon NB seinerzeit der laufenden Einsicht weit voraus war. Von solchem Weiterdenken zeugt auch – und dies ist R. Löwenthal bekannt – ein im Jahre 1961 erschienenes Buch "Eine Welt im Umbruch", und der Inhalt eines unveröffentlichten Manuskripts von Miles, das ihm im Jahre 1978 vorgelegt wurde.

Insbesondere muß ich daran Anstoß nehmen, daß R. Löwenthal, die Entwicklung von Miles' Gedankengut geflissentlich ignorierend, ihn als dem Sowjetsystem weiter getreuen und die westlichen Demokratien unterschätzenden Denker darstellt. Gerade das Gegenteil ist wahr. Selbst als Miles NB verfaßte, bezog er schon eine kritische Haltung dem totalitären Regime gegenüber, und gerade die tiefgehende Analyse *all* solcher Ein-Parteisysteme und die Notwendigkeit der Demokratien, ihnen in jeder Weise entgegenzuwirken, bildeten den Kern all seines Denkens und Handelns.

Wollte ich den Spieß umdrehen, so müßte ich mit großer Betonung sagen, daß das, was R. Löwenthal Miles unterstellt, in vieler Beziehung auf ihn selber zutrifft. Typisch erscheint mir hier R. Löwenthals Gegenüberstellung von Stalin und Miles. Einerseits sagt R.L., daß "Miles von Stalins Marxrevision entscheidend gelernt hat", womit er Miles' kommunistische Einstellung unterstreicht. Andererseits sagt R.L. weiterhin, Miles habe "von diesen Formeln einen ganz anderen Gebrauch gemacht." Was bleibt dann von dieser kühnen Parallele übrig? Weiterhin sagt R. Löwenthal: "Es gibt bei Miles keinerlei Kritik an der *politischen Struktur* des Sowjetstaates". Diese lag zwar zur Zeit vor, war aber nicht der Zweck der Kampfschrift im Jahre 1933. Mir ist keine Kritik von R. Löwenthal weder aus der Zeit noch lange danach bekannt geworden. R. Löwenthal war aber bezeichnenderweise noch bis mindestens 1943 immer wieder für eine Einheitsfront mit den Kommunisten eingetreten, d.h. 8 Jahre nach den Moskauer Prozessen!

Kann es Zufall sein, daß das Heft "Zeitzeugen des Widerstands" Friedrich Ebert Stiftung 1983, eine große Anzahl von Beiträgen, auch über NB, von R. Löwenthal enthält, in denen der Name des Autors überhaupt nicht erwähnt wird, und daß statt dessen, gegen besseres Wissen, gesagt wird, das Pamphlet NB sei von einer Gruppe von Anhängern geschrieben!

Mir liegt viel daran, daß die Historische Kommission von diesen Benachrichtigungen, die ich im Interesse der historischen Wahrheit und in Interessenwahrnehmung meines verstorbenen Bruders niedergelegt habe, Kenntnis nimmt und allenfalls davon Gebrauch macht.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
Ernst B. Lowe (früher Löwenheim)

Zu Adolf Sturmthals Rezension der Arbeit von Michael Fichter, Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944-1948, Opladen 1982, in: IWK, Jg. 19 (1983), H.3, S.472f.

Adolf Sturmthal hat in seiner hochinteressanten Besprechung des Buches von Michael Fichter geschrieben: "Fichter sagt, daß amerikanische Behörden im Jahre 1949 die Rückkehr

Paul Hagens (Karl Frank) nach Deutschland verhinderten. Eine andere Version bezeichnet den SPD-Vorstand als das Hindernis. Das muß nicht notwendigerweise ein Gegensatz sein: Beide Versionen könnten richtig sein; aber es wäre doch interessant, das aufzuklären."
Ob die Rückkehr von Karl Frank nach Deutschland von amerikanischen Behörden verhindert worden ist, weiß ich nicht. Mit absoluter Sicherheit aber weiß ich, daß wir, der SPD-Vorstand, seine Rückkehr nicht verhindert haben. Die Frage hat sich für uns nicht gestellt. Wir sind niemals wegen Franks Rückkehr befragt worden. Auch die beiden ehemaligen leitenden Neu-Beginnen-Mitglieder Erwin Schoettle und Waldemar von Knoeringen, die ja Mitglieder des SPD-Vorstandes nach 1945 wurden, haben niemals einen derartigen Wunsch geäußert.
Unsere damalige Einstellung war, daß wir keinem Rückkehrwilligen Hindernisse in den Weg legen wollten. Diejenigen, die das Risiko auf sich nahmen, in das damals hungernde Deutschland mit ungewissen Existenzchancen zurückzukehren, waren uns willkommen. Damals wurde jeder Mann, der daran interessiert war, am Wiederaufbau der SPD mitzuwirken, mit offenen Armen empfangen. Da ich zu jener Zeit Mitglied des engeren SPD-Vorstandes war und die Aufsicht über die internationale Abteilung hatte, so wäre ein an uns gelangter Wunsch von Karl Frank bei mir gelandet. Das war nicht der Fall. Auch 1947, als Kurt Schumacher und ich auf Einladung des AFoL mehrere Wochen in Amerika waren, hat Karl Frank sich nicht mit uns in Verbindung gesetzt.
In diesem Zusammenhang: Hans J. Reichhardt hat in "Berlin in Geschichte und Gegenwart. Jahrbuch des Landesarchivs Berlin", 1982, einen bemerkenswerten Briefwechsel zwischen dem verstorbenen Senatssprecher Dr. Hans Hirschfeld und Parteifreunden veröffentlicht und dabei die Rückkehrprobleme meines Freundes Hans Hirschfeld geschildert, der schon 1947 bei unserem Besuch in New York mit Kurt Schumacher darin einig war, so rasch wie möglich nach Deutschland zu kommen. [Vgl. Hans J. Reichardt, "Von der Mühsal einer Heimkehr aus dem Exil. Aus dem Briefwechsel zwischen Senatssprecher Hans E. Hirschfeld und Parteifreunden", in: a.a.O., S. 131-164.] Für uns in Hannover stellte sich in den ersten Jahren freilich stets die Frage, ob es gegenüber den Rückkehrwilligen zu verantworten sei, sie aus mehr oder minder gesicherten Lebensverhältnissen in die durch Kohlsuppe und kalte Notunterkunft gezeichneten Besatzungszonen zu locken. – Trotz aller Bemühungen gelang Hans Hirschfeld die Heimkehr erst 1949, – nach vielen Enttäuschungen, die er u.a. auch der vermeintlichen Parteivorstandsbürokratie zuschrieb. Er konnte nicht ahnen, wie wenig das auf das kleine Häuflein zutraf, das da bis zur Währungsreform unter jammervollen Bedingungen – im ersten Jahr buchstäblich hungernd – den Wiederaufbau der SPD betrieb.
Briefe von ihm an Erich Ollenhauer und mich waren offenbar der Militärzensur zum Opfer gefallen – wir haben ja mit den Besatzungsbehörden durchaus nicht nur gute Erfahrungen gemacht.
Ich habe im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), Bonn, nachforschen lassen, ob dort etwas über die Briefe von Hirschfeld an Ollenhauer und mich bekannt ist. Die Antwort vom AdsD lautet: "Eine sorgfältige Durchsicht sowohl Ihrer als auch Ollenhauers Korrespondenz mit Hans Hirschfeld ergab, daß der Briefwechsel erst 1950 einsetzt, also zu einem Zeitpunkt, wo Hirschfeld bereits in Deutschland war. Ferner finden sich keinerlei Hinweise in den vorliegenden Briefen, die auf entsprechende Beschwerden Hirschfelds hindeuten. Offensichtlich trifft Ihre Vermutung zu, daß Sie die Briefe Hirschfelds aufgrund der Zensur nicht erreicht haben." Das dürfte eine zusätzliche Bestätigung meiner Ansicht sein.

Fritz Heine

IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Anschrift: Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, Kirchweg 33, D-1000 Berlin 38, Telefon 030 / 803 10 61

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Die IWK versucht, systematisch alle Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete zu erfassen. In der Rubrik „Forschungs- und Publikationsvorhaben zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete" werden regelmäßig die Ergebnisse dieser Erhebungen veröffentlicht, sofern diese Arbeiten noch nicht publiziert worden sind. Bei der weiten Verbreitung der IWK in Fachkreisen ist mit der Anzeige eines Forschungsvorhabens gewährleistet, daß es allgemein zur Kenntnis genommen, somit Doppelarbeit vermieden und Kooperation gefördert wird. Die Redaktion bittet daher alle Bearbeiter einschlägiger Projekte – die in Frage kommenden Themenbereiche sind nachstehend erläutert – um Ergänzung und Rücksendung des Fragebogens, der vorstehend abgedruckt ist. Auf Wunsch werden Ihnen weitere Fragebogen übersandt. Auch die Mitteilung von Projekten Dritter – unter Angabe von deren Anschrift – ist erwünscht. Juristische Bedenken hiergegen bestehen insofern nicht, als eine Titelanzeige in der IWK nur nach Vorlage des Fragebogens bei dem Bearbeiter erfolgt.

Die Kriterien für die Aufnahme in das Titelverzeichnis sind nicht immer scharf abzugrenzen. Neben Projekten zur Geschichte der deutschen, österreichischen und schweizerischen Arbeiterbewegung, zur Geschichte der Internationale und Marx-Forschung finden verwandte Untersuchungen der Politologie und der empirischen Soziologie sowie Arbeiten zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Berücksichtigung, soweit sie sich mit den Problemen der Industrialisierung, Firmen- und Wirtschaftsgeschichte befassen. Einschlägige Vorhaben über andere Länder werden dann aufgenommen, wenn ein breiteres Interesse der deutschsprachigen Forschung vorausgesetzt werden darf oder wenn sie von Gelehrten der Bundesrepublik bearbeitet werden.

Die uns in dem ausgefüllten Fragebogen übermittelten Daten werden in der IWK veröffentlicht, um anderen Wissenschaftlern eine erste Information über das Projekt zu vermitteln und eine direkte und schnelle Kontaktaufnahme mit dem Bearbeiter zu ermöglichen. Die Speicherung erfolgt in Form einer Projektkartei. Die Ergebnisse der Erhebung werden außerdem an das Informationszentrum Sozialwissenschaften, Bonn-Bad Godesberg, zur Speicherung und Auswertung für dessen wissenschaftliche Zwecke und gegebenenfalls zur Aufnahme des Projekts in das jedes Jahr vom Informationszentrum publizierte Verzeichnis der „Forschungsarbeiten in den Sozialwissenschaften" weitergegeben. Deshalb bittet die Redaktion darum, ihr die Zustimmung zur Speicherung, Weitergabe und Veröffentlichung der in dem Fragebogen enthaltenen Angaben zu wissenschaftlichen Zwecken auf dem Fragebogen zu erteilen.

Wenn Sie schon einmal ein Projekt gemeldet haben oder jetzt erst melden, so beachten Sie bitte auch, daß die IWK-Redaktion in einem Anhang über den Fortgang der gemeldeten Forschungs- und Publikationsvorhaben laufend berichtet, um das Projektverzeichnis auf dem neuesten Stand zu halten. Lassen Sie uns deshalb bitte auch Mitteilungen über den Stand von bereits angezeigten Projekten auf dem dafür vorgesehenen – und zusätzlich abgedruckten – Fragebogen zukommen. Insbesondere wenn Arbeiten abgeschlossen, publiziert, Titel oder Gegenstand geändert oder aufgegeben wurden, bittet die Redaktion um Nachricht und wird diese Angaben publizieren. Nur so kann vermieden werden, daß das Verzeichnis der Forschungs- und Publikationsvorhaben in der IWK zu einem sogenannten Projektfriedhof ohne tatsächlichen Wert als Hilfsmittel für die Forschung wird.

Wir danken für freundliche Beachtung und Unterstützung.

IWK-Redaktion

IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Anschrift: Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, Kirchweg 33, D–1000 Berlin 38, Telefon 030 / 803 10 61

MITTEILUNG ÜBER DEN STAND EINES BEREITS ANGEZEIGTEN PROJEKTS

Zutreffendes bitte ergänzen, ankreuzen bzw. unterstreichen

Titelverzeichnis Nr. .....

.....
(Name, Vorname des Verfassers, Bearbeiters, Herausgebers)

.....
(Titel, wie angezeigt)

.....

.....

Die Arbeit wurde unter dem Titel .....

.....

☐ abgeschlossen

☐ als Examensarbeit/Diss./Habilitationsschrift im Jahre ..... von der Universität/ Hochschule .....

..... angenommen

☐ ist/wird voraussichtlich unter dem Titel .....

.....

im Jahre ..... im Verlag/in der Zeitschrift/im Rahmen des Werkes .....

.....

erschienen/erscheinen

☐ Die Bearbeitung dauert an, Abschluß voraussichtlich .....

☐ Das Thema wurde wie folgt geändert .....

.....

☐ Die Bearbeitung wurde eingestellt

Sonstiges: .....

.....

Anschrift des Bearbeiters: .....

Mit der Speicherung, Weitergabe und Veröffentlichung der in dem Fragebogen enthaltenen Angaben für wissenschaftliche Zwecke bin ich einverstanden.

....
(Ort/Datum) (Unterschrift)

IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Anschrift: Historische Kommission zu Berlin, IWK-Redaktion, Kirchweg 33, D–1000 Berlin 38, Telefon 030 / 803 10 61

MITTEILUNG ÜBER EIN PROJEKT

1. **Institution(en)**, in deren Rahmen die Forschungsarbeit durchgeführt wird (z.B. Institut, Referat, Fachbereich, Lehrstuhl)*
   Bezeichnung/Name, Anschrift:

* Bei Forschungsarbeiten ohne Verbindung mit einer Institution Name des durchführenden Forschers. Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades außerdem Bezeichnung der Institution des Betreuers.

2.1 **Bearbeiter**, Vor- und Zuname, Anschrift (Leiter bitte unterstreichen):

2.2 Bei Arbeiten zur Erlangung eines akademischen Grades: Vor- und Zuname des Betreuers (Doktorvater o.ä.):

4. **Stand** der Forschungsarbeit

   laufend ..... ☐ geplant ..... ☐ sonstiges .....

5. **Laufzeit** von ..... (Monat/Jahr) bis ..... (Monat/Jahr) ungefährer Zeitpunkt der schriftlichen Fixierung des Ergebnisses

6. **Art** (Mehrfachankreuzen möglich):

Auftragsforschung ..... ☐	Gutachten..... ☐	Edition ..... ☐
geförderte Forschung.... ☐	Habilitationsschrift.. ☐	Monographie..... ☐
Eigenprojekt von **1.** ..... ☐	Dissertation ..... ☐	Aufsatz..... ☐
Eigenprojekt von **2.1** ..... ☐	Diplomarbeit ..... ☐	sonstiges.....
Staatsexamensarbeit ☐	Magisterarbeit ..... ☐	.....

7. Hat die Forschungsarbeit einen **Auftraggeber?** ja ☐ nein ☐
   Wenn ja, bitte genaue Bezeichnung und Anschrift angeben:

8. Wer trägt die **Kosten** der Forschungsarbeit? (Mehrfachankreuzen möglich)

Die in Frage **1** genannte Institution ..... ☐	andere Geldgeber .. ☐	..... Bitte Bezeichnung und Anschrift
Bearbeiter ..... ☐		
Auftraggeber ..... ☐	.....	.....
Deutsche Forschungsgemeinschaft ..... ☐	Stipendium ..... ☐	.....
bzw. Sonderforschungsbereich der DFG .... ☐		Bezeichnung und ggf. Anschrift
Stiftung Volkswagenwerk ..... ☐		

9. (Arbeits-) **Titel** der Forschungsarbeit (ggf. Untertitel):

10.1 ggf. **Zeitraum** (z.B. 1933 bis 1945), auf den sich die Forschungsarbeit bezieht:

10.2 ggf. **Geographischer Raum** (z.B. Köln, Bayern, Österreich), auf den sich die Forschungsarbeit bezieht:

11.1 **Inhaltliche Ziele** (spezielle Fragestellungen, Hypothesen, Zwischenergebnisse):

11.2 **Schlagwörter** zum Inhalt als Suchbegriffe für Register:

12. Liegen aktuelle (Teil-) **Veröffentlichungen** der Arbeit vor (z.B. Buch, Aufsatz) oder sind sie geplant?
Wenn ja, bitte bibliographische Angaben (Verfasser, Titel, Ort, Verlag, Jahr):

13. Liegen nichtveröffentlichte (Zwischen-) **Berichte,** Manuskripte, Arbeitspapiere vor? ja ☐ nein ☐
Wenn ja, bitte bibliographische Angaben (Verfasser, Titel, Jahr):

14. **Methodische Anlage** (Vorgehensweise, Untersuchungsart, theoretischer Ansatz, Interview, schriftliche Befragung, Auswertung von Massendaten)

16. **Benutzte Unterlagen** (Quellenbasis: Archive, Archivalien, statistische Materialien, Zeitungen)

Mit der Speicherung, Weitergabe und Veröffentlichung der in dem Fragebogen enthaltenen Angaben für wissenschaftliche Zwecke bin ich einverstanden.

....

(Ort, Datum) (Unterschrift)

Hermann Weber (Herausgeber)

UNABHÄNGIGE KOMMUNISTEN

Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler
und Isaac Deutscher 1949 bis 1967
320 Seiten, Snolin Broschur

(Beiheft 6 zur Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung [IWK]. Herausgegeben von der Historischen Kommission zu Berlin durch Henryk Skrzypczak)

Der Briefwechsel zwischen Isaac Deutscher und Heinrich Brandler ist zweifellos ein hochinteressantes Dokument der Zeitgeschichte. Im Mittelpunkt des Briefwechsels steht die Diskussion zwischen Deutscher und Brandler über das Jahr 1923, d.h. den versuchten Aufstand der KPD (unter Leitung Brandlers), die Einschätzung der UdSSR, Stalins, Trotzkis usw., aber auch Probleme der fünfziger Jahre, insbesondere die Entwicklung der DDR, den 17. Juni usw. Der Briefwechsel bringt sowohl bemerkenswerte theoretische Überlegungen als auch (durch die internen Kenntnisse Brandlers über die Geschichte des deutschen und russischen Kommunismus) einmalige und wichtige Aussagen zur Entwicklung des Kommunismus.

Über die Autoren:
Heinrich Brandler (1881-1967), von Beruf Maurer, Mitbegründer des Spartakusbundes und der KPD, Parteiführer 1922/23. 1928 aus der Partei ausgeschlossen, Führer der KP-Opposition. Er lebte nach der Rückkehr aus dem Exil 1948 in der Bundesrepublik.
Isaac Deutscher (1907-1967), 1932 Ausschluß aus der KP Polens, ab 1939 in London. Bekannter marxistischer Historiker, der zahlreiche Standardwerke zur Sowjetforschung vorlegte, u.a. eine Stalin- und Trotzki-Biographie.

Colloquium Verlag Berlin.

Anzeige

BEIHEFTE ZUR
INTERNATIONALEN WISSENSCHAFTLICHEN KORRESPONDENZ
ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

Herausgeber: Henryk Skrzypczak

Andrzej Głowacki, Marek Baumgart, Janusz Faryś, *Quellen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in polnischen Staatsarchiven.* Deutsche Bearbeitung und Vorwort von Walter Momper (= Beihefte zur Internationalen wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung [IWK], 8). 1983. Großoktav, XIX, 85 Seiten, Linson-Broschur.

Unter den ehemaligen preußischen Ostprovinzen des Deutschen Reiches hat es Zentren der Industrie und des Industrieproletariats, wie die Provinz Schlesien, und weitere Zentren der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, wie Königsberg, Danzig, Elbing und Stettin, gegeben. Daneben spielte die ostelbische Landarbeiterschaft eine besondere Rolle bei der Agrardebatte der deutschen Sozialdemokratie. Das Nationalitätenproblem war mit dem Kampf für eine Lösung der sozialen Frage und die Demokratisierung der Gesellschaft und ihrer politischen Institutionen vor allem im Lodzer Industrierevier und im polnischen Teil Oberschlesiens oft eng verknüpft.
Das NS-Regime und der Zweite Weltkrieg mit seinen Folgen haben gerade in den hier behandelten Gebieten einen fast vollständigen Verlust des originären Quellenmaterials beziehungsweise der Aktenüberlieferung zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung verursacht. Auch Nachlässe von Funktionären der Arbeiterbewegung aus der Zeit vor 1933 sind nur in Ausnahmefällen erhalten geblieben. Somit ist die Forschung über die Arbeiterbewegung dieser Gebiete auf die staatlichen Aktenbestände als Sekundärüberlieferung angewiesen, die auch dadurch nicht an Wert verlieren, daß es sich bei dem aus der polizeilichen und nachrichtendienstlichen Überwachung der Arbeiterbewegung erwachsenen Aktenmaterial um Erkenntnisse und Darstellungen der Gegner, Feinde und Verfolger der Arbeiterorganisationen und ihrer öffentlichen oder auch Untergrundtätigkeit handelt.
Das vorliegende Quelleninventar zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in polnischen Staatsarchiven verzeichnet Archivgut, das von zeitgenössischen deutschen Historikern der Arbeiterbewegung noch weitgehend unverarbeitet geblieben ist, und stellt somit einen Anreiz zu weiteren Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung dar. Erfaßt sind die folgenden Einrichtungen, Provinzen und Gebiete: Zentrale Archive, Ostpreußen, Pommern, Posen, Ost-Brandenburg, Niederschlesien, Oberschlesien und Lodz.

COLLOQUIUM VERLAG · BERLIN